

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

AUS DEM INHALT

ELLEN GIBBELS
Hitlers Nervenkrankheit

DETLEF BRANDES
Alternativen zur Vertreibung
Beneš und die sudetendeutsche Frage 1938–1945

MICHAEL GEHLER
Kurzvertrag für Österreich?
Zur Staatsvertrags-Diplomatie 1952

DOKUMENTATION
Stalin und die SBZ
Ein Besuch der SED-Führung in Moskau 1947
(Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov)

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von

KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

in Verbindung mit

Theodor Eschenburg,

Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:

Hellmuth Auerbach, Norbert Frei, Udo Wengst

Chefredakteur: Hans Woller

Stellvertreter: Andreas Wirsching

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 80636 München, Tel. 12 68 80, Fax 123 17 27

42. Jahrgang

Heft 2

April 1994

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

- Ellen Gibbels* Hitlers Nervenkrankheit. Eine neurologisch-psychiatrische Studie 155
- Detlef Brandes* „Eine verspätete tschechische Alternative zum Münchener ‚Diktat‘“. Edvard Beneš und die sudeten-deutsche Frage 1938–1945 221
- Michael Gehler* Kurzvertrag für Österreich? Die westliche Staatsvertrags-Diplomatie und die Stalin-Noten von 1952 243

DOKUMENTATION

- Bernd Bonwetsch und Gennadij Bordjugov* Stalin und die SBZ. Ein Besuch der SED-Führung in Moskau vom 30. Januar–7. Februar 1947 279

ABSTRACTS 305

MITARBEITER DIESES HEFTES 307

ELLEN GIBBELS

HITLERS NERVENKRANKHEIT

Eine neurologisch-psychiatrische Studie

1. Zielsetzung, Quellenlage, Auswertungsmodus

Die historische Hitlerforschung hat bisher von dem Problem einer möglichen Nervenkrankheit Adolf Hitlers mit nicht nur körperlichen, sondern vielleicht auch psychischen Beeinträchtigungen kaum Notiz genommen. Dieses Faktum ist für den Mediziner erstaunlich. Wahrscheinlich erklärt es sich mit der immer wieder bemerkenswerten Unkenntnis auch des gebildeten medizinischen Laien, wenn es um Fragen der Neurologie und Psychiatrie geht. Dementsprechend wurde von den Historikern eine unter Hitlers Ärzten bestehende retrospektive Kontroverse kaum beachtet: War ein bei Hitler in den letzten Lebensjahren zu beobachtendes Zittern ein „hysterisches“ Symptom oder die Folge einer Parkinsonschen Krankheit? Percy Ernst Schramm hat sich mit dieser Frage und den zu implizierenden Folgerungen zumindest am Rande auseinandergesetzt. Er schrieb 1963: „Ist es möglich, hier nachträglich noch Klarheit zu schaffen? Es müßte alles versucht werden, dieses große Fragezeichen in Hitlers Biographie auszumerzen. Denn eine Folge der Parkinsonschen Krankheit sind Verkrampfungen im Gehirn, die dessen Tätigkeit negativ beeinflussen.“¹ Abgesehen von dem Passus „Verkrampfungen im Gehirn“, ist dieser Formulierung von neurologisch-psychiatrischer Seite beizupflichten. Die Parkinsonsche Erkrankung ist nämlich durchaus in der Lage, die Gehirntätigkeit durch komplizierte Stoffwechseleränderungen und Nervenzelldegenerationen sogar entscheidend zu beeinträchtigen.

Auch die nach dem Zweiten Weltkrieg publizierten fachmedizinischen Stellungnahmen zu einem möglichen Nervenleiden Hitlers scheinen von den Historikern kaum zur Kenntnis genommen worden zu sein². Dies ist insoweit nachvollziehbar, als dem Historiker die Sachkenntnis fehlt, um aus den kolportierten Beobachtungen und divergierenden Meinungen zutreffende Schlüsse zu ziehen. Dabei ist folgendes festzuhalten: Eine fachgerechte neurologisch-psychiatrische Untersuchung des Patienten Hitler hat während seiner letzten Lebensphase – trotz einiger anderslautender Hin-

¹ In Vorwort zu: Henry Picker, *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942*, hrsg. von Percy Ernst Schramm mit Andreas Hillgruber/Martin Vogt, Stuttgart 1963, S. 109f.

² Vgl. Gerhard Schreiber, *Hitler. Interpretationen 1923–1983. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung*, Darmstadt 1984. Im übrigen vgl. letztes Kapitel dieser Arbeit.

weise³ – nie stattgefunden. Alle medizinischen Autoren, die sich bisher zu diesem Problemkreis geäußert haben, stützten sich fast ausschließlich auf einen meist sogar kleinen Sektor der vorhandenen schriftlichen Quellen und zusätzlich allenfalls auf Befragungen von nicht neurologisch oder psychiatrisch geschulten Augenzeugen, ein Vorgehen, das naturgemäß erhebliche Irrtümer zuließ.

Diesem Mißstand ist nur durch eine gründliche und vorurteilslose neurologisch-psychiatrische Studie nach Art eines *postum* zu erstellenden wissenschaftlichen Gutachtens abzuwehren. Bestärkt durch Andreas Hillgruber, haben wir uns dieser Herausforderung in einer mehrjährigen Forschungsarbeit gestellt. Dabei galt es zunächst, aufgrund einer Analyse von dokumentarischen Filmaufnahmen, ergänzt durch schriftliche Quellen, ein fachmännisches Urteil über die bei Hitler während der letzten Lebensjahre vorliegenden Bewegungsstörungen zu erhalten⁴. Dann war durch umfangreiche differentialdiagnostische Erörterungen mit Hilfe auch überlieferter ärztlicher Unterlagen die zugrundeliegende Erkrankung zu erschließen⁵. Schließlich mußte aufgrund der schriftlichen Quellen und der Befragung einiger Zeitzeugen aus seiner nächsten Umgebung untersucht werden, ob sich bei Hitler auf dem Boden des festgestellten Nervenleidens psychische Veränderungen entwickelt haben, die seine politischen und militärischen Entscheidungen beeinflusst haben könnten⁶.

Gemäß den Interessen des Historikers wurde in der vorliegenden Darstellung⁷ die Bewegungsanalyse weit ausführlicher behandelt als in der entsprechenden medizinischen Veröffentlichung, die Differentialdiagnose aus naheliegenden Gründen extrem gestrafft, die Erörterung der psychischen Veränderungen nur in der Form dargestellt, wie sie für den medizinischen Laien nachvollziehbar ist. Dem fügt sich abschließend

³ Anton von Braunmühl, *War Hitler krank?*, in: *Stimmen der Zeit* 79 (1954), S. 94–102; Schramm, *Hitlers Tischgespräche*, S. 110; Heinz Guderian, *Erinnerungen eines Soldaten*, Stuttgart 11 1979, S. 403; Schreiben Hans Kehl an Percy Ernst Schramm vom 5. 6. 1963, in: Bundesarchiv Koblenz (BA), Kl. Erw. 441-3, Bl. 123 f.

⁴ Ellen Gibbels, *Hitlers Parkinson-Syndrom. Eine postume Motilitätsanalyse in Filmaufnahmen der Deutschen Wochenschau 1940–1945*, in: *Nervenarzt* 59 (1988), S. 521–528.

⁵ Ellen Gibbels, *Hitlers Nervenleiden – Differentialdiagnose des Parkinson-Syndroms*, in: *Fortschritte der Neurologie, Psychiatrie* 57 (1989), S. 505–517.

⁶ Ellen Gibbels, *Hitlers Parkinson-Krankheit. Zur Frage eines hirnorganischen Psychosyndroms*, Berlin/Heidelberg/New York 1990.

⁷ Die vorliegende Darstellung fußt im wesentlichen auf diesen medizinischen Arbeiten, die zwischen 1989 und 1990 in der neurologisch-psychiatrischen Fachliteratur veröffentlicht wurden, inzwischen ergänzt durch einen wissenschaftlichen Film (Ellen Gibbels, *Hitlers Parkinson-Syndrom. Eine Analyse von Aufnahmen der Deutschen Wochenschau aus den Jahren 1940–1945*, Video-Produktion des Instituts für den Wissenschaftlichen Film – IWF – in Göttingen, 42 Minuten, Göttingen 1992, IWF-Verleihsignatur G 254). Sie richtet sich bewußt an den medizinischen Laien, vor allem den Historiker, und versucht, ihm die Art des Vorgehens bei der medizinischen Recherche und deren Ergebnisse verständlich zu machen. Durch die damit erforderlich gewordene „Übersetzung“ aus der Fachterminologie und -argumentation mögen hin und wieder zumal der Mediziner störende unscharfe Formulierungen entstanden sein, die gelegentlichen Mißverständnissen Vorschub leisten könnten. Daher wird jeder an den exakten medizinischen Details und der rein neurologisch-psychiatrischen Argumentation interessierte Leser auf die vorausgegangen medizinischen Publikationen verwiesen.

eine knappe Stellungnahme zu anderweitigen, vor allem neurologisch-psychiatrischen Beurteilungen der bei Hitler zu konstatierenden Auffälligkeiten an.

Die Inspektion, also die optische Analyse von Hitlers Bewegungsabläufen, bediente sich umfangreichen dokumentarischen Filmmaterials, bestehend aus sechs größeren Filmen und 84 einzelnen Wochenschauausgaben:

1. Filmmaterial aus der Zeit vor 1940:

- „Den blodiga tiden“ („Mein Kampf“)⁸,
- „Hitler – eine Karriere“⁹,
- „Hitlers Aufruf an das deutsche Volk vom 10. Februar 1933“¹⁰,
- „Triumph des Willens“¹¹,
- „Die bunte Filmschau, aufgenommen von Eva Braun“¹²,
- Deulig-Tonwoche Nr. 253 vom 4. 11. 1936,
- „Vrij en onverveerd“¹³.

2. Auswahl von Wochenschauen aus den Jahren 1940 (15 Ausgaben) und 1941 (13 Ausgaben). Die Auswahl wurde aus den Findmitteln des Bundesarchivs getroffen, wobei als Auswahlkriterium galt, daß Hitler gemäß den Beschreibungen in besonders ausgedehnter und vielfältiger Bewegung zu sehen ist.

3. Alle Ausgaben der „Deutschen Wochenschau“ aus den Jahren 1942–1945, sofern sie nach den Findmitteln überhaupt Aufnahmen von Hitler enthielten. Dies galt für 24 Ausgaben von 1942, 16 Ausgaben von 1943, 12 Ausgaben von 1944 und zwei Ausgaben von 1945¹⁴.

Für die ergänzende Beurteilung des äußeren Erscheinungsbildes, vor allem aber für die differentialdiagnostischen und psychiatrischen Fragen, wurden ausgewertet:

1. Aufzeichnungen von Dr. med Theo Morell, ohne Facharztanerkennung auf Harn- und Geschlechtsleiden spezialisiert, Hitlers Leibarzt von 1936 bis neun Tage vor Hitlers Tod¹⁵;

2. von US-Offizieren im Herbst 1945 erstellte Vernehmungsprotokolle der Ärzte Hitlers:

- Dr. med. Theo Morell¹⁶,
- Dr. med. Karl Brandt, chirurgischer Begleitarzt Hitlers intermittierend von 1934 bis zum 9. 10. 1944¹⁷,
- Dr. med. Hans-Karl von Hasselbach, chirurgischer Begleitarzt Hitlers, zunächst intermittierend ab 1936, dann kontinuierlich von Oktober 1942 bis zum 9. 10. 1944¹⁸,

⁸ Film mit Kompilation von Dokumentaraufnahmen, Erwin Leiser, Schweden 1959.

⁹ Film mit Kompilation von Dokumentaraufnahmen, Joachim C. Fest und Christian Herrendoerfer, München 1977.

¹⁰ Dokumentaraufnahmen einer Wahlkampfveranstaltung, IWF, Göttingen (Verleihsignatur G 126).

¹¹ Dokumentarfilm von Leni Riefenstahl, 1935. Mit Genehmigung der Filmautorin zur Verfügung gestellt vom BA.

¹² Unzensurierte Amateuraufnahmen von 1938–1944, in: BA, Filmarchiv, Nr. 2459.

¹³ Niederländische Version eines Films mit Kompilation von Dokumentaraufnahmen, G.T. Cummins, Großbritannien 1945, zur Verfügung gestellt vom Königlich Niederländischen Außenministerium.

¹⁴ Die analysierten Wochenschauausgaben wurden vom BA, Filmarchiv, zur Verfügung gestellt.

¹⁵ BA, FC 6319 (Nachlaß Morell), NL 348/2 (Taschenkalender Morells 1944), NL 348/3 (Tischkalender Morells 1944/45).

¹⁶ BA, FC 6183, Headquarters United States Forces European Theater Military Intelligence Service Center APO 757, 01 Consolidated Interrogation Report (CIR) No 4, "Hitler as seen by his doctors".

¹⁷ CIR/2, in: Ebenda.

¹⁸ Ebenda.

- Dr. med. Erwin Giesing, Facharzt für Hals-Nasen-Ohrenkrankheiten, intermittierende fachärztliche Betreuung Hitlers vom 20. 7. 1944 bis Oktober 1944, letzte Begegnung im Februar 1945¹⁹;
- 3. überlieferte nichtöffentliche mündliche Ausführungen Hitlers aus den Jahren 1941 bis 1945, und zwar bei Tisch²⁰, gegenüber Martin Bormann²¹ und während der militärischen Lagebesprechungen²²;
- 4. die Goebbels-Tagebücher der Jahre 1940 bis 1945;
- 5. nichtveröffentlichte Aufzeichnungen von Weggenossen Hitlers, archiviert im Bundesarchiv oder im Institut für Zeitgeschichte;
- 6. Memoirenliteratur von Zeitzeugen.

Zumal zum Problem möglicher psychischer Veränderungen Hitlers während der letzten Lebensjahre konnten schließlich zwischen 1987 und 1989 mündliche Befragungen von vier Personen, davon drei aus seiner nächsten Umgebung, durchgeführt werden:

1. Gerda Christian, geb. Daranowski, seit 1935 mit Unterbrechungen bis zum Tode Hitlers zum Kreis der persönlichen Sekretärinnen zählend;
2. Walter Frentz, ehemaliger Kameramann bei Leni Riefenstahl, vom September 1939 bis April 1945 als Filmberichter der Luftwaffe ins Führerhauptquartier abkommandiert und dort u. a. mit den Filmaufnahmen von Adolf Hitler betraut;
3. Otto Günsche, von Herbst 1936 bis Frühjahr 1940 als Angehöriger der „SS-Leibstandarte Adolf Hitler“ zu Hitlers Persönlichem Begleitkommando gehörend, von Januar bis Juni 1943 und von März 1944 bis zum Tode Hitlers einer dessen Persönlicher Adjutanten;
4. Prof. Dr. med. Dr. rer. nat. Ernst Günther Schenck, letzter heute noch lebender Arzt (Internist und Chemiker), der Hitler kurz vor dessen Tod beobachten konnte.

Bei der Beurteilung der Filmaufnahmen war vor allem die strenge Zensur jeder Wochenschau durch Goebbels und Hitler persönlich²³ zu berücksichtigen. Ihr ist es zuzuschreiben, daß bis auf die beiden letzten Kriegswochenschauen weitgehend alle Sequenzen vermieden wurden, die der Öffentlichkeit einen gesundheitlich allzu beeinträchtigten Hitler hätten vorführen können. Ferner galt es, den individuellen Eigenarten der Hitlerschen Motorik, also der ihm eigenen Bewegungsart, Rechnung zu tragen sowie den oft hochhoffiziellen Anlässen, die der Entfaltung eines spontanen Bewegungsbildes hinderlich waren. Um nicht einer naheliegenden Autosuggestion zu verfallen, erfolgte die Analyse der Wochenschauen in nichtchronologischer Reihenfolge. Dabei wurde zu jeder Sequenz ein aus der mindestens dreifach wiederholten Inspektion (oft ergänzt durch Prüfung bei Wiedergabe in Zeitlupengeschwindigkeit) gewonnener neurologischer Befund schriftlich fixiert und anhand eines eigens dafür geschaffenen Punktsystems quantifiziert. Um eine möglichst vorurteilsfreie Auswer-

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Werner Jochmann (Hrsg.), Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, München 1982; Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier. Vollständig überarb. und erw. Neuausgabe mit bisher unbekanntem Selbstzeugnissen Adolf Hitlers, Abbildungen, Augenzeugenberichten und Erläuterungen des Autors: Hitler, wie er wirklich war, Stuttgart 1977.

²¹ Hitlers politisches Testament. Die Bormann Diktate vom Februar und April 1945, Hamburg 1981.

²² Helmut Heiber (Hrsg.), Hitlers Lagebesprechungen. Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen 1942–1945, Stuttgart 1962.

²³ Peter Bucher, Goebbels und die Deutsche Wochenschau. Nationalsozialistische Filmpropaganda im Zweiten Weltkrieg 1939–1945, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (MGM) 1986, H. 40, S. 53–69.

tung der Filmaufnahmen zu gewährleisten, wurde überdies erst nach Abschluß der optischen Analyse ein systematisches Studium der schriftlichen Quellen vorgenommen.

Eine schriftliche oder mündliche Aussage erschien um so glaubhafter, je häufiger sie mit anderen Zeugnissen zum gleichen Zeitraum übereinstimmte oder je medizinisch plausibler sie sich dem Kontext anderer Aussagen einfügen ließ. Diese Regel wurde auch auf Einzelaussagen einiger als eher unzuverlässig geltender Gewährleute angewandt. Ein Zeugnis galt als wenig oder gar nicht verlässlich, wenn es in medizinischer Hinsicht im Gesamtkontext nicht glaubwürdig erschien und wenn sich überdies entsprechende Beobachtungen anderer Zeitzeugen nicht auffinden ließen. Zu berücksichtigen waren auch folgende Faktoren: die bekannte Suggestivwirkung Hitlers auf die Menschen seiner Umgebung, die Neigung zur Glorifizierung oder Abwertung seiner Person sowie die häufige Tendenz zu nachträglichen Dramatisierungen und Übertreibungen, was sich dann oft durch die medizinische Bewertung von Details in anderen Quellen entlarven ließ.

Bei der Auswertung der Vernehmungsprotokolle von Hitlers Ärzten nach ihrer Gefangennahme 1945 mußte man sich darüber klar sein, daß die Ärzte mit zahlreichen, auf das Nervensystem abzielenden Fragen hoffnungslos überfordert waren, war ihr Fachwissen doch ganz anders ausgerichtet. Bestimmte Auskünfte waren daher nur dann verwertbar, wenn die Befragten sich erkennbar frei äußerten und nicht Fakten eines vorgegebenen Textes lediglich bejahten oder verneinten.

In wörtlichen Zitaten wurden in den Quellen vorhandene Fehler hinsichtlich Orthographie und Interpunktion – mit Ausnahme der eigenwilligen Notizen Morells – stillschweigend eliminiert.

2. Zur allgemeinen Krankengeschichte Hitlers

Insgesamt läßt sich nach kritischer Sichtung der Quellen²⁴ die allgemeine Krankengeschichte Hitlers folgendermaßen skizzieren: Scharlach im Alter von knapp fünf Jahren. Möglicherweise um das 16. Lebensjahr leichte tuberkulöse Lungenaffektion, vielleicht auch nur schwerere Bronchitis. Am 7. 10. 1916 Granatsplitterverletzung des linken Oberschenkels mit anschließendem mehrmonatigem Lazarettaufenthalt. Zweite Verwundung am 14. 10. 1918: Gelbkreuzvergiftung mit den typischen Folgen einer extremen Reizung der Lider und Bindehäute des Auges, was Anschwellung der Augen und

²⁴ Ärztliches Kurzgutachten des Dr. Brinsteiner vom 19. 12. 1923, in: Staatsarchiv München, Staatsanwaltschaften München, Nr. 3099, Bl. 91; Adolf Hitler, *Mein Kampf*, München 1933, S. 16, 209 ff., 220 ff.; Otto Lurker, *Hitler hinter Festungsmauern*, Berlin o. J., S. 9 ff., 68 f.; Franz Jetzinger, *Hitlers Jugend. Phantasien, Lügen – und die Wahrheit*, Wien 1956, S. 79 ff., 148 ff.; Leonard L. Heston/Renate Heston, *The Medical Casebook of Adolf Hitler. His Illnesses, Doctors and Drugs*, London 1979; Ottomar Katz, Prof. Dr. med. Theo Morell, *Hitlers Leibarzt*, Bayreuth 1982; Wolfgang de Boor, *Hitler, Mensch – Übermensch – Untermensch. Eine kriminalpsychologische Studie*, Frankfurt a. M. 1985; Ernst Günther Schenck, *Patient Hitler. Eine medizinische Biographie*, Düsseldorf 1989; ärztliche Unterlagen und Aussagen, in: BA, FC 6183, FC 6319, NL 348/2 und 3, Kl. Erw. 441-3.

Sehunfähigkeit – fälschlich wurde von „Erblindung“ gesprochen – bedingt, ohne daß Netzhaut oder Sehnerv selber beeinträchtigt werden. Beim Eintreffen der Kapitulationsnachricht am 10. 11. 1918 offenbar Wiederanschwellen von Bindehaut und Lidern – wahrscheinlich durch Weinen und Reiben –, damit erneute „Erblindung“. Möglicherweise (heute nur noch durch einen Romantext belegbar²⁵) Annahme hysterischer, also nicht organisch begründeter Sehschwäche durch den für das Lazarett in Pasewalk zuständigen Neurologen und Psychiater Prof. Dr. med. Edmund Forster. Offenbar aber bereits am 13. 11. 1918 als entlassungsfähig erklärt. Beim Putsch vom 9. 11. 1923 Luxation des linken Schultergelenks, vielleicht verbunden mit Bruch des Oberarmkopfes oder des Schulterblattes, daran anschließend mehrwöchige Schmerzphase²⁶ in Schulter und Arm. Seit etwa Mitte des vierten Lebensjahrzehnts bis zum Lebensende hinsichtlich ihrer Ursache nicht aufgeklärte, offenbar wenigstens zum Teil funktionelle, also nicht auf eine eindeutige organische Ursache zurückzuführende Magen-Darm-Symptomatik mit Blähungen, Verstopfung und schmerzhaften Leibkrämpfen. Durch entsprechende Selbstbehandlung mit Neo-Ballistol vorübergehende harmlose Vergiftungserscheinungen 1934. Im Mai 1935 Entfernung eines gutartigen Stimmbandknötchens. Während der letzten Lebensjahre gelegentlich erhöhte Blutdruckwerte, mit Blutdruckschwankungen einhergehende eher seltene Kopfschmerzen, ausnahmsweise Kopfdruck oder leichter uncharakteristischer Schwindel. Anhand mehrerer EKGs zwischen 1941 und 1944 zu belegende fortschreitende Arteriosklerose der Herzkranzgefäße ohne entsprechende Beschwerden. Am 20. 7. 1944 leichte Gehirnerschütterung mit kurzfristigen typischen Erscheinungen (Schwindel, Kopfschmerzen, Gedächtnis- bzw. Konzentrationsstörungen), Trommelfellrissen beidseits sowie oberflächlichen Verletzungen an den Extremitäten. Im September/Oktober 1944 flüchtige Gelbsucht. Im Herbst 1944 auch Neigung zu Mandel-, Rachen- und Nasennebenhöhlenentzündungen. Gemäß augenärztlicher Untersuchung im März 1944 und April 1945 leichte Alterssichtigkeit, unabhängig davon mäßige Herabsetzung der Sehkraft des rechten Auges im Zusammenhang mit Glaskörpertrübungen und leichten Veränderungen der zentralen Netzhaut²⁷. Erneute Entfernung eines gutartigen Stimmbandknötchens im November 1944. Umfangreicher Gebrauch ärztlich verabreichter oder verordneter wie auch unkontrolliert eingenommener Medikamente.

Entgegen dem gelegentlich geäußerten Verdacht keine Anhaltspunkte für ein krankhaftes Zittern bereits ab 1923, einen epileptischen Anfall 1932, einen Schlaganfall 1941 oder 1945, eine Hirnsyphilis oder eine medikamentös bedingte Strychninvergiftung durch die z. T. unkontrollierte Einnahme von Dr. Kösters „Antigaspillen“ im Herbst 1944²⁸.

²⁵ Ernst Weiß, *Der Augenzeuge*, Frankfurt a. M. 1982, S. 106 ff.; vgl. hierzu Katz, Morell, S. 63 ff.

²⁶ Vgl. hierzu ausführliche Darstellung der Kontroverse Gibbels/Maser bei Gibbels, *Hitlers Nervenleiden*, S. 513 ff.

²⁷ Ob Hitlers gelegentliche Kopfschmerzen und ein Teil dieser Augensymptome auf einer Riesenzellarteriitis, einer Gefäßerkrankung, beruhten, wie jüngst von Fritz C. Redlich erörtert, läßt sich nicht beweisen. Vgl. Fritz C. Redlich, *A new medical diagnosis of Adolf Hitler. Giant cell arteriitis – Temporal arteriitis*, in: *Archives of Internal Medicine* 153 (1993), S. 693–697.

²⁸ Vgl. hierzu ausführliche Darlegungen bei Gibbels, *Hitlers Nervenleiden*.

3. Zur aktuellen neurologisch-psychiatrischen Problematik

Die vorliegenden Untersuchungen gingen von der unter Ärzten bisher umstrittenen Frage aus, ob Hitler während der letzten Lebensjahre an einer Parkinsonschen Erkrankung gelitten haben könnte oder ob sich eine andersartige Ursache für die von ihm gebotenen körperlichen Symptome erkennen läßt.

Der englische Arzt James Parkinson beschrieb die später nach ihm benannte Erkrankung im Jahre 1817 als „shaking palsy“: Schüttellähmung²⁹. Wie schon diese Bezeichnung und auch der entsprechende lateinische Begriff „Paralysis agitans“ verraten, äußert sich das Leiden durch Bewegungsanomalien, motorische Symptome. Sie sind für den Fachmann bereits bei der bloßen Betrachtung in unverwechselbarer Weise erkennbar. Der Erkrankung liegt eine allmähliche Degeneration von Ganglienzellen – Nervenzellen – in bestimmten Hirnarealen zugrunde, und zwar vorwiegend in dem weit unter der Hirnrinde, also „subkortikal“ gelegenen „nigro-striatalen“ System, hier zumal der Substantia nigra, einer Ansammlung pigmentreicher Ganglienzellen³⁰. Sie gehört zu den „basalen Ganglien“, größeren Zellgruppen an der Hirnbasis, und ist Bestandteil des „extrapyramidalen Systems“. Von den Nervenzellen der Hirnrinde, des „pyramidalen Systems“, gehen vorwiegend die willkürlichen Bewegungen aus, so etwa das Ergreifen eines Gegenstandes, das Hinsetzen, Aufstehen, Gehen oder Wenden. Die Zellen des extrapyramidalen und hier zumal des nigro-striatalen Systems beeinflussen vor allem die unwillkürlichen Bewegungen, damit etwa das Pendeln der Arme beim Gehen (Mitschwingungen), den mimischen Ausdruck unter dem Einfluß der vorherrschenden Gefühlslage und das Gestikulieren beim Sprechen (Ausdrucksbewegungen). Aber auch das Tempo und der fließende Ablauf der willkürlichen Bewegungen (Willkürbewegungen) werden vom extrapyramidalen, vor allem nigro-striatalen System gesteuert.

Folge der Funktionseinbuße des nigro-striatalen Systems bei der Parkinsonschen Krankheit sind daher drei charakteristische Symptome:

1. Hypokinese: Reduzierung von Mit- und Ausdrucksbewegungen, Verlangsamung und geringere „Spannweite“ von Willkürbewegungen, ohne daß – wie der Name Schüttellähmung vortäuschen könnte – eine eigentliche Lähmung vorliegt. Die Hypokinese kann jedoch so hochgradig werden, daß Willkürbewegungen nicht oder kaum mehr möglich sind (Akinese). Infolge der Hypokinese wirkt das gesamte Bewegungsbild in seiner Reduzierung und Verlangsamung greisenhaft; die Schrittlänge nimmt ab; die Mimik wird starrer (Hypomimie), die Schrift kleiner; die kraftlose Stimme verliert ihre natürliche Sprechmelodie, der Sprechduktus wirkt monoton.

2. Rigor: charakteristische Zunahme der Muskelgrundspannung mit einem nur bei passiver Bewegung erkennbaren rhythmisch einschließenden, erhöhten Widerstand,

²⁹ James Parkinson, *An Essay on the Shaking Palsy*, London 1817.

³⁰ Vgl. hierzu und zu den folgenden Ausführungen: Werner Scheid unter Mitarbeit von Ellen Gibbels sowie von Albrecht Stammier, Hans Heinrich Wieck, Ingrid Seidenfaden, Gerd Friedmann, Kurt-Alfons Jochheim, *Lehrbuch der Neurologie*, Stuttgart 1983, S. 202 ff., 662 ff.

dem sog. Zahnradphänomen. Der Rigor trägt zur Verstärkung der Hypokinese bei. Er verursacht ferner typische Haltungsanomalien: Der Rumpf krümmt sich nach vorne; die herabhängenden Arme sind leicht gebeugt, die Finger eingeschlagen; im Stand bleiben auch die Knie leicht gebeugt.

3. Ruhetremor: charakteristisches Zittern vor allem der Gliedmaßen, weniger des Kopfes und des Rumpfes. Wie der Name besagt, tritt der Ruhetremor nur in der Ruhstellung auf. Typisch ist ferner seine niedrige Frequenz von 4–6 pro Sekunde. Er wird daher als „groschlägig“ bezeichnet. Dieser groschlägige Ruhetremor verschwindet bei Bewegungen, und zwar im Gegensatz zum sog. physiologischen, also „normalen“ Tremor, dessen Frequenz höher, nämlich bei 8 pro Sekunde liegt („feinschlägiger“ Tremor). Der physiologische Tremor tritt etwa bei Angst, Aufregung oder Kälteeinwirkung, bei Schilddrüsenüberfunktion, Alkoholismus und Mißbrauch von Schmerz-, Schlaf-, Beruhigungs- oder Aufputzmitteln besonders deutlich hervor.

Hypokinese, Rigor und Ruhetremor bilden zusammen das Parkinson-Syndrom. Dabei kann die eine oder andere Erscheinung bei der Entwicklung vorseilen und/oder auch im späteren Verlauf überwiegen. Zudem kommen Seitendifferenzen vor. So kann das Parkinson-Syndrom über mehrere Jahre vorwiegend eine Körperhälfte betreffen und auch im späteren Verlauf dort akzentuiert sein.

Hinsichtlich der Herkunft der Parkinsonschen Krankheit können drei Formen unterschieden werden:

1. die erbliche Form;

2. die postenzephalitische Form, meist Spätfolge einer zwischen 1915 und 1925 in Europa grassierenden Gehirnentzündung (Encephalitis lethargica); diese Erkrankung, am gründlichsten von dem Wiener Neurologen und Psychiater Constantin von Economo untersucht und später nach ihm benannt, führt in charakteristischer Weise zum frühzeitigen Absterben der Ganglienzellen der Substantia nigra und damit – oft erst nach jahrzehntelangem freien Intervall – zu entsprechenden Krankheitserscheinungen;

3. die idiopathische Form, deren Ursache bis heute nicht eindeutig anzugeben ist.

Wegen der typischen Bewegungsanomalien kann das Parkinson-Syndrom im Gegensatz zu den meisten anderen neurologischen Syndromen allein durch die Inspektion erkannt werden. Der erste und wichtigste Schritt der Analyse war daher die optische Auswertung von Filmaufnahmen. Der Nachweis eines Parkinson-Syndroms genügt jedoch noch keineswegs, um bereits die Diagnose einer Parkinson-Krankheit zu stellen. Das nigro-striatale System kann nämlich auch im Verlauf anderer Leiden oder Schäden beeinträchtigt werden, etwa durch Hirntumoren, Entzündungen, Blutungen, bestimmte Vergiftungen etc. Solche Erkrankungen mit einem sog. sekundären Parkinsonismus geben sich allerdings durchweg dadurch zu erkennen, daß außer dem Parkinson-Syndrom weitere Symptome auftreten und im späteren Verlauf sogar vorherrschen. Aufgabe der sog. Differentialdiagnose, des zweiten Schrittes der Analyse, war es daher, Erkrankungen mit einem sekundären Parkinsonismus zu erfassen oder auszuschließen. Hierzu verhalten schriftlich überlieferte ärztliche Befunde und weitere Quellen, die eigenen Beobachtungen sowie der damit auch rekonstruierbare Verlauf der Erkrankung. Ließ sich die Diagnose Parkinson-Erkrankung auf diesem Wege

sichern, mußte mittels verschiedener medizinischer Fakten schließlich entschieden werden, welche der drei Formen der Parkinson-Erkrankung vorlag.

Bei einem hohen Prozentsatz der Parkinson-Kranken kommt es früher oder später auch zu psychischen Veränderungen einschließlich intellektueller Einbußen³¹. In einem dritten Untersuchungsschritt war daher nach entsprechenden psychiatrischen Symptomen zu fahnden. Im Falle Hitlers ist diese Problematik das Kernstück und das Ziel der Untersuchungen. Der zuvor absolvierte umständliche Weg zur Diagnose bedeutet demnach nichts anderes als die unabdingbare Voraussetzung, will man sich dieser Kernfrage nähern. Denn es wäre ja völlig gleichgültig, ob Hitler auf diese oder jene Weise gezittert oder sonstige motorische Beeinträchtigungen geboten hätte, wären damit nicht möglicherweise krankhafte psychische Veränderungen verbunden gewesen, die sich auf seine Entscheidungen hätten auswirken können.

Psychische Veränderungen auf dem Boden einer Hirnerkrankung folgen einem unspezifischen Grundmuster, das allen organischen Hirnerkrankungen gemein ist, nämlich einem sog. *hirnorganischen Psychosyndrom*. Zu dessen Einzelercheinungen gehören vor allem Störungen der Gedächtnis- und intellektuellen Funktionen, des Gefühlslebens und des Antriebs sowie Veränderungen seit jeher bestehender Persönlichkeitszüge. Um die Entwicklung solcher krankhafter psychischer Symptome bei Hitler gegebenenfalls zu erfassen, war man neben seinen eigenen überlieferten Äußerungen vornehmlich auf die Zeugnisse von Personen seiner Umgebung angewiesen. Dabei mußten oft Berichte aus der Zeit vor der Erkrankung mit solchen aus der Zeit während der Erkrankung, vor allem aus den letzten Lebensmonaten, miteinander verglichen werden. Die Untersuchungen gingen dabei von der psychiatrisch begründeten Prämisse aus, daß Hitler vor dem Ausbruch des Nervenleidens als eine nicht krankhaft veränderte, sondern lediglich mit abnorm ausgeprägten einzelnen Charakterzügen ausgestattete Persönlichkeit aufzufassen ist, damit gemäß der klassischen Psychiatrie als eine „abnorme Persönlichkeit“³², die sich allerdings in ihrer Singularität, Speer sprach zu Recht von der „Vielschichtigkeit“ ihrer „rätselhaften Natur“³³, jeder detaillierteren psychiatrischen Klassifizierung entzieht. Der dritte und letzte Untersuchungsschritt, die Frage nach einem *hirnorganischen Psychosyndrom* während der letzten Lebensphase, zielte daher – dies sei ausdrücklich betont – auf diesen besonderen, ganz eng umschriebenen Problembereich ab, beileibe nicht auf eine Analyse von Hitlers komplexer Primärpersönlichkeit, obwohl es im Rahmen der Erhebungen nicht zu vermeiden war, einzelne seiner Charakterzüge eigens herauszustellen.

³¹ Umfangreiche Literatur hierzu bei Gibbels, Hitlers Parkinson-Krankheit.

³² Vgl. de Boor, Hitler, S. 370ff.

³³ Albert Speer, Erinnerungen, Berlin 1979, S. 483.

4. Das neurologische Syndrom

Gemäß dem Vorangeschickten war bei der Analyse der Filmaufnahmen das Augenmerk auf die Bewegungsabläufe bei Hitler zu richten und nach Hinweisen auf Hypokinese, Rigor und Ruhetremor zu suchen. Filmaufnahmen der zwanziger, vor allem aber der dreißiger Jahre³⁴ zeigen einen sich je nach Anlaß gravitatisch und gemessen oder aber dynamisch, lebhaft und sogar mit skurriler Geschwindigkeit bewegendem Hitler. Es fällt die Neigung des Rechtshänders auf, bei öffentlichen Reden den rechten Arm eher zum Gestikulieren einzusetzen, wobei sich die linke Hand am Rednerpult abstützt, manchmal auch das Manuskript oder den Zettel mit Stichworten festhält. Ein ähnlich unterschiedlicher Einsatz der beiden Arme läßt sich in anderen Situationen beobachten, die es erfordern, gemäß dem traditionellen Ritus den rechten Arm immer wieder zum „Deutschen Gruß“ zu erheben oder ihn sogar – bei der Abnahme von Vorbeimärschen – mit nur Sekunden währenden Zwischenpausen längere Zeit in dieser Position zu belassen. Die linke Hand verharrt dann meist am Koppelschloß des Gürtels oder hält die Mütze bei angewinkeltem Arm vor den Unterleib. Diese Beobachtungen legen es nahe, eine sog. habituelle, also gewohnheitsmäßige Bevorzugung des rechten Armes für Willkür- und Ausdrucksbewegungen, demzufolge manchmal auch für Mitbewegungen, anzunehmen. Dem könnte die Verletzung der linken Schultergegend beim Novemberputsch des Jahres 1923 mit einer anfangs wahrscheinlich längeren Ruhigstellung des linken Armes Vorschub geleistet haben. Reste einer anhaltenden Beeinträchtigung sind jedoch nicht zu entdecken. Immer wieder sieht man nämlich Hitler, wie er mit raschen, weitausgreifenden Schritten und dabei seitengleich ausgiebig pendelnden Armen geht, wie er bei Ansprachen intermittierend und kraftvoll beide Arme gestikulatorisch einsetzt, ja den linken Arm selten sogar einmal über längere Zeit ausschließlich gebraucht³⁵.

Da sich bei der Betrachtung der Dokumentarfilme bis zum Jahre 1940 keine Änderung des Hitlerschen Bewegungsbildes ergeben hatte, schien es nicht erforderlich, bereits die Wochenschauen der dreißiger Jahre einer systematischen Analyse zu unterziehen. Somit setzte diese Form der Untersuchung an Wochenschauausgaben des Jahres 1940 ein. Im folgenden werden, chronologisch geordnet, die eigenen Protokolle mit den Ergebnissen der neurologischen Inspektion für solche Wochenschauausgaben wiedergegeben, die für den jeweiligen Zeitabschnitt repräsentativ sind.

³⁴ In: *Mein Kampf; Hitler – eine Karriere; Wahlkampfreden 1933; Triumph des Willens; Die bunte Filmschau*. Vgl. die Anmerkungen 8–12.

³⁵ Vgl. Deulig-Tonwoche vom 4. 11. 1936. Hitler hatte gemäß den Tagesnotizen Morells ja auch selbst gesagt, daß der linke Arm nach der Verletzung 1923 durch „angestrengteste Eigenübungen“ wieder völlig normal funktioniert habe. (Eintrag vom 31. 3. 1945, in: BA, NL 348/3). Entsprechend äußerte sich Morell bei der Vernehmung durch US-Offiziere; vgl. CIR/4, S. 6, in: BA, FC 6183. Demnach sind Zweifel angebracht, wenn Hitlers Sekretärin Christa Schroeder meinte, daß die linke Schulter seit der Verletzung „etwas steif“ geblieben sei. Christa Schroeder, *Er war mein Chef*. Aus dem Nachlaß der Sekretärin von Adolf Hitler, hrsg. von Anton Joachimsthaler, München/Wien ²1985, S. 70.

1940:

Ufa-Ton-Woche (UTW) 492/7/1940, Zensurdatum (ZD) 7.2. 1940: Rede Hitlers im Berliner Sportpalast am 30. 1. im Originalton eines Teils der Rede. H. steht in guter Haltung am Rednerpult, stützt sich mit linker Hand leicht ab. Gestikuliert meist mit rechtem Arm, gelegentlich symmetrisch mit beiden Armen. Zwischen zwei Sätzen Lockerungsbewegungen von Rumpf und Beinen. Schüttelt locker den Kopf. Mimik und Stimme unauffällig. Gang, Willkür- und Mitbewegungen nicht zu beurteilen (n. z. b.).

UTW 499/14/1940, ZD 28.3. 1940: Treffen mit Mussolini am Brenner (18.3.). Offenbar kräftiges und sehr lebhaftes Händeschütteln. H. benutzt dazu beide Hände. Lockeres Fingerspiel beider Hände beim Handschuhanziehen. Beim Abschreiten einer Ehrenformation nur knappe Mitbewegungen beider Arme bei H. und Mussolini. Gang unauffällig. Rasches Einsteigen in den Zug. Am Abteilfenster im Gespräch mit Mussolini lebhaftes Mimik, lockeres kurzes Auf- und Abwippen des Körpers.

Die Deutsche Wochenschau (DDW) 510/25/1940, ZD 12.6. 1940: H. an der Westfront. Keine Einschränkung in Gang, Willkür- und Mitbewegungen, Mimik oder Haltung. Linker Arm schwingt beim Gehen mit, obwohl größere Anzahl Papiere damit gehalten wird (!).

DDW 512/27/1940, ZD 27.6. 1940: H. im Gespräch mit Göring in der Umgebung des Führerhauptquartiers (FHQ). Weites Schwingen beider Arme, kräftiges Ausschreiten mit großen Schritten, Lockerungsbewegungen mit Schultern, Hals und Rumpf, linksseitiges (!) Gestikulieren. – H. bei Verwundeten an der Westfront. Linke Hand mit Mütze n. z. b. – Nach Kapitulation Frankreichs „Freudentanz-Szene“ mit zweimaligem Anbeugen und Vorstrecken beider Arme sowie einmaligem Aufstampfen des rechten Beines. Willkürbewegungen beider Arme und Beine unauffällig. Linker Arm schwingt trotz darin gehaltener Papierrolle. Lebhaftes Mimik, unauffällige Haltung. – Unterzeichnung des Waffenstillstands. Dann geringfügig geringere Mitbewegungen des linken Armes. Gang und Haltung unauffällig.

DDW 514/29/1940, ZD 10.7. 1940: H. in Frankreich. Willkür- und Mitbewegungen, besonders auch des linken Armes, unauffällig. – H. im Zug nach Berlin. Gibt große Unterschriften unter drei Bilder. Mimik gelöst. – Empfang in Berlin. Gang, Haltung und Mitbewegungen unauffällig.

DDW 516/31/1940, ZD 27.7. 1940: H. in der Kroll-Oper. Flott in Gang und Wendung. Weites Mitschwingen beider Arme. Große Schritte.

DDW 519/34/1940, ZD 16.8. 1940: H. in Essen, Villa Hügel. Lebhaftes Gestikulieren auch mit linkem Arm, zum Teil trotz hier gehaltener Handschuhe. Beim Gang Mitbewegungen n. z. b., da linke Hand am Koppel. – H. mit General Dietl auf dem Berghof. Tritt im Stehen von einem Fuß auf den anderen, bewegt Schultern im Gespräch auf und ab, dabei beide Hände auf dem Rücken. Reibt sich Rücken damit. Lebhaftes Mimik.

DDW 537/40/1940, ZD 18.12. 1940: H. in Rüstungsfabrik. Rasches Heranschreiten mit weitem Mitschwingen des linken (!) Armes. Gesicht ernst, wenig bewegt, dann lächelnd.

DDW 539/2/1941, ZD 31.12. 1940: H. begrüßt russischen Botschafter Dekanosow in der Reichskanzlei. Sehr lockere allgemeine Mitbewegungen; Kopf nach allen Seiten hin und her bewegend. – H. zum Weihnachtsbesuch an französischer Kanalküste. Lebhaftes Gestikulieren mit beiden Armen. Beim Gang linker Arm weniger mitbewegt. Lebhaftes Mimik bei Unterhaltung mit Jagdflieger Galland. Im Sitzen bleibt linker Arm unter dem Tisch.

Insgesamt hat die Analyse von 15 Wochenschauausgaben mit Aufnahmen von 1940 keinen Anhaltspunkt für irgendwelche krankhaften Auffälligkeiten ergeben. Besonders verwiesen sei auf das oft weite Mitschwingen beider Arme (das nur gelegentlich geringere Schwingen daher nicht eindeutig pathologisch), die Lockerungsbewegungen von Hals und Rumpf, das Fingerspiel beim Handschuhanziehen, manchmal auch den eher spielerischen Einsatz der Beine (Auf- und Abwippen, Stampfen etc.), insgesamt also Bewegungsmuster, die auf eine beginnende Hypokinese nicht verdächtig sind. Auch die schriftlichen Quellen wissen für das Jahr 1940 nichts Auffälliges über Hitlers Motilität zu berichten.

1941:

DDW 544/7/1941, ZD 5.2. 1941: H. bei Trauerfeier für Reichsjustizminister Gürtner. Nach Kranzniederlegung wenige Stufen freihändig rückwärts gehend. – Empfang ungarischer und japanischer Delegationen in der Reichskanzlei unauffällig. – H. im Berliner Sportpalast, 8. Jahrestag der „NS-Machtergreifung“. Gang und Mitbewegungen beim Abschreiten der Front und Gehen zum Rednerpult unauffällig. Heftiges Gestikulieren während der Rede, besonders mit rechtem Arm.

DDW 550/13/1941, ZD 19.3. 1941: H. in Linz, Jahrestag des „Anschlusses“. Gehen, Treppensteigen, Wendung unauffällig; lebhaftes Mimik. – Heldengedenktage. H. vor und im Berliner Zeughaus. Gehen mit großen Schritten, zügiges und freihändiges Treppensteigen. Mitbewegungen nur vorübergehend am linken Arm etwas eingeschränkt.

DDW 555/18/1941, ZD 23.4. 1941: H. an seinem 52. Geburtstag an der Südostfront. Gerade Haltung, Gesicht erst starr, im Gespräch aufgelockert, dann normale Mimik. Wippt im Stehen wiederholt auf und ab, schaukelt mit dem Körper, schlägt kurz eher unmotiviert Hacken zusammen. Große Schritte. Dabei linke Hand am Koppel.

DDW 556/19/1941, ZD 30.4. 1941: FHQ im Sonderzug an der Südostfront. H. geht, auf König Boris von Bulgarien wartend, auf dem Bahnsteig auf und ab, schlägt dabei Handschuhpaar von einer Hand auf die andere. Kein Ruhetremor. Gang und Haltung unauffällig. – Besuch des ungarischen Reichsverwesers Admiral Horthy. Rasches Einsteigen in den Zug, unauffälliges Hinsetzen.

DDW 557/20/1941, ZD 7.5. 1941: Kundgebung im Berliner Sportpalast und Reichstags Sitzung in der Kroll-Oper. Dabei freie Mit-, Ausdrucks- und Willkürbewegungen. Vor allem Setzen, Gehen und Mitschwingen beider Arme unauffällig. – H. in Kärnten. Steigt etwas steif aus dem Zug, geht Treppe hinunter, dabei Arme frei schwingend. Später beim Gehen zwischen zwei Kindern in der Gesamtmotorik etwas „gebremst“ wirkend.

DDW 563/26/1941, ZD 18.6. 1941: H. empfängt König Boris auf dem Berghof. Unauffälliges Gehen und Mitschwingen der Arme. Haltung unauffällig. Kommt Treppe herunter, ohne auf Stufen zu sehen. – H. empfängt rumänischen Staatschef General Antonescu in München. Gehen und Treppensteigen unauffällig. Freies Mitschwingen beider Arme. Hinsetzen nicht eindeutig beeinträchtigt.

DDW 570/33/1941, ZD 6.8. 1941: H. bei Lagebesprechung an der Ostfront. Steigt zügig aus dem Flugzeug, reckt Kopf. Mitbewegungen links n. z. b., da Mantel im linken Arm gehalten. Am Lagetisch Mimik und Willkürbewegungen mit rechtem Arm unauffällig. Steigt später zügig ins Auto. Linker Arm bleibt bei kurzem Gehen sowie Ein- und Aussteigen leicht angewinkelt.

DDW 571/34/1941, ZD 13.8. 1941: H. an der Ostfront im Hauptquartier der Heeresgruppe Mitte. Erhält Hilfe beim Aussteigen aus dem Flugzeug. Sonstiges n. z. b., da nur vor Karten stehend und im Auto gezeigt.

DDW 573/36/1941, ZD 27.8. 1941: H. im Hauptquartier einer Heeresgruppe im Südabschnitt der Ostfront. Verhältnismäßig geringe Mitbewegungen des linken Armes. Nestelt beim Gehen an Handschuhen. Ein- und Aussteigen (Auto) weitgehend unauffällig. Haltung gerade. Mimik eher starr.

DDW 579/42/1941, ZD 8.10. 1941: Kundgebung im Berliner Sportpalast. Beim Gehen ans Rednerpult große Schritte, linker Arm weniger mitbewegt und leicht angewinkelt, obwohl nichts in linker Hand gehalten wird. Rasches Hinsetzen. Kau- und Schmatzbewegungen vor Rede. Lebhaftes Gestikulieren mit dem rechten Arm während der Ansprache. – Im Oberkommando der Wehrmacht (OKW) bei Generalfeldmarschall von Brauchitsch zu dessen 60. Geburtstag. Im Gespräch Rücken leicht gebeugt, gebremst wirkende Bewegungen, besonders des linken Armes. Kurzes Gestikulieren auch linksseitig.

DDW 589/52/1941, ZD 17.12. 1941: H. in der Kroll-Oper vor dem Reichstag (12.12.). Wirkt blaß und mitgenommen. Große Schritte beim Gehen. Kaubewegungen vor der Rede. Abgehen vom Pult flüchtig. – Empfang des japanischen Botschafters Oshima in der Reichskanzlei. Steifes Sitzen im Sessel. Hinsetzen nicht gezeigt. Beim Überreichen einer Schatulle mit Orden verdächtig „gebremste“ Bewegungen!

Der erste nicht nur vage Verdacht auf eine pathologische Minderbewegung nach Art der Hypokinese taucht in der Ausgabe Nr. 557 von Mai 1941 auf. Immer häufiger wird

von nun an der linke Arm beim Gehen weniger mitbewegt, wirken die Bewegungen wie leicht „gebremst“.

In den Tagesnotizen Morells, die für 1941 nur von 23 Tagen zwischen dem 7. und 31. August überliefert sind, finden sich bemerkenswerterweise die ersten Anhaltspunkte für einen Tremor, ein Zittern, und zwar im Zusammenhang mit einer akuten Erkrankung, die am ehesten als fieberhafte Darminfektion mit vegetativ-vaskulären, also auf das Gefäßsystem hinweisenden Fehlregulationen zu deuten ist. Morell konstatierte damals Fieber, Diarrhöen und einen Blutdruckanstieg; Hitler klagte über Schwindel, Kopfdruck und Ohrensausen³⁶. Zum Tremor heißt es bei Morell: 7. 8. „Feinschläg. Tremor der ausgestr. Hände“, 11. 8. „L. [leichter?] Händetremor“, 18. 8. „Händezittern“³⁷.

Anhaltspunkte dafür, daß die ersten pathologischen Veränderungen im Bewegungsmuster Hitlers auf das Jahr 1941 zurückzuführen sind, finden sich auch bei einigen anderen Zeitzeugen. So soll General Milch von Hans Kehrl gehört haben, daß der Berliner Psychiater und Lehrstuhlinhaber Prof. de Crinis bereits etwa 1941 aufgrund von Wochenschauaufnahmen den Verdacht auf ein Parkinson-Syndrom geäußert habe³⁸. Auch die Aufzeichnungen eines „älteren Generalstabsoffiziers“ verlegen – nach Zeugnissen von Dritten – die erste Beobachtung eines Zitterns am rechten Arm (offenbar Seitenverwechslung) auf den Winter 1941/42³⁹. Möglicherweise handelt es sich aber in beiden Fällen um eine Verwechslung mit dem Jahre 1942, wie die eigenen, dann deutlicher pathologischen Befunde, weitere Äußerungen Kehrls⁴⁰ sowie Beobachtungen anderer Zeitzeugen⁴¹ vermuten lassen.

1942:

DDW 594/5/1942, ZD 21. 1. 1942: Im FHQ, zum Teil bei Ordensverleihungen. H. etwas starr wirkend, Körperwendung leicht „gebremst“. Mimik fraglich reduziert. Gang und Mitbewegungen n. z. b. Wirkt mitgenommen und in körperlich schlechtem Zustand.

DDW 596/7/1942, ZD 4. 2. 1942: H. anlässlich des 9. Jahrestags der Machtergreifung am 30. Januar im Sportpalast. Beim Einzug mit Gefolge Gang unauffällig, aber spärliche Mitbewegungen des linken Armes, der dann leicht angewinkelt wird. Bei der anschließenden Rede Gestikulieren mit rechtem Arm, linker Arm dabei wieder angewinkelt und starr. – Ordensverleihung an Oberst Galland. Leicht gebückte Haltung. Später beim Gehen Schrittlänge unauffällig. Beide Hände in den Manteltaschen, daher Mitbewegungen n. z. b.

³⁶ Eintragungen vom August 1941, in: BA, FC 6319.

³⁷ Ebenda. Nach dieser Schilderung ist allerdings zu vermuten, daß es sich eher um ein unter der Wirkung des Infektes verstärktes physiologisches, da feinschlägiges und offenbar beide Hände gleichermaßen betreffendes Zittern gehandelt hat und nicht um einen pathologischen grobschlägigen Ruhetremor, der oft eine Hand früher oder stärker befällt als die andere. Diese Unsicherheiten schränken aber den bei der Wochenschauinspektion erhobenen Verdacht auf eine sich anbahnende Hypokinese nicht ein.

³⁸ Tagebuch-Manuskript, Eintrag vom 5. 12. 1949, in: Institut für Zeitgeschichte (IfZ), Archiv, Sammlung Irving.

³⁹ Percy Ernst Schramm (Hrsg.), Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab), Band IV: 1. Januar 1944 – 22. Mai 1945, zweiter Halbband IV/8 mit Nachträgen, Herrsching 1982, S. 1701.

⁴⁰ Schreiben Kehrls an Schramm vom 5. 6. 1963, in: BA, Kl. Erw. 441-3.

⁴¹ Vgl. entsprechende Quellen zu 1942.

DDW 599/10/1942, ZD 25.2. 1942: H. spricht vor Offizieren aller Waffengattungen im Sportpalast. Beim Hereinkommen (mit leeren Händen) geringere Mitbewegungen des linken Armes. Schrittlänge und Haltung unauffällig. Übriges n. z. b.

DDW 602/13/1942, ZD 18.3. 1942: Heldengedenktag, Berliner Zeughaus. Nach Anfahrt Aussteigen aus dem Auto bis auf angewinkelten linken Arm (Handschuhe in linker Hand) unauffällig. Gang beim Abschreiten der Front mit weiten Schritten, geringen Mitbewegungen. Kranzniederlegung unauffällig. H. begrüßt Verwundete. Dabei prothesenhafte Starre des leicht angewinkelten linken Armes. Kein Ruhetremor der linken Hand (durch Herabhängen der leeren Handschuhfinger des rechten Handschuhs, der mit der linken Hand gehalten wird, besonders gut zu beurteilen). Leicht gebückte Haltung, reduzierter Mimik. Auch hinsichtlich der Willkürbewegungen wirkt der 52jährige ausgesprochen „greisenhaft“.

DDW 604/15/1942, ZD 30.3. 1942: H. begrüßt König Boris von Bulgarien am Zug beim FHQ Rastenburg und verabschiedet ihn dort auch wieder. Mitbewegungen *beider* Arme eingeschränkt. Willkürbewegungen des rechten Armes, Haltung und Mimik dagegen unauffällig. Macht schnelle knappe Verbeugung, schüttelt König Boris kräftig und lange die Hand.

DDW 607/18/1942, ZD 22.4. 1942: Geburtstagsgratulanten im FHQ einschließlich Hitlerjugend. Nur geringe Mitbewegungen beider Arme, links (mit Handschuhen) eine Spur weniger als rechts. Ausdrucks- und Willkürbewegungen des rechten Armes unauffällig. Gleichfalls Gang, Haltung und Mimik.

DDW 608/19/1942, ZD 29.4. 1942: Reichstagssitzung in Berlin. Aussteigen aus dem Auto nicht eindeutig auffällig. Gehen mit starr angewinkeltem linken Arm, ohne daß Handschuhe oder Mütze in linker Hand gehalten werden. Schrittlänge unauffällig. Bei Begrüßung ohne Mantel und Handschuhe linker Arm starr, leicht angewinkelt. Bei Rede heftiges Gestikulieren mit rechtem Arm. Mimik nicht eindeutig beeinträchtigt. – Ordensverleihung im FHQ an höhere Offiziere. Kein Halte- oder Aktionstremor (Zittern bei unbewegtem Halten oder gezielter Willkürbewegung) des linken Armes beim Annehmen und Weiterreichen von Ordensschatullen.

DDW 609/20/1942, ZD 6.5. 1942: Treffen mit Mussolini in Salzburg. Auffällig un gelenk wirkender Bewegungsablauf beim Betreten eines Gebäudes. Anschließend nur geringe Mitbewegungen des linken Armes. – Auf dem Berghof. Treppensteigen (in Pelerine) unauffällig. In der Halle beim Gespräch Rücken leicht gebeugt, gestikuliert mit rechter, nur einmal auch kurz und matt mit linker Hand; linker Arm hängt meist schlaff herunter; Finger dabei gebeugt. Am Lagetisch linke Hand konstant abgestützt. Bei Verabschiedung am Zug linke Hand und linker Arm starr, „eingefrorenes“ Lächeln.

DDW 611/22/1942, ZD 20.5. 1942: Im FHQ bei Ordensverleihung leicht eingeschränkt wirkende Willkürbewegungen des linken Armes, jedoch kein Halte- oder Aktionstremor. Gestikuliert mit rechter Hand, linker Arm dabei starr. – Beim Spaziergang mit Schäferhündin Blondi deutlich eingeschränkte Mitbewegungen des linken Armes, so etwa beim Wurf eines Gegenstandes mit rechtem Arm.

DDW 612/23/1942, ZD 27.5. 1942: H. mit Speer bei Besichtigung neuer Waffen. Zeigebewegungen und Gestikulieren mit rechtem Arm unauffällig, gleichfalls Mimik (beim Sprechen) und Haltung. Linker Arm wird während der gesamten Sequenz starr vor den Körper gehalten, obwohl Hand leer.

DDW 614/25/1942, ZD 10.6. 1942: Besuch im Hauptquartier von Frontabschnitt Mitte im Osten. Aussteigen aus dem Auto und sonstige Willkürbewegungen unauffällig. Einsteigen in ein Flugzeug mit Hilfe. – Begegnung mit Marschall Mannerheim an finnischer Front. Rücken leicht gebeugt, Mitbewegungen links gegenüber rechts am Arm eingeschränkt. Ein- und Aussteigen (Auto, Flugzeug) unauffällig.

DDW 616/27/1942, ZD 24.6. 1942: Trauerfeier in München für Korpsführer des NSKK Adolf Hühnlein. H. mit Mütze in linker Hand hereinschreitend. Schrittlänge n. z. b. Handkuß und Verbeugung (offenbar für die Witwe), Begrüßung der weiteren Angehörigen mit Handschlag sowie anschließende Kranzniederlegung unauffällig. Mimik unbewegt. Linker Arm leicht angewinkelt, bleibt starr. Hält im Sitzen linke Hand mit rechter Hand umfaßt.

DDW 621/32/1942, ZD 29.7. 1942: H. begrüßt spanischen General Muñoz Grande im FHQ. Geringere Mitbewegungen des linken Armes (mit Handschuhen). Haltung, Schrittlänge, Mimik nicht eindeutig beeinträchtigt.

DDW 623/34/1942, ZD 12.8. 1942: FHQ Wolfsschanze, Ordensverleihung. H. nur von hinten gezeigt (!), daher n. z. b.

DDW 626/37/1942, ZD 2.9. 1942: Begrüßung von U-Bootmannschaft im FHQ. Bei zwei bis drei Schritten (mehr nicht gezeigt) sehr geringe Mitbewegungen des linken Armes (Handschuhe in linker Hand). Beim Händeschütteln linker Arm unbeweglich. Etwas „eingefroren“ wirkendes Lächeln.

DDW 631/42/1942, ZD 7.10. 1942: Empfang von Rommel. H. vorwiegend von hinten gezeigt (!). „Gebremst“ wirkende Willkürbewegungen und reduzierte Mitbewegungen. Selbst rechter Arm bleibt angewinkelt und starr. Rücken leicht gebeugt. Beim Überreichen des Marschallstabes kein Halte- oder Aktionstremor. – Rede im Sportpalast zur Eröffnung des Winterhilfswerks 1942/43. Beim Hereinschreiten Mütze und Handschuhe in linker Hand. Linker Arm erst gering schwingend, dann leicht angewinkelt. Schrittlänge unauffällig. Geht auf Rednertribüne zu. Wendung und Rede nicht gezeigt.

DDW 637/48/1942, ZD 18.11. 1942: Ansprache im Münchener Löwenbräukeller am Vorabend des 9. November. H. nur aus großer Entfernung (!) am Rednerpult gezeigt, daher n. z. b.

1942 ist die allgemeine Hypokinese mit deutlicher Bevorzugung des linken Armes nicht länger zu bezweifeln. In der Ruhelage verharrt der Arm meist leicht angewinkelt in prothesenhafter Starre. Beim Gestikulieren wird jetzt fast ausschließlich die rechte Hand eingesetzt. Die Haltung läßt nach, der Rücken ist leicht gebeugt. Die Mimik wirkt wenig lebhaft, jedoch noch nicht eindeutig verändert. Während Hitler in der ersten Jahreshälfte in 18 Wochenschauausgaben gezeigt wurde, ist er in der zweiten Jahreshälfte nur noch sechsmal zu sehen. Er wird dabei zweimal sogar vorwiegend oder ausschließlich von hinten, einmal lediglich von weitem gezeigt.

Die Notizen Morells liegen für 1942 leider nur von 36 Tagen zwischen Juli und Dezember vor⁴². Sie tragen zu unserer Fragestellung nichts bei. Retrospektiv datierte Morell jedoch das Einsetzen eines linksseitigen Tremors und – wahrscheinlich pauschalierend – sogar schon ein in den Wochenschauen erst 1944 eindeutig konstaterbares Nachziehen des linken Beines auf die Jahresmitte 1942 nach einem Aufenthalt in Winniza/Ukraine⁴³. Dort hatte Hitler am 22. Juli vorübergehend einen Blutdruckanstieg geboten und über flüchtige rechtsseitige Kopfschmerzen sowie uncharakteristische Sehstörungen auf dem rechten Auge geklagt⁴⁴. Diese Symptomatik hatte Morell anfangs – allenfalls nachvollziehbar – als Folge eines „Gefäßkrampfes“ bzw. -spasmus gedeutet; später sprach er in diesem Zusammenhang – weniger überzeugend – von „Gehirnödem“, an anderer Stelle – wegen fehlender Temperaturerhöhung völlig abwegig – von einer „grippeähnlichen Erkrankung“⁴⁵. Erich Kempka, Hitlers Fahrer, benutzte sogar fälschlich den Ausdruck „Kopfgrippe“ und verknüpfte den Beginn des für ihn registrierbaren Zitterns ebenfalls zeitlich mit dieser Unpäßlichkeit: „Seine Linke vibrierte leicht, wie es nach der Kopfgrippe in Winniza/Ukraine häufiger auftrat.“⁴⁶ Hitlers Diener Linge vermerkte: „Ende 1942, als die Schlacht um Stalingrad in ein be-

⁴² In: BA, FC 6319.

⁴³ CIR/4, S. 6, in: Ebenda, FC 6183; vgl. Eintrag vom 22. 7. 1942 ff., in: Ebenda, FC 6319.

⁴⁴ Ebenda, FC 6319.

⁴⁵ Eintrag vom 22. 7. 1942 ff. und 17. 12. 1942 sowie Karteikarten 1942, in: Ebenda, FC 6319; CIR/4, S. 6, in: Ebenda, FC 6183.

⁴⁶ Erich Kempka, Die letzten Tage mit Adolf Hitler, erweitert und erläutert von Erich Kern, Preußisch-Oldendorf 1975, S. 87.

drohliches Stadium trat, begann seine linke Hand zu zittern. Er hatte große Mühe, dies zu unterdrücken und vor Fremden zu verbergen. Die linke Hand an den Körper gepreßt – oder mit der rechten festgehalten –, so versuchte er, seinen Zustand zu verbergen, was ihm sehr schwerfiel, zumal bald ähnliche Symptome auch sein linkes Bein plagten.⁴⁷ Speer sprach lediglich von Hitlers leicht gebeugter Gestalt⁴⁸. Und auch Goebbels ging auf den Tremor noch nicht ein, als er in seinem Tagebuch am 20. März 1942 notierte: „Ich bemerke dabei, wie er schon sehr grau geworden ist und wie schon seine Erzählung über die Sorgen des Winters ihn stark gealtert erscheinen läßt.“ Immerhin sprach er bereits davon, daß Hitler „krank und hinfällig“ geworden sei und „einen erschütternden Eindruck“ bei ihm hinterlassen habe⁴⁹.

1943:

DDW 646/5/1943, ZD 20.1. 1943: Empfang von Marschall Antonescu auf dem Bahnsteig des FHQ. Wartend steht H. starr und leicht gebeugt, beide Arme unbeweglich herabhängend. Bei der Begrüßung Gestikulieren nur mit dem rechten Arm. Dort keine Hypokinese.

DDW 649/8/1943, ZD 10.2. 1943: Im FHQ mit Dönitz bei dessen Übernahme des Oberkommandos der Kriegsmarine. Bei Begrüßung linker Arm steif herabhängend. Hand durch unteren Bildrand abgeschnitten. Später wird linke mit rechter Hand vor dem Körper verschränkt festgehalten. Mimik und Haltung nicht eindeutig auffällig. Gang nicht gezeigt.

DDW 655/14/1943, ZD 24.3. 1943: Heldengedenktag, Berliner Zeughaus (21.3.). Anfahrt mit dem Auto. Aussteigen nicht gezeigt (!). Beim Eintritt in den Innenhof große Schritte, Mitbewegungen des linken Armes gegenüber rechts reduziert. Im Sitzen linker Unterarm mit rechter Hand festgehalten. Vor dem nicht eindeutig auffälligen Gang zum Rednerpult Aufstehen nicht gezeigt. Beim Abschreiten der Ehrenkompanie große Schritte. Eingeschränkte Mitbewegungen beider Arme, links mehr als rechts. Bei Kranzniederlegung freier Gang. Bei Begrüßung der Verwundeten unentwegt linker Arm leicht gebeugt und starr gehalten.

DDW 658/17/1943, ZD 14.4. 1943: Empfang von Mussolini auf dem Berghof. Begrüßung am Bahnhof, Händeschütteln, später Hinsetzen, „Schaulage“, kurzstreckiges Gehen insgesamt unauffällig. – Ordensverleihung an Dönitz. Linker Arm mit gefalteter Zeitung in linker Hand hinsichtlich Mitbewegungen n. z. b. Willkürbewegungen links und rechts unauffällig.

DDW 659/18/1943, ZD 21.4. 1943: Empfang von Marschall Antonescu auf Schloß Kleßheim. Hinsetzen unauffällig. Linker Arm mit eingeschlagenen Fingern ohne Mitbewegungen herabhängend. Leicht gebeugte Haltung. Starr wirkend.

DDW 674/33/1943, ZD 4.8. 1943: Begrüßung hoher Militärs und einiger Minister im FHQ. Haltung deutlich gebeugt, Hände werden auf dem Rücken gehalten. Starr wirkend in Bewegung und Mimik. Später im Stehen und bei wenigen Schritten hängt linker Arm (mit Handschuhen in linker Hand) unbeweglich herab.

DDW 679/38/1943, ZD 8.9. 1943: Morgenspaziergang mit Himmler im FHQ. Dressur von Schäferhündin Blondi. Beim schwerfälligen Wurf eines zu apportierenden Gegenstandes mit dem rechten Arm bleibt der linke starr (Hinweis auf stark reduzierte Mitbewegung). Mittagslage, Verleihung von Ritterkreuzen. Insgesamt generalisierte Hypokinese, mangelnde Mitbewegungen beidseits, mattes rechtsseitiges Gestikulieren, leichte Hypomimie, deutlich gebeugte Haltung, Gehen mit leicht angewinkelten Armen. Ob Ruhetremor, n. z. b., da linke Hand bei ruhigem Stehen durch unteren Bildrand abgeschnitten.

⁴⁷ Heinz Linge, *Bis zum Untergang. Als Chef des Persönlichen Dienstes bei Hitler*, hrsg. von Werner Maser, München 1982, S. 160.

⁴⁸ Albert Speer, *Spandauer Tagebücher*, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1975, S. 328.

⁴⁹ Goebbels-Tagebücher, in: BA, NL 118/42.

DDW 681/40/1943, ZD 22.9.1943: Mussolini im FHQ. H. am Flugzeug. Starre Mimik, geringe Mitbewegung des linken Armes, leicht gebeugte Haltung, große Schritte. Lächeln wie erstarrt wirkend. Einsteigen ins Auto sehr verlangsamt.

DDW 684/43/1943, ZD 13.10.1943: Empfang von Fliegeroffizieren im FHQ. H. starr stehend, in leicht gebückter Haltung. Linker Arm bewegungslos starr herabhängend, Finger im Mittelgelenk gebeugt, im Endgelenk gestreckt. Kein Tremor erkennbar. Ebenfalls nicht beim Überreichen der Orden mit rechter Hand, wobei die linke gut zu sehen ist. Wenn Ordensschatulle aus linker annehmender in rechte austeilende Hand gewechselt wird, verharrt linker Daumen in abgespreizter Stellung (Hinweis auf Hypokinese). Willkürbewegungen im übrigen unauffällig, aber Mitbewegungen deutlich „gebremst“ wirkend. Während der ganzen Szene „eingefrorenes“ Lächeln.

DDW 687/46/1943, ZD 3.11.1943. Empfang von Prinz Kyrill und Prof. Filoff im FHQ. H. am Bahnhof wartend. Bewegungsloser linker Arm angewinkelt und an den Körper angelegt. An linker Hand mit eingeschlagenen Fingern kein Ruhetremor sichtbar. Mimik nicht auffällig. Bei Begrüßung komplettes Fehlen von Mitbewegungen des linken Armes. – H. verleiht Orden und Urkunden an Marineoffiziere und Fliegerhauptmann Nowotny. Dabei kein Aktions-, Halte- oder Ruhetremor. Starke generalisierte Hypokinese, besonders ausgeprägt am linken Arm. Starres Lächeln. Deutlich gebeugte Haltung. Gang n. z. b.

DDW 689/48/1943, ZD 17.11.1943: H. am Vorabend des 9. November im Münchener Löwenbräukeller. Zügiges Grüßen mit rechtem Arm. Bei Rede bleibt linke Hand unbeweglich am Pult, Gestikulieren nur mit rechtem Arm. Zum Schluß freudig bewegt wirkend, dabei aber starres Lächeln. Gang n. z. b.

1943 gibt es keinen Zweifel mehr an einer sich inzwischen generalisierenden, also außer der linken auch die rechte Körperhälfte betreffenden Hypokinese. Die Mitbewegungen des linken Armes sind zeitweise aufgehoben, auch die des rechten reduziert. Immer häufiger erscheint der Rumpf „parkinsonistisch“ gebeugt. Auch hinsichtlich der Mimik entsteht zumindest der Verdacht auf eine gewisse Starre. Nur ausnahmsweise finden sich noch Aufnahmen, die Hitler beim Aussteigen aus einem Auto, beim Hinsetzen oder Aufstehen zeigen. Gelegentlich wird die linke Hand dem Betrachter dadurch entzogen, daß Hitler sie in der Tasche des Rocks vergräbt oder die Arme auf dem Rücken verschränkt. Manchmal hält er den linken Arm mit der rechten Hand fest. Offenbar versucht Hitler auf diese Weise, den zeitweiligen Tremor der linken Hand zu verbergen. Zeitweilig deshalb, weil in mehreren Filmsequenzen ein Ruhetremor eindeutig auszuschließen ist. Damit weist das Symptom in dieser Krankheitsphase noch nicht die spätere Konstanz auf. Aufnahmezeitpunkt und -technik sowie Zensur werden verständlicherweise das ihrige dazu beigetragen haben, dieses für Hitler extrem unangenehme Symptom der Öffentlichkeit vorzuenthalten.

In den überlieferten Aufzeichnungen Morells zu 129 Tagen, verteilt auf alle Monate des Jahres 1943, finden sich erstaunlicherweise keine entsprechenden Hinweise⁵⁰. Dem Internisten Prof. Schenck war in den Wochenschauen von 1943 vor allem die zunehmend gebeugte Haltung aufgefallen, die er zunächst noch einem Wirbelsäulenleiden, der sog. Bechterewschen Erkrankung, zuschrieb⁵¹. Einige nichtmedizinische Zeitzeugen müssen jedoch 1943 auch das Zittern bereits deutlich wahrgenommen haben. So schrieb der Diener Linge in leichtem Widerspruch zu seiner bereits zitierten früher an-

⁵⁰ Vgl. BA, FC 6319.

⁵¹ Ernst Günther Schenck, 1945. Als Arzt in Hitlers Reichskanzlei, Stockach ²1985, S. 120; ferner persönl. Mitteilung.

gesetzten Datierung: „Überganglos war er körperlich plötzlich ein Greis geworden. [...] Sein linker Arm und sein linkes Bein zitterten seit dem Verlust von Stalingrad.“⁵² Generaloberst Guderian erinnerte sich: „Als ich ihn nach der Stalingrad-Katastrophe zum ersten Male nach 14 Monaten der Trennung wiedersah, bemerkte ich die Veränderung seines Zustandes. Die linke Hand zitterte, die Haltung war gebeugt“⁵³, „seine Sprache zögernd“⁵⁴. Eva Braun soll sich im Februar 1943 bei einem Wiedersehen nach längerer Zeit über seine äußere Erscheinung entsetzt haben⁵⁵. Auch auf Goebbels wirkte Hitlers Gesundheitszustand „etwas bestürzend“, und Hitler selbst scheint ein deutliches Schwinden seiner Kräfte registriert zu haben⁵⁶.

1944:

DDW 701/8/1944, ZD 9.2. 1944: Empfang von Heeresgruppen- und Armeeführern im FHQ. H. kommt von weitem der Kamera in voller Sicht entgegen. Zunächst linker Arm starr angewinkelt. Beim Näherkommen nestelt H. an den Handschuhen, anstatt sie auszuziehen. Beim Gang minimales Nachziehen des linken Beines nicht sicher auszuschließen. Schritte jedoch groß.

DDW 704/11/1944, ZD 1.3. 1944: Ordensverleihung an Offiziere im FHQ. Dann Empfang verschiedener Persönlichkeiten. Gebeugte Haltung, leichte Hypomimie. Starre Hand ohne Ruhetremor am bewegungslos herabhängenden linken Arm. Später Ordensschatullen in der linken Hand ohne Haltertremor haltend. Sitzt dann am Tisch, gestikuliert mit rechtem Arm. Linker Arm bleibt leicht gebeugt. Willkürbewegungen der linken Hand im Vergleich mit Personen der Umgebung verlangsamt.

DDW 712/19/1944, ZD 26.4. 1944: H. an seinem 55. Geburtstag. Gratulation durch die Generale. Dabei allgemeine Bewegungsverarmung, betont im linken Arm. Leichte Hypomimie. Gang unauffällig, Haltung leicht gebeugt. Intermittierend mit rechtem Arm lebhaft gestikulierend. Linker Arm konstant angewinkelt und fest am Körper, dabei linker Unterarm mit rechter Hand gehalten.

DDW 714/21/1944, ZD 10.5. 1944: Treffen von H. und Mussolini in Berlin. Beim Gehen Nesteln an Handschuhen. Später Gang und Mitbewegungen beider Arme nicht sicher auffällig. Verdacht auf leichte Hypomimie.

DDW 722/29/1944, ZD 6.7. 1944: Trauerfeier für Generaloberst Dietl in Berlin. H. bei Rede und Kranzniederlegung gezeigt. Eingeschränkte Mitbewegungen beider Arme, links mehr als rechts. Große Schritte. Vorsichtiges Drehen beim Betreten des Rednerpults. Haltung leicht gebeugt.

DDW 725/32/1944, ZD 26.7. 1944: Empfang von Mussolini unmittelbar nach dem Attentat am 20. Juli. Deutliche Einschränkung von Mit- und Willkürbewegungen, links mehr als rechts (obwohl sich ein größerer Bluterguss in der rechten Ellenbogengegend befand⁵⁷). Linker Arm hängt bewegungslos am Körper, eingeschlagene Finger. Kein Ruhetremor sichtbar. Haltung gebeugt, Mimik starr. Schritte nicht eindeutig verändert. Gibt bei Begrüßung linke Hand (offenbar wegen Verletzung des rechten Armes). Linke Hand bei mehrfacher Begrüßung in gleicher Haltung verharrend. – Tagung der deutschen Rüstung mit Speer. Deutlich gebeugte Haltung, Gang schwerfällig, beidseits mangelnde Mitbewegungen, links mehr als rechts. Sehr verfallen wirkend. Leicht hypomimisch.

DDW 726/33/1944, ZD 3.8. 1944: H. bei Verletzten des Juli-Attentats. Dann Gratulation von Generalen, Parteifunktionären etc. Haltung deutlich gebeugt. Starke Hypokinese einschließlich Hypomimie. Linker Arm zum Teil starr, rechter zum Teil ebenfalls (Verletzungsfolge?). Bei längerer Gehstrecke linkes Bein deutlich nachziehend (Verletzungen vorwiegend rechts!).

⁵² Linge, Untergang, S. 267, vgl. dort mit S. 160.

⁵³ Guderian, Erinnerungen, S. 402.

⁵⁴ Ebenda, S. 262.

⁵⁵ Vgl. Traudl Junge, zit. nach John Toland, Adolf Hitler, Band 2, Bergisch-Gladbach 1977, S. 962.

⁵⁶ Goebbels-Tagebücher, Eintrag vom 7. 5. 1943, in: BA, NL 118/54.

⁵⁷ Vgl. CIR/2, S. 3, in: BA, FC 6183.

DDW 731/38/1944, ZD 7.9. 1944: Empfang von Luftwaffenoffizier Hartmann. H. betritt (Rücken zur Kamera!) den Raum. Leicht gebeugte Haltung. Stuhl wird ihm untergeschoben, Hinsetzen wirkt mühsam. Hände bei Ordensverleihung nicht gezeigt(!).

DDW 745/52/1944, ZD 14.12. 1944: Empfang des ungarischen Staatsführers Szalasy. Bei längerer Gehstrecke wirkt Schrittlänge eingeschränkt. Zugleich minimales Nachziehen des linken Beines. Fehlende Mitbewegungen des linken Armes, Hypokinese auch des rechten Armes, Hypomimie, gebeugte Haltung.

1944 ist die zunehmende parkinsonistische Beeinträchtigung des gesamten Bewegungsbildes, wenn auch nach wie vor am linken Arm betont, für den Fachmann unverkennbar: reduzierte Mitbewegungen, gelegentlich sogar verlangsamte Willkürbewegungen, gebeugter Rücken, starr wirkende Mimik und in der zweiten Jahreshälfte erstmals Anomalien des Ganges mit leicht verkürzter Schrittlänge links infolge der jetzt auch das linke Bein betreffenden Hypokinese. Das Bewegungsbild wirkt besonders in der zweiten Jahreshälfte ausgesprochen greisenhaft. Immer noch gelingt es aber der Filmberichterstattung, Hitler in solchen Situationen zu zeigen, in denen das offenbar in seiner Intensität stark schwankende und willkürlich augenscheinlich noch kurz unterdrückbare Ruhezitern nicht in Erscheinung tritt.

Dabei muß der Tremor inzwischen auf das linke, leicht bereits auch auf das rechte Bein und sogar den rechten Arm übergegriffen haben, wie es nunmehr die Morellschen Notizen eindeutig belegen. Sie liegen für 1944 von 244 Tagen z. T. mehrfach an verschiedenen Stellen (Notizblätter, Karteikarten, Tisch- oder Taschenkalender) vor. Zumindest über Taschen- und Tischkalender ist dabei sogar das gesamte Jahr erfassbar, da Tage ohne Besonderheiten eigens gekennzeichnet wurden⁵⁸. Zur neurologischen Problematik notierte Morell:

11. 2.: „oft Zittern im l. Bein“

22. 2.: „Beinezittern lks. u. Händezittern weg“

9. 5.: „Beinezittern (Invas[ion].)“

28. 7.: „Mit Augenblick des Attentats Beine- u. Händezittern weg“

Woche vom 23. 7.: „Mit Vorfall des Attentates das Beinezittern weg u. das Händezittern minimal“

15. 9.: „Wiederbeginn des Zitterns (Beine, bes. lks., Hände). [. . .] Bis zum Attentat hatte lks. Bein bes. in der Zeit zuvor starken zeitweil. Tremor beim Sitzen.“

30. 10.: „F[ührer]. teilte mit, daß er seit dem Schmerz-anfall viel stärkeres Zittern in Bein u. Händen gehabt habe wie früher“

3. 11.: „F. klagt sehr über das Zittern des lk. Beines u. der Hände. Letztere zeigen ausgestreckt mit gespreizten Fingern jedoch keinen Tremor⁵⁹. Mit dem 20. VII. war alles Zittern plötzlich vorbei, jetzt aber ganz allmählich wiedergekommen u. nun *sehr* stark. Ich führte dies auf die ständig gr. Belastungen u. Aufregungen n. gr. Ärger zurück. – Was man dagegen tun könne? – Ruhe, Fernhalten von Erregungen etc., alles Sachen die unmöglich seien. Ev. könne man elektr. Ströme u. Wasseranwendungen versuchen (Vierzellenbad, reine Hochfrequenz [unleserlich]). – Ob man keine Medik. oder Spritzen dagegen geben könne? – Vitamin B1 u. Nikotinsäureamid, sowie beruhigende Medikamente, die aber im Übermaß angewandt, alles bremsen. – Er nähme schon Brom-Nervacit⁶⁰, wenn es schlimm wäre. – Sehr angebracht wären hier auch Massagen!“ Und: „l. Bein wieder Zittern, Hde angebl. auch, bei Kontrolle aber nicht.“

⁵⁸ BA, NL 348/2 und 3.

⁵⁹ Damit nur Ausschluß eines Haltetremors, nicht aber eines Ruheziterns!

⁶⁰ Ein damals gängiges Beruhigungsmittel.

11. 11.: „Zittern sei weg“

20. 11.: „Dch. die Homoseran⁶¹-Inj[ektionen], habe das Zittern aufgehört.“

1. 12.: „F. möchte wieder Homoseran, da neulich seitdem d. Zittern aufgehört hätte.“ Und: „F. möchte wieder Homoseran, da neulich mit d. Inj. das Zittern aufgehört hatte.“ Ferner: „Wunsch, Homoseran Inj. zu bekommen, da d. Zittern dadurch weggegangen wäre.“

8. 12.: „D. lk. Bein zittert jetzt nicht, sondern d. lk. Arm u. d. Hand.“

16. 12.: „st. Tremor der l. Hand (gr. Erregung wegen der Offensive.“ Und: „stk. Tremor d. Hand (gr. Erregung der Offensive [?].“ Ferner: „st. Handtremor links“

25. 12.: „Vermehrter Tremor d. r. Hand. (Lage in Ungarn!)“ Und: „angebl. vermehrter Tremor d. r. Hand (Lage in Ungarn!)“

30. 12.: „Lkr. Handtremor sehr stark.“

31. 12.: „¹/₄ 12h nachts: F. ist fast ganz ruhig geworden. Zittern des l. Armes bzw. der Hand nur noch ganz gering.“⁶²

Aus diesen Aufzeichnungen geht nicht nur die Ausbreitung des Tremors hervor, sondern auch das Faktum, daß der Tremor nach Ausmaß und Lokalisation erheblichen Fluktuationen unterlag und – wie dies für diese Art von Ruhetremor geradezu charakteristisch ist – stark von psychischen Faktoren abhängig war: Zunahme bei seelischer Belastung (militärische Lage in Ungarn, alliierte Invasion an der Atlantikküste, Vorbereitung der Ardennen-Offensive), Abnahme oder sogar flüchtiges Verschwinden nach seelischer Entspannung (Überleben des Attentats, Erleichterung nach Beginn der Ardennen-Offensive). Diese typische Fluktuation zumal in Abhängigkeit von emotionalen Faktoren war es aber gerade, die Hitlers neurologisch nicht geschulte Ärzte und wahrscheinlich auch manche Laien seiner Umgebung in die Irre führte und an ein hysterisches, also seelisch verursachtes Zittern viel eher als an eine organische Erkrankung denken ließ. Der von Morell am 3. 11. 1944 wiedergegebene Dialog mit Hitler beleuchtet sehr anschaulich die Unsicherheit des Leibarztes in der diagnostischen Zuordnung des Tremors. Entsprechend breitgefächert sind auch seine therapeutischen Erwägungen.

Andere Augenzeugen, die – ähnlich wie Morell – Hitler 1944 nicht nur unter dem disziplinierenden Einfluß der Filmkamera erlebten, erinnerten sich – wenn auch in gelegentlich dramatisierender Form – an eine zwar im einzelnen variierende, insgesamt jedoch recht übereinstimmende typische Symptomatik. Am wenigsten exakt äußerten sich die chirurgischen Begleitärzte. Dr. von Hasselbach meinte bei seiner Befragung durch die Alliierten: „Hitler's body began to stoop [...]. A tremor of head and hands was quite noticeable, particulary when subject brought a cup to the mouth or signed documents.“⁶³ Der Arzt erwähnte hier eher atypische Züge wie Kopftremor und sog. Aktionstremor, also bei Willkürbewegung auftretendes oder sich verstärkendes Zittern. Dr. Brandt schilderte nachträglich „ein feines Zittern beider Hände, das früher schon da war und offensichtlich durch den Schock vom 20. 7. plötzlich verschwunden gewesen ist“⁶⁴. Die Formulierung „feines Zittern“ ist ange-

⁶¹ Ein Hormonpräparat.

⁶² Chronologisch geordnete Kompilation entsprechender Zitate aus BA, FC 6319 sowie NL 348/2 und 3.

⁶³ CIR/2, S. 2, in: Ebenda, FC 6183.

⁶⁴ In: Ebenda, Kl. Erw. 441-3, Bl. 66.

sichts unserer – späteren – Befunde und Schilderungen anderer Zeitzeugen irreführend. Auch verschwand der Tremor nicht nach dem Attentat, sondern ließ nur vorübergehend an Intensität nach.

Viel genauer beobachteten zumindest einzelne Laien wie etwa Hitlers Sekretärin Christa Schroeder: „Kein Wunder, daß ihm das Zittern seiner linken Hand äußerst peinlich war. Das Bewußtsein, ab 1944 nicht mehr völlig Herr seines Körpers zu sein, belastete ihn sehr. Wenn überraschte Besucher auf seine zitternde Hand blickten, bedeckte Hitler sie instinktiv mit seiner anderen Hand. Trotz aller Willensanstrengung konnte er das Zittern nicht verhindern.“⁶⁵ Hans Frank, Generalgouverneur in Polen, fielen am 6. Februar 1944 Hitlers langsame Bewegungen und seine leise Stimme auf⁶⁶. Zwar beschwor Goebbels am 4. März 1944 zum wiederholten Male das „frische“ und „erholte“ Aussehen des Führers, er mußte aber dann doch zugeben, „wie seine Hand zittert“, als er Vollmachten unterschrieb. „Er kommt auch selbst darauf zu sprechen.“ Außerdem bemerkte Goebbels, wie Hitler das Treppensteigen „sehr schwer fällt“ und wie er „ganz langsam gehen muß“⁶⁷. Am 14. März klagte der Minister darüber, „wie sehr der Führer sich während des Krieges verändert hat. [...] im Kriege ist er älter und älter geworden, und jetzt geht er schon ganz gebeugt.“⁶⁸ Leni Riefenstahl sah Hitler am 30. März 1944 zum ersten Mal seit drei Jahren wieder: „Mir fiel seine zusammengesunkene Gestalt auf, das Zittern seiner Hand und das Flackern seiner Augen – Hitler war seit unserer letzten Begegnung um Jahre gealtert.“⁶⁹ Am 25. Mai 1944 meldete der Schweizerische Generalkonsul in Pressburg nach Bern, daß Mitgliedern einer slowakischen Delegation anlässlich eines Besuchs im FHQ die gebeugte Haltung Hitlers und das Zittern seiner Hände aufgefallen seien⁷⁰. Walter Schellenberg begegnete Hitler nach längerer Zeit in der Jahresmitte 1944: „Der Rücken war auffallend stark gebeugt und die Bewegungen langsam und schwerfällig. Dabei zitterte sein linker Arm so stark, daß er ihn ständig mit der rechten Hand festhalten mußte. Nur seine Stimme war noch klar und voll.“⁷¹ Den Eindruck des physischen Verfalls gab Goebbels sehr treffend in einer Tagebucheintragung vom 6. Juni 1944 wieder: „Man meint aus der Entfernung in ihm einen schwerkgeprüften, tiefgebeugten Mann vorzufinden, dessen Schultern unter der Last der Verantwortung zusammenzubrechen drohen.“⁷²

Korrektur als Dr. Brandt bezog sich Luftwaffenadjutant von Below auf eine nur vorübergehende Besserung des Tremors nach dem Attentat: „[...] seine nervösen Schäden

⁶⁵ Schroeder, Chef, S. 74f.

⁶⁶ Hans Frank, Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse, Neuhaus ²1955, S. 412.

⁶⁷ Goebbels-Tagebücher, in: Bundesarchiv Abteilungen Potsdam (BA-P), 90 Go 1 FB, Film Nr. 69940.

⁶⁸ Ebenda, Film Nr. 69941.

⁶⁹ Leni Riefenstahl, Memoiren: 1902–1945, Frankfurt a. M./Berlin 1990, S. 396.

⁷⁰ Vgl. E 23000 Prag, Bd 6, in: Schweizerisches Bundesarchiv Bern (gemäß einer persönl. Mitteilung von Heinrich Bodenseck an die Autorin).

⁷¹ Walter Schellenberg, Aufzeichnungen. Die Memoiren des letzten Geheimdienstchefs unter Hitler, hrsg. von Gita Petersen, Wiesbaden/München 1979, S. 98 f.

⁷² Goebbels-Tagebücher, in: BA-P, 90 Go 1 FB, Film Nr. 69946.

am linken Arm setzten nach wenigen Tagen wieder ein.“⁷³ Pressechef Dietrich meinte sogar: „Als er den linken Arm aus der Binde nahm, blieb ein Zittern der Nerven in der Hand, das ihn nicht mehr verlassen und von diesem Zeitpunkt an sichtbar behindert hat. Die Körperhaltung verlor ihre Straffe, die Knie waren schwach und gebeugt.“⁷⁴ Goebbels' Pressereferent von Oven sah Hitler am 5. August 1944: „Er ist ein alter Mann geworden. Er geht langsam und tief gebeugt wie unter einer schweren Last. [...] Seine Hände zittern, was er dadurch – vergeblich – zu verbergen sucht, daß er sie ständig tief in seinen Rocktaschen vergräbt.“⁷⁵ General von Choltitz hielt über eine Begegnung am 7. August 1944 fest: „Nun stand ich also vor ihm und sah einen alten, gebeugten, aufgeschwemmten Mann mit dünnem grauen Haar, einen zitternden, körperlich erledigten Menschen.“⁷⁶ General Kreipe gewann für den 11. August 1944 den Eindruck: „Der Führer ist sehr krumm geworden. [...] Häufig zittert er stark.“⁷⁷ General Warlimont sagte für August 1944: „Gebeugt und schleppenden Schrittes kam er in den Lageraum. [...] In gebückter Haltung, den Kopf tief in den Schultern, hockte er auf dem ihm hingeschobenen Stuhl. Eine zitternde Hand suchte Halt am Kartentisch.“⁷⁸ Generaloberst Guderian schrieb: „Schließlich, nach dem Attentat vom 20. Juli 1944, zitterte nicht nur die linke Hand, sondern die ganze linke Körperhälfte. Er mußte die rechte Hand auf die linke, das rechte Bein über das linke legen, um im Sitzen das Zittern weniger sichtbar zu machen“⁷⁹. Sein Gang wurde schleppend, seine Haltung gebückt, seine Bewegungen zeitlupenartig langsam. Er mußte sich den Stuhl unterschieben lassen, wenn er sich setzen wollte.“⁸⁰

Der Mussolini-Befreier Skorzeny sah Hitler am 10. September 1944: „Er kam gebeugt und zog ein Bein nach. Seine linke Hand zitterte so stark, daß er sie manchmal mit der rechten festhalten mußte. Seine Stimme klang verschleiert und brüchig.“⁸¹ Speer erinnerte sich an den Hitler von Ende November 1944: „[...] wie er da erschöpft in seinem Sessel saß und seinen zitternden Arm hielt.“⁸² General von Manteuffel erlebte Hitler am 12. Dezember 1944 im FHQ Ziegenberg: Eine „gebeugte Gestalt, mit blassem, aufgedunsenem Gesicht, im Stuhl zusammengesunken, mit zitternden Händen, den linken, heftig zuckenden Arm nach Möglichkeit verbergend. [...] Wenn er ging, zog er ein Bein nach.“⁸³ Der Diener Linge sagte zum Jahresende 1944: „Hitler schien

⁷³ Nicolaus von Below, *Als Hitlers Adjutant 1937–45*, Mainz 1980, S. 384.

⁷⁴ Otto Dietrich, *Zwölf Jahre mit Hitler*, Köln o. J., S. 267. Eine „Binde“ wurde gemäß Wochenschauaufnahmen nach dem Attentat allerdings nicht getragen.

⁷⁵ Wilfred von Oven, *Finale Furioso. Mit Goebbels bis zum Ende*, Tübingen 1974, S. 450.

⁷⁶ Dietrich von Choltitz, *Soldat unter Soldaten*, Konstanz/Zürich/Wien 1951, S. 222.

⁷⁷ Werner Kreipe, *Manuskript*, in: IfZ, *Archiv, Sammlung Irving*.

⁷⁸ Walter Warlimont, *Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 39–45. Grundlagen, Formen, Gestalten*, München³ 1978, S. 492.

⁷⁹ Sehr gute Beobachtung eines Ruhetremors!

⁸⁰ Guderian, *Erinnerungen*, S. 402.

⁸¹ Otto Skorzeny, *Meine Kommandounternehmen*, Salzburg 1981, S. 223.

⁸² Speer, *Spandauer Tagebücher*, S. 309.

⁸³ Zit. nach William L. Shirer, *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*, Stuttgart/Hamburg o. J., S. 997.

noch einmal aufzuleben. [...] Doch sein Gesicht blieb grau, sein Rücken stark gebeugt, der Gang schleifend-schleppend. Seine ganze linke Körperhälfte zitterte. [...] Bei kurzen Begegnungen war er in der Lage, einige der gravierenden Schwächen und Leiden zu verbergen, und er tat es.⁸⁴ An anderer Stelle sprach derselbe Gewährsmann von dem jetzt 55jährigen Hitler als einem „Greis [...], der sich seit Ende 1944 nur noch schwerfällig – gleichzeitig nach vorn und zur Seite gebeugt⁸⁵ – bewegte. Wollte er sich setzen, mußte ihm ein Stuhl untergeschoben werden.“⁸⁶

Zusammenfassend läßt sich sagen: Selbst unter Berücksichtigung nachträglicher Dramatisierungen müssen die Krankheitssymptome Hitlers die Menschen seiner Umgebung im Jahre 1944 viel stärker beeindruckt haben, als dies die *zensierten* Wochenschauen vermuten lassen. Vielfach übereinstimmend bekräftigten die zitierten Augenzeugen unsere Inspektionsbefunde. Ihren Schilderungen ist die folgende Symptomatik zu entnehmen: allgemeine Hypokinese mit Bradykinesie (Verlangsamung der Willkürbewegungen), parkinsonistische Beugung des Rumpfes, Ganganomalie mit verkürzter Schrittlänge des linken Beines und – was sich unserer Beurteilung völlig entzog – die Veränderung der Stimmgebung in typischer Weise. Das beeindruckendste Symptom war jedoch für die meisten Beobachter verständlicherweise das Zittern vom Typ des offenbar eher grobschlägigen („zuckenden“) und vorwiegend die linken Extremitäten betreffenden Ruhetremors (im Sitzen Festhalten des linken Armes, Festklemmen des linken Beines). Nach den zitierten Bekundungen des Leibarztes kam es zu einem eindeutigen Übergreifen des Tremors auch auf die rechtsseitigen Extremitäten. Aus Haltungsanomalie und Hypokinese läßt sich mittelbar auch auf einen Rigor schließen. Ob der Hals-Nasen-Ohrenarzt Giesing anlässlich einer angeblich gründlichen *neurologischen* Untersuchung am 1. Oktober 1944 – wie behauptet⁸⁷ – einen Rigor wirklich festgestellt hat, muß offenbleiben.

1945:

DDW 754/9/1945, ZD 15.3. 1945: H. besucht einen Divisionsgefechtsstand an der Oderfront. Haltung leicht gebeugt. Beim Gehen zunächst beide Hände an Manteltaschen Halt suchend. Gang von weitem nicht sicher auffällig, beim Näherkommen deutlich kleinschrittig und leicht hinkend wirkend. Bei anschließender Begrüßung der Offiziere – jetzt ohne Mantel – linker Arm (im Schatten befindlich) starr herabhängend. An der linken Hand sind während dieser Einstellung in 2,7 Sekunden bei üblicher Aufnahme-geschwindigkeit (soweit nach den Bewegungsabläufen der Umstehenden zu schließen ist) elf *grobe Tremoraußschläge* deutlich zu erkennen⁸⁸. Demnach beträgt die Tremorfrequenz rund 4 pro Sekunde. Deutliche Hypomimie. Hinsetzen am Kartentisch nur wenig beeinträchtigt. Heftiges Gestikulieren mit der rechten Hand, linker Arm dabei unter dem Tisch bleibend. Kein Kopftremor. Vor der Abfahrt, wieder im Mantel, linke Hand in der Manteltasche, leicht asymmetrischer Gang.

DDW 755/10/1945, ZD 3.4. 1945: Empfang von Hitlerjungen im Garten der Reichskanzlei. Laut Kameramann Walter Frenz letzte Filmaufnahme von Hitler⁸⁹, der sich zunächst mit Begleitpersonen

⁸⁴ Linge, Untergang, S. 250f.

⁸⁵ Offenbar Folge des einseitig überwiegenden Rigors.

⁸⁶ Linge, Untergang, S. 267.

⁸⁷ Erwin Giesing, inoff. Bericht vom 12. 6. 1945, zit. nach Werner Maser, Adolf Hitler. Legende, Mythos, Wirklichkeit, München/Esslingen 1975, S. 390 ff.

⁸⁸ Aus 20fach wiederholter Zählung und Zeitnahme gemittelte Werte.

⁸⁹ Persönl. Mitteilung.

von ferne nähert. Dabei nur zwei Schritte gezeigt. Dann vor den Hitlerjungen stehend, hat er die linke Hand, den rechten Handschuh haltend, auf den Rücken gelegt. Bei kurzer Wendung, wobei er dem Betrachter den Rücken zukehrt, hier zwei *grobe Tremoranschläge* zu entdecken. Rechte Hand bei Willkürbewegungen, nämlich Wangenstreicheln und Schulterklopfen, nicht eindeutig hypokinetisch. Haltung leicht gebeugt. Wie „eingefroren“ wirkendes Lächeln. Kopfhaltung über längere Strecken eindeutig zu beurteilen, dabei kein Kopftremor wahrzunehmen.

Offenbar infolge der jetzt nachlassenden Aufmerksamkeit der Zensur und des bei Hitler nun konstant vorhandenen Tremors ist dieses Symptom in den beiden einzigen Wochenschauausgaben, die Hitler im Jahre 1945 noch zeigen, nunmehr eindeutig dokumentiert und läßt sich nach neurologischen Kriterien analysieren. Es handelt sich um einen typischen grobschlägigen, nämlich mit einer Frequenz um 4/s auftretenden Tremor am ruhenden, also nicht bei gezielter Willkürbewegung eingesetzten linken Arm. Damit ist ein sog. extrapyramidalen Ruhetremor als Teilerscheinung eines Parkinson-Syndroms *bewiesen*. Jede andere Deutung ist ausgeschlossen. Der Eindruck einer generalisierten, also allgemeinen, wenn auch links betonten Hypokinese einschließlich der Rückwirkung auf das Gangbild verstärkt sich in beiden Wochenschauausgaben. Ein primär den Kopf betreffender Tremor, wie er für ein Parkinson-Syndrom eher atypisch wäre, ist auszuschließen. Ein Ruhetremor des rechten Armes und der Beine läßt sich infolge der Aktionen, wie Gehen, Stehen, gezielten und gestikulativen Armbewegungen, selbstverständlich nicht erfassen.

Die ärztlichen Aufzeichnungen Morells, die für 1945 lückenlos vom 1. Januar bis zu seiner Entlassung am 21. April vorliegen⁹⁰, beschränken sich während dieser Zeitspanne hinsichtlich der neurologischen Erscheinungen auf den nach wie vor linksseitig überwiegenden Tremor:

2. 1.: „F. fühlt sich wohl, abgerechnet die Spannung wegen der laufenden Offensive. Er fragt wegen der Beseitigung des Zitterns der lk. Hand: hierzu Beruhigungsmittel nötig, die aber wegen der ständigen intensiven Denkprozesse von größter Wichtigkeit, da hemmend, nicht gegeben werden können. Elektrizität wohl etwas wirksam, aber nicht intensiv.“
5. 1.: „Wegen der Unruhe im l. Arm gab ich 20 % Calc[ium]. Sandoz 10 ccm intravenös u. schloß noch 10 ccm Trbz [Traubenzucker] l. i [Injektion intravenös] + Leber, Vit[amin]. f. l. m. [forte Injektion intramuskulär] an.“
10. 1.: „Befinden gut, Hde. zittern.“
27. 1.: „Die angespannte ml. Lage hat in ihren Auswirkgn. stärkeren Tremor des l. Armes u. des l. Beines herbeigeführt. – Sonst gänzl. ohne Beschwerden“
11. 2.: „Zittern geringer geworden, bes. im l. Bein.“
12. 2.: „R. Hand zittert stark wegen gestern gehaltenen starken Ärgers.“
17. 2.: „Es seien keine Beschwerden irgendwelcher Art vorhanden außer dem Zittern, das – wie ich nichts. beim Tee bemerkte, bes. in d. l. Hand stark vorhanden war.“
6. 3.: „Massage des l. Armes abgelehnt, Galvanisation⁹¹ [Rest unleserlich]. Wenn er nicht aufgeregter werde sei auch das Zittern weg.“
19. 3.: „Etwas mehr Zittern des lk. Unterarmes u. der Hand.“
- 22./23. 3.: „Die lk. Hand ist etwas geschwollen (dch. die Zitterbewegungen?); auch der lk. Knöchel u. z. T. der lk. Unterschenkel weisen Schwellungen auf“⁹²

⁹⁰ BA, NL 348/3.

⁹¹ Elektrische Behandlung, wie sie bei Lähmungen und psychogenen Bewegungsstörungen angewendet wurde, hier die Hilflosigkeit Morells gegenüber der neurologischen Symptomatik kennzeichnend.

⁹² Dieses Phänomen ist im Rahmen der Parkinson-Krankheit gelegentlich zu beobachten.

- 27.3.: „Zittern des l. Beines kaum noch zu konstatieren, im l. Unterarm angeblich durch Aufgr. stärker, objektiv jedoch wesentlich schwächer geworden.“
- 2.4.: „(militärische Lage sehr schlecht!) daher l. Handzittern recht stark.“
- 7.4.: „Prof L[öhlein].⁹³ kam später mit uns (mir u. Dr. St[umpffeger].⁹⁴) auf d. Tremor zu sprechen, der am l. Bein weg sei. [...] Während der Augenhintergrundsuntersuchung wurde die l. Hand völlig ruhig gehalten (worauf ich auch Dr. Stumpffeger aufmerksam machte).⁹⁵“
- 10.4.: „Galvanis. des l. Unterarms u. der Hand. – Weniger Tremor.“
- 15.4.: „Tremor, da Abart einer Schüttellähmung Versuch vorübergehender Beeinflussung dch. Harmin I. s. [Injektion subkutan] u. Homburg 680 (bulgarisch-ital. Kur – Elena-Krkhs. b. Kassell!).“⁹⁶
- 16.4.: „abds. 1 Trpfn: Homburg 680.“
- 17.4.: „Mttgs. – Harmin Inj.-subk[utan]. – Tremor gering gebessert.
mttgs. 1 Trpfn. Homburg 680.
abds. 1 Trpfn. " " " "“
- 18.4.: „Harmin I. subk. – Zittern der l. Hand etwas gebessert, aber schläfrig.[...]
mgs. 1 Trpfn. Homburg 680
mttgs. " " " "
abds. " " " "“
- 19.4.: „Harmin-Inj. subk.“
- 20.4.: „Harmin i.-dch. Dr. Stumpffeger machen lassen, da ich zu zittrig war.“
- 21.4.: „Entlg!“⁹⁷

Die Eintragungen Morells spiegeln die fluktuierende Stärke des Tremors ebenso wider wie die verständlichen Sorgen, die das Symptom bei Hitler hervorrief. Am bemerkenswertesten erscheint aus ärztlicher Sicht, daß Morell erst fünfzehn Tage vor Hitlers Tod die später wieder aufgebene richtige diagnostische Zuordnung traf.

Insgesamt vermitteln Wochenschauaufnahmen und zitierte ärztliche Unterlagen zwar jetzt den Eindruck eines durch Krankheit gezeichneten Menschen, aber weder den beinahe verheerenden körperlichen Verfall, den einige Memoirenschreiber mit zum Teil dramatischen Wendungen beschwören, noch die vereinzelt beschönigenden Darstellungen.

Am 31. Januar 1945 soll Goebbels beobachtet haben, wie Hitler in den auf dem Rücken gefalteten Händen einen Bleistift hielt, „der vom Zittern seiner Hände wie ein Grashalm im Winde geflattert habe“⁹⁸. Generaloberst Guderian erinnerte sich an eine Auseinandersetzung mit Hitler während der Lagebesprechung in den ersten Februartagen 1945 und schilderte ihn als einen „auf der ganzen linken Körperhälfte zitternden

⁹³ Walter Löhlein, Ordinarius für Augenheilkunde in Berlin.

⁹⁴ Stumpffeger, chirurgischer Begleitarzt Hitlers nach Ausscheiden von Brandt und von Hasselbach.

⁹⁵ Dies ist ein charakteristisches Phänomen, das wir fast regelmäßig bei Parkinson-Patienten reproduzieren konnten, offenbar bedingt durch maximale Willensanspannung zur Ruhigstellung während des Untersuchungsvorgangs.

⁹⁶ Die damals gängige Behandlung der Parkinson-Erkrankung mit Präparaten, die aus der Tollkirsche (Homburg 680) und der Steppenraute (Harmin) gewonnen wurden, als bulgarisch-italienische Kur besonders von der Elena-Klinik propagiert.

⁹⁷ BA, NL 348/3. Die lakonische Bemerkung „Entlassung!“ läßt nicht die Erschütterung ahnen, die Hitlers abrupte Auflösung eines fast neunjährigen engen Arzt-Patientenverhältnisses bei seinem Leibarzt, damals bereits einem schwerkranken Mann, hinterließ. Vgl. Katz, Morell, S. 348.

⁹⁸ Von Oven, Finale, S. 566.

Mann⁹⁹, während eines weiteren noch heftigeren Streites um die von Guderian angestrebte militärische Entmachtung Himmlers am 13. Februar in der Reichskanzlei als den „am ganzen Leibe zitternden Mann [...] Nach jedem Zornesausbruch lief Hitler auf der Teppichkante auf und ab.“¹⁰⁰ Das Zitat belegt die typische Zunahme des Tremors in Richtung einer Generalisierung, nicht aber die von anderen geschilderte z. T. extreme Bewegungseinschränkung.

Rittmeister Gerhard Boldt, OI beim Chef des Generalstabs, wurde Hitler Anfang Februar 1945 während der Lagebesprechung in der Neuen Reichskanzlei vorgestellt:

„Langsam, stark vornübergeneigt, kommt er schlurfenden Schrittes auf mich zu [...]. Sein Kopf wackelt leicht¹⁰¹, was mir später noch stärker auffallen sollte. Sein linker Arm hängt schlaff herunter, die linke Hand zittert stark [...]. Alle seine Bewegungen sind die eines kranken, senilen Greises.“¹⁰² Und weiter heißt es: „Hitler steht betont schwerfällig auf und geht, das linke Bein schlurfend nachziehend, die Hände auf dem Rücken verschränkt, einige Schritte im Zimmer auf und ab.“¹⁰³ Während der darauffolgenden nächtlichen Lagebesprechung im Führerbunker „erkündigt sich Hitler mit fast tonloser Stimme nach der Stärke des auf Berlin gerichteten russischen Angriffskeils“¹⁰⁴.

Der Hals-Nasen-Ohrenarzt Giesing gab gegenüber den US-Vernehmungsoffizieren am 30. 8. 1945 zu Protokoll: „Masked facies¹⁰⁵ observed during an accidental meeting in the Reich Chancellery on 13 Feb 45, a distinct tremor of the left hand.“¹⁰⁶ In einer Niederschrift Giesings vom Juni 1945 wird auch noch Hitlers „sehr leise“ Stimme erwähnt und das „starke Zittern des linken Armes und der linken Hand“ näher beschrieben, „das jedesmal stärker wurde, wenn die Hand nicht auflag, so daß Hitler den Arm immer auf den Tisch oder die Hände auf die Bank stützte“¹⁰⁷. Das Zitat illustriert, wie Hitler in typischer Weise durch willkürliche Anspannung der Muskeln dem Ruhetremor der Arme entgegenzuwirken trachtete. Am 24. Februar 1945 hatte Hitler die Reichs- und Gauleiter ein letztes Mal in die Reichskanzlei berufen. Rudolf Jordan, ehemaliger Gauleiter von Magdeburg-Anhalt, erinnerte sich an dieses Treffen: „Langsamem Schrittes betritt Adolf Hitler, von Bormann geleitet, den Saal. Wie unter einer schweren Last gebeugt [...] tritt er in unsere Mitte [...]. Hitlers Schultern hängen [im Sitzen] schlaff herunter, der Rücken ist stark gekrümmt.“ Er spricht „langsam, stockend, mit tiefer schleppender Stimme [...]. Während seiner gequälten Rede überlaufen ihn mehrmals Schulterzuckungen¹⁰⁸, die er durch nervöse Gegenbewegungen abzureagieren versucht. Seine linke Hand hält er unter der Tischkante verborgen. Ge-

⁹⁹ Guderian, *Erinnerungen*, S. 374.

¹⁰⁰ Ebenda, S. 376.

¹⁰¹ Offenbar fortgeleiteter Tremor.

¹⁰² Gerhard Boldt, *Die letzten Tage der Reichskanzlei*, Reinbek 1964, S. 15.

¹⁰³ Ebenda, S. 34.

¹⁰⁴ Ebenda, S. 45.

¹⁰⁵ Maskengesicht: medizinischer Terminus für starke Hypomimie, also pathologische Minderung der Mimik.

¹⁰⁶ CIR/2, S. 12, in: BA, FC 6183.

¹⁰⁷ Zit. nach Maser, *Hitler*, S. 394.

¹⁰⁸ Möglicherweise ticartige Bewegungen, auf die an anderer Stelle noch zurückzukommen ist. Vgl. S. 188.

legentlich greift er mit der rechten Hand nach ihr, gleichsam um sie zur Raison zu bringen. Wir wissen um diese Nachwirkungen des Attentates vom 20. Juli 1944.¹⁰⁹ Zum gleichen Anlaß, wenn auch auf den 25. Februar verlegt, gab der Gauleiter von Schwaben Karl Wahl eine nach medizinischen Kriterien äußerst exakt wirkende Schilderung:

„Schon als er auf uns zuschritt, war mir das fortgesetzte starke Schütteln¹¹⁰ seiner linken Hand aufgefallen. Diese Erscheinung war so auffällig und heftig, daß ich zuerst meinte, er schüttle die Hand mit Absicht so.“ Die folgende kurze Ansprache war „sehr leise“, ihr schloß sich eine eineinhalbstündige Rede an, die Hitler im Sitzen hielt. „Aus nächster Nähe – ich saß in der zweiten oder dritten Reihe – konnte ich ihn genau beobachten. [...] Seine linke Hand, oder besser gesagt, sein linker Arm zitterte so heftig und andauernd, daß dadurch der ganze Körper in vibrierende Bewegung kam¹¹¹. Das war kein Zittern mehr, das waren starke gleichmäßige Schüttelbewegungen, die mich während der Rede in höchste Unruhe versetzten. Was Hitler auch unternahm, diese ihm anscheinend sehr peinlichen Schüttelbewegungen zu unterdrücken oder weniger auffällig zu machen, gelang ihm nicht. Verschränkte er die Arme über der Brust, dann war es noch schlimmer, denn nun kam der ganze Oberkörper in Bewegung.“¹¹²

Für März 1945 gibt es ebenfalls einige Schilderungen des kranken Führers. Am 3. März, und nicht am 15. Februar, wie von Below irrtümlich meinte, machte Hitler seinen letzten Frontbesuch bei der 9. Armee und ihrem Stab unter Generaloberst Busse¹¹³. Morell hatte ihn für diesen Besuch durch eine Strophantin-Spritze und die Injektion eines Vitaminpräparates vorbereitet¹¹⁴. Die folgenden Erinnerungen decken sich nicht ganz mit unseren aus der entsprechenden Wochenschauausgabe gewonnenen Befunden¹¹⁵. So schrieb von Below: „Hitler machte einen verhältnismäßig frischen Eindruck. Er nahm sich zusammen und ließ von seinen nervösen Störungen am Arm nichts merken.“¹¹⁶ Ein weiterer militärischer Augenzeuge berichtete dagegen: „Hitler stieg aus, mühselig, gebeugt, auf den Stock gestützt, alt. [...] Dann sprach Hitler, schief, gebeugt, mit der einen gehorsamen Hand hielt er die andere, kraftlose.“¹¹⁷ Nach den Filmaufnahmen gelang es Hitler aber weder, seinen Tremor zu unterdrücken, noch benutzte er einen Stock. Der in der Schilderung auftauchende Eindruck von der „kraftlosen Hand“ entspricht dagegen sehr genau der Bezeichnung „Schüttellähmung“. Goebbels schrieb zu diesem Besuch: „Sein körperlicher Zustand hat einige Erschütte-

¹⁰⁹ Rudolf Jordan, *Erlebt und Erlitten. Weg eines Gauleiters von München bis Moskau*, Leoni 1971, S. 253 f.

¹¹⁰ Typischer laienhafter Eindruck eines grobschlägigen, also niederfrequenten Tremors, vgl. Terminus „Schüttellähmung“.

¹¹¹ Sehr gute Beobachtung der Fortleitung eines derartigen Tremors, wobei dann auch der Kopf mit einbezogen werden kann.

¹¹² Karl Wahl, „... es ist das deutsche Herz“. *Erlebnisse und Erkenntnisse eines ehemaligen Gauleiters*, Augsburg 1954, S. 385 f.

¹¹³ Vgl. von Below, *Adjutant*, S. 405; *Goebbels-Tagebücher*, Eintrag vom 5.3. 1945, in: BA-P, 90 Go 1 FB, Film Nr. 69954.

¹¹⁴ Eintrag vom 3.3. 1945, in: BA, NL 348/3.

¹¹⁵ Vgl. DDW 754.

¹¹⁶ Von Below, *Adjutant*, S. 405.

¹¹⁷ Hanns Schwarz, *Brennpunkt F. H. Q., Menschen und Maßstäbe im Führerhauptquartier*, Sonderdruck ohne nähere Bezeichnung, S. 9.

rung hervorgerufen. Die Generäle haben sich ganz unumwunden dahingehend geäußert, daß die Putschisten des 20. Juli schuld an dem Nervenzittern des Führers seien.¹¹⁸ Am 4. März war der Minister zum Vortrag bei Hitler: „[...] sein Nervenzittern an der linken Hand hat sehr zugenommen, was ich mit Entsetzen bemerke.“¹¹⁹ Wenige Tage später, am 12. März, hieß es jedoch bei ihm wieder einmal: „[...] und auch gesundheitlich scheint er mir in bester Form zu sein [...]. Ich bin sehr glücklich, daß der Führer sich körperlich, seelisch und geistig in einer so außerordentlich frischen und widerstandsfähigen Form befindet.“¹²⁰ Doch schon am 14. März revidierte er: „Der Anblick des Führers wird für mich immer ergreifender. Es ist erschütternd, mit welcher inneren Festigkeit er trotz seiner schweren körperlichen Belastungen die Dinge immer wieder an sich reißt und zu meistern versucht.“¹²¹ Am 18./19. März war Speer bei Hitler. Er erinnerte sich an dessen Äußerung: „Es fällt mir in letzter Zeit schwer, mit eigener Hand auch nur einige Worte zu schreiben. Sie wissen, wie sie zittert. Oft kann ich kaum mehr meine Unterschrift vollziehen. Was ich da für Sie geschrieben habe, ist sehr unleserlich ausgefallen.“¹²² Die zu Speers Geburtstag gedachte Widmung auf einem Führerbild sei – so Speer – tatsächlich kaum lesbar gewesen, ein Hinweis auf die inzwischen vorhandene Mikrographie, die auch Hitlers Sekretärin bestätigte¹²³. Ein älterer Generalstabsoffizier schilderte seinen Eindruck von Ende März 1945 in offensichtlich erheblich überzogener Form:

„Er bot körperlich ein furchtbares Bild. Er schleppte sich mühsam und schwerfällig, den Oberkörper vorwärtswerfend, die Beine nachziehend, von seinem Wohnraum in den Besprechungsraum des Bunkers. Ihm fehlte das Gleichgewichtsgefühl; wurde er auf dem kurzen Weg (20 bis 30 Meter) aufgehalten, mußte er sich auf eine der hierfür an beiden Wänden bereitstehenden Bänke setzen oder sich an seinem Gesprächspartner festhalten. Er hatte die Gewalt über den rechten Arm verloren, die rechte Hand zitterte ständig. [...] Aus den Mundwinkeln troff häufig der Speichel – ein Bild des Jammers und des Grausens.“¹²⁴

Hier wird das Bild eines so fortgeschrittenen Parkinson-Syndroms – überdies mit Seitenverwechslung – entworfen, wie es Hitler weder nach den Filmanalysen noch nach den sonstigen Quellen geboten hat. Goebbels schrieb dagegen – fast ebenso irreführend – am 28. März: „Gott sei Dank befindet sich der Führer in einer guten körperlichen Verfassung, was bei ihm ja immer der Fall ist, wenn es kritisch wird.“¹²⁵ Presseschef Dietrich wurde von Hitler am 30. März 1945 entlassen¹²⁶. Er erinnerte sich: „Er ging in tief gebückter Haltung. Die linke Hand vibrierte, die Knie zitterten.“¹²⁷

¹¹⁸ Eintrag vom 16. 3. 1945, in: Joseph Goebbels, Tagebücher 1945. Die letzten Aufzeichnungen. Einführung Rolf Hochhuth, Hamburg²1980.

¹¹⁹ Goebbels-Tagebücher, in: BA-P, 90 Go 1 FB, Film Nr. 69954.

¹²⁰ Ebenda.

¹²¹ Ebenda.

¹²² Speer, Erinnerungen, S. 445.

¹²³ Gerda Christian, persönl. Mitteilung.

¹²⁴ Schramm, Kriegstagebuch, S. 1701 f.

¹²⁵ Goebbels-Tagebücher, in: BA-P, 90 Go 1 FB, Film Nr. 69954.

¹²⁶ Dietrich, Zwölf Jahre, S. 115.

¹²⁷ Ebenda, S. 269 f.

Für den April 1945 liegen ebenfalls noch einige Schilderungen vor. So soll Goebbels am 16. April von Hitler gesagt haben, „daß er körperlich erschreckend gealtert und verfallen ist, daß er einen gebeugten Rücken wie ein Greis hat, daß er mühsam und zitterig geht, daß ihm die Hände flattern, selbst wenn er sie in den Rocktaschen vergraben hat“¹²⁸. Der Diener Linge schrieb über die Nacht vom 19. auf den 20. April, Hitlers 56. Geburtstag: „Widerwillig erhob Hitler sich und ging, gebückt, mit schleifenden Schritten, in den Vorraum, wo jeder nur gerade ‚ich gratuliere‘ sagen konnte – und dann Hitlers gebeugten Rücken von hinten sah.“¹²⁹ Der Stenograph Herrgesell, der noch bis zum 22. April 1945 die Lagebesprechungen festzuhalten hatte, schilderte zwei Wochen später einen weitaus beweglicheren Hitler: “[...] he paced the floor almost constantly, walking back and forth, sometimes smacking his fist into his hand.”¹³⁰

Diese Formulierung straft ebenso wie die Wochenschauen vom März diejenigen Lügen, die für die letzte Lebensspanne Hitlers das Bild eines sich beim Gehen auf Stock, Hilfsperson, Gesprächspartner oder gar an Wänden abstützenden Diktators entwarfen. Hypokinese und Rigor mußten allerdings inzwischen einen Grad angenommen haben, der Hitlers Sekretärin Christa Schroeder für seine letzten Monate zu folgender – nach medizinischen Kriterien glaubhaften – Schilderung veranlaßte: „Seine linke Hand zitterte stärker und unaufhörlich. [...] Wollte er sich während des Nachmittagstees auf das Sofa legen, so mußte ein Diener ihm die Beine aufheben, da er selbst nicht mehr dazu fähig war.“¹³¹ Dieses Faktum ist mit einer Fortbewegung ohne Hilfsmittel oder einem freien Stand noch durchaus vereinbar und widerspricht auch nicht einer weiteren Beobachtung von Christa Schroeder: „Da der Bunker im Grundwasser lag, bestand die Gefahr, daß im Falle eines Einschlages das Wasser rasch einströmen könnte. Deswegen zog sich Hitler bei Annäherung feindlicher Flieger von Kopf bis Fuß an und rasierte sich sogar.“¹³² Dementsprechend hat auch Linge nicht darüber berichtet, Hitler in dieser Phase beim An- und Auskleiden helfen zu müssen¹³³.

Die folgenden Zitate belegen vor allem den Eindruck der Greisenhaftigkeit und spielen auf den offenbar fortgeleiteten Kopftremor ebenso wie auf die extrapyramidal veränderte Sprache an. Der Admiralstabsoffizier Assmann, von Mitte 1943 bis zum 23. April 1945 zu Hitlers engerer Umgebung zählend, schrieb in einer amerikanischen Marinezeitschrift: “[...] at the end he was [...] a physical wreck who moved with slow shuffling step, dragging his right leg, bent over with a shaking head, and a trembling

¹²⁸ Von Oven, *Finale*, S. 637.

¹²⁹ Linge, *Untergang*, S. 271.

¹³⁰ Schramm, *Kriegstagebuch*, S. 1697.

¹³¹ Schroeder, *Chef*, S. 273. Weitere Ausführungen von Christa Schroeder in diesem Zusammenhang sind falsch, nämlich das Nachziehen des rechten statt des linken Beines, offensichtliche Schmerzen in der linken Hand als Erklärung für das Festhalten mit der rechten sowie hochgradige Sehstörungen. Gerade hierzu liegen objektive augenärztliche Befunde vor: BA, FC 6183, CIR/4, Annex III, S. 1ff. sowie FC 6319, vgl. S. 160.

¹³² Schroeder, *Chef*, S. 199.

¹³³ Vgl. Linge, *Untergang*, S. 267ff.

hand on a limp left arm. [...] all his movements were that of a senile man."¹³⁴ Auch Speer sah den gerade 56 Jahre alt gewordenen Hitler zuletzt am 20. und 23. April 1945. Er sprach ebenfalls von einem „Greis“: „Seine Glieder zitterten, er ging gebeugt, mit schleppendem Schritt; auch seine Stimme war unsicher geworden und hatte die ehemalige Entschiedenheit verloren, ihre Kraft war einer stockend vorgebrachten, tonlosen Redeweise gewichen.“¹³⁵ Rittmeister Boldt erinnerte sich an eine Lagebesprechung im Führerbunker am 24. April:

„Seine Körperhaltung ist noch gebeugter und sein Gang noch schleppender geworden. [...] Seine Gesichtszüge sind gänzlich schlaff, er macht wirklich den Eindruck eines kranken Greises. [...] Ich muß also Hitler selber berichten. Dabei stört mich das starke Wackeln seines Kopfes. Ich muß mich beim Vortrag und Kartenstudium zusammenreißen, um nicht ganz aus dem Konzept zu kommen, wenn er mit seiner zuckenden Hand nach der Karte greift und darauf herumfährt.“¹³⁶

Hanna Reitsch, die General von Greim noch am 26. April in das bereits von der Roten Armee eingeschlossene Regierungsviertel eingeflogen hatte, gewann folgenden Eindruck von Hitler: „Seine Gestalt war jetzt stark vornübergebeugt, beide Arme zitterten ununterbrochen.“ Er habe „mit fast tonloser Stimme“ gesprochen¹³⁷. Daß Hitler jedoch bis zum Lebensende noch über verhältnismäßig gute Bewegungsmöglichkeiten verfügte, geht aus einer von Boldt beschriebenen Situation am 28. April 1945 hervor: „Als Hitler mich kommen sah, erhob er sich. Es war für ihn und für mich nicht ganz einfach, über die ausgestreckten Beine [der in ihren Sesseln eingeschlafenen Herren Burgdorf, Krebs und Bormann] so hinwegzusteigen, daß die fest Schlummernden nicht geweckt wurden.“¹³⁸

Das letzte bedeutungsvolle Zeugnis über Hitlers Krankheitssymptome nur wenige Stunden vor seinem Selbstmord stammt von dem Internisten Prof. Schenck, der im Bunker der Neuen Reichskanzlei gemeinsam mit dem Chirurgen und früheren Begleitarzt Hitlers Prof. Haase Verwundete versorgte. Hitler wollte in der Nacht vom 29. auf den 30. April den dort tätigen Ärzten und Schwestern für ihren Einsatz noch einmal persönlich danken. Schenck berichtete:

„Wir mochten einige Minuten gewartet haben, da trat Hitler alleine aus der Tür [...]. Ich sah hinab [von der Treppe des Führerbunkers] auf einen gekrümmten Rücken [...] keine Miene bewegte sich [...]. Fast tonlos sagte er, er wolle uns danken [...]. An Haase vorbei, dem er winkte, ihn zu begleiten, stieg er langsam die wenigen Stufen der Wendeltreppe hinab.“ Wenig später hatte Schenck Gelegenheit, Hitler im Gespräch mit Haase unbemerkt zu beobachten: „Hitlers linke Hand, die er auf den Tisch stützte und in welcher er seine Brille hielt, zitterte rhythmisch und klopfte dabei auf die Platte. Den Unterschenkel und Fuß der gleichen Seite hatte er zwischen je ein Stuhl- und Tischbein gezwängt, um so das Schütteln des Beines zu unterdrücken, das dennoch erkennbar blieb. Die Bewegungen waren typisch und die Diagnose eines Parkinsonismus, einer Paralysis agitans, wahrscheinlich. [...] Die gebückte Hal-

¹³⁴ Heinz Assmann, Some personal recollections of Adolf Hitler, in: U.S. Naval Institute Proceedings, December 1953, S. 1289–1295. Seitenverwechslung des nachgezogenen Beines.

¹³⁵ Speer, Erinnerungen, S. 474.

¹³⁶ Boldt, Reichskanzlei, S. 108f.

¹³⁷ Hanna Reitsch, Fliegen – mein Leben, Stuttgart 1953, S. 299.

¹³⁸ Boldt, Reichskanzlei, S. 131.

ung, der sich dem Brustkorb nähernde und deshalb auf einem anscheinend verkürzten Hals ruhende Kopf blieb auch im Sitzen erkennbar.¹³⁹

Schenck lieferte damit nicht nur eine klassische Schilderung des Ruhetremors der linken Extremitäten, sondern auch der Hypomimie, der Verlangsamung der Willkürbewegungen, der extrapyramidalen Sprechweise und der parkinsonistischen Haltung. Ein Kopftremor war dabei übrigens nicht zu beobachten¹⁴⁰.

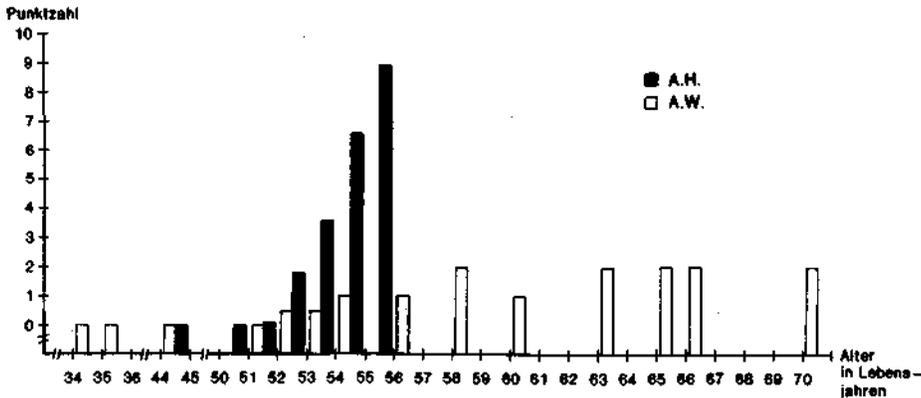


Abbildung: Graphische Darstellung der motorischen Beeinträchtigung nach Maßgabe des angewandten Punktsystems (vgl. Gibbels, Hitlers Parkinson-Syndrom) bei Adolf Hitler (A. H.) und einer gesunden Kontrollperson, dem Schauspieler Adolf Wohlbrück alias Anton Walbrook (A. W.), in Abhängigkeit vom Lebensalter. Dazu wurden die in dem entsprechenden Lebensjahr für motorische Einbußen vergebenen Punkte summiert und hieraus das arithmetische Mittel entsprechend der Zahl der jeweils analysierten Wochenschauen (A. H.) bzw. Spielfilme (A. W.) errechnet. Da eindeutige Beeinträchtigungen durch Krankheit (A. H.) oder Alter (A. W.) vor dem 50. Lebensjahr bei beiden Probanden nicht festzustellen waren, ist die Graphik entsprechend komprimiert.

Die Graphik faßt die Ergebnisse der Wochenschauanalyse nach Maßgabe eines eigens dafür entwickelten Punktsystems¹⁴¹ zusammen. Sie erlaubt darüber hinaus den Vergleich mit der normalen *altersabhängigen* Einschränkung des Bewegungsbildes bei einer Kontrollperson. Ausgewählt dazu wurde der 1936 emigrierte Schauspieler Adolf Wohlbrück¹⁴² (1896–1967). Die Analyse erfaßte sein Bewegungsbild in 39 Spielfilmen, die in der Zeit von 1931 bis 1966 zwischen seinem 35. und 71. Lebensjahr entstanden waren. Der Vergleich der Ergebnisse widerlegt den bei Laien möglicherweise entstehenden Eindruck, es handle sich bei Hitler lediglich um einen etwas verfrüht einsetzenden Alterungsprozeß.

Unter Einschluß der übrigen Quellen läßt sich resümieren: Etwa ab Mitte 1941 entwickelten sich bei Hitler neurologische Symptome, die bis zu seinem Tod am

¹³⁹ Schenck, 1945, S. 116 ff.

¹⁴⁰ Schenck, persönl. Mitteilung.

¹⁴¹ Vgl. Gibbels, Hitlers Parkinson-Syndrom, S. 523.

¹⁴² Nach der Emigration Anton Walbrook.

30. April 1945 allmählich zunehmen. Sie sind folgendermaßen zu charakterisieren: linksseitig betonte Hypokinese, linksseitig betonter grobschlägiger Ruhetremor und eine sog. extrapyramidale Sprechstörung. Ein Rigor von Extremitäten- und Rumpfmuskulatur ist aus Hypokinese und ebenfalls nachweisbaren typischen Haltungsanomalien mittelbar zu erschließen. Diese Symptome sind die klassischen Bestandteile eines Parkinson-Syndroms. Jede andere Deutung ist nach den erhobenen Befunden und den zitierten Berichten der Augenzeugen ausgeschlossen. Das Parkinson-Syndrom hatte bei Hitler gemäß der Filmdokumentation und der weitaus überwiegenden Zahl der schriftlichen Quellen einen allenfalls mittleren Schweregrad erreicht. Nach einer international benutzten Skalierung – eingeführt von Hoehn und Yahr¹⁴³ – dürfte das Syndrom kurz vor Hitlers Tod auf der insgesamt fünfgradigen Skala dem Schweregrad II entsprochen haben. Diese Feststellung wird sich im weiteren Zusammenhang als ebenfalls nicht unerheblich erweisen.

5. Die zugrundeliegende Krankheit

Ein Parkinson-Syndrom, wie es bei Hitler für seine letzten vier Lebensjahre nachzuweisen war, kann grundsätzlich, wenn auch nicht als einzige neurologische Abnormalität, bei einer Vielzahl von Nervenleiden vorkommen und besagt daher nicht ohne weiteres, daß Hitler auch an einer Parkinsonschen Erkrankung gelitten haben muß. Erst im Rahmen umfangreicher differentialdiagnostischer Überlegungen wird auf dem Wege des Ausschlusses diejenige Erkrankung aus dem Kreis der infrage kommenden Leiden als Abschlußdiagnose übrigbleiben, die den größten Grad von Wahrscheinlichkeit für sich verbuchen kann. Um den für diese Differentialdiagnose erforderlichen medizinischen Argumentationen folgen zu können, bedarf es umfassender neurologischer Spezialkenntnisse, die einem medizinischen Laien nicht ohne weiteres vermittelt werden können. Die hier vorgelegte Kurzfassung sollte jedoch zumindest einen Eindruck vom logischen Procedere gewähren¹⁴⁴.

Nach der Vorgeschichte, den von uns (retrospektiv) und Hitlers Ärzten (aktuell) erhobenen Befunden, den Schilderungen von Zeitzeugen sowie dem aus diesen Quellen zu rekonstruierenden Krankheitsverlauf konnten bei Hitler mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Leiden und Schädigungen aus dem Formenkreis des sekundären Parkinsonismus ausgeschlossen werden¹⁴⁵.

¹⁴³ Margaret M. Hoehn/Melvin D. Yahr, Parkinsonism: onset, progression, and mortality, in: *Neurology* 17 (1967), S. 427–442.

¹⁴⁴ Einzelheiten bei Gibbels, *Hitlers Nervenleiden*.

¹⁴⁵ Im wesentlichen handelt es sich dabei um:

1. Raumfordernde intrakranielle (in der Schädelhöhle lokalisierte) Prozesse wie Tumoren, Abszesse, raumfordernde Blutungen.
2. Hirnschäden auf dem Boden arteriosklerotischer oder entzündlicher Gefäßerkrankungen. Zwar litt Hitler an einer fortschreitenden Arteriosklerose der Herzkranzgefäße, sichere Hinweise auf eine

Somit verblieb nur noch die eigentliche Parkinsonsche Erkrankung, die sich in die erbliche, postenzephalitische und idiopathische Form unterteilen läßt¹⁴⁶. Bisher liegen keine Informationen darüber vor, daß Hitlers Vorfahren oder andere Blutsverwandten an einer Parkinsonschen Erkrankung gelitten hätten¹⁴⁷. Damit darf die erbliche Variante mit einiger Wahrscheinlichkeit entfallen. Die Diagnose der postenzephalitischen Form kann Schwierigkeiten bereiten, da auch bei der hier vornehmlich zu berücksichtigenden v. Economo-Enzephalitis zwischen 1915 und 1925 mit klinisch stumm (inapparent) oder unerheblich (abortiv) bleibenden Infektionen zu rechnen ist, in deren Folge sich dennoch ein Parkinson-Syndrom einstellen kann, und zwar mit einem jahre- bis jahrzehntelangen klinisch freien Intervall. Eine postenzephalitische Parkinson-Erkrankung ist dann anzunehmen, wenn sich die vorausgegangene Enzephalitis bestätigen läßt oder besondere zusätzliche Hirnsymptome auftreten, die im Rahmen der erblichen und idiopathischen Parkinson-Erkrankung allenfalls ausnahmsweise gesehen werden¹⁴⁸.

belangvollere Arteriosklerose der Hirngefäße waren dagegen nicht gegeben. So hat Hitler auch nie einen „Schlaganfall“ erlitten. Unabhängig von diesen Erwägungen rufen Gefäßerkrankungen nach neueren Erkenntnissen überdies kein isoliertes Parkinson-Syndrom – wie es Hitler bot – hervor. Vgl. Reijo J. Marttila/Urpo K. Rinne, Clues from epidemiology of Parkinson's disease, in: Melvin D. Yahr/Kenneth J. Bergmann (Hrsg.), *Advances in Neurology*, Vol. 45, Parkinson's disease, New York 1987, S. 285–288.

3. Alle Formen einer das Gehirn betreffenden Syphilis.

4. Hirnverletzungen.

5. Vergiftungen u.ä. Hier kämen nach dem heutigen Wissensstand schwere akute oder chronische Vergiftungen mit ganz bestimmten Stoffen in Frage, wie Mangan, Blei, Quecksilber, Kohlenoxyd u. a. sowie längerfristige Einnahme bestimmter Medikamente, zu deren Nebenwirkungen ein Parkinson-Syndrom gehört, die aber damals entweder noch nicht entwickelt oder noch nicht in die Therapie eingeführt waren. Eine Gelbkreuzvergiftung, wie Hitler sie 1918 erlitt, ist bisher nicht als Ursache eines sich entweder unmittelbar oder nach einem längeren Intervall anschließenden Parkinson-Syndroms beschrieben worden.

6. Bestimmte Erkrankungen der sog. inneren Sekretion, nämlich von seiten Schilddrüse, Nebenschilddrüsen oder Nebennieren.

7. Makroglobulinämie Waldenström (eine besondere Form von Bluterkrankung).

8. Allgemeiner akuter Sauerstoffmangel, etwa durch Verschüttung, Strangulation, Hitzschlag, Höhenkrankheit oder akute Blutarmut bzw. Blutverlust.

9. Andere sog. degenerative Hirnerkrankungen, also Leiden, die ähnlich wie die Parkinson-Krankheit mit einem schleichenden Nervenzelluntergang einhergehen. Hierzu gehören vornehmlich folgende Krankheitsbilder: striatonigrale Degeneration, Westphal-Variante der Chorea Huntington, Degeneratio hepatolenticularis, idiopathischer Dystonie-Parkinsonismus, Steele-Richardson-Olszewski-Syndrom, Shy-Drager-Syndrom, progressive Pallidumatrophy, Hallervorden-Spatzische Erkrankung, diffuse Sklerose, amaurotische Idiotie, olivo-ponto-zerebellare Heredoatxie.

¹⁴⁶ Vgl. Scheid/Gibbels u. a., *Lehrbuch der Neurologie*, S. 662 ff.

¹⁴⁷ Vgl. Jetzinger, *Hitlers Jugend*, S. 9–78.

¹⁴⁸ Zu dieser Zusatzsymptomatik, auf die im Schlußkapitel noch zurückzukommen ist, gehören vornehmlich Bewegungsstörungen, die sich durch ein anfallsartiges „Zuviel“ an Bewegungen kennzeichnen lassen, sog. extrapyramidale Paroxysmen. Besonders häufig kommt es dabei zu anfallsartigen Zuständen im Kopfbereich mit Krämpfen der Augenmuskeln nach Art einer zwanghaften, länger anhaltenden Blickwendung (Schauanfälle) oder mit Krämpfen der Mund-, Zungen- und Schlund-

Durchforscht man die Quellen auf derartige Symptome, so läßt sich kein auch nur entfernt darauf verdächtiger Hinweis finden; eine Ausnahme bildet allenfalls ein gelegentliches offenbar ticartiges Schulterzucken, von dem einige Zeitzeugen berichteten¹⁴⁹, ohne daß es sich im Rahmen der Filmanalyse erfassen ließ. Von einer klinisch manifesten Enzephalitis während der Pandemie zwischen 1915 und 1925 ist bei Hitler überdies nichts bekannt. Dennoch kann damit – wie dargelegt – eine postenzephalitische Form der Parkinson-Krankheit noch nicht mit letzter Sicherheit ausgeschlossen werden, so daß man hinsichtlich der Fragestellung postenzephalitische oder idiopathische Form auf das Abwägen von Wahrscheinlichkeiten angewiesen bleibt. Gemäß jahrzehntelanger ärztlicher Erfahrung mit beiden Formen weist die postenzephalitische Variante häufiger ein Überwiegen der Hypokinese gegenüber dem Tremor, einen vorwiegenden Befall der Beine, eine rumpfnähe Lokalisation des Tremors sowie ein typisches Manifestationsalter um das 30. Lebensjahr auf. Alle erwähnten Merkmale treffen auf Hitler nicht zu. Dagegen bietet er mit 52 Jahren das typische Manifestationsalter der idiopathischen Form¹⁵⁰. Demnach hat bei Hitler, so darf man schließen, mit hoher Wahrscheinlichkeit die idiopathische und nicht die postenzephalitische Parkinson-Erkrankung vorgelegen¹⁵¹.

6. Die Frage der psychischen Veränderungen

Die weitaus wichtigste Frage, ob die Parkinsonsche Krankheit bei Hitler zu psychischen Veränderungen nach Art eines hirnrorganischen Psychosyndroms geführt hat, wie das für einen hohen Prozentsatz der Parkinson-Kranken gilt¹⁵², bedarf einer gesonderten Untersuchung.

muskeln. Schließlich sind als entsprechende Zusatzsymptomatik beschrieben: vielfältig zusammengesetzte unwillkürliche Bewegungen (Hyperkinesen), ticartige Bewegungsabläufe, Lähmungen der Augenmuskeln und der Akkommodation (Naheinstellung), Störungen der Pupillenreaktionen, narcoleptische Anfälle (Schlafanfalle und nächtliche Wachanfalle eines bestimmten Typs), Symptome einer Funktionsstörung des Hypothalamus (eines für die Regulation von vegetativen und innersekretorischen Funktionen wichtigen Hirnstammzentrums), Hinweise auf eine Spastik (Schädigung der vor allem für die Willkürbewegungen zuständigen Nervenzellen und -bahnen im Zentralnervensystem) sowie eine rasch fortschreitende Demenz (Abbau der intellektuellen Funktionen). Vgl. Rolf Hassler, Extrapyramidal-motorische Syndrome, in: Gustav von Bergmann/Walter Frey/Herbert Schwiegl (Hrsg.), Handbuch der Inneren Medizin, 5. Band, 3. Teil, Neurologie III, Berlin/Göttingen/Heidelberg 1953, S. 676–904, dort vor allem S. 795 ff., 827 ff., 846 f.

¹⁴⁹ Vgl. William L. Shirer, zit. nach Katz, Morell, S. 144; Schroeder, Chef, S. 70; Jordan, Erlebt, S. 254.

¹⁵⁰ Zum Vorhergehenden vgl. Hassler, Syndrome.

¹⁵¹ Die Ursache der idiopathischen Parkinson-Erkrankung ist bis heute ungeklärt. Daran ändern auch nichts einige moderne Hypothesen. Hierzu gehört die einer chronischen Ganglienzellschädigung durch sog. freie Radikale nach Art des „oxidativen Stress“, vgl. Gerald Cohen, Oxidative stress in the nervous system, in: Helmut Sies (Hrsg.), Oxidative stress, London 1985, S. 383–402. Eine besondere Disposition für diese Erkrankung ist ebenfalls nicht auszumachen. Vgl. Marttila/Rinne, Clues.

¹⁵² Ausführliche Literatur hierzu bei Gibbels, Hitlers Parkinson-Krankheit.

Ein hirnorganisches Psychosyndrom setzt sich zusammen aus einzelnen oder mehreren der folgenden Komponenten¹⁵³:

1. Nachlassen der Gedächtnisleistungen;
2. Nachlassen der intellektuellen Funktionen, wie Auffassung, Aufmerksamkeit, Konzentrationsfähigkeit, kombinatorisches, formales und inhaltliches Denken, Urteilsfähigkeit;
3. Veränderungen der Gefühlsregungen und Stimmungen (Affektivität), etwa nach Art von Depressivität, Euphorie, verminderter Beherrschung von Affekten mit den besonderen Kennzeichen vermehrter Reizbarkeit, Explosivität oder Rührseligkeit sowie herabgesetzter Steuerungsfähigkeit bzw. Selbstbeherrschung;
4. Veränderungen von Spontaneität und Initiative (Antrieb) im Sinne der Minderung nach Art von Apathie, Interesselosigkeit, allgemeiner Verlangsamung oder im Sinne der Steigerung nach Art von Umtriebigkeit, erhöhtem seelischen Tempo etc.;
5. Veränderungen von einzelnen schon vor der Erkrankung vorhandenen (prä-mor-biden) Persönlichkeitszügen;
6. Auftreten von sonstigen krankhaften psychischen Phänomenen wie Bewusstseinsveränderungen nach Art von Bewusstseinstäubung, Dämmerzuständen, Delirien etc. sowie Wahnphänomenen oder Halluzinationen (Sinnestäuschungen).

Hitler ist naturgemäß nicht mehr ad hoc zu explorieren. Für den Psychiater ist es jedoch keine ungewöhnliche Situation, über einen Menschen auch postum eine diagnostische Aussage treffen zu müssen. Dies gilt etwa für die gutachterliche Beurteilung der Zurechnungsfähigkeit, Testierfähigkeit oder Geschäftsfähigkeit. Er hat sich dabei auf „Zeugen“-Aussagen sowie vorhandene ärztliche Unterlagen zu stützen, selbst wenn sie von nicht psychiatrisch ausgebildeten Kollegen stammen. So ist auch bei Hitler zu verfahren. Da die körperlichen Symptome 1944 und 1945 ihren stärksten Grad erreichten, müßten sich Hinweise auf ein hirnorganisches Psychosyndrom vor allem in den Quellen erfassen lassen, die sich auf diese Zeit beziehen. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sind in monographischer Form in der medizinischen Fachliteratur 1990 veröffentlicht worden¹⁵⁴. Im folgenden wird versucht, den größten Teil des recherchierten Quellenmaterials und die sich daraus ergebenden Folgerungen in einer für den Nichtmediziner nachvollziehbaren Form zu präsentieren. Dabei werden die Untersuchungen nach den psychischen Teilfunktionen gegliedert, die im Rahmen eines hirnorganischen Psychosyndroms Störungen aufweisen können.

Gedächtnisfunktionen:

Hinweise auf Beeinträchtigungen des Kurz- oder Langzeitgedächtnisses während der letzten Lebensphase Hitlers stammen aus Quellen, deren Zuverlässigkeit nicht gewährleistet ist. Es handelt sich um Äußerungen, die Christa Schroeder zugeschrieben werden, einer der langjährigen Sekretärinnen Hitlers. Ihre Erinnerungen wurden

¹⁵³ Zu den theoretischen Grundlagen der folgenden Einteilung vgl. ebenda.

¹⁵⁴ Ebenda.

herausgegeben, ohne daß sie die Möglichkeit hatte, korrigierend einzugreifen. Überdies wird ihr sowohl von ihrer Kollegin Gerda Christian als auch von Otto Günsehe und Walter Frentz eine gelegentlich „blühende Phantasie“ bescheinigt¹⁵⁵. „In den letzten Kriegsjahren konnte ich feststellen“, so liest man, „daß sein Gedächtnis ihm, zu seiner großen Verzweiflung, nicht mehr erlaubte, den Denker und genialen Techniker zu spielen. Er erlitt auf diesem Gebiet, wie auf vielen anderen, schwere Einbußen.“¹⁵⁶ Für die letzten Lebensmonate heißt es weiter: „Oft erzählte er beim Mittagessen, beim Abendbrot und nachts beim Tee dasselbe.“¹⁵⁷ Dem wären allerdings die Klagen Speers gegenüberzustellen, der sich schon mit Bezug auf die frühen dreißiger Jahre über „die immer gleichen Themen“ der Hitlerschen Monologe im engeren Kreis und die „Peinlichkeit der zahlreichen Wiederholungen“ bei den Tischgesprächen beklagte¹⁵⁸. Somit kann zumindest die Neigung zu Wiederholungen beim entspannenden Tee in einer Phase höchster Anforderungen und wahrscheinlich auch allgemeiner Erschöpfung nicht als pathologisches Zeichen gewertet werden.

Die zweite Quelle, der Hinweise auf Gedächtnisstörungen zu entnehmen sind, ist ebenfalls nicht als zuverlässig einzustufen. Es handelt sich um den bereits zitierten HNO-Arzt Giesing¹⁵⁹. Gemäß einem Bericht aus den persönlichen Unterlagen des US-Majors Cortez F. Enloe über die Vernehmung Giesings vom 15.6.1945 soll sich Hitler nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 Giesing gegenüber über ein mangelhaftes Gedächtnis beklagt haben, ihn aber andererseits durch den Gewinn überrascht haben, den er aus der aktuellen Lektüre eines von der Sache her komplizierten Lehrbuchs der Hals-Nasen-Ohren-Krankheiten zu ziehen in der Lage war¹⁶⁰. Abgesehen von diesem Widerspruch, könnte es sich bei der Klage Hitlers um die ihrer Natur nach stets flüchtigen Folgen der leichten Hirnerschütterung gehandelt haben, die er beim Attentat mit hoher Wahrscheinlichkeit erlitten hat¹⁶¹. Ausdrücklich betont sei, daß Hitler dem ihm weitaus vertrauteren Morell gegenüber – soweit sich dessen Aufzeichnungen entnehmen läßt – zwar über vielerlei klagte, nie aber über ein nachlassendes Gedächtnis¹⁶².

In den übrigen Quellen, die über Gedächtnisleistungen zur fraglichen Zeit Aufschluß geben, findet sich zunächst das übereinstimmende Urteil der chirurgischen Begleitärzte Hitlers, Brandt und von Hasselbach, sowie auch das von Giesing: „... his memory for events – both near and remote – [was] good.“¹⁶³ Die ärztliche Betreuung Hitlers durch die Genannten endete im Oktober 1944, so daß sie sich zu den folgenden Monaten nicht äußern konnten. Von Morell, der Hitler bis zum 21. April 1945 erlebte,

¹⁵⁵ Persönl. Mitteilungen.

¹⁵⁶ Albert Zoller, *Hitler privat. Erlebnisbericht seiner Geheimsekretärin*, Düsseldorf 1949, S. 42.

¹⁵⁷ Ebenda, S. 230.

¹⁵⁸ Speer, *Erinnerungen*, S. 59, 134.

¹⁵⁹ Zu Giesings Glaubwürdigkeit vgl. Gibbels, *Hitlers Nervenleiden*, S. 514 sowie Schenck, *Patient Hitler*, S. 505 ff.

¹⁶⁰ In: BA, Kl. Erw. 525.

¹⁶¹ Vgl. CIR/2, S. 12f., in: Ebenda, FC 6183.

¹⁶² In: Ebenda, FC 6319 sowie NL 348/2 und 3.

¹⁶³ CIR/2, S. 18, in: Ebenda, FC 6183.

ist zu erfahren: "Memory as to events, both recent and remote, was excellent. Immediate retention of figures, statistics, names, etc, was excellent."¹⁶⁴

Ähnlich urteilten nichtmedizinische Zeitzeugen. Skorzeny begegnete Hitler Anfang September 1944: „Während meines dreitägigen Aufenthaltes [in Rastenburg] war ich [...] erstaunt über das außerordentliche Gedächtnis Hitlers.“¹⁶⁵ Nach General Warlimont „hatte Hitler, früherer Gewohnheit vor den großen Feldzügen folgend, am 11. und 12. Dezember 1944 – je zur Hälfte – die sämtlichen an der [Ardennen-]Offensive beteiligten höheren Offiziere bis hinab zu den Divisionskommandeuren im Hauptquartier ‚Adlerhorst‘ versammeln lassen. Dort entwickelte er ihnen in freier Rede, ähnlich wie schon zehn Tage vorher dem General von Manteuffel gegenüber in Berlin, neben den leitenden militärischen Gesichtspunkten auch die politischen Motive, die ihn zu seinem Entschluß geführt hatten.“¹⁶⁶ Dieses Faktum ist mit einer wie auch immer gearteten Einbuße an Gedächtnisleistungen nicht zu vereinbaren. Gleiches gilt nun, auf 1945 bezogen, für den Ablauf der überlieferten Lagebesprechungen¹⁶⁷ und die sog. Bormann-Diktate von Februar und April¹⁶⁸. Generalfeldmarschall Kesselring stellte Anfang März 1945 bei „über Stunden sich hinziehenden Ausführungen Hitlers [...] eine frappierende Kenntnis von Einzelheiten“ fest¹⁶⁹. Der von Percy Ernst Schramm zitierte „ältere Generalstabsoffizier“, der sich zuvor über Hitlers körperlichen Zustand entsetzt hatte, fuhr fort: „Geistig war Hitler, verglichen mit seinem körperlichen Verfall, noch frisch. Er zeigte zwar gelegentlich Müdigkeitserscheinungen, bewies aber noch häufig sein bewundernswertes Gedächtnis, mit dem er – vornehmlich was Zahlen und technische Daten anbelangt – seine Umgebung immer wieder verblüffte und seinen Argumenten schwer widerlegbare Überzeugungskraft verlieh.“¹⁷⁰

Doch auch die Menschen seiner engeren und engsten Umgebung konnten den zitierten Eindruck Christa Schroeders nicht bestätigen¹⁷¹. Otto Günsche, Persönlicher Adjutant Hitlers, erinnerte sich an die Lagebesprechungen der letzten Kriegsmomente: Hitler habe noch nach Tagen einmal durchgegebene Zahlen über die Rüstungsproduktionen aus dem Kopf exakt wiedergeben können, was die Anwesenden aufgrund eigener Notizen hätten überprüfen können¹⁷². In diesem Sinne äußerte sich auch Linge: „Brachten Adjutanten oder höhere Militärs Statistiken oder Aufstellungen anderer Art, brauchte er sie nur zu überfliegen, um sie auswendig vortragen zu können, sobald es sich als notwendig erwies. Sein unglaubliches Gedächtnis ließ ihn auch in dieser Phase seines Lebens ebensowenig im Stich wie seine Energie.“¹⁷³

¹⁶⁴ CIR/4, S. 9, in: Ebenda.

¹⁶⁵ Skorzeny, *Kommandounternehmen*, S. 223.

¹⁶⁶ Warlimont, *Hauptquartier*, S. 518.

¹⁶⁷ Heiber, *Lagebesprechungen*, S. 781 ff.

¹⁶⁸ Hitlers politisches Testament.

¹⁶⁹ Albert Kesselring, *Soldat bis zum letzten Tag*, Bonn 1953, S. 339.

¹⁷⁰ Schramm, *Kriegstagebuch*, S. 1702.

¹⁷¹ Gerda Christian, Walter Frentz, Otto Günsche, persönl. Mitteilungen.

¹⁷² Persönl. Mitteilung.

¹⁷³ Linge, *Untergang*, S. 268.

Insgesamt läßt sich aus den überlieferten Fakten eine Minderung der Gedächtnisleistungen und damit ein *Kardinalsymptom* des hirnerkrankten Psychosyndroms nicht ableiten.

Intellektuelle Funktionen:

Der Pressechef Dietrich, der zunächst das Bild eines körperlich kranken Hitlers nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 entwarf, fuhr fort: „Geistig jedoch trat die umgekehrte Reaktion ein, und zwar in Form einer starken Willenszusammenballung.“¹⁷⁴ Zeugen der Lagebesprechungen betonten noch für die letzten Lebensmonate Hitlers seine „schnelle Auffassungsgabe“¹⁷⁵. Sämtliche Ärzte Hitlers bezeichneten nach ihrer Gefangennahme seine Konzentrationsfähigkeit als „excellent“¹⁷⁶. Brandt, von Hasselbach und Giesing fügten hinzu: “[...] his attention (power of concentration) always met the needs of the moment.“¹⁷⁷ Noch für März/April 1945 bescheinigte ihm Kesselring „eine geistige Spannkraft“, die „im auffallenden Gegensatz zu seinem körperlichen Befinden“ stand; er fügte hinzu: „In seinen Entscheidungen faßte er sich kürzer als früher“¹⁷⁸, ein besonders wichtiges Faktum, das nicht mit einer nachlassenden Konzentrationsfähigkeit zu vereinbaren ist. Gleiches gilt für die Beobachtungen des Ersten Admiralstabsoffiziers im Wehrmachtsführungsstab Assmann: „He worked under strain into the early morning hours until the last enemy planes had started on their return flight. The days were filled with continuous conferences and discussions on military, political, and economic problems.“¹⁷⁹ Für ein ungestörtes Konzentrationsvermögen sprechen nicht zuletzt die schon erwähnten ausführlichen freien Ansprachen im Dezember 1944¹⁸⁰, die erhaltenen Protokolle der Lagebesprechungen¹⁸¹, die Bormann-Diktate¹⁸² sowie schließlich das freie Diktat seines politischen und persönlichen Testaments kurz vor dem Selbstmord¹⁸³. Wenn Giesing als immer unsicherer Gewährsmann¹⁸⁴ im Februar 1945 bei einer kurzen Begegnung mit Hitler den Eindruck gewann, „daß er ziemlich geistesabwesend und nicht mehr konzentriert war“¹⁸⁵, so läßt dies weniger an eine generell beeinträchtigte Konzentrationsminderung als an eine vorübergehende Okkupation durch andere Dinge oder ganz einfach an die Folge von Überbeanspruchung denken.

Keine Hinweise auf Einbußen gibt es beim kombinatorischen Denken und bei der Urteilsfähigkeit, sieht man von besonderen Äußerungen des Hitlerschen Charakters ab,

¹⁷⁴ Dietrich, *Zwölf Jahre*, S. 267.

¹⁷⁵ Schramm, *Kriegstagebuch*, S. 1702; Otto Günsche, persönl. Mitteilung.

¹⁷⁶ CIR/2, S. 12f. und CIR/4, S. 7, in: BA, FC 6183.

¹⁷⁷ CIR/2, S. 18, in: Ebenda.

¹⁷⁸ Kesselring, *Soldat*, S. 386.

¹⁷⁹ Assmann, *Recollections*, S. 1290.

¹⁸⁰ Heiber, *Lagebesprechungen*, S. 713 ff.; Warlimont, *Hauptquartier*, S. 513 ff.

¹⁸¹ Heiber, *Lagebesprechungen*.

¹⁸² Hitlers politisches Testament.

¹⁸³ In: IfZ, F 19/7; vgl. Nerin E. Gun, *Eva Braun-Hitler. Leben und Schicksal*, Velbert/Kettwig 1968, S. 198.

¹⁸⁴ Vgl. mehrere zuvor erwähnte Hinweise.

¹⁸⁵ Zit. nach Maser, *Hitler*, S. 394.

auf die noch einzugehen ist. Skorzeny war im Herbst 1944 angesichts des körperlichen Verfalls Hitlers erstaunt darüber, „welchen Sinn für militärische und politische Situationen, deren Entwicklungsmöglichkeiten und eventuelle Lösungen der mit ihnen zusammenhängenden Probleme er besaß“¹⁸⁶. Im Dezember 1944 dolmetschte Paul Schmidt beim Treffen mit Szalasi, dem Führer der neugebildeten ungarischen Regierung, und konnte keine Anzeichen dafür entdecken, „daß Hitler etwas von seiner geistigen Argumentierfreudigkeit eingebüßt hatte“¹⁸⁷. Auch in diesem Zusammenhang sind die Ansprachen vor der Ardennen-Offensive, dann für den März 1945 die stundenlangen Ausführungen gegenüber Kesselring¹⁸⁸ anzuführen. Ebenfalls für den März 1945 erinnerte sich der schon mehrfach zitierte „ältere Generalstabsoffizier“ an „die geistige Schärfe, mit der er [Hitler] in taktischen Fragen aus der Unzahl der ihm vorgetragenen und bei der Verschiedenartigkeit der Quellen oft widersprechenden Meldungen das Wesentliche erkannte, mit Spürsinn sich noch kaum abzeichnende Gefahren witterte und auf sie reagierte.“¹⁸⁹ Trotz Hitlers individueller Neigung zur Selbstüberschätzung und Selbsttäuschung sprechen doch einige Fakten für eine letztlich unbeeinträchtigte Urteilsfähigkeit. So äußerte er sich etwa bei der „Mittagslage“ vom 27. Januar 1945 nach dem Stenogramm wie folgt:

„Ich habe gleich gesagt, es hat gar keinen Sinn, daß man sich in etwas hineinhypnotisiert und sagt: Ich brauche es hier, folglich muß es auch so kommen. Letzten Endes muß ich mit den Dingen rechnen, wie sie sind. Der Aufmarsch einer wirklich beachtlichen Kraft vom Westen ist nun einmal vor 6 bis 8 Wochen nicht denkbar, weil es nicht geht. Wer etwas anderes sagt, der träumt, lebt in einem Wunschzustand, aber nicht in der Wirklichkeit. [...] Es ist so: Wenn man in einen Gegner hineinstößt, der massiert ist, dann nützt der Begriff Panzerdivision gar nichts. Praktisch ist eine Panzerdivision dann nichts anderes als eine schlechte Infanteriedivision mit Sturmgeschützunterstützung und Panzerunterstützung. Sie ist gepanzerte Begleitartillerie, weiter ist sie nichts. [...] Diese Division kann man leider nicht rechnen, das ist eine Illusion.“¹⁹⁰

Einige Zeitzeugen berichteten über die gegen Kriegsende zunehmende Neigung Hitlers, sich mit Details zu beschäftigen¹⁹¹. Hierbei dürfte es sich nicht – wie der amerikanische Psychiater Heston postulierte¹⁹² – um formale Denkstörungen gehandelt haben, sondern um einen durch äußere Umstände verstärkten, schon seit jeher bestehenden Persönlichkeitszug. Generalfeldmarschall Keitel bezeugte schon für die Vorbereitungen zum Westfeldzug, daß Hitler das geplante Vorgehen „bis in alle Einzelheiten kannte“, mit jedem der Armee- und Heeresgruppenführer über Einzelheiten sprach und sich „über Gelände, Hindernisse u. dgl. bemerkenswert unterrichtet zeigte“¹⁹³. So hatte er

¹⁸⁶ Skorzeny, Kommandounternehmen, S. 223.

¹⁸⁷ Paul Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne 1923–45. Erlebnisse des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt mit den Staatsmännern Europas, Bonn 1949, S. 573 f.

¹⁸⁸ Kesselring, Soldat, S. 337 ff.

¹⁸⁹ Schramm, Kriegstagebuch, S. 1702.

¹⁹⁰ Heiber, Lagebesprechungen, S. 824, 826 f.

¹⁹¹ Vgl. Generalfeldmarschall von Rundstedt, in: BA, Kl. Erw. 525; Speer, Erinnerungen, S. 306; Otto Günse, persönl. Mitteilung.

¹⁹² Heston/Heston, Casebook, S. 43.

¹⁹³ Walter Görnitz (Hrsg.), Generalfeldmarschall Keitel. Verbrecher oder Offizier? Erinnerungen, Briefe, Dokumente des Chefs OKW, Göttingen/Berlin/Frankfurt 1961, S. 232.

auch den kombinierten Erd-Luftlande-Angriff mit Lastenseglern auf das belgische Fort Eben-Emael „bis in die aller kleinsten Einzelheiten [...] mit den beteiligten Führern und Unterführern [...] persönlich am Modell einexerziert“¹⁹⁴. Speer lieferte ähnliche Beispiele für 1942¹⁹⁵. Generaloberst Jodl gab eine einleuchtende Begründung für die in späteren Kriegsphasen zunehmende Detailbesessenheit Hitlers: Mit den Niederlagen um die Jahreswende 1942/43 sei Hitlers Tätigkeit als Strategie im wesentlichen zu Ende gewesen. „Mehr und mehr griff er von nun an in die operativen Entscheidungen, oft bis in taktische Einzelheiten ein, um durch seinen unbändigen Willen zu erzwingen – was nach seiner Meinung die Generale nicht begreifen wollten –, daß man stehen oder fallen müsse, daß jeder freiwillige Schritt zurück vom Übel sei.“¹⁹⁶ Auch der Persönliche Adjutant Otto Günsche betrachtete diese Neigung als Folge der durch die Kriegssituation bedingten Einengung strategischer Möglichkeiten, darüber hinaus aber des zunehmenden Mißtrauens gegenüber dem höheren Offizierskorps¹⁹⁷.

Die Ärzte Brandt, von Hasselbach und Giesing urteilten zum Komplex der Denkstörungen wie folgt: „Flow of words was coherent and speech relevant.“¹⁹⁸ Morell bezeugte: „Flow of thought showed continuity. Speech [...] was always relevant.“¹⁹⁹

Abschließend seien mehr allgemeine, also nicht auf psychische Teilfunktionen abzielende Beurteilungen von Hitlers intellektuellen Fähigkeiten während der letzten Lebensphase angeführt, und zwar zunächst die negativen. Sie stammen wieder aus den Erinnerungen von Christa Schoeder. Hier liest man: „Die Dinge, über die er jetzt noch gern diskutierte, wurden von Mal zu Mal platter und uninteressanter.“²⁰⁰ Ferner heißt es: „Der geistige Verfall konnte ebenfalls nicht mehr länger verborgen bleiben. Seine Unterhaltung war auf ein erschreckendes Niveau herabgesunken.“²⁰¹ Gerda Christian, bei den Teegesprächen regelmäßig zugegen, konnte dies nicht bestätigen²⁰², von Below sprach – sehr plausibel – von der „ablenkenden“ Funktion dieser Gespräche²⁰³. Der Filmberichterstatte im Führerhauptquartier Walter Frenz meinte, ein Nachlassen der „geistigen Frische“ wahrgenommen zu haben, konnte dies aber nicht näher präzisieren. Er ist dabei möglicherweise der typischen Täuschung erlegen, die das Erscheinungsbild des körperlich erstarrenden Parkinson-Kranken dem Laien geradezu aufzwingt. Ähnliches gilt für die Äußerung von Staatssekretär Meißner, der bei einer Begegnung mit Hitler am 13. März 1945 den Eindruck „eines geistig völlig zusammengebrochenen Staatsführers“ gewann²⁰⁴.

¹⁹⁴ Ebenda, S. 233.

¹⁹⁵ Speer, *Erinnerungen*, S. 363.

¹⁹⁶ Schramm, *Kriegstagebuch*, S. 1721.

¹⁹⁷ Persönl. Mitteilung.

¹⁹⁸ CIR/2, S. 18, in: BA, FC 6183.

¹⁹⁹ CIR/4, S. 10, in: Ebenda.

²⁰⁰ Zoller, *Hitler*, S. 231; Schroeder, *Chef*, S. 198.

²⁰¹ Schroeder, ebenda, S. 273.

²⁰² Persönl. Mitteilung.

²⁰³ Von Below, *Adjutant*, S. 404; zum Folgenden: Persönl. Mitteilung an die Verf.

²⁰⁴ Otto Meißner, *Staatssekretär unter Ebert – Hindenburg – Hitler. Der Schicksalsweg des deutschen Volkes von 1918–1945, wie ich ihn erlebte*, Hamburg 1950, S. 609.

Insgesamt überwiegen jedoch auch hier die positiven Urteile, wenn von einer „außerordentlich frischen und widerstandsfähigen [seelisch-geistigen] Form“²⁰⁵, von „geistiger Spannkraft“²⁰⁶ und „regem Geist“²⁰⁷ die Rede ist. Der Luftwaffenadjutant von Below schrieb: „Geistig wirkte er noch keineswegs verfallen, sondern ganz da und völlig unverändert.“²⁰⁸ Linge meinte: „Bis zu dem Augenblick, in dem er seine Pistole nahm und sie an seine rechte Schläfe hielt, um seinem Leben selbst ein Ende zu setzen, war er ohne Abstriche Adolf Hitler.“²⁰⁹ Dem stimmten die Sekretärin Gerda Christian und der Adjutant Otto Günsche zu²¹⁰. Wichtiger aber erscheint noch eine Niederschrift des chirurgischen Begleitartzes Brandt aus der Zeit der gemeinsamen Gefangenschaft mit Morell und einigen hohen Offizieren aus Hitlers Umgebung:

„Insbesondere lehnt M[orell] irgendeine Form oder irgendeinen Entwicklungszustand einer Form einer Geisteskrankheit ab. Seine Angaben über Orientiertheit in Raum und Zeit, über das Gedächtnis, über Disposition und Entscheiden decken sich mit den Mitteilungen der Herren der Wehrmacht, die noch bis zuletzt mit Hitler gemeinsam zu arbeiten hatten. Es wurde insgesamt die Klarheit betont und auf die Sorgfalt hingewiesen, mit der die Überlegungen vorgenommen wurden.“²¹¹

Die zitierten Äußerungen der Zeitzeugen sowie die überprüfbareren Ausführungen Hitlers aus der letzten Lebensphase schließen einen Abbau intellektueller Fähigkeiten mit hinreichender Sicherheit aus.

Gefühlsregungen und Stimmungen (Affektivität):

Bei der Beurteilung von Hitlers Affektivität ist es unerlässlich, von den vor der Krankheit vorhandenen Verhältnissen auszugehen und hinsichtlich der letzten Lebensjahre der veränderten Gesamtsituation Rechnung zu tragen. Ein Mensch mit der angeborenen Neigung, etwa auf widrige Umstände depressiv zu reagieren, wird mit der Zunahme solcher Ereignisse zwangsläufig häufiger depressive Verstimmungen bieten. Dies darf dann nicht dazu verleiten, eine pathologische Depressivität anzunehmen. Gerade bei der Frage nach einer organisch veränderten Affektivität ist daher die Vergleichbarkeit der Umstände zu prüfen.

Hitler neigte offenbar von Jugend an zu Verstimmungen mit depressiver Tönung²¹². Möglicherweise bezogen sich seine Ärzte auch auf diesen Zug und nicht nur auf seine später zu besprechende Reizbarkeit und Explosivität, wenn sie ihn übereinstimmend als „emotionally labile“ bezeichneten²¹³. Die Notizen Morells vermitteln allerdings

²⁰⁵ Goebbels-Tagebücher, Eintrag vom 12. 3. 1945, in: BA-P, 90 Go 1 FB, Film Nr. 69954.

²⁰⁶ Kesselring, Soldat, S. 386.

²⁰⁷ Guderian, Erinnerungen, S. 402.

²⁰⁸ Von Below, Adjutant, S. 416.

²⁰⁹ Linge, Untergang, S. 269 f.

²¹⁰ Persönl. Mitteilungen.

²¹¹ BA, Kl. Erw. 411-3, Bl. 66.

²¹² August Kubizek, Adolf Hitler, mein Jugendfreund, Graz/Stuttgart 1975, S. 125, 128, 163; vgl. auch Joachim C. Fest, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1981, S. 274, 445 f. und Konrad Heiden, Adolf Hitler. Das Zeitalter der Verantwortungslosigkeit. Eine Biographie, Zürich 1936, S. 196 f.

²¹³ CIR/2, S. 18 und CIR/4, S. 10, in: BA, FC 6183.

den Eindruck, daß traurig gefärbte Verstimmungen selten waren und sich von realen Anlässen ableiten ließen. Am 22.8.1944 hieß es etwa: „Junge [Hitlers Diener] +; daher F[ührer]. schon 2–3 Tage unter st. seelischem Druck, dessen Ursache ich nicht ergründen konnte.“²¹⁴ Von dem amerikanischen Psychiater Heston konstruierte, länger anhaltende depressive Phasen²¹⁵ ließen sich durch die Primärquellen nicht erhärten²¹⁶. Nach Speer habe sich Hitler zwischen Frühjahr 1942 und Sommer 1943 „mitunter deprimiert“ geäußert, von da ab jedoch meist zuversichtlich gezeigt²¹⁷. Daß er nach der beginnenden Einschließung Berlins mehrfach in niedergedrückter, immer aber in gefaßter Stimmung angetroffen wurde²¹⁸, kann nicht als hirnergisches Zeichen gewertet werden. Der Stenograph Herrgesell äußerte sogar: “[...] the Führer was generally the one who kept his nerves best under control”²¹⁹, so daß wieder einmal Zweifel an Christa Schroeders Erinnerungen angemeldet werden müssen, wenn dort von einem „vollkommen gebrochenen Menschen“ die Rede ist, „der nicht mehr imstande war, einen Ausweg aus seiner Lage zu finden“²²⁰.

Hinweise auf eine andere mögliche krankhafte Veränderung der Stimmungslage, eine pathologische Euphorie, konnten Hitlers Ärzte ebenfalls nicht konstatieren²²¹. Auch die Befragung von Zeitzeugen lieferte keine entsprechenden Anhaltspunkte²²². Speer sprach von einer „chronischen Euphorie“ während der Ardennen-Offensive und einer kurzfristigen „euphorischen Laune“ im April 1945 beim Gedanken eines rettenden Flankenangriffs in einen amerikanischen Stoßkeil²²³. Hierbei scheint es sich aber um den Ausdruck von Hitlers Wunschenken gehandelt zu haben, auf das noch näher eingegangen wird, nicht aber um eine „freisteigende“, also ohne äußeren Anlaß auftauchende oder ein auslösendes Ereignis unangemessen überdauernde pathologische Euphorie. Für die nach der Behandlung von Leibkoliken mit Eukodal, einem Narkotikum, zu erwartende kurzfristige Euphorie ließ sich im Gegensatz zu Schenck in den Morellschen Notizen bis auf einen Eintrag vom 8.11.1944 kein Hinweis finden²²⁴.

Ergeben sich Anhaltspunkte für die Entwicklung einer pathologischen Gereiztheit? Hitler ist schon von seinem Jugendfreund Kubizek wie auch von den frühen „Kampfgenossern“ als leicht reizbar im Sinne der Übellaunigkeit geschildert worden²²⁵. In den

²¹⁴ In: Ebenda, NL 348/2.

²¹⁵ Heston/Heston, Casebook, S. 45 ff.

²¹⁶ Vgl. Gibbels, Hitlers Parkinson-Krankheit, S. 29 ff.

²¹⁷ Speer, Erinnerungen, S. 305.

²¹⁸ Von Below, Adjutant, S. 416; Speer, ebenda, S. 483; Gerda Christian, Otto Günse, persönl. Mitteilungen.

²¹⁹ Schramm, Kriegstagebuch, S. 1697.

²²⁰ Schroeder, Chef, S. 273.

²²¹ CIR/2, S. 12 f., in: BA, FC 6183.

²²² Gerda Christian, Walter Frenz, Otto Günse, persönl. Mitteilungen.

²²³ Speer, Erinnerungen, S. 426, 463 f.

²²⁴ Vgl. BA, FC 6319; Schenck, Patient Hitler, S. 244, 258 f., 350 f.

²²⁵ Kubizek, Jugendfreund, S. 163; Otto Strasser, Hitler und ich, Konstanz 1948, S. 92.

Morellschen Notizen²²⁶ sind entsprechende Hinweise gelegentlich anzutreffen, sie werden aber durchweg mit militärischen Rückschlägen begründet. Speer sprach von einer „permanenten Schärfe und Gereiztheit“ während Hitlers letzter Lebensjahre²²⁷, was von Gerda Christian und Otto Günsche nicht bestätigt werden konnte²²⁸ und von Speer selber gerade für die letzten Lebenswochen wieder zurückgenommen wurde, wenn er Hitler dann „zugänglicher“, „liebenswürdiger und privater“ fand²²⁹. Eine durch die fortschreitende Hirnerkrankung bedingte vermehrte Gereiztheit ist somit nicht zu unterstellen.

Schwieriger wird die psychiatrische Beurteilung hinsichtlich einer ebenfalls schon primärpersönlich verankerten Explosivität mit regelrechten „Wutanfällen“, wobei das Ausmaß und manchmal auch die Dauer der Affektentladung durchweg in keinem Verhältnis zum auslösenden Moment standen²³⁰. Diese Wutanfälle waren es vor allem, die den Psychiater Recktenwald vermuten ließen, bei Hitler habe eine schon in früher Jugend erworbene Hirnschädigung vorgelegen²³¹, ein Aspekt, der im abschließenden Kapitel noch näher betrachtet werden wird. Unter Hitlers Ärzten hat sich allein von Hasselbach mit der Explosivität seines Patienten retrospektiv auseinandergesetzt: „Patient generally appeared to be calm and deliberate – but on occasion he reacted with a vehement attack of anger, which subsided and disappeared quite rapidly.“²³² Er sah darin keine krankhafte Komponente²³³.

Anhand der folgenden Zitate wäre zu fragen, ob das Ausmaß der Wutanfälle, quasi ihr Erscheinungsbild, dann aber auch ihre Dauer und schließlich ihre Häufigkeit unter dem Diktat der Krankheit oder aber der situativen Gegebenheiten zugenommen haben. Schon in den Berichten zu den zwanziger und dreißiger Jahren ist von „Zornesröte“²³⁴, blauem Anschwellen der „Zornesader auf der Stirn von der Nasenwurzel bis in den Haarwuchs hinein“²³⁵, von zornig funkelnden, Blitze schleudern den Augen²³⁶, einer sich überschlagenden²³⁷, brüllenden²³⁸, gellenden²³⁹ oder heiseren

²²⁶ BA, FC 6319 sowie NL 348/2 und 3.

²²⁷ Speer, *Erinnerungen*, S. 307.

²²⁸ Persönl. Mitteilungen.

²²⁹ Speer, *Erinnerungen*, S. 474 f.

²³⁰ Jetzinger, *Hitlers Jugend*, S. 105; Kubizek, *Jugendfreund*, S. 21, 23, 69, 163, 165, 213; Strasser, *Hitler*, S. 91; Ernst Hanfstaengl, *15 Jahre mit Hitler. Zwischen Weißem und Braunem Haus*, München/Zürich ²1980, S. 270; Rudolf Diels, *Lucifer ante portas. Zwischen Severing und Heydrich*, Zürich o. J., S. 253.

²³¹ Vgl. Johann Recktenwald, *Woran hat Hitler gelitten? Eine neuropsychiatrische Deutung*, München/Basel 1963.

²³² CIR/2, S. 18, in: BA, FC 6183.

²³³ Ebenda, S. 12.

²³⁴ Kubizek, *Jugendfreund*, S. 23.

²³⁵ Henry Ashby Turner, Jr. (Hrsg.), *Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929–1932*, Frankfurt a. M. 1978, S. 305.

²³⁶ Schmidt, *Statist*, S. 297.

²³⁷ Turner, *Hitler*, S. 305.

²³⁸ Hanfstaengl, *15 Jahre*, S. 270.

²³⁹ Birger Dahlerus, *Der letzte Versuch. London-Berlin Sommer 1939*, München ²1981, S. 135.

Stimme mit rollenden R's²⁴⁰, von „fliegendem Atem“, ja „keuchendem Stöhnen“²⁴¹ und von wilden Gesten²⁴² die Rede. Keine der zahlreichen Schilderungen – weder aus der Früh- noch aus der Spätphase – reicht jedoch an die des Danziger Senatspräsidenten Rauschning aus den dreißiger Jahren heran, der sich gerade deswegen den Vorwurf unsachlicher Übertreibungen, ja mangelnder Glaubwürdigkeit gefallen lassen muß, wie sich später auch noch in einem anderen Zusammenhang darlegen läßt²⁴³.

Nach Rauschning „gebärdete sich [Hitler] wie ein ungezogener Knabe. Er zeterte in schrillen, hohen Tönen, stampfte mit dem Fuß auf, schlug mit den Fäusten auf Tisch und Wände. Schaum vor dem Munde, im maßlosen Jähzorn keuchte und stammelte er so etwas wie: ‚Ich will nicht! Alle weg! Verräter!‘ Es war beängstigend, ihn anzusehen. Die Haare zerzaust um das Gesicht, stiere Augen, das Gesicht verzerrt, puterrot. Ich fürchtete, daß er umfallen müsse, daß der Schlag ihn treffen würde.“²⁴⁴ Und weiter: „Was ich selbst erlebte, was mir Bekannte mitteilten, war der Ausdruck einer Hemmungslosigkeit bis zum totalen Persönlichkeitszerfall. Sein Schreien und Toben, Fußestampfen, alle die Ausbrüche seines Jähzornes, die Ausbrüche eines ungebärdigen, verzogenen Kindes: das war trotz seiner grotesken und schauerlichen Art nicht Wahnsinn. Obwohl es schon bedenklich ist, wenn ein alter Mensch an die Wände trommelt, stampft wie ein Pferd im Stall an der Kette oder sich auf den Fußboden wirft.“²⁴⁵

Die Schilderungen der Wutanfälle in den letzten Lebensjahren unterscheiden sich hinsichtlich des Erscheinungsbildes nicht von denen früherer Jahre. Lediglich die Anlässe, anfangs vorwiegend politischer Art, haben sich geändert. Die Berichte stammen meist von Militärs und lesen sich bis auf eine Ausnahme, auf die noch zurückzukommen ist, moderater. So sprach Warlimont für 1940 von „Szenen kopfloser Erregung“ im Führerhauptquartier²⁴⁶, Keitel zur Jahreswende 1941/42 von „maßloser Erregung“ wegen der nicht befohlenen Rückverlegung eines Frontabschnittes im Osten durch Generaloberst Hoepner²⁴⁷, Halder für Juli 1942 von einem „Tobsuchtsanfall mit schwersten Vorwürfen“ und „krankhaftem Reagieren auf Augenblickseindrücke“²⁴⁸. Speer berichtete vom August 1942: „Stundenlang tobte er, als sei sein gesamter Feldzugplan

²⁴⁰ Schmidt, *Statist*, S. 297.

²⁴¹ Diels, *Lucifer*, S. 253.

²⁴² Dahlerus, *Versuch*, S. 135.

²⁴³ Vgl. S. 213.

²⁴⁴ Hermann Rauschning, *Gespräche mit Hitler*, Wien 1973, S. 80f.

²⁴⁵ Ebenda, S. 272. Auf dieser Textpassage basiert übrigens die Legende vom „Teppichbeißen“, die in einem Aufsatz des italienischen Psychiaters Dalma aus dem Jahre 1944 aufgegriffen (vgl. Giovanni Dalma, *Referto psichiatrico su Hitler. Un pazzo al timone del mondo*, in: *Cosmopolita* vom 19. 8. 1944) und von deutscher medizinischer Seite durch Lange-Eichbaum und Kurth kolportiert wurde (vgl. Wilhelm Lange-Eichbaum/Wolfram Kurth, *Genie, Irrsinn und Ruhm. Genie-Mythus und Pathographie des Genies*, München/Basel⁶ 1967, S. 383). Dalma sprach mit ausdrücklichem Verweis auf Rauschnings schon 1940 in der Schweiz veröffentlichte „Gespräche mit Hitler“ von „Convulsioni“ und „Mangiatappeti“. Ein treffend sarkastischer späterer Kommentar von General Warlimont anlässlich der Zornesausbrüche Hitlers im Führerhauptquartier zu diesem Thema: „In den Teppich hat Hitler, wie hier ein für allemal festgestellt sei, auch bei diesem Anlaß *nicht* gebissen, schon deswegen nicht, weil keiner da war.“ Warlimont, *Hauptquartier*, S. 111.

²⁴⁶ Ebenda, S. 95.

²⁴⁷ Görnitz, Keitel, S. 291.

²⁴⁸ Zit. nach Warlimont, *Hauptquartier*, S. 260.

durch das Unternehmen ruiniert worden²⁴⁹, nämlich die unnötige Besteigung des Elbrus durch eine Gebirgsjägereinheit. Keitel erinnerte sich an einen „unbeschreiblichen Wutausbruch“ in Zusammenhang mit einem nicht ausführbaren Befehl Hitlers bei den Kämpfen um die Gebirgsausgänge zum Schwarzen Meer im September 1942²⁵⁰, der Pressechef Dietrich für den Dezember 1942 an eine „stundenlange Ekstase, die ihn den ganzen Tag geradezu arbeitsunfähig machte“, weil die Zeitungen den Tod des Opernsängers Manowarda nicht genügend gewürdigt hatten²⁵¹. Großadmiral Raeder berichtete ebenfalls für den Dezember 1942 über eine „hochgradige Erregung, die keine Grenzen kannte“, wegen der angeblich absichtlich unterbliebenen Meldung eines gescheiterten Angriffs auf einen alliierten Geleitzug²⁵². Auch Generalfeldmarschall von Manstein, von November 1942 bis Ende März 1944 als Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe unmittelbar unter dem Befehl Hitlers stehend, erwähnte die Wutanfälle:

„Es bleibt noch zu schildern, wie sich die bei Hitlers Einstellung zu Fragen der militärischen Führung unvermeidlichen Auseinandersetzungen zwischen ihm und den hohen militärischen Führern abspielten, soweit ich aus eigenem Erleben darüber berichten kann. In manchen Schilderungen sehen wir bei solchen Auseinandersetzungen einen tobenden Hitler, dessen Wutanfälle Schaum auf seinen Lippen erscheinen lassen und der gelegentlich auch in einen Teppich beißt. Daß es bei ihm Wutausbrüche gegeben hat, in denen er jede Selbstbeherrschung verlor, ist sicherlich wahr. Ich selbst habe jedoch nur einmal, als Zuhörer, den früher erwähnten Zwischenfall zwischen Hitler und Generaloberst Halder erlebt, bei dem Hitler laut und taktlos wurde. Auch entsprach der Ton, in dem er mit Keitel umging, nicht dessen Stellung. Offenbar aber hat Hitler genau gefühlt, wie weit er dem einen oder dem anderen seiner Gesprächspartner gegenüber gehen und wo er sich durch einen – vielleicht oft bewusst gespielten – Wutausbruch einen Einschüchterungserfolg versprechen konnte. Was meine persönliche Erfahrung im Umgang mit Hitler betrifft, so muß ich sagen, daß er – auch wenn unsere Ansichten einander widersprachen bzw. aufeinanderplatzten – die Form gewahrt und auf sachlicher Ebene geblieben ist. Als er ein einziges Mal mit einer Bemerkung mir gegenüber unsachlich und persönlich wurde, hat er meine recht scharfe Replik schweigend hingenommen.“²⁵³

Hier werden zwei interessante Gesichtspunkte angesprochen: Zunächst ein Moment, das schon frühe Beobachter und auch Speer vermuteten, nämlich den zumindest gelegentlich gezielten Einsatz des Affektrepertoires. Otto Strasser schrieb für die frühe gemeinsame Kampfzeit: „Eines Tages wird er sich der niederschmetternden Wirkung seiner Zornesausbrüche bewußt. Von diesem Augenblick an dienen ihm Zorn und Schreien als Waffen.“²⁵⁴ Nach Speer soll Hitler selbst sogar einmal erzählt haben, daß er durch einen gespielten Wutanfall 1938 Schuschnigg eingeschüchtert und so schließlich zum Nachgeben gezwungen habe²⁵⁵. Dies trifft zweifellos nicht für alle derartigen Entladungen zu, ist aber bei der Gesamtbeurteilung zu berücksichtigen. Ein zweites Moment ist die zumindest gelegentlich zu beobachtende Steuerungsfähigkeit der

²⁴⁹ Speer, *Erinnerungen*, S. 253.

²⁵⁰ Görnitz, Keitel, S. 305 f.

²⁵¹ Dietrich, *Zwölf Jahre*, S. 225.

²⁵² Erich Raeder, *Mein Leben. Von 1935 bis Spandau 1955*, Tübingen 1957, S. 284 ff.

²⁵³ Erich von Manstein, *Verlorene Siege*, München 1979, S. 316.

²⁵⁴ Strasser, *Hitler*, S. 91.

²⁵⁵ Speer, *Erinnerungen*, S. 111.

Wutausbrüche, die als Argument gegen die krankhafte Natur einer heftigen Affektäußerung verwendet werden kann. Der als besonders verlässlich erscheinende Gewährsmann Paul Schmidt schrieb dazu für das Jahr 1935: „Von einer Sekunde zur anderen wurde Hitler der ruhige, formvollendete Unterhändler, der er vor dem Litauen-Intermezzo [Anlaß des vorausgegangenen Wutausbruchs] gewesen war.“²⁵⁶

Ähnliches galt auch noch für die Jahre 1944/45. In dieser Zeit gab es naturgemäß vermehrten Anlaß zu Affektentgleisungen. Die Vergleichbarkeit der Umstände im Hinblick auf frühere Jahre ist also durchaus nicht mehr gewährleistet. Wenn Speer²⁵⁷, Schellenberg²⁵⁸, Guderian²⁵⁹ oder auch Günsche²⁶⁰ von einer zunehmenden Erregbarkeit sprachen, ist dieses Faktum in Rechnung zu stellen. Als krasses Beispiel für die Explosivität in der Spätphase dient die oft zitierte Passage aus den Erinnerungen des Generals von Choltitz mit Bezug auf Ende Juli 1944:

„Schließlich kam Hitler auf den 20. Juli. Ich erlebte den Ausbruch einer haßerfüllten Seele. Er schrie mir zu, daß er froh sei, die gesamte Opposition mit einem Schlage gefaßt zu haben, und daß er sie zertreten würde. Er redete sich in unsinnige Aufregung hinein, der Geifer lief ihm buchstäblich aus dem Munde. Er zitterte am ganzen Körper, so daß der Schreibtisch, an den er sich klammerte, ebenfalls in Bewegung geriet. Er war in Schweiß gebadet, und seine Erregung steigerte sich noch, als er rief, daß jene Generale ‚baumeln‘ würden.“²⁶¹

Eine Besonderheit dieser Schilderung ist die – wenn vielleicht auch dramatisierte – im übrigen aber typische Zunahme parkinsonistischer Symptome wie Speichelfluß und Zittern unter der affektiven Belastung. Mehrfach schilderte Guderian explosive Reaktionen Hitlers, meist anlässlich von Meinungsverschiedenheiten in strategischen und taktischen Fragen gegen Ende des Krieges²⁶². Hier folgt die – gemäß dem Augen- und Ohrenzeugen Günsche allerdings überzogene²⁶³ – Darstellung der heftigsten Auseinandersetzung am 13. Februar 1945, die sich an der Frage entzündete, ob – wie von Hitler gewünscht – Himmler oder – wie hartnäckig von Guderian gefordert – General Wenck die Leitung der von der Heeresgruppe Weichsel durchzuführenden Operationen übertragen werden sollte. Guderian schrieb:

„So ging es durch zwei Stunden in unverminderter Heftigkeit. Mit zorngeröteten Wangen, mit erhobenen Fäusten stand der am ganzen Leibe zitternde Mann vor mir, außer sich vor Wut und völlig fassunglos. Nach jedem Zornesausbruch lief Hitler auf der Teppichkante auf und ab, machte dann wieder dicht vor mir halt und schleuderte den nächsten Vorwurf gegen mich. Er überschrie sich dabei, seine Augen quollen aus ihren Höhlen, und die Adern an seinen Schläfen schwellen. Ich hatte mir fest vorgenommen, mich durch nichts aus der Ruhe bringen zu lassen und nur immer wieder meine unerlässlichen Forderungen zu wiederholen. Das tat ich nun mit eiserner Konsequenz. [...] Ich blieb kalt und

²⁵⁶ Schmidt, *Statist*, S. 297.

²⁵⁷ Speer, *Erinnerungen*, S. 474.

²⁵⁸ Schellenberg, *Aufzeichnungen*, S. 98.

²⁵⁹ Guderian, *Erinnerungen*, S. 310.

²⁶⁰ Persönl. Mitteilung.

²⁶¹ Von Choltitz, *Soldat*, S. 223.

²⁶² Guderian, *Erinnerungen*, S. 363 f., 367 f., 374 f.

²⁶³ Persönl. Mitteilung.

unerschütterlich. Kein Ausbruch Hitlers blieb unbeantwortet. Er sollte merken, daß mich seine Töberei unberührt ließ, und er merkte es. [...] Er setzte sich auf seinen Stuhl, bat mich neben sich und sprach: ‚Bitte, fahren Sie in Ihrem Vortrag fort. Der Generalstab hat heute eine Schlacht gewonnen.‘ Dabei lächelte er sein liebenswürdigstes Lächeln.“²⁶⁴

Auch hier bekam sich Hitler wieder in die Hand. Ein weiteres überzeugendes Indiz für seine selbst in den letzten Lebenstagen noch erhaltene Steuerungsfähigkeit läßt sich aus dem Bericht des Luftwaffenadjutanten von Below über den 22. April 1945 entnehmen: Ehe Hitler zu toben begann, hieß er alle Personen bis auf Keitel, Jodl, Krebs und Burgdorf das Besprechungszimmer zu verlassen²⁶⁵. Ähnliches ergibt sich aus der Schilderung des Stenographen Herrgesell, der Hitler noch bis zum 22. April 1945 beobachten konnte:

„During all this time participants in this conference were changing constantly. Hitler himself was generally composed. Every time he really began to get angry or excited, he would quickly get himself under control again. His face was flushed and red, however, and he paced the floor almost constantly, walking back and forth, some times stroacking his fist into his hand.“ Dann fügte Herrgesell hinzu: „But of all the participants at all the conferences, the Führer was generally the one who kept his nerves best under control.“²⁶⁶

Damit lieferte Herrgesell ein Beispiel für einen weiteren Zug Hitlers, die oft geübte Selbstbeherrschung, nach Speer sogar „eine der bemerkenswertesten Eigenschaften Hitlers“²⁶⁷. Daß sie auch in der Endphase nicht etwa unter dem Diktat der Krankheit verlorenging, wie man dies bei einem belangvollen hirnrorganischen Psychosyndrom erwarten müßte, belegen weitere Hinweise aus der Memoirenliteratur. So habe man die „Fassung“ bewundert, die Hitler nach der Invasion am 6. Juni 1944 und während der folgenden Wochen „in kritischen Momenten bewahrte“²⁶⁸, so konnte er im Herbst 1944²⁶⁹ wie noch im März und April 1945²⁷⁰ Katastrophenmeldungen wider Erwarten ruhig entgegennehmen. Flugkapitän Baur erinnerte sich an Hitlers letzte Lebenswochen: „Wenn irgendeine Nachricht Hitler besonders nahe ging, dann krampfte er die Hände auf dem Rücken zusammen, lief erhobenen Kopfes zehn- bis fünfzehnmal mit langen Schritten [!] durch das Zimmer, bis diese Art Krampfungszustand sich plötzlich löste und das Gesicht wieder normal wurde. Hitler setzte dann die Unterredung fort, als sei er wenige Minuten vorher nicht völlig am Ende seiner Kraft gewesen.“²⁷¹ Selbst Christa Schroeder attestierte Hitler, „bis zum Schluß Herr über seine Gefühle“ geblieben zu sein²⁷². Und die Fassung, mit der er seinem Ende entgegenseh, wurde zumal

²⁶⁴ Guderian, *Erinnerungen*, S. 376f.

²⁶⁵ Von Below, *Adjutant*, S. 411.

²⁶⁶ Schramm, *Kriegstagebuch*, S. 1697.

²⁶⁷ Speer, *Erinnerungen*, S. 111.

²⁶⁸ Ebenda, S. 365, 367.

²⁶⁹ Ebenda, S. 414; Ulrich de Maizière, *In der Pflicht. Lebensbericht eines deutschen Soldaten im 20. Jahrhundert*, Herford/Bonn 1989, S. 105.

²⁷⁰ Speer, ebenda, S. 463.

²⁷¹ Hans Baur, *Ich flog Mächtige der Erde*, Kempten 1956, S. 257. – Bestätigt allenfalls mittlere Schwere des Parkinson-Syndroms!

²⁷² Schroeder, *Chef*, S. 75.

von Speer²⁷³ und Keitel²⁷⁴ wie von Gerda Christian und Otto Günsche²⁷⁵ hervorgehoben.

Da somit Hinweise auf eine gleichbleibende Fähigkeit zur Selbstbeherrschung mit Beispielen einer vermehrten Explosivität zusammentreffen, ergibt sich kein einheitlicher Trend in Richtung eines organischen Psychosyndroms. Hier wäre parallel mit einer pathologisch erhöhten Reizbarkeit eine Abnahme der Steuerungsfähigkeit zu erwarten. Die festgestellten Diskrepanzen schwächen daher den Verdacht auf eine pathologisch gesteigerte Erregbarkeit ab und lassen die zunehmende Explosivität eher als Folge der zunehmenden Anlässe erscheinen.

Die Frage nach der Affektbeherrschung hat schließlich aber auch noch das Kapitel Rührseligkeit zu berücksichtigen. „Der Hitler muß her und muß weinen“, soll Göring in der Kampfzeit gesagt haben²⁷⁶. Otto Strasser schrieb dazu: „Hitler heult vorsätzlich und im Übermaß.“²⁷⁷ Auch in späteren Jahren hat Hitler bei unterschiedlichen Anlässen geweint oder zumindest „feuchte Augen“ bekommen, so 1942 anlässlich der Totenfeierlichkeiten für Todt²⁷⁸ oder der neunten Niederkunft von Frau Bormann²⁷⁹. Für die letzten Lebenswochen ist Speer der einzige Gewährsmann für eine vermehrte Rührseligkeit: „[...] seine Augen füllten sich, wie so oft jetzt, mit Wasser.“²⁸⁰ Da keiner der befragten Zeitzeugen dem beipflichten konnte²⁸¹, lassen sich eindeutige Hinweise auf eine organisch bedingte Zunahme dieser Form der Affektinkontinenz nicht konstatieren.

Insgesamt ist – so muß man schließen – im Hinblick auf die Affektivität *allenfalls* der Verdacht auf eine organisch bedingte leichte Zunahme der Explosivität gerechtfertigt, *allenfalls* deswegen, weil sich selbst gegen den bloßen Verdacht noch Argumente ins Feld führen lassen.

Spontaneität und Initiative (Antrieb):

Ein merkwürdiger Persönlichkeitszug des sonst lebhaften und eloquenten Hitler war die Neigung zu phasenhaften Zuständen, bei denen er für Minuten oder gar Stunden offenbar unmotiviert „apathisch“ in Schweigen versank und vor sich hin „starrte“ oder „brütete“²⁸². Ob es sich hierbei um Aufmerksamkeitsstörungen handelte, die nach Jaspers²⁸³ unter anderem auch bei Psychopathen (einer nichtkrankhaften Persönlichkeits-

²⁷³ Speer, *Erinnerungen*, S. 475.

²⁷⁴ Görlitz, Keitel, S. 343, 350f.

²⁷⁵ Persönl. Mitteilungen.

²⁷⁶ Jetzinger, *Hitlers Jugend*, S. 240.

²⁷⁷ Strasser, *Hitler*, S. 90.

²⁷⁸ Speer, *Erinnerungen*, S. 214.

²⁷⁹ Picker, *Tischgespräche*, S. 200.

²⁸⁰ Speer, *Erinnerungen*, S. 460.

²⁸¹ Gerda Christian, Otto Günsche, persönl. Mitteilungen.

²⁸² Strasser, *Hitler*, S. 91; Diels, *Lucifer*, S. 43; Speer, *Erinnerungen*, S. 104, 306; Hewel, zit. nach Schenck, 1945, S. 156.

²⁸³ Karl Jaspers, *Allgemeine Psychopathologie*, Berlin/Heidelberg⁴1946, S. 118f.

variante) vergleichbar einem kraftschöpfenden „Abschalten“ vorkommen, oder gar um eine besondere Form der inneren Konzentration auf bestimmte Gedankengänge, muß offenbleiben. Daher ist es auch anfechtbar, diese Zustände unter dem Antriebsaspekt abzuhandeln. Dennoch sollte gefragt werden, ob sich solche für die Umgebung erkennbaren Auffälligkeiten in der letzten Lebensphase gehäuft haben. Anhaltspunkte hierfür waren durch die Befragung der Zeitzeugen nicht zu erlangen²⁸⁴. Zwar fand der HNO-Arzt Giesing Hitler im Februar 1945 in einer apathisch wirkenden Verfassung²⁸⁵, und von Below berichtete, daß Hitler während der letzten Lebenstage wiederholt „in Apathie verfiel“²⁸⁶. Dies darf angesichts der Umstände jedoch nicht als pathologisches Zeichen gewertet werden.

Eindeutige Antriebsstörungen, die sich etwa durch ein vermindertes psychisches Tempo oder ein allgemeines Desinteresse gegenüber situativen Verpflichtungen verraten und nach denen gemäß der psychiatrischen Fragestellung zu fahnden wäre, können bei Hitler in der letzten Lebensphase nicht vorgelegen haben. So wird von den Memoirenschreibern etwa für die zweite Hälfte 1944 mehrfach seine geistige Regsamkeit – im Kontrast zu seiner körperlichen Erstarrung – hervorgehoben²⁸⁷. Linge schrieb: „So sehr er körperlich verbraucht und ausgelaugt war, so aggressiv und zupackend, blitzschnell reagierend war sein Geist.“²⁸⁸ Besonders wichtig sind die Zeugnisse über die letzten Lebenswochen. Von den Lagebesprechungen berichtete der Generalstabsoffizier de Maizière: „Aber so hilflos Hitler auch zunächst erschien, das Bild änderte sich mit Beginn des Vortrages. Er hörte aufmerksam zu, griff oft und lebhaft in die Vorträge ein, stellte ergänzende Fragen. Wenn er zu sprechen begann, belebten sich Augen und Sprache. Sie bekamen Farbe, Energie, oft auch Schärfe.“²⁸⁹ Der Admiralstabsoffizier Assmann erinnerte sich:

“Despite his physical collapse, his energy and will power remained unbroken to the end; it was amazing for those of us who witnessed this each day. He worked under strain into the early morning hours [...]. The days were filled with continuous conferences and discussions on military, political, and economic problems. To the very end, he preached impressively again and again to his entourage, perseverance, rigor, ruthlessness, and energy. [...] He fought against his physical decline with unbelievable rigor and determination.”²⁹⁰

Folgt man diesen Äußerungen, so sind Antriebsstörungen im Sinne einer organischen Antriebsminderung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auszuschließen. Hinweise auf eine pathologische Antriebssteigerung während der letzten Lebensphase waren ebenfalls nicht zu eruieren.

²⁸⁴ Gerda Christian, Walter Frentz, Otto Günsche, persönl. Mitteilungen.

²⁸⁵ Zit. nach Maser, Hitler, S. 394.

²⁸⁶ Von Below, Adjutant, S. 415.

²⁸⁷ Dietrich, Zwölf Jahre, S. 267; Guderian, Erinnerungen, S. 402; Skorzeny, Kommandounternehmen, S. 223.

²⁸⁸ Linge, Untergang, S. 268.

²⁸⁹ De Maizière, Pflicht, S. 105.

²⁹⁰ Assmann, Recollections, S. 1290.

Einzelne schon vor der Erkrankung vorhandene Persönlichkeitszüge:

Im Rahmen eines zumal beginnenden hirnrorganischen Psychosyndroms pflegen sich einzelne Charaktermerkmale des Erkrankten im Sinne der Verstärkung oder der Abschwächung zu verändern. Nach solchen Hinweisen galt es, bei Hitler zu suchen. Von den zahlreichen Einzelfacetten seines Charakters werden hier nur solche herausgegriffen und abgehandelt, bei denen nach laienhaften Äußerungen seiner engeren Umgebung qualitative oder quantitative Veränderungen vermutet werden könnten. Einige solcher prämorbidier Persönlichkeitszüge, wie seine Reizbarkeit und Explosivität oder die eigenartige Neigung zu apathisch anmutenden Zuständen, wurden schon besprochen²⁹¹.

Die Neigung zu Selbsttäuschung, Selbstüberschätzung und ein zumindest teilweise daraus resultierender Starrsinn, nämlich ein unbeirrbares Beharren auf einmal für richtig erkannten Beschlüssen, war schon dem Jüngling eigen. Kubizek schilderte eindrucksvoll die irrealen Hoffnungen, Konzeptionen, Projekte des jungen Hitler: die hartnäckig verfolgte heimliche Liebe zu Stefanie, einer höheren Bürgerstochter, der er nicht einmal vorgestellt worden war²⁹², der unumstößlich erwartete und dementsprechend verplante Hauptgewinn in der Lotterie²⁹³, die nach eigenen Entwürfen vorgesehene Neugestaltung von Linz²⁹⁴, die Idee eines „mobilen Reichsorchesters“²⁹⁵, die Komposition einer Oper ohne wesentliche musikalisch-theoretische Kenntnisse²⁹⁶ etc.

Jetzinger hat Kubizek zwar manche Unrichtigkeit im Detail nachweisen können²⁹⁷, er vermochte aber die den Jugenderinnerungen innewohnende atmosphärische Dichte nicht zu mindern und so die aus vielen persönlichen Einzeleindrücken gewonnene Skizzierung des jungen Hitler in ihrer Aussagekraft zu reduzieren. Kubizek schrieb: „[...] er steigerte sich um so intensiver in ein Projekt hinein, je weiter es von einer Verwirklichung entfernt war“²⁹⁸, und bezeichnete als auffallendsten Charakterzug seines Linzer Jugendfreundes und zeitweiligen Wiener Zimmergenossen „die unerhörte Konsequenz in allem, was er sprach und was er tat“, sowie „etwas Festes, Starres, Unbewegliches, hartnäckig Fixiertes“²⁹⁹. Wenn man in Kubizeks Schilderungen den jungen Hitler im engen Wiener Zimmer nächtens endlos monologisierend auf- und abschreiten sieht, rücksichtslos die Müdigkeit seines zum Zuhören verurteilten Freundes mißachtend, dann hat man den späten Hitler bereits vor sich, ähnlich wie Carl J. Burckhardt das einmal in einem anderen vergleichenden Zusammenhang, nämlich bei

²⁹¹ Vgl. S. 196 ff. und S. 202 f.

²⁹² Kubizek, Jugendfreund, S. 64 ff.

²⁹³ Ebenda, S. 106 ff.

²⁹⁴ Ebenda, S. 99 ff.

²⁹⁵ Ebenda, S. 212 ff.

²⁹⁶ Ebenda, S. 200 ff.

²⁹⁷ Jetzinger, Hitlers Jugend. Die gesamte Studie ist darauf aus, Kubizek zu korrigieren. Daher keine Seitenhinweise.

²⁹⁸ Kubizek, Jugendfreund, S. 100.

²⁹⁹ Ebenda, S. 44.

der Lektüre der sog. Bormann-Diktate, von Hitler gesagt hat: „Am Anfang und am Ende der genau gleiche Mann, dasselbe Gehirn.“³⁰⁰

„Fanatische Exzesse im Planen und Handeln“, „mit der wirklichen Machtlage nicht zu vereinbarende Abenteuer“, „Selbsttäuschungen intensiver Art“ schrieb Hans Frank schon dem Hitler von 1923 zu³⁰¹. Zu solchen Äußerungen passen die „utopischen“ Rüstungsprogramme, die nach Speer ab 1944 von Hitler entworfen wurden³⁰², ebenso die Goebbels'sche Äußerung vom 28. März 1945: „Man hat manchmal den Eindruck, als lebte er in den Wolken“³⁰³, und die Schilderung von Belows, wie Hitler in den letzten Kriegswochen durch „die ständige Verschiebung imaginärer, jedenfalls kaum noch kampffähiger Truppen in immer neuer Zusammenstellung“ nach einem Ausweg suchte, wobei seine Vorstellungen „keinen Bezug zur Wirklichkeit mehr“ erkennen ließen³⁰⁴. Auch Kesselring sah Hitler in diesen letzten Wochen „nur mehr in einer irrealen Welt“³⁰⁵. Als Höhepunkt der Selbsttäuschung bezeichnete von Below den Befehl vom 26. April 1945 zum Einsatz einer faktisch nicht mehr existierenden Luftwaffe im Kampf um Berlin³⁰⁶.

Der im abgewetzten Anzug in Linz umherwandernde 17 jährige Hitler, die Mauern der Heimatstadt in Gedanken niederreißend, um sie in neuer Schönheit erstehen zu lassen³⁰⁷, scheint nicht fern von diesem präfinalen Wunschenken. Deshalb ist es auch nicht zulässig, aus den Selbsttäuschungen Hitlers während der Endphase des Krieges eine pathologische „Zuspitzung“ dieses Persönlichkeitsmerkmals auf dem Boden einer Hirnerkrankung abzuleiten. Daß Hitler dennoch in der Lage war, aus diesem Wunschenken auszubrechen, wurde schon dargelegt³⁰⁸.

Hitlers Selbstüberschätzung, die einerseits zum Wunschenken, andererseits zum Starrsinn beitrug, wurde von seiner Umgebung in geradezu zügelloser Weise bestärkt und verstärkt. Darauf haben schon Speer³⁰⁹ und von psychiatrischer Seite de Boor³¹⁰ überzeugend hingewiesen. Der für Hitler glimpfliche Ausgang des Attentats vom 20. Juli 1944 trug zur Erhöhung seines Selbst- und Sendebewußtseins in der letzten Lebensphase ebenfalls nicht unwesentlich bei. Der Admiralstabsoffizier Assmann schrieb darüber: „The failure of his foes to eliminate him served to increase Hitler's belief in his calling, in his self-confidence, and in his overweening opinion of self. He responded with further hardness, inflexibility, much greater obstinacy, and ruthlessness. Thus he rose to demoniac heights.“³¹¹ In den Erinnerungen von Christa Schroeder heißt es:

³⁰⁰ Zit. nach Vorwort des Verlags zu: Hitlers politisches Testament, S. 9f.

³⁰¹ Frank, Galgen, S. 38.

³⁰² Speer, Erinnerungen, S. 249.

³⁰³ Goebbels-Tagebücher, in: BA-P, 90 Go 1 FB, Film Nr. 69954.

³⁰⁴ Von Below, Adjutant, S. 403 f.

³⁰⁵ Kesselring, Soldat, S. 387.

³⁰⁶ Von Below, Adjutant, S. 413 f.

³⁰⁷ Kubizek, Jugendfreund, S. 99 ff.

³⁰⁸ Vgl. S. 193.

³⁰⁹ Speer, Erinnerungen, S. 257.

³¹⁰ De Boor, Hitler, S. 361 ff.

³¹¹ Assmann, Recollections, S. 1290.

„Nachdem er mit verschiedenen Unternehmungen Erfolg gehabt, obwohl andere ihm davon abgeraten hatten, steigerte sich bei ihm das Gefühl seiner Unbesiegbarkeit bis zum äußersten. Es kam soweit, daß er überhaupt keinen Einwand mehr gelten ließ. Sein eiserner Wille, der ihm bereits in früheren Jahren gestattet hatte, ein bestimmtes Ziel zu erreichen oder einen bestimmten Entschluß durchzusetzen, entwickelte sich immer mehr zum Starrsinn. Äußerte jemand einen Zweifel, so wurde er der Kleinlichkeit bezichtigt. Hitler brauchte dann nur einige Beispiele anzuführen, bei denen er recht behalten hatte, um auch die Zweifler zu überzeugen.“³¹²

Auch nach Pressechef Dietrich wuchs „die Tyrannei seines Willens“ mit zunehmender Macht und ging schließlich in „Starrsinn“ über. Auf die großen Entscheidungen und Entschlüsse Hitlers habe niemand einen Einfluß ausüben können³¹³, wie Dietrich weiter bemerkte. „Hitler war unbelehrbar. [...] er wollte einfach alles besser wissen. Mit einem geistigen Hochmut ohnegleichen und mit beißender Ironie kritisierte er unaufhörlich alles, was in seine eigenen Gedankengänge und Konzeptionen nicht hineinpaßte. [...] Die geistige Anmaßung äußerte sich in Rechthaberei, die oft peinlich wirkte.“³¹⁴

Mitunter nahm Hitlers Starrsinn den Charakter einer sogenannten überwertigen Idee an, einer Vorstellung also, die Denken und Handeln in einer nicht mehr nachvollziehbaren Weise beherrscht. Dies gilt von seinen bis zum Ende unbeirrbar beibehaltenen Ideen zu Lebensraum und Rasse mit ihren schrecklichen Konsequenzen, Ausdruck weder einer „Verrücktheit“ oder „Geistesstörung“, beileibe nicht eines Wahns im psychiatrischen Sinne, sondern eines mit fanatischem Starrsinn verfochtenen persönlichen Konzeptes.

Hat Hitlers „Starrsinn“ unter dem Einfluß der Erkrankung zugenommen? Einige Stimmen sprechen dafür. Speer sagte: „Je unausweichlicher jedenfalls die Entwicklung einer Katastrophe entgegenging, desto unbeweglicher wurde er; desto starrer war er davon überzeugt, daß alles, was er entscheide, richtig sei. [...] Zugleich war er geistig unbeweglicher geworden und kaum noch geneigt, neue Gedanken zu entwickeln.“³¹⁵ Speer registrierte einen „eigentümlichen Zustand der Versteinigung und Verhärtung“³¹⁶, was auch Otto Günsche und Gerda Christian bestätigen konnten³¹⁷. Andere Stimmen wie etwa von Below sprachen dagegen. „Geistige Starrheit und Überheblichkeit habe ich nie bei Hitler bemerken können. Es war jederzeit möglich, ihn durch Gegenargumente zur Korrektur einer Stellungnahme zu veranlassen. Nur mußte die Argumentation fundiert und überzeugend sein. Es kam vor, daß er nicht sofort zustimmte, aber darüber nachdachte und später die andere Ansicht anerkannte.“³¹⁸ Mit Einschränkungen schloß sich der Marineoffizier Assmann dieser Meinung an³¹⁹.

³¹² Schroeder, *Chef*, S. 271.

³¹³ Dietrich, *Zwölf Jahre*, S. 28.

³¹⁴ Ebenda, S. 29.

³¹⁵ Speer, *Erinnerungen*, S. 305.

³¹⁶ Ebenda, S. 307.

³¹⁷ *Persönl. Mitteilungen*.

³¹⁸ Von Below, *Adjutant*, S. 238.

³¹⁹ Assmann, *Recollections*, S. 1290.

Beispiele dafür, daß auch in der letzten Lebensphase Unbelehrbarkeit und Fixierung an vorgefaßte Meinungen kein Absolutum waren, ließen sich in den Erinnerungen der Zeitzeugen mehrfach ausmachen. So änderte er nach Speer seine Einstellung zu dem „slawischen Untermenschen“, indem ihm die Sowjets einschließlich Stalin mehr und mehr Achtung abnötigten³²⁰; er gab gelegentlich durchaus Zeichen einer Meinungswillkür mit wechselnden Fronten zu erkennen³²¹ und ließ sich durch entschiedenen Widerspruch zum Einlenken bewegen³²². Nach Guderian konnte Hitler sogar eigene Fehler zugeben. So sei Hitler anlässlich eines Lagevortrags Ende 1943 darüber außer sich geraten, daß man den Infanterie-Divisionen keine ausreichende Panzerabwehr zubilligte. Plötzlich ruhig geworden, habe er sich Guderian zugewandt: „Sie haben recht gehabt! Sie haben mir das schon vor 9 Monaten gesagt. Leider bin ich Ihnen nicht gefolgt.“³²³ Daß er Guderians Meinung über den Einsatz von General Wenck noch am 13. Februar 1945 nach stundenlangem heftigen Widerspruch plötzlich mit den Worten gelten ließ: „Der Generalstab hat heute eine Schlacht gewonnen“, wurde schon angeführt³²⁴. Als er Jodl am 22. April 1945 seinen Entschluß mitteilte, Berlin nicht mehr zu verlassen und dort zu sterben, habe er hinzugefügt: „Ich hätte diesen Entschluß, den wichtigsten meines Lebens, schon im November 1944 fassen sollen und das Hauptquartier in Ostpreußen nicht mehr verlassen dürfen.“³²⁵ Ein starkes Argument gegen die organisch bedingte „Zuspitzung“ von Hitlers „Starrsinn“ lieferte schließlich Speer, als er schrieb:

„Hitler hatte sich, wie mir schien, in den letzten Wochen seines Lebens aus der Erstarrung befreit, in die er während der zurückliegenden Jahre verfallen war. Er zeigte sich wieder zugänglicher und war gelegentlich bereit, über seine Entschlüsse zu diskutieren. Noch im Winter 1944 wäre es undenkbar gewesen, daß er sich mit mir in eine Diskussion über die Kriegsaussichten eingelassen hätte. Auch seine Nachgiebigkeit in der Frage des Befehls ‚Verbrannte Erde‘ wäre damals unvorstellbar gewesen, desgleichen seine wortlose Korrektur meiner Rundfunkrede. Er war Argumenten wieder offen, die er noch vor einem Jahr nicht angehört hätte.“³²⁶

Insgesamt läßt sich somit eine pathologische Zunahme des „Starrsinns“ unter dem Einfluß der Hirnerkrankung nicht erkennen.

In merkwürdigem Gegensatz zu den soeben abgehandelten Persönlichkeitszügen Hitlers stand seine Entscheidungsscheu. Nach Goebbels war sie für Hitler „seit jeher charakteristisch“³²⁷. Politische und militärische Mitarbeiter aus den zwanziger und dreißiger Jahren erinnerten sich an z. T. „wochenlanges“ Zögern bei der Entscheidung über selbst unbedeutende Maßnahmen³²⁸. Diese mangelnde Entschlußfreudigkeit trat

³²⁰ Speer, *Erinnerungen*, S. 319.

³²¹ Ebenda, S. 352 f.

³²² Ebenda, S. 356, 417.

³²³ Guderian, *Erinnerungen*, S. 285.

³²⁴ Ebenda, S. 375 ff.

³²⁵ Schramm, *Kriegstagebuch*, S. 1721.

³²⁶ Speer, *Erinnerungen*, S. 474.

³²⁷ Zit. nach von Oven, *Finale*, S. 510.

³²⁸ Strasser, *Hitler*, S. 92; Friedrich Hoßbach, *Zwischen Wehrmacht und Hitler. 1934–1938*, Göttingen 1965, S. 158; von Below, *Adjutant*, S. 75 f.

im Krieg ebenfalls zutage³²⁹. Sogar während des siegreichen Westfeldzugs empfand die Generalität ihn als kühn im Planen, aber zögernd in der Durchführung³³⁰. Lediglich die vermehrten Klagen des Propagandaministers in den Tagebucheinträgen von März und April 1945 über „Entschlußlosigkeit“³³¹, mangelnde Entscheidungsfreudigkeit³³², ja „Aktionsunfähigkeit“ Hitlers³³³ rechtfertigen die Frage nach einer krankheitsbedingten Zunahme dieses Charakterzugs. Günsehe erinnerte sich zwar ebenfalls an vermehrtes Zögern während der letzten Kriegswochen, erklärte dies aber mit der Notwendigkeit sorgfältigeren Abwägens der verbliebenen militärischen Möglichkeiten³³⁴. Somit läßt sich eine organisch bedingte Zunahme von Hitlers Entscheidungsscheu in der letzten Lebensphase nicht beweisen.

Mißtrauen war für Hitler geradezu ein „Lebenselement“³³⁵, „a fundamental characteristic“³³⁶. Schon für die dreißiger Jahre apostrophierte dies Burckhardt: „Er mißtraut allem und jedem.“³³⁷ Keitel sprach für Mai 1940 von „krankhaftem“³³⁸ Warlimont für 1941 von „grenzenlosem Mißtrauen“³³⁹. Mehrere Zeitzeugen berichteten übereinstimmend von einer Zunahme der Mißtrauensäußerungen während der letzten Lebensphase, so auch Botschafter Hewel gegenüber Schenck:

„Mißtrauen nahm überhand; der Verdacht, hintergangen, betrogen und belogen zu werden, erstreckte sich auf immer weitere Kreise derer, die ihm gegenüber verantwortlich waren. Dieses Gefühl bemächtigte sich seiner zusehends stärker und fast wahnhaft. Immer stärker habe ihn die Vorstellung verfolgt, seine ihm von der Vorsehung eingegebenen Pläne würden an Dummheit und Verrat der von ihm Erhobenen scheitern.“³⁴⁰

Guderian bemerkte für die Zeit nach dem Attentat vom 20. Juli 1944: „Seinem Charakter entsprechend, verwandelte sich sein tief eingewurzelt Mißtrauen gegen die Menschen im allgemeinen und gegen den Generalstab und die Generale im besonderen nunmehr in abgrundtiefen Haß.“³⁴¹ Linge sagte für den Herbst 1944: „Arzneien nahm Hitler jetzt nur noch aus meiner Hand entgegen. Sein Mißtrauen war nicht mehr zu übertreffen.“³⁴² Linge sprach von einem Argwohn, „der nicht nur ihm [Hitler] das Leben zur Hölle machte“³⁴³. Günsehe hielt das zunehmende Mißtrauen sogar für die

³²⁹ Von Manstein, *Verlorene Siege*, S. 309; Warlimont, *Hauptquartier*, S. 256.

³³⁰ Guderian, *Erinnerungen*, S. 399; Warlimont, ebenda, S. 105.

³³¹ Eintrag vom 3. 3. 1945, in: Joseph Goebbels, *Tagebücher 1945. Die letzten Aufzeichnungen*, Hamburg 1977, S. 89.

³³² Eintrag vom 4. 4. 1945, in: Ebenda, S. 517.

³³³ Zit. nach von Oven, *Finale*, S. 639.

³³⁴ Persönl. Mitteilung.

³³⁵ Speer, *Erinnerungen*, S. 208.

³³⁶ Assmann, *Recollections*, S. 1291.

³³⁷ Carl J. Burckhardt, *Meine Danziger Mission. 1937–1939*, München²1960, S. 268.

³³⁸ Görlich, Keitel, S. 234.

³³⁹ Warlimont, *Hauptquartier*, S. 193.

³⁴⁰ Zit. nach Schenck, 1945, S. 156.

³⁴¹ Guderian, *Erinnerungen*, S. 310.

³⁴² Linge, *Untergang*, S. 250.

³⁴³ Ebenda.

einzig eindeutige Änderung in Hitlers Wesen, die ihm während der Krankheit Hitlers aufgefallen sei³⁴⁴. So ist es durchaus möglich, daß man es hier mit einer organisch bedingten Zunahme eines prämorbidem Charakterzugs zu tun hat. Wegen der fehlenden Vergleichbarkeit der Umstände, zumal der naheliegenden Reaktion auf die militärische Verschwörung, ist jedoch eine rein situativ bedingte Zunahme des Mißtrauens wiederum nicht mit genügender Sicherheit auszuschließen.

Hitler besaß eine ungewöhnliche und oft beschriebene Fähigkeit, Massen und Menschen zu beeinflussen. Beispiele dafür, wie es ihm gelang, selbst aufsässige Skeptiker im Nu „umzudrehen“, lassen sich selbst noch für die letzte Kriegsphase ausmachen³⁴⁵. Generalstabsoffizier de Maizière schrieb:

„Von Adolf Hitler ging selbst in seinem kranken Zustand eine Wirkung aus, die – rückschauend betrachtet – ein Schlüssel für so vieles sein kann, was sich damals zugetragen hat und heute unverstänlich erscheint. Hitler besaß eine unerklärliche, ich scheue mich nicht zu sagen, dämonische persönliche Ausstrahlungskraft, die man kaum beschreiben, erst recht nicht begreifen kann, und der sich nur ganz wenige Menschen haben entziehen können. Selbst ältere, lebenserfahrene und ranghohe Persönlichkeiten unterlagen dieser Wirkung.“³⁴⁶

Das krassste Exempel hierfür lieferte Feldmarschall Ritter von Greim, der das Gespräch mit Hitler noch am 27. April 1945 als „Jungbad“ empfand³⁴⁷. Von einer krankheitsbedingten Abschwächung dieser individuellen Fähigkeit kann also nicht die Rede sein.

In merkwürdigem Gegensatz zu Hitlers Suggestivkraft stand seine Kontaktschwäche. Nach eigenem Bekunden war er schon in seiner Jugend ein Einzelgänger³⁴⁸. Bei ihrer Vernehmung vor dem Internationalen Militärgerichtshof gingen sowohl Speer³⁴⁹ wie Streicher³⁵⁰ auf diese charakterliche Besonderheit Hitlers ein. Hanfstaengl vermutete, daß er sich dieses Zuges mit zunehmender Macht sogar gezielt bediente: „Er war immer einsam gewesen. [...] jetzt sprach er wie von einer überlegenen Höhe herab, als wolle er alle in ihre Schranken verweisen.“³⁵¹ Nach Speer hat sich das Bild des „abweisenden, beziehungsarmen Despoten“ ab 1937 verfestigt³⁵². Mit den Niederlagen der Jahre 1942 und 1943 sah er eine „wachsende Unzugänglichkeit“ Hitlers verknüpfen³⁵³. Diese Beobachtung könnte sehr wohl auf eine organische Ursache im Ge-

³⁴⁴ Persönl. Mitteilung.

³⁴⁵ Linge, Untergang, S. 269.

³⁴⁶ De Maizière, Pflicht, S. 106.

³⁴⁷ Karl Koller, Der letzte Monat. 14. April bis 27. Mai 1945. Tagebuchaufzeichnungen des ehemaligen Chefs des Generalstabs der deutschen Luftwaffe. Mit dem Urteil der Spruchkammer im Entnazifizierungsverfahren, Esslingen/München 1985, S. 100.

³⁴⁸ Jochmann, Monologe, S. 316.

³⁴⁹ Vgl. Verhandlung vom 19. 6. 1946, in: Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, München/Zürich 1984, Bd. XVI, S. 476.

³⁵⁰ Vgl. Verhandlung vom 26. 4. 1946, in: Ebenda, Bd. XII, S. 340.

³⁵¹ Hanfstaengl, 15 Jahre, S. 269.

³⁵² Speer, Erinnerungen, S. 97.

³⁵³ Ebenda, S. 305.

folge der sich um diese Zeit zunehmend entwickelnden Krankheit hinweisen, stünden nicht für die letzte Lebensphase gegenteilige Berichte zur Verfügung. So war es gerade Speer, der Hitler jetzt wieder als „zugänglicher“ empfand, „liebenswürdiger und privater“³⁵⁴. Auch Gerda Christian hat von einer zunehmenden Kontaktscheu nichts bemerkt, während Otto Günsche lediglich eine „Abneigung gegenüber neuen Gesichtern“, nicht aber eine Änderung im Umgang mit Nahestehenden registrierte³⁵⁵. Demnach geht es nicht an, eine durch das Nervenleiden zunehmende Kontaktschwäche zu unterstellen.

Nachlassendes Taktgefühl ist ähnlich wie die Minderung der Gedächtnisleistungen ein besonderer Indikator für ein hirngorganisches Psychosyndrom. Hitler hat Zeit seines Lebens gerade in sexualibus als äußerst taktvoll und zurückhaltend gegolten, was die von uns Befragten nur bestätigen konnten³⁵⁶. Die übrigen Quellen ergaben nichts Gegenteiliges, abgesehen – und dies wird im Zusammenhang mit den vorgenommenen Erhebungen wichtig – für die letzte Lebens- und damit Krankheitsphase. Diese „Geschichten“ stammen allerdings samt und sonders aus den nicht ganz zuverlässigen Erinnerungen Christa Schroeders. Dort heißt es für den Herbst 1944: „Und nun streckte Hitler, auf dem Sofa, im Verlauf der dahinplätschernden Gespräche plötzlich wohligh seine Arme aus und sprach verzückt davon, [...] wie schön es sei, wenn zwei Menschen sich in Liebe fänden.“³⁵⁷ An anderer Stelle wird offenbar auch für die letzten Lebensmonate geschildert:

„Eines Morgens kam beim Alarm eine Sekretärin, deren auffallende Garderobe er sonst immer sehr gern gesehen hatte, mit Stulpenhandschuhen und einem hoch aufgeschlagenen weinroten Hut in den Bunker. Hitler stellte sich vor sie hin und meinte, er könne sich gut vorstellen, daß sie in Stulpenstiefeln, Stulpenhandschuhen, dem Hut und mit sonst nichts mehr bekleidet, sehr schön aussehen würde. Sie solle doch in Zukunft so im Bunker erscheinen. Diese geschmacklose Witzelei wiederholte er dann mehrere Male.“³⁵⁸

Da bei dem ersten Beispiel nur die Damen Schroeder und Christian zugegen gewesen sein sollen, es sich bei der Dame des zweiten Beispiels aber gerade um Frau Christian selbst gehandelt habe, ist hier die Aussage von Gerda Christian von besonderem Wert. Sie verwies beide Szenen mit Nachdruck in den Bereich der Legende³⁵⁹. Auch Frenzt und Günsche gaben an, daß sie eine Entgleisung Hitlers in diese Richtung weder selber erlebt noch von ihr erfahren hätten³⁶⁰.

Ein Verlust an Taktgefühl kann sich selbstverständlich auch in anderen Bereichen verraten. Wieder ist es offenbar Christa Schroeder, auf die folgende Textstellen über die letzte Lebensphase Hitlers zurückgehen:

³⁵⁴ Ebenda, S. 474 f.

³⁵⁵ Persönl. Mitteilungen.

³⁵⁶ Gerda Christian, Walter Frenzt, Otto Günsche, persönl. Mitteilungen.

³⁵⁷ Schroeder, Chef, S. 207.

³⁵⁸ Zoller, Hitler, S. 233; ähnlich bei Schroeder, ebenda.

³⁵⁹ Persönl. Mitteilung.

³⁶⁰ Persönl. Mitteilungen.

„Bei Tisch wiederholte er jetzt auch immer wieder unappetitliche Gespräche. Wenn er eine Frau sah, die sich die Lippen zu sehr anmalte, behauptete er, daß die Lippenstifte aus den Abwässern von Paris hergestellt würden. [...] Mit sadistischem Vergnügen erzählte er uns, daß er sich früher wegen seines erhöhten Blutdrucks Blutegel angesetzt habe.“ Und dann: „Ich werde aus meinem überflüssigen Blut für euch Blutwürste herstellen lassen, als zusätzliche Kost. Warum nicht? Ihr mögt doch so gerne Fleisch!“³⁶¹

Wenn Gerda Christian solche Äußerungen – sie müßten in ihrer Gegenwart gefallen sein – auch bestritt³⁶², so ist zumindest durch Speer bereits für die Vorkriegszeit, dann aber auch für die Spätphase schon ähnliches überliefert worden³⁶³. Nach Otto Günsche hätten derartige Redensarten meist auf einen der Anwesenden abgezielt, den Hitler habe „hochnehmen“ wollen. Von einer Häufung solcher Äußerungen während der letzten Lebensjahre Hitlers habe er nichts bemerkt³⁶⁴.

Noch einer weiteren Facette des Taktgefühls, das ja immer auch Differenzierungsvermögen bedeutet, ist nachzugehen. Wie schon in anderem Zusammenhang angeführt, berichtete von Manstein für die Zeit vor 1944, er selber habe nur einmal erlebt, daß Hitler „laut und taktlos“ geworden sei, im übrigen habe Hitler genau gespürt, wie weit er gegenüber dem ein oder anderen Gesprächspartner gehen könne³⁶⁵. Das bestätigte für frühere Jahre Speer, der aber dann seit 1943 eine Änderung bemerkte: „Jetzt war er enthemmt und gab sich unkontrolliert.“³⁶⁶ Ein vergleichbarer Hinweis stammt von Guderian für die Zeit nach dem Juli-Attentat 1944, wenn er schrieb, daß Hitler sich in seiner Wortwahl „immer mehr gehenließ“³⁶⁷. Dem widersprach Otto Günsche, als Persönlicher Adjutant ständiger Zeuge der Lagebesprechungen von März 1944 bis zu Hitlers Tod: Zwar sei es oft „hoch hergegangen“, und man habe auch nach dem 20. Juli 1944 Hitlers vermehrte Vorbehalte gegenüber der Generalität spüren können, an eine Zunahme tatsächlich beleidigender Äußerungen und eine Nivellierung in der Wortwahl könne er sich dagegen nicht erinnern³⁶⁸. Gerda Christian und Walter Frenz stimmten dem für einen anderen Bereich der Kontaktmöglichkeit mit Hitler zu³⁶⁹.

Diese widersprüchlichen Urteile waren der Ausgangspunkt für semiquantitative Untersuchungen. Hierzu wurden zunächst die rund 390 jeweils unmittelbar rekonstruierten und niedergeschriebenen „Tischgespräche“ Hitlers aus der Zeit zwischen dem 5. Juli 1941 und dem 30. November 1944³⁷⁰ im Hinblick auf eine Nivellierung der Wortwahl überprüft. Dabei ergab sich eine Tendenz in Richtung zunehmender Ver-

³⁶¹ Zoller, *Hitler*, S. 231 f.

³⁶² Persönl. Mitteilung.

³⁶³ Speer, *Erinnerungen*, S. 53, 314.

³⁶⁴ Persönl. Mitteilung.

³⁶⁵ Von Manstein, *Verlorene Siege*, S. 316.

³⁶⁶ Speer, *Erinnerungen*, S. 318.

³⁶⁷ Guderian, *Erinnerungen*, S. 310.

³⁶⁸ Persönl. Mitteilung.

³⁶⁹ Persönl. Mitteilungen.

³⁷⁰ Jochmann, *Monologe; Picker, Tischgespräche*.

wendung von Wörtern der Vulgärsprache für 1942 gegenüber 1941. Über die einzelnen Monate des Jahres 1942 zeichnete sich eine derartige Tendenz dann allerdings nicht mehr ab. In den Tischgesprächen aus den Jahren 1943 und 1944, den rund 50 militärischen Besprechungen im Führerhauptquartier vom 1.12.1942 bis 23.3.1945³⁷¹ sowie in den 18 von Bormann überlieferten Aussagen Hitlers zwischen dem 4.2. und 2.4.1945³⁷² setzte sich diese Tendenz aus den Jahren 1941/42 nicht fort. Aufgrund der insgesamt zu diesem Fragenkomplex herangezogenen Quellen ist damit der Verdacht auf eine Nivellierung von Hitlers Taktgefühl in Parallelität mit seiner fortschreitenden Erkrankung nicht zu erhärten.

Eine Vergröberung oder „Zuspitzung“ bestimmter, hier untersuchter Facetten der Persönlichkeit Hitlers während der letzten Lebensphase läßt sich mit Hilfe der zur Verfügung stehenden Quellen somit nicht schlüssig beweisen. Ein gewisser Verdacht bleibt nur hinsichtlich des zunehmenden Mißtrauens bestehen, hätte es nicht nach dem Juli-Attentat 1944 genügend Gründe für entsprechende Reaktionen gegeben. Dadurch wird dieser Verdacht, wenn nicht entkräftet, so doch entschieden abgeschwächt.

Sonstige psychische Phänomene:

Nur wenige und dazu flüchtige Bewußtseinsstörungen nach Art von Bewußtseinsverlusten (Ohnmachten u.ä.) lassen sich in Hitlers Pathographie ausfindig machen: die von Hitler selbst erwähnte Ohnmacht im Kindesalter³⁷³, eine leichte Hirnerschütterung am 20. Juli 1944³⁷⁴ und ein Kreislaufkollaps anlässlich einer Kokainpinselung der Nasenschleimhaut am 1. Oktober 1944, sofern man sich auf den Bericht von Giesing vom 12.6.1945 verlassen will³⁷⁵. Für die letzte Krankheitsphase liegen entsprechende Hinweise nicht vor. Bewußtseinsstörungen nach Art einer nur leichten Bewußtseinstrübung, wobei der Betroffene noch agieren und sprechen kann, wenn auch in meist erkennbar veränderter Weise, wurden von dem Psychiater Recktenwald aus einer Textstelle des schwedischen Industriellen Dahlerus konstruiert, die sich auf den Sommer 1939 bezieht. Hier soll der plötzlich verändert wirkende Hitler einzelne Satzteile wiederholt haben: „Gibt es Krieg, [...] dann werde ich U-Boote bauen, U-Boote, U-Boote, U-Boote. [...] Ich werde Flugzeuge bauen, Flugzeuge bauen, Flugzeuge, Flugzeuge [...] Wenn es keine Butter mehr gibt, dann bin ich der erste, der aufhört, Butter zu essen, Butter zu essen.“³⁷⁶ Bei dieser Darstellung handelt es sich aber wohl eher um die überzogene Schilderung rhetorischer Mittel als um eine krankhafte Einschränkung des Bewußtseins mit sinnlosen sprachlichen Stereotypen. Daß sich Hitler in der Erregung gern wiederholte, ohne daß man dem eine krankhafte Bedeutung beimessen möchte, ergeben auch weitere Quellen. So berichtete Best, der Reichsbevollmächtigte für das besetzte Dänemark, als er von Hitler am 5. Juli 1944 aufs schärfste zur Rede gestellt wurde, von „hemmungsloser Wut“ wie auch „stereo-

³⁷¹ Heiber, Lagebesprechungen.

³⁷² Hitlers politisches Testament.

³⁷³ Dietrich, Zwölf Jahre, S. 27.

³⁷⁴ CIR/2, S. 12 f., in: BA, FC 6183.

³⁷⁵ Zit. nach Maser, Hitler, S. 390 ff.

³⁷⁶ Dahlerus, Versuch, S. 69 f.

typer Wiederholung sinnloser Argumente“³⁷⁷. Schließlich soll Hitler nach Staatssekretär Meissner am 13. März 1945 „in schreiendem Tone“ immer wieder die Worte wiederholt haben: „Ich kapituliere nicht! Niemals!“³⁷⁸

Die als Geschichtsquelle inzwischen umstrittenen „Gespräche mit Hitler“ von Rauschning³⁷⁹ muten dem Leser schließlich Schilderungen zu, die sich auf die frühen und mittleren dreißiger Jahre beziehen, jedoch in der gesamten Memoirenliteratur von Hitlers engster Entourage keine Entsprechung finden³⁸⁰.

„Aber er hat Zustände, die an Verfolgungswahnsinn und Persönlichkeitsspaltung nahe heranreichen. Seine Schlaflosigkeit ist mehr als nur die Überreizung seines Nervensystems. Er wacht oft des Nachts auf. Er wandert ruhelos umher. Dann muß Licht um ihn sein. Neuerdings läßt er sich dann junge Leute kommen, die die Stunden eines offenbaren Grauens mit ihm teilen müssen. Zu Zeiten müssen diese Zustände einen besonders böartigen Charakter angenommen haben. Mir hat jemand aus seiner engsten täglichen Umgebung berichtet: er wache des Nachts mit Schreikrämpfen auf. Er schreie um Hilfe. Auf seiner Bettkante sitzend, könne er sich nicht rühren. Die Furcht schüttelte ihn, so daß das ganze Bett vibriere. Er stoße verworrene, völlig unverständliche Worte hervor. Er keuche, als glaube er, ersticken zu müssen. Der Mann erzählte mir eine Szene, die ich nicht glauben würde, wenn sie nicht aus solcher Quelle käme. Taumelnd habe er im Zimmer gestanden, irr um sich blickend. ‚Er! Er! Er ist dagewesen‘, habe er gekeucht. Die Lippen seien blau gewesen. Der Schweiß habe nur so an ihm heruntergetropft. Plötzlich habe er Zahlen vor sich hergesagt. Ganz sinnlos. Einzelne Worte und Satzbrocken. Es habe schauerlich geklungen. Merkwürdig zusammengesetzte Wortbildungen habe er gebraucht, ganz fremdartig. Dann habe er wieder ganz still gestanden und die Lippen bewegt. Man habe ihn abgerieben, habe ihm etwas zu Trinken eingeffloßt. Dann habe er plötzlich losgebrüllt: ‚Da, da! In der Ecke! Wer steht da?‘ Er habe aufgestampft, habe geschrien, wie man das an ihm gewohnt sei. Man habe ihm gezeigt, daß da nichts Ungewöhnliches sei, und dann habe er sich allmählich beruhigt. Viele Stunden hätte er danach geschlafen. Und dann sei es für eine Zeit wieder erträglich mit ihm gewesen.“³⁸¹ An anderer Stelle schrieb Rauschning: „Er liebt auch einsame Spaziergänge. Er berauscht sich an den Bergwäldern. Diese Gänge sind ihm Gottesdienst, Gebet. Er schaut in die ziehenden Wolken, lauscht dem Tropfen des Nebels von den Fichten. Er hört Stimmen. Ich bin ihm so begegnet. Er erkennt dann niemanden.“³⁸²

Dem Fehlen ähnlicher Hinweise in allen übrigen ausgewerteten Quellen einschließlich der Befragungen fügen sich die nüchternen Feststellungen der langjährigen Ärzte Hit-

³⁷⁷ Siegfried Matlok (Hrsg.), *Dänemark in Hitlers Hand. Der Bericht des Reichsbevollmächtigten Werner Best über seine Besatzungspolitik in Dänemark mit Studien über Hitler, Göring, Himmler, Heydrich, Ribbentrop, Canaris u. a.*, Husum 1988, S. 131.

³⁷⁸ Meissner, Staatssekretär, S. 609.

³⁷⁹ Vgl. Theodor Schieder, Hermann Rauschnings „Gespräche mit Hitler“ als Geschichtsquelle, in: Rheinisch Westfälische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), *Vorträge G 178, 169*. Sitzung am 21. 7. 1971 in Düsseldorf, Opladen 1972; Wolfgang Hänel, Hermann Rauschnings „Gespräche mit Hitler“ – Eine Geschichtsfälschung, Ingolstadt 1984; Julius H. Schoeps, Fälschung oder Dokument? Eine detektivische Arbeit zu Rauschnings „Gesprächen mit Hitler“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. 8. 1985.

³⁸⁰ Vgl. zumal Linge, *Untergang*; Karl Wilhelm Krause, *Zehn Jahre Kammerdiener bei Hitler*, Hamburg 1949; Fritz Wiedemann, *Der Mann, der Feldherr werden wollte. Erlebnisse und Erfahrungen des Vorgesetzten Hitlers im 1. Weltkrieg und seines späteren Persönlichen Adjutanten, Velbert/Kettwig* 1964.

³⁸¹ Rauschning, *Gespräche mit Hitler*, S. 272 f.

³⁸² Ebenda, S. 276 f.

lers an. Dr. Brandt: "no auditory or visual hallucinations", Dr. Morell: "No phobias or obsessions. [...] No hallucinations, illusions, or paranoid trends present."³⁸³

Faßt man die psychiatrische Analyse der Quellen zusammen, so sind sichere Hinweise auf eine pathologische Minderung der Gedächtnisleistungen und der intellektuellen Funktionen im zeitlichen Zusammenhang mit der Parkinsonschen Erkrankung Hitlers nicht zu gewinnen. Auch für eine pathologische Veränderung des Antriebs ergab sich kein Anhalt. Hinsichtlich Affektivität und primärpersönlicher Züge ließ sich der *Verdacht* auf eine Zunahme von Explosivität und Mißtrauen während der späteren Krankheitsphase nicht ganz ausschließen. Somit darf aus psychiatrischer Sicht vom *Verdacht* auf eine geringfügige organische Persönlichkeitsveränderung als einer der leichtesten, bei Parkinson-Kranken vorkommenden Formen des hirnrorganischen Psychosyndroms gesprochen werden. Eine rein situativ bedingte, nicht krankhafte Zunahme dieser primärpersönlichen Charaktereigenschaften Hitlers darf aber als ebenso wahrscheinlich gelten. Hier ist nun noch einmal auf das neurologische Syndrom zurückzukommen. In der Regel besteht ein gewisser Zusammenhang zwischen der Schwere der neurologischen Symptome und der Entwicklung eines hirnrorganischen Psychosyndroms³⁸⁴. Die erst mittlere Schwere des Parkinson-Syndroms bei Hitler ist jedenfalls mit einer fehlenden oder allenfalls verdachtsweise vorhandenen und dann nur leichtesten psychischen Beeinträchtigung gut zu vereinbaren. Damit schließt sich der Kreis der Untersuchungen.

Sofern man eine leichte organische Persönlichkeitsveränderung bei Hitler unterstellen wollte, wäre abschließend zu fragen, ob sie seine politischen und militärischen Entscheidungen beeinflußt haben könnte. Die Antwort lautet: kaum, keinesfalls aber wesentlich. Auch wäre daraus weder eine Beeinträchtigung seiner Geschäfts- und Testierfähigkeit noch seiner Zurechnungsfähigkeit abzuleiten.

7. Stellungnahme zu anderen neurologisch-psychiatrischen Beurteilungen Hitlers³⁸⁵

Der amerikanische Psychiater Heston hat den sich bei Hitler entwickelnden Tremor als Folge eines chronischen Amphetamin-Gebrauchs gedeutet³⁸⁶. Bei den Amphetaminen handelt es sich um sog. Weckamine oder Aufputschmittel. Zwar hat Hitler höchst-

³⁸³ CIR/2, S. 12 f. und CIR/4, S. 10, in: BA, FC 6183.

³⁸⁴ Eberhard Schneider/Peter-A. Fischer/Peter Jacobi u. a., Demenz beim Parkinson-Syndrom, in: Peter-A. Fischer (Hrsg.), Psychopathologie des Parkinson-Syndroms, Basel 1982, S. 93–114; Steven J. Huber/George W. Paulson/Edwin C. Shuttleworth, Relationship of motor symptoms, intellectual impairment, and depression in Parkinson's disease, in: Journal of Neurology, Neurosurgery, and Psychiatry, Vol. 51, 1988, S. 855–858.

³⁸⁵ Im Rahmen ausführlicher medizinisch-wissenschaftlicher Argumentationen haben wir uns an anderer Stelle mit den sonstigen ärztlichen Beurteilungen Hitlers, zumal mit Bezug auf die letzten Lebensjahre, auseinandergesetzt. Vgl. Gibbels, Hitlers Parkinson-Syndrom; dies., Hitlers Nervenleiden; dies., Hitlers Parkinson-Krankheit. Diese Argumentationen dem medizinischen Laien „transparent“ zu machen, bedürfte es, ähnlich wie bei der Differentialdiagnose, sehr umfangreicher Erörterungen.

³⁸⁶ Heston/Heston, Casebook, S. 82 ff.

wahrscheinlich von Morell hin und wieder den Amphetaminabkömmling Pervitin als Stimulans erhalten, zum Teil in kaschierter Form, nämlich als Multivitaminpräparat³⁸⁷. Der bei Hitler bestehende Tremor war jedoch mit Sicherheit kein Amphetamin-Tremor. Diese Tremorform entspricht nämlich dem physiologischen Tremor, ist also feinschlägig (Frequenz um 8/s), betrifft die Extremitäten durchweg ohne Seitendifferenz, ist kein Ruhetremor und geht nicht mit einer Hypokinese einher. Heston konstruierte bei Hitler darüber hinaus Denkkstörungen³⁸⁸ und meinte hieraus sowie aus dem stärkeren Hervortreten einiger primärpersönlicher Züge während der letzten Kriegsjahre ein organisches Psychosyndrom ableiten zu können, das ebenfalls durch Amphetamin hervorgerufen worden sein soll und die militärischen wie politischen Entscheidungen erheblich beeinflusst habe³⁸⁹. Die Hypothese Hestons ist aber in vielfältiger Weise zu widerlegen³⁹⁰:

1. Bei Hitler hat – wenn überhaupt – nur eine leichteste Form eines hirnorganischen Psychosyndroms vorgelegen, die kaum relevant für seine Entscheidungen war.
2. Dieses Psychosyndrom – unterstellt man es einmal als gegeben – wäre typisch für eine der leichtesten Formen psychischer Veränderungen im Rahmen der Parkinson-Krankheit³⁹¹, es entspräche aber nicht den international festgelegten psychiatrischen Kriterien für die bei Amphetamin-Gebrauch auftretenden psychopathologischen Symptome³⁹².
3. Hitler kann Amphetamin überdies nicht über längere Zeit eingenommen haben, weil diese Substanz nicht nur den bei jedem Menschen latent vorhandenen physiologischen Tremor, sondern bei Parkinson-Kranken auch den Ruhetremor verstärkt. Der sich gut beobachtende Hitler hätte einen solchen Zusammenhang bald erkannt, unabhängig davon, ob es sich bei dem verabreichten Amphetamin um reines Pervitin oder um das pervitinhaltige Multivitaminpräparat gehandelt hätte. Die Zunahme des Tremors hätte er nicht nur registriert und mit Morell besprochen, sondern sie hätte ihn auch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit dazu veranlaßt, die Zufuhr des entsprechenden Medikamentes zu unterbinden. Außerdem hätte das Amphetamin seine Schlaflosigkeit verstärkt und zur Gewichtsabnahme geführt. Die Tagesnotizen Morells schließen alle derartigen Konsequenzen aus³⁹³.

Hans-Dietrich Röhrs, Arzt und ehemaliger Mitarbeiter von Reichsgesundheitsführer Conti, unterstellte bei Hitler „die Zerstörung einer Persönlichkeit“ durch einen exzessiven, eher allgemeinen Medikamentengebrauch und wies Morell dabei die Schlüsselrolle zu. Zudem sah Röhrs einen – wenn auch fraglichen – Zusammenhang

³⁸⁷ Vgl. Schenck, 1945, S. 157; ders., Patient Hitler, S. 215; Gibbels, Hitlers Nervenleiden, S. 509; dies., Hitlers Parkinson-Krankheit, S. 79f.

³⁸⁸ Heston/Heston, Casebook, S. 43 ff.; vgl. S. 193 f.

³⁸⁹ Ebenda, S. 38 ff., 82 ff., 125 ff.

³⁹⁰ Vgl. Gibbels, Hitlers Parkinson-Syndrom, S. 526 f.; dies., Hitlers Nervenleiden, S. 509; dies., Hitlers Parkinson-Krankheit, S. 20–24, 29 ff., 42, 75 f., 78 ff.

³⁹¹ Neurologisch-psychiatrische Literatur hierzu zit. bei Gibbels, Hitlers Parkinson-Krankheit.

³⁹² Vgl. ebenda, S. 79 f.

³⁹³ BA, FC 6319 sowie NL 348/2 und 3.

mit dem Parkinson-Syndrom³⁹⁴. Hierzu läßt sich folgendes sagen: Hitler hat zweifellos über Jahre große Mengen von Medikamenten eingenommen. Morell notierte die von ihm verordneten Arzneimittel in seinen Aufzeichnungen offenbar akribisch, oft sogar mehrfach täglich³⁹⁵ und legte überdies eine Liste der Hitler applizierten Substanzen bei seiner späteren Vernehmung durch die US-Offiziere vor³⁹⁶. Damit ist Morells Medikation überprüfbar geworden. Der Internist und Chemiker Schenck hat sie einer detaillierten, auch quantitativen Analyse unterzogen³⁹⁷. Bei den meisten der Morellschen „Spritzen“ handelte es sich um verdünnte Traubenzuckerlösung, gelegentlich mit Vitaminen oder anderen unbedenklichen Mitteln versetzt³⁹⁸. Nur ausnahmsweise wurden stärker wirkende, krampflösende und schmerzstillende Medikamente, etwa wegen starker Leibschmerzen, injiziert. Hierbei handelte es sich um das harmlose Euphyllin als Eupaverinum und um die dem Betäubungsmittelgesetz unterstellten Narkotika Eukodal und Scophedal. Nach den Aufzeichnungen Morells erhielt Hitler 1943 an 6 von 129 dokumentierten Tagen je eine Eudokal-Eupaverin-Injektion, in dem lückenlos dokumentierten Jahr 1944 über 7 Monate verteilt insgesamt 20 entsprechende Injektionen, während der letzten vier ebenfalls vollständig dokumentierten Lebensmonate jedoch keine einzige derartige Injektion. Scophedal wurde nur einmal ermittelt³⁹⁹. Keinesfalls kann damit – wie Schenck überzeugend dargelegt hat – bei Hitler von einer Abhängigkeit von solchen stärker wirkenden Substanzen die Rede sein⁴⁰⁰. Gleiches gilt von oral applizierten Beruhigungs- und Schlafmitteln, die über die letzten Jahre zwar reichlich eingenommen wurden, ohne jedoch zu erkennbaren allgemeinmedizinischen, neurologischen oder psychiatrischen Zeichen einer entsprechenden chronischen Intoxikation zu führen⁴⁰¹. Auf das Amphetamin wurde schon eingegangen. Somit ist der Hypothese der Persönlichkeitszerstörung durch Medikamente der Boden entzogen⁴⁰². Insgesamt muß man Morell zugestehen, daß er die schwierige Aufgabe, den Diktator mit seinen zahlreichen Befindlichkeitsstörungen behandeln zu müssen, auf einigermaßen geschickte Weise gelöst hat. Dies gilt um so mehr, als er durch Hitlers Widerstand dazu genötigt wurde, auf viele, zumal apparative Zusatzuntersuchungen zu verzichten.

Der Neurologe und Psychiater Johann Recktenwald, ehemaliger Direktor einer Heil- und Pflegeanstalt, hat 1963 eine umfangreiche Studie vorgelegt, in der jede körperliche und geistige Besonderheit Hitlers einem „Folgezustand nach epidemischer

³⁹⁴ Hans-Dietrich Röhrs, *Hitler – die Zerstörung einer Persönlichkeit. Grundlegende Feststellungen zum Krankheitsbild*, Neckargemünd 1965; ders., *Hitlers Krankheit. Tatsachen und Legenden. Medizinische und psychische Grundlagen seines Zusammenbruchs*, Neckargemünd 1966, S. 129 ff.

³⁹⁵ BA, FC 6319 sowie NL 348/2 und 3.

³⁹⁶ CIR/4, S. 11 ff., in: BA, FC 6183.

³⁹⁷ Schenck, *Patient Hitler*, S. 180 ff.

³⁹⁸ Ebenda, S. 195 f.

³⁹⁹ Ebenda, S. 186 ff.

⁴⁰⁰ Ebenda.

⁴⁰¹ Ebenda, S. 191; Gibbels, *Hitlers Nervenleiden*, S. 509 f.

⁴⁰² Vgl. Gibbels, ebenda, S. 508 ff.

Enzephalitis“, also einer übertragbaren Hirnentzündung vom Typ der v. Economo-Enzephalitis, zugeordnet wurde⁴⁰³. Diese Enzephalitis soll Hitler, ohne daß dies auf irgendeine Weise verbürgt ist, als etwa zwölfjähriger Knabe durchgemacht haben. Danach habe er das typische „Unholdstadium“ dieser Jugendform des postenzephalitischen Syndroms durchlaufen und im späteren Leben zudem zahlreiche andere, beim postenzephalitischen Syndrom vorkommende Symptome geboten. In diesem Zusammenhang wurden angeführt bzw. konstruiert: Schlafstörungen, epileptische Anfälle, Schauanfälle, andere Anomalien von Seiten der Augen, Wutanfälle mit Zwangsideen und Iterativ-Denken, Bewußtseinsveränderungen, pathologische Drangzustände, bestimmte vegetative Zeichen einschließlich einer Magen-Darm-Symptomatik, Hyposexualität und auch das als „Spätparkinsonismus“ bezeichnete Parkinson-Syndrom. Die Studie fußt auf einer beschränkten Quellenlage. Mangelnde Kritik und mangelnde Wissenschaftlichkeit wurden ihr schon unmittelbar nach dem Erscheinen von der Fachpresse vorgeworfen⁴⁰⁴. Bei unserem systematischen Quellenstudium haben wir keine ernstzunehmenden Hinweise gefunden, die für die Recktenwaldsche Konzeption sprechen könnten. An anderer Stelle haben wir uns fachlich ausführlich mit diesen Hypothesen auseinandergesetzt und ihre Unhaltbarkeit dargelegt⁴⁰⁵.

Auch der niederländische Psychiater Stolk sprach sich für ein früh erworbenes postenzephalitisches Psychosyndrom bei Hitler aus⁴⁰⁶. Stolk glaubte sich darin vor allem durch extrapyramidale Paroxysmen nach Art von Blickkrämpfen oder Schauanfällen bestätigt, also anfallsartig auftretenden, länger anhaltenden unwillkürlichen Blickwendungen in eine bestimmte Extremrichtung. Er meinte, dieses Symptom in dem niederländischen Dokumentarfilm „Vrij en onverveerd“ bei Hitler entdeckt zu haben. Mit Hilfe von Peter Bucher, Filmarchiv des Bundesarchivs, konnte die suspekthe Bildsequenz dem Riefenstahl-Film „Triumph des Willens“ (1935) zugeordnet werden. Die ungekürzte Wiedergabe der verdächtigten Stelle im Originalfilm entkräftete dann ganz eindeutig den Stolschen Verdacht⁴⁰⁷. Prof. Grewel unterstützte Stolk in einem Leserbrief mit dem zusätzlichen Hinweis auf pathologische „Laufattacken“ – das sind in Analogie zu den Blickkrämpfen anfallsweise auftretende unwillkürliche Laufbewegungen – anlässlich des Treffens von Hitler mit Staatspräsident Hacha vor dem deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei⁴⁰⁸. Diesem Argument kann vor allem durch die Schilderung des Augenzeugen dieser Begegnung, des Dolmetschers Paul Schmidt, begegnet werden⁴⁰⁹.

Der amerikanische Internist Walters stützte seinen Verdacht auf eine während der Pandemie zwischen 1915 und 1925 erworbene v. Economo-Enzephalitis im wesent-

⁴⁰³ Recktenwald, *Woran hat Adolf Hitler gelitten?*

⁴⁰⁴ Vgl. Sattes, in: *Nervenarzt* 35 (1964), S. 514.

⁴⁰⁵ Gibbels, *Hitlers Parkinson-Krankheit*, S. 32, 34, 42, 46, 53, 72, 75 f., 84 ff.

⁴⁰⁶ P.J. Stolk, *Adolf Hitler. His life and his illness*, in: *Psychiatria, Neurologia, Neurochirurgia* 71 (1968), S. 381–398.

⁴⁰⁷ Vgl. Gibbels, *Hitlers Nervenleiden*, S. 512.

⁴⁰⁸ F. Grewel, *Leserzuschrift*, in: *Psychiatria, Neurologia, Neurochirurgia* 72 (1969), S. 325.

⁴⁰⁹ Schmidt, *Statist*, S. 427 ff.; vgl. Gibbels, *Hitlers Nervenleiden*, S. 512.

lichen auf die Argumente Recktenwalds und Stolks, aber auch auf eine von Maser propagierte Version, nach der Hitler schon im Anschluß an den Putsch vom 9. November 1923 ein vorübergehendes Zittern der linken Extremitäten geboten haben soll⁴¹⁰. Hiergegen hat sich schon Schenck mit quellenkritischer Begründung gewandt⁴¹¹. Im Rahmen eines ausführlichen differentialdiagnostischen und quellenkritischen Diskurses haben wir dargelegt, daß es sich damals allenfalls um einen vorübergehend verstärkten physiologischen Tremor an der verletzten Extremität gehandelt haben kann⁴¹².

Im Gegensatz zu den bisher besprochenen Stellungnahmen ist den Ergebnissen einer kenntnisreichen und vom Ansatz her besonders originellen kriminalpsychologischen Studie Wolfgang de Boors, Professor für Psychiatrie an der Universität zu Köln, bis auf einige wenige Folgerungen zuzustimmen⁴¹³. Aufgrund umfangreichen Quellenstudiums sprach sich de Boor für eine im Sinne der klassischen Psychiatrie abnorme (nichtkrankhafte) Persönlichkeitsstruktur Hitlers aus. Anzeichen für eine Geisteskrankheit etwa im Sinne der Schizophrenie oder für ein in jüngeren Jahren erworbenes organisches Psychosyndrom konnte er nicht entdecken. Der Autor führte aber eine leichte Zunahme bereits vorhandener Persönlichkeitsmerkmale ab 1942/43 auf das Lebensalter und toxische Einflüsse zurück⁴¹⁴, eine Auffassung, die wir nicht teilen können. Eine Parkinson-Erkrankung hielt er für gegeben, ohne dies eigens zum Gegenstand seiner Studie zu machen. Zu ähnlichen Folgerungen gelangte Schenck in seiner umfangreichen Studie zum „Patienten Hitler“, die vornehmlich internistische und allgemeinärztliche Aspekte berücksichtigte⁴¹⁵.

Zumindest in wesentlichen Punkten kann man auch jenen deutschen Psychiatern folgen, die sich in den fünfziger und frühen sechziger Jahren in allerdings mehr essayistischer Form unter Verwendung zahlreicher, auch falsch tradierter Klischees und ohne gründliches Quellenstudium zu Hitler aus medizinischer Sicht geäußert haben. Dies war zunächst der prominente Psychiater und Bonner Lehrstuhlinhaber Oswald Bumke, der in seinen Lebenserinnerungen Stellung bezog⁴¹⁶. Entgegen gelegentlich geäußerten Behauptungen habe er Hitler nie aus der Nähe gesehen, gesprochen oder gar untersucht. Er urteile nach den Eindrücken, „die jeder Deutsche von ihm hat gewinnen können“, zusätzlich nach Zeugenaussagen aus dem Nürnberger Prozeß. Sein Fazit lautete: geltungsbedürftiger hysterischer Psychopath und schizoid-autistischer Fanatiker mit den Zügen der „moral insanity“ bei voller Zurechnungsfähigkeit „außer

⁴¹⁰ John A. Walters, *Hitler's encephalitis: a footnote to history*, in: *Journal of Operational Psychiatry* 6 (1975), S. 99–112; Maser, *Hitler*, S. 370.

⁴¹¹ Schenck, *Patient Hitler*, S. 428 f.

⁴¹² Gibbels, *Hitlers Nervenleiden*, S. 513 ff.

⁴¹³ De Boor, *Hitler*, S. 403 ff.

⁴¹⁴ Ebenda, S. 404.

⁴¹⁵ Schenck, *Patient Hitler*, S. 382 ff., 426 ff.

⁴¹⁶ Oswald Bumke, *Erinnerungen und Betrachtungen. Der Weg eines deutschen Psychiaters. Mit einer Aphorismensammlung*, München 1952, S. 163 ff.; ders., *Was war Hitler? Das Märchen von der Unzurechnungsfähigkeit – Eine psychiatrische Diagnose*, in: *Rheinischer Merkur* vom 3. 10. 1952.

allenfalls für die letzte Zeit“. Anders ausgedrückt: Er hielt Hitler für eine abnorme Persönlichkeit mit hysterischen, fanatischen, schizoid anmutenden (ohne damit für eine Schizophrenie zu sprechen) und amoralischen Zügen. Die Einschränkung der Zurechnungsfähigkeit für die letzte Lebensphase wurde nicht begründet. Zu der neurologischen Symptomatik hat Bumke sich nicht geäußert. Gleiches gilt von dem Leipziger Psychiater Müller-Hegemann. Auch dieser Autor schloß jede krankhafte Störung der Geistestätigkeit im Sinne der klassischen Psychiatrie aus, ordnete Hitlers Charakterprofil in psychopathologischer Hinsicht bei den schweren Hysterien ein, damit ebenfalls bei den abnormen Persönlichkeiten, und befand ihn für voll zurechnungsfähig⁴¹⁷. Georges Schaltenbrand, Professor für Neurologie und Psychiatrie an der Universität Würzburg, hielt Hitler gleichfalls für eine psychopathische – also abnorme – Persönlichkeit und konnte vor allem keine Anzeichen für eine „prozessorische“ Geisteskrankheit, nämlich eine Schizophrenie, bei ihm entdecken⁴¹⁸.

Damit ist der Trierer Nervenarzt Wolfgang Treher der einzige unter den sich zu Hitler äußernden medizinischen Autoren, der Hitler als das Opfer einer früh beginnenden, schleichend verlaufenden Schizophrenie betrachtet⁴¹⁹. Mit dieser Hypothese steht er ebenso isoliert da wie Recktenwald mit der Annahme der frühkindlichen Enzephalitis und Heston mit dem Konzept der Amphetamin-Abhängigkeit. Auch dem Münchener Psychiater und Neuropathologen Anton Edler von Braunmühl ist nicht zuzustimmen. Mit Hilfe größtenteils der Sekundärliteratur entstammender Zitate sprach er sich für eine schwere Form der Parkinson-Erkrankung bei Hitler aus, die zu einem 1942 beginnenden, schließlich erheblichen hirnrorganischen Psychosyndrom geführt habe⁴²⁰. Diese Schlußfolgerung meinen wir entkräften zu können.

Was nun Hitlers Ärzte angeht, so hat Morell „die Abart einer Schüttellähmung“ erst während Hitlers letzter Lebensstage erwogen und entsprechend behandelt⁴²¹. Retrospektiv hielt er den Verdacht nicht aufrecht und äußerte sich bei der Vernehmung durch die US-Offiziere in Richtung eines psychogenen Syndroms, ohne allerdings den Zusammenhang mit einer „grippeähnlichen Erkrankung“ in Winniza im Sommer 1942 ganz ausschließen zu wollen⁴²². Vielleicht hat er damit die Möglichkeit eines postenzephalitischen Parkinson-Syndroms andeuten wollen. Bei der Vernehmung ließ Brandt es ausdrücklich offen, ob es sich bei Hitler um eine Parkinsonsche Erkrankung oder eine psychogene Störung gehandelt hat⁴²³. Keine Zweifel hatte er hinsichtlich einer

⁴¹⁷ Dietfried Müller-Hegemann, *Zur Psychologie des deutschen Faschisten*, Rudolstadt 1955, S. 74.

⁴¹⁸ Georges Schaltenbrand, *War Hitler geisteskrank?*, in: *Ein Leben aus freier Mitte. Beiträge zur Geschichtsforschung. Festschrift für Prof. Dr. Ulrich Noack von seinen Kollegen, Schülern und Freunden zum 60. Geburtstag gewidmet*, Göttingen 1961, S. 331–341.

⁴¹⁹ Wolfgang Treher, *Hitler – Steiner – Schreiber. Ein Beitrag zur Phänomenologie des kranken Geistes*, Emmendingen 1966, S. 18, 86f.

⁴²⁰ Von Braunmühl, *War Hitler krank?* S. 99ff.

⁴²¹ Eintragungen vom 15.–20. 4. 1945, in: BA, NL 348/3.

⁴²² CIR/4, S. 6, in: Ebenda, FC 6183. Obwohl Morells Datierung hier schwankt, ist durch seine früheren Aufzeichnungen 1942 gesichert.

⁴²³ CIR/2, S. 13, in: Ebenda.

psychopathischen, also abnormen Persönlichkeitsstruktur⁴²⁴. Dr. von Hasselbach bezog zur neurologischen Symptomatik bei der Vernehmung nicht eindeutig Stellung, hielt jedoch nach späteren Bekundungen eine Parkinson-Erkrankung immerhin für möglich⁴²⁵. Wie Giesing attestierte er Hitler jedoch gegenüber den US-Offizieren zumindest einige hysterische bzw. neurotische, insgesamt also (nichtkrankhafte) abnorme Züge⁴²⁶. Damit gab es bei Hitlers Ärzten zumindest im Hinblick auf die psychiatrische Beurteilung keine vom Gros der medizinischen Sachverständigen abweichenden Einschätzungen.

⁴²⁴ Ebenda, S. 2.

⁴²⁵ Vgl. Schreiben vom 30. 11. 1952, in: IfZ, ZS 242.

⁴²⁶ CIR/2, S. 3, 18, in: BA, FC 6183.

DETLEF BRANDES

„EINE VERSPÄTETE TSCHECHISCHE ALTERNATIVE
ZUM MÜNCHENER ‚DIKTAT‘“

Edvard Beneš und die sudetendeutsche Frage 1938–1945

Als ich im Archiv der New Yorker Columbia-Universität den Nachlaß des tschechischen Diplomaten Jaromír Smutný durchsah, stieß ich überraschend auf eine Originalakte aus dem Foreign Office. Sie enthielt den Bericht eines britischen Diplomaten vom 22. Mai 1941 über ein Gespräch mit Edvard Beneš, dem langjährigen Außenminister und späteren Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik. Bei seinem britischen Gesprächspartner handelt es sich um Sir Robert Bruce Lockhart, den damaligen „britischen Vertreter bei der provisorischen tschechoslowakischen Regierung“ in London¹. Dem Bericht über seine Besprechung mit Beneš legte Lockhart eine Karte der Tschechoslowakei bei, auf der er diejenigen Gebiete eingezeichnet hatte, zu deren Abtretung an Deutschland und Ungarn Beneš sich in dem Gespräch bereit erklärt hatte.

Zuerst gilt es, die Frage zu beantworten, wie die Foreign Office-Akte in den Nachlaß Smutnýs und schließlich ins Archiv der Columbia-Universität gelangt ist. Lockhart war kein gewöhnlicher Diplomat. 1912 schickte das Foreign Office den 25-jährigen Schotten als Vizekonsul nach Moskau. Die Oktober-Revolution verpaßte er, da ihn das Foreign Office wegen einer seiner – übrigens zahlreichen – Liebesaffären nach London zurückbeordert hatte². Nach der Revolution kam er als nichtoffizieller Vertreter der britischen Regierung nach Moskau zurück und verhandelte häufig mit den neuen Führern des Landes. Nach dem Attentat auf Lenin am 31. August 1918 wurde er als Rädelführer einer angeblichen „alliierten Verschwörung“ verhaftet und einen Monat später gegen Maksim Litvinov, den späteren sowjetischen Volkskommissar des Äußeren, ausgetauscht³. Die Zeit von 1920–1925 verbrachte er meist in Prag, zuerst als Handelssekretär an der britischen Gesandtschaft, danach als Direktor der Anglo-Tschechoslowakischen Bank. Lockhart zog es in die Prager Nachtclubs, wo er zuviel Geld für russische Zigeunermusik ausgab, „der unwiderstehlichsten aller menschlichen Versuchungen“⁴, und zuweilen seine „Glanznummer“ vorführte, einen Balance-

¹ Lockhart hatte damals zugleich eine führende Position im Political Intelligence Department inne.

² Kenneth Young (Hrsg.), *The diaries of Sir Robert Bruce Lockhart*, 2 Bde., London 1973, hier Bd. 1, S. 22–30.

³ Ebenda, S. 31–46.

⁴ Robert H. Bruce Lockhart, *Als Diplomat, Bankmann und Journalist im Nachkriegseuropa*, Stuttgart/Berlin [o. J.], S. 169.

akt auf zwei Champagnerflaschen „hoch oben auf dem Barbüfett“, die ihm „stets einen Haufen Wettgewinne eintrug“⁵.

In Prag lernte er Präsident Tomáš Garrigue Masaryk, Außenminister Beneš und den Präsidentensohn Ján kennen, der seit 1925 sein Land als Gesandter in London vertrat. Lockhart bewunderte „Masaryk, den Weisen“, ebenso wie Beneš, „den unermüdlichsten Arbeiter der Welt“, und war mit Ján Masaryk befreundet. Regelmäßig spielte er Tennis mit Beneš, der „ohne rechten Tennisschuß im Schläger, die ganze Gewandtheit eines lebenslänglichen Abstinenten und Nichtrauchers besaß“. Beneš habe sich begrenzte Kenntnisse in mehreren Fremdsprachen angeeignet, „die ihm, wäre er ein englischer Minister, den Ruf der Allwissenheit eingetragen hätten“, notierte er in seinen Erinnerungen⁶. Lockhart selbst lernte so viel Tschechisch, daß er „mit Genuß lesen und mit Verständnis einer Theateraufführung folgen konnte“⁷. Nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde er vom Foreign Office reaktiviert und u. a. mit der Verbindung zum politischen Exil aus der besetzten Tschechoslowakei betraut. Gegenüber dem Foreign Office vertrat Lockhart die Interessen der Tschechoslowakei und nahm stets für Beneš und gegen dessen Kritiker Partei. Ich vermute, daß Lockhart seinen Bericht auf Bitten Benešs wieder ansich genommen und diesem bzw. dessen Mitarbeiter Smutný ausgehändigt hat.

Als Beneš im Jahre 1935 nach einer 17-jährigen Tätigkeit als Außenminister zum Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik gewählt worden war, holte er Smutný aus dem Außenministerium in die Präsidentenkanzlei. Die Septemberkrise 1938 erlebte Smutný als Sekretär Benešs. Als sein Chef nach dem Münchener Abkommen ab danken mußte, wurde Smutný als Konsul in die Türkei geschickt. Nach der Annexion Böhmens und Mährens im März 1939 baute Smutný Benešs persönliche Kanzlei in London auf, an deren Spitze er auch nach der Rückkehr des Präsidenten nach Prag und bis zum Tode seines Mentors im September 1948 stand. Inzwischen hatten die Kommunisten die Macht ergriffen. Der möglichen Verfolgung entzog sich Smutný im Jahre 1949 durch die Flucht nach Großbritannien, wo er bis zu seinem Tode 1964 das Beneš-Institut leitete⁸. Der Hauptteil seines Nachlasses, besonders sein politisches Tagebuch, liegt in Prager Archiven. Nur wenige Dokumente, die er offenbar für besonders kompromittierend hielt und vor den Augen der Gegner seines Präsidenten verbergen wollte, nahm er mit ins Exil. Einen Teil der Dokumente übergab seine Witwe der Columbia-Universität. Zu diesen gehören die Protokolle, die Smutný über Benešs Besprechungen mit Stalin und Molotov im Dezember 1943 angefertigt und deren Veröffentlichung im Jahre 1974 heftige Kontroversen ausgelöst hat⁹, und eben auch der Bericht Lockharts, um dessen Interpretation es im folgenden gehen wird.

⁵ Ebenda, S. 161.

⁶ Ebenda, S. 72–87.

⁷ Ebenda, S. 164.

⁸ Dokumenty z historie československé politiky 1939–1943. K vydání připravili Libuše Otáhalová a Milada Červinková, Prag 1966, Bd. 1, S. 6 (künftig: DHČSP).

⁹ Vojtěch Mastný, Benešovy rozhovory se Stalinem a Molotovem, in: Svědectví 12 (1974), S. 467–498. Abgedruckt auch in: Ders., The Benes-Stalin-Molotov Conversations in December 1943: New Documents, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 20 (1972), S. 367–402.

Lockhart hatte vom Foreign Office den Auftrag bekommen, Beneš zu fragen, ob sich seine Vorstellungen über die Zukunft der Sudetendeutschen geändert hätten. In einem Interview mit einem Korrespondenten der holländischen Exilzeitung *Vrij Nederland* hatte Beneš nämlich gesagt: „Die große Mehrheit der Sudetendeutschen bedauert, was geschehen ist. Wir von unserer Seite nehmen in dieser Frage eine sehr reservierte Haltung ein. Wir wissen, daß dieses Gebiet wieder zu unserer Republik gehören wird. Wir hoffen, daß die Ereignisse selbst Europa zeigen werden, was für eine Lösung nötig ist und wie die Welt mit ‚Henlein‘ umgehen muß.“¹⁰

Indessen stand diese Erklärung nach Meinung Frank Roberts', eines Mitarbeiters der Mitteleuropa-Abteilung des Außenministeriums, im Widerspruch zu einer früheren Aussage Benešs gegenüber Lockhart: Er sei bereit, „einen ziemlich großen Teil des Sudetengebiets im Nordwesten aufzugeben und in anderen Teilen dieses Gebiets sogar einen Austausch der Bevölkerung zu erwägen“¹¹.

Das aus den Akten des Foreign Office entnommene Dokument enthält Lockharts Bericht über seine Nachfrage bei Beneš und, was wohl für die Entwendung entscheidend war, die erwähnte Karte. Beneš erklärte Lockhart, daß er von dem Korrespondenten der holländischen Zeitung falsch zitiert worden sei, und entwickelte seinen Plan für die Lösung der Minderheitenfragen in der Tschechoslowakei (Karte S. 224).

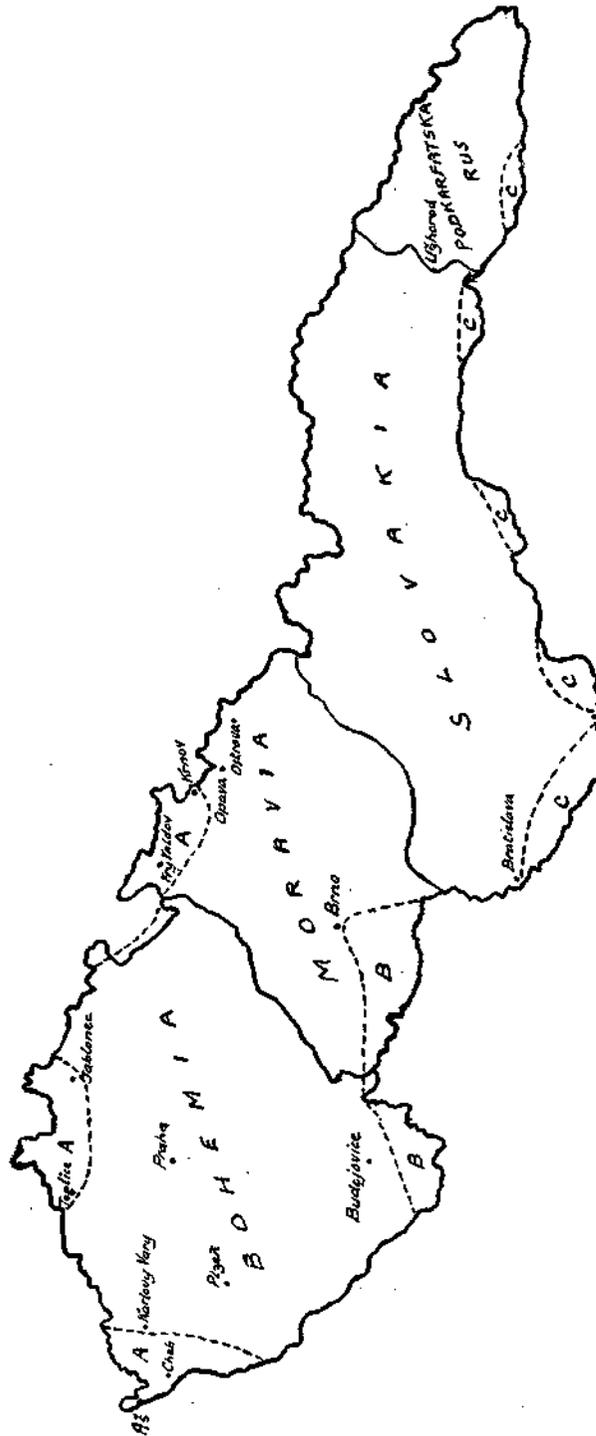
Er sei bereit, sagte Beneš, je einen Grenzstreifen in Westböhmen, in Nordböhmen und in Tschechisch-Schlesien mit insgesamt rund 900 000 Deutschen an Deutschland abzutreten. Die rund 291 000 Deutschen Südböhmens und Südmährens wolle er gegen Tschechoslowaken austauschen, die gegenwärtig in Österreich lebten. Werde Österreichs Unabhängigkeit wiederhergestellt, sei dieses Problem leicht zu lösen. Die auf der Karte gestrichelte Linie durchschneidet auch das Glatzer Becken und zeigt Benešs Wunsch nach einer kleinen Kompensation für die territorialen Verluste. Er nehme an, sagte Beneš zu Lockhart, daß 300 000 Deutsche nach dem Sieg der Alliierten nach Deutschland fliehen und 400 000 Deutsche, vor allem Sozialdemokraten, für die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft optieren werden. Die restlichen 1 100 000 Deutschen würden „ins Reich zurückgeschickt“. An Ungarn werde die Tschechoslowakei Landstriche mit 510 000 Madjaren abtreten und die restlichen 200 000 Madjaren gegen in Ungarn lebende Slowaken austauschen. Dieser Plan dürfe nicht als definitiv betrachtet werden, betonte Beneš. Er erklärte Lockhart, daß er große Schwierigkeiten haben werde, seine eigenen Landsleute für die Annahme dieser Vorschläge zu gewinnen, doch glaube er, eine Lösung gefunden zu haben, die helfen könne, alle Minderheitenprobleme in Mittel- und Südosteuropa zu lösen¹².

Nach der Lektüre von Lockharts Bericht äußerte sich Roberts zufrieden, daß Beneš seine früheren Ideen nicht aufgegeben habe. Sie seien zwar schwer zu verwirklichen,

¹⁰ Dem Central Department des Foreign Office war diese Aussage erst aufgefallen, als die Zeitung einen Auszug aus dem Interview nachgedruckt hatte.

¹¹ *Vrij Nederland* vom 1. 5. 1941 mit Vermerk Roberts vom 7. 5. 1941, in: Public Record Office (künftig: PRO), FO 371/26392, C4941/639/12.

¹² Lockhart an Eden am 22. 5. 1941, in: Archives of the Columbia University, Teil-Nachlaß Smutný.



böten jedoch „eine staatsmännische Lösung dieses heiklen Problems“. Mit den Worten „Wir werden sehen“ deutete Roger Makins, ein weiterer Beamter der Mitteleuropa-Abteilung, seine Skepsis an, während Abteilungsleiter William Strang Benešs Plan „eine verspätete tschechische Alternative zum Münchener ‚Diktat‘“ nannte. Staatssekretär Alexander Cadogan und Minister Antony Eden wurde Lockharts Bericht ebenfalls vorgelegt¹³. Versuchen wir, die einzelnen Elemente dieses Plans mit früheren und späteren Zukunftsentwürfen Benešs zu vergleichen.

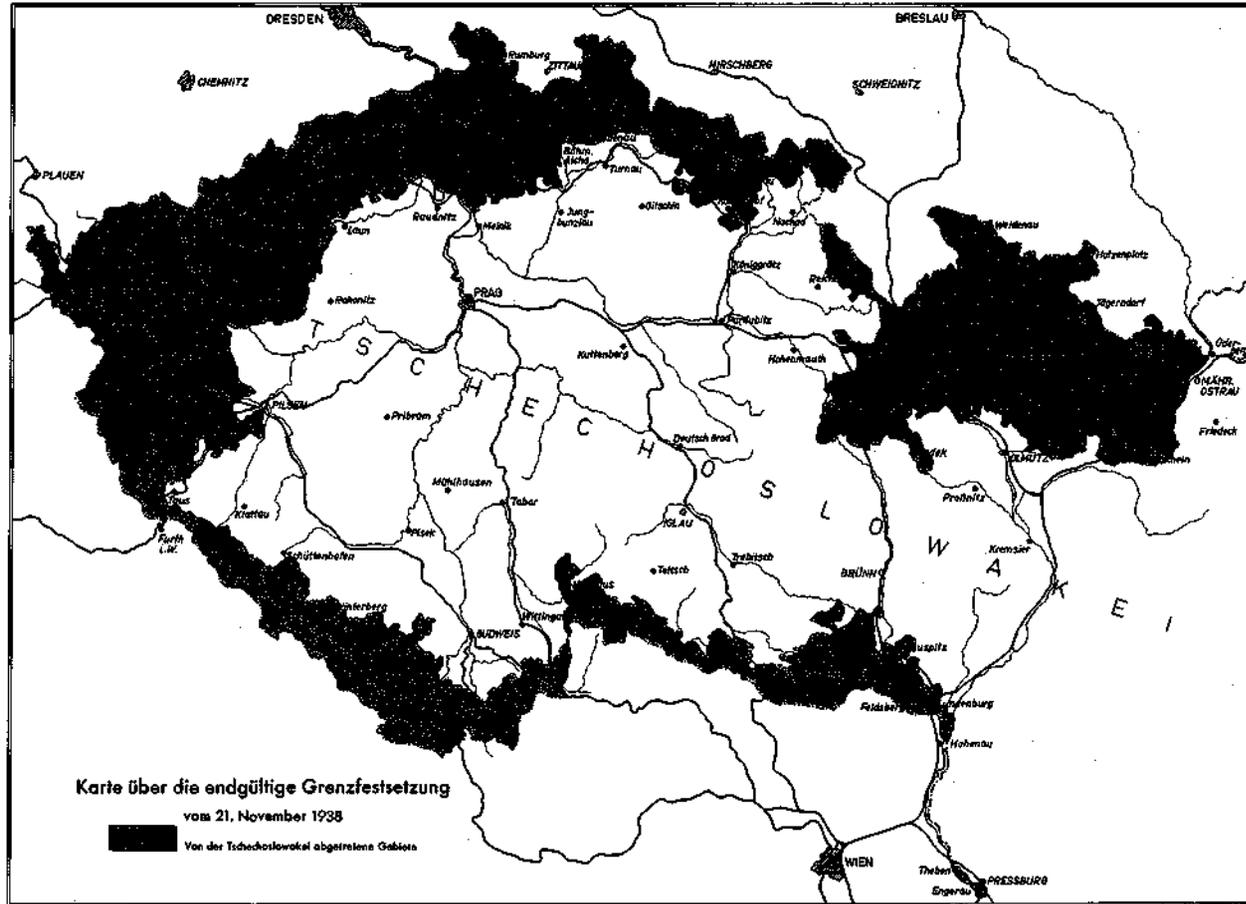
Abtretung bzw. Austausch von Gebieten

Am 15. September 1938 brach die Führung der Sudetendeutschen Partei, die bei den Parlamentswahlen von 1935 zwei Drittel der nicht-kommunistischen deutschen Stimmen erhalten hatte, die Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Regierung über ein Autonomie-Statut ab und erklärte: „Wir wollen heim ins Reich!“ Am selben Tage legte Hitler dem britischen Premierminister Chamberlain seine Forderung nach dem Anschluß der deutschen Grenzgebiete der Tschechoslowakei an das Großdeutsche Reich vor. Zwei Tage darauf schickte Beneš den sozialdemokratischen Minister Jaromír Nečas nach Paris, um Leon Blum einen „äußerst geheimen“ Plan vorzulegen, den er am selben Tag auch mit dem französischen Gesandten in Prag besprach. Die Karte, auf der Beneš die Gebiete eingezeichnet hatte, auf die die Tschechoslowakei verzichten könne, da sie vor ihren Grenzbefestigungen lägen, wurde bisher nicht gefunden. Aus de Lacroix' Beschreibung des Grenzverlaufs geht jedoch hervor, daß es sich um dieselben drei Gebiete in Westböhmen, Nordböhmen und Tschechisch-Schlesien mit 8–900 000 Deutschen handelt, die wir auf Lockharts Skizze gefunden haben¹⁴. Die strategischen, wirtschaftlichen und verkehrsmäßigen Interessen der Tschechoslowakei spielten jedoch keine Rolle, als die Münchener Konferenz am 1. Oktober 1938 einen Zeitplan für die Räumung der deutsch besiedelten Gebiete der böhmischen Länder festlegte, wie die folgende Karte zeigt, auf der die abgetretenen Grenzstreifen schwarz eingezeichnet sind (vgl. die Karte auf S. 226).

Ende Januar 1939, d. h. zur Zeit der kurzlebigen Nachmünchener Republik, legte Beneš seine Vorstellungen über die künftigen Grenzen der Tschechoslowakei in einem Gespräch mit Jaroslav Drábek dar, dem Abgesandten einer Gruppe seiner ehemaligen Mitarbeiter in Prag. Auch Drábeks Zeichnung (siehe S. 227), die 1967 von Ján Křen veröffentlicht wurde, enthält die genannten drei Gebiete, wobei die Grenze in Westböhmen noch östlich von Karlsbad gezogen werden sollte. Darüber hinaus dachte Beneš damals noch an den Verzicht auf kleinere Landstriche in Südböhmen und Südmähren, nämlich bei Kaplitz, Neubistritz und Nikolsburg. Insgesamt könnten Gebiete mit rund 1,4 Millionen Deutschen an Deutschland und Österreich abgetreten werden. Die gestrichelte

¹³ Vermerke Roberts, Makins, Strang, Cadogan und Eden vom 26. 5. bis 1. 6. 1941, in: Ebenda.

¹⁴ De Lacroix an Bonnet, Instruction Benešs an Nečas, beide vom 17. 9. 1938, in: Documents Diplomatiques Français 1932–1939 (künftig: DDF), 2ème Série, t. XI, Paris 1977, S. 273 ff., 288 f.



mierte Beneš in einer geheimen Depesche die Widerstandsbewegung im Protektorat über sein Programm: Er verzichte nicht auf die historischen Grenzen, doch sei dies für ihn eine Opportunitäts- und keine Grundsatzfrage. Das Wichtigste sei die Bildung eines ethnisch tschechischen Territoriums, dessen Grenzen er in der Depesche beschrieb. Diese stimmen weitgehend mit Drábeks Zeichnung überein. Die deutschen Gebiete sollten als Kantone Karlsbad, Reichenberg und Jägerndorf im Rahmen der Tschechoslowakei bleiben. Trennten sie sich dennoch von der Republik, käme es nicht zu Grenzen, die militärisch nicht zu verteidigen seien, wie nach dem Münchener Abkommen, deponierte Beneš¹⁸. Den Wunsch nach einer territorialen Kompensation auf Kosten Preußisch-Schlesiens, den Beneš im März 1940 in Gesprächen vor dem *Royal Institute of International Affairs* in Oxford aussprach¹⁹ und gegenüber Lockhart im Oktober 1940 wiederholte²⁰, enthält die Depesche vom November 1940 nicht.

Lockharts Bericht und Karte vom Mai 1941 zeigen, daß Beneš in Wirklichkeit von der Übergabe der drei Kantone an Deutschland ausging. An diesem Plan hielt er auch nach dem deutschen Angriff gegen die Sowjetunion fest: Ende November 1941 erfuhr Edward Raczyński, damals polnischer Außenminister, daß die tschechoslowakische Regierung außer dem Egerland auch die Gebiete um Reichenberg und Jägerndorf mit insgesamt 800 000 Deutschen an Deutschland abtreten, als Kompensation aber einen Teil des Glatzer Beckens verlangen wolle²¹. Im Januar 1942 bekam Beneš Gelegenheit, mit Eden über seine Forderung nach der Annullierung des Münchener Abkommens zu sprechen und dem britischen Außenminister seine Vorstellungen über die Lösung der sudetendeutschen Frage darzulegen. Durch den Austausch größerer dicht besiedelter Gebiete im Westen und Norden gegen ein kleines dünn besiedeltes Gebiet könne sich die Tschechoslowakei von 6–700 000 Deutschen befreien. Indem er ein Stück Land im Nordnordosten von Deutschland beanspruche, könne er seinen Lands-

¹⁸ Depesche Beneš an Ústřední výbor odboje domácího/Zentralausschuß des Heimatwiderstands (ÚVOD) vom 26. 11. 1940, in: Badatel'ské dokumentační středisko pro dějiny protifašistického odboje/Forschungs- und Dokumentationszentrum für die Geschichte des antifaschistischen Widerstandes in Prag (BDS). Wenige Tage darauf hörte ein Beamter des Foreign Office, wie Beneš einer größeren Gruppe seine Pläne erläuterte. In Westböhmen könne eine strategische Linie gefunden werden, die nur wenig ungünstiger sei als die historische Grenze. Hinter dieser Linie lägen Eger, der Kaiserwald, aber auch Saaz, notierte R. Latham. Auch im Norden könne die Tschechoslowakei auf bestimmte Landstriche verzichten. Den Bewohnern dieser Gebiete stehe es frei, sich an Deutschland anzuschließen oder innerhalb des tschechoslowakischen Staates zu verbleiben. Rund 1 Mio. Sudetendeutscher werde sich als „schuldig“ empfinden und sich von selbst nach Deutschland absetzen. Rund 1 Mio. könne die Nachkriegsrepublik assimilieren. Die restlichen Deutschen werde er deportieren lassen. Vgl. Vermerk Lathams (General Department) vom 2. 12. 1940, in: PRO, FO 371/24 289, C13 015/2/12.

¹⁹ Vermerk Smutný vom 9. 3. 1940, in: DHČSP 1, Nr. 61.

²⁰ Lockhart an Halifax am 7. 10. 1940, in: PRO, FO 371/24 290, C10776/2/12. Auch dem polnischen Botschafter in London sagte Beneš, daß er zu „beträchtlichen Opfern“ in Westböhmen bereit sei, um den tschechischen Besitzstand in Mähren zu verbessern. Das Schwergewicht des Staates wolle er weiter nach Osten verlagern. Vgl. den Vermerk von Raczyński vom 23. 8. 1940, in: Sikorski Institut London (künftig: SI), PRM 19/10.

²¹ Vgl. den Vermerk von Raczyński vom 29. 11. 1941, in: SI, PRM 64/3/1.

leuten gegenüber die Abtretung als Gebietsaustausch deklarieren. Eine Karte, in der die betreffenden Gebiete eingezeichnet worden waren, gab Beneš aber nicht aus der Hand²². Anfang Juli 1942 stimmte das britische Kriegskabinett einem Antrag Edens zu, das Münchener Abkommen in einer öffentlichen Erklärung für ungültig zu erklären. In der Antragsbegründung spielten die erwähnten Gebietsabtretungen eine wichtige Rolle: Nach Benešs Ansicht sei die sudetendeutsche Minderheit zu groß, schrieb Eden, als daß der tschechoslowakische Staat sie erfolgreich absorbieren könne. Deshalb habe Beneš vor, auf das Eger-Dreieck und zwei weitere Bezirke mit rund 6–700 000 Deutschen und geringer strategischer Bedeutung zu verzichten. Im übrigen wolle er an den historischen Grenzen festhalten und die Abtretungen durch die Anexion einiger kleinerer Gebiete kompensieren²³. Die britische Entscheidung ermutigte ihn, im September 1942 nur noch vom Verzicht auf Gebiete mit rund 1/2 Million Deutscher zu sprechen²⁴. Dem polnischen Ministerpräsidenten erklärte Beneš, daß er „gegenwärtig nicht auf das Egerland mit den [wirtschaftlich] einträglichen [Städten] Karlsbad, Marienbad und Franzensbad usw.“ verzichten wolle²⁵.

Nach seiner Rückkehr von einem Staatsbesuch in Washington im Juni 1943 erzählte Beneš seinem alten Bekannten Lockhart stolz, daß nunmehr die drei Großmächte zugestimmt hätten, „daß die Vormünchener Grenzen zuerst völlig wiederhergestellt werden müßten, daß aber anschließend Grenzberichtigungen vorgenommen werden könnten“²⁶. Als das britische Kriegskabinett im Oktober 1943 einen Grundsatzbeschluss zur Zukunft Deutschlands faßte, ging es von der Rückkehr zu den Grenzen von 1937 aus, „eventuell mit kleineren vereinbarten Grenzkorrekturen im Eger-Dreieck“²⁷. In seinem Memorandum, das Beneš bei seinem Staatsbesuch im Dezember 1943 der sowjetischen Regierung übergab, kündigte er erneut an, daß die tschechoslowakische Regierung „eine endgültige Lösung für einen Gebietsaustausch mit Deutschland und Ungarn und für eine größere nationale Homogenität des Staates vorschlagen werde“, um Engländern und Amerikanern die Zustimmung zum Transfer der Mehrheit der Sudetendeutschen zu erleichtern²⁸. Ein Beamter des Foreign Office befürchtete allerdings, daß der

²² Eden an Nichols am 21. 1. 1942, in: PRO, FO 371/30 834, C845/326/12. Beneš hatte ein neues Memorandum ausgearbeitet, das er aber Eden nicht übergeben wollte, solange Großbritannien das Münchener Abkommen nicht widerrufen habe. 3–400 000 Deutsche dürften freiwillig das Land verlassen, 1 200 000–1 400 000 Deutsche werde man aussiedeln, 6–700 000 Deutsche werde die Tschechoslowakei durch den Tausch von dicht gegen dünn besiedeltes Land loswerden. Als Ergebnis blieben 600 000–1 000 000 Deutsche in der Tschechoslowakei. Vgl. Tagebuch Táborský vom 22. 1. 1942, in: Hoover Institute on War and Peace (künftig: HI), Edvard Táborský Papers 7.

²³ Memorandum Eden für War Cabinet vom 2. 7. 1942, in: PRO, FO 371/30834, C6671/326/12; War Cabinet Conclusions vom 6. 7. 1942, in: Ebenda, CAB 65/27.

²⁴ Nichols an Roberts am 21. 9. und 3. 12. 1942, in: Ebenda, FO 371/30835, C9161, C12172/326/12.

²⁵ Vermerk Raczyński vom 15. 11. 1942, in: SI, PRM 64/3/19.

²⁶ Vermerk (Lockhart) vom 22. 6. 1943, in: PRO, FO 371/34 552, C8031/6009/12.

²⁷ Memorandum Eden für War Cabinet vom 27. 9. 1943, in: PRO, CAB 66/41; War Cabinet Conclusions vom 5. 10. 1943, in: Ebenda, CAB 65/40.

²⁸ Protokoll Smutný über Besprechung Benešs mit Molotov vom 14. und 16. 12. 1943, in: Mastný, Rozhovory, S. 484 ff.

„lobenswerte Wille“ zu einem Gebietsaustausch „sich verflüchtigen könne“, nachdem die Tschechoslowakei auch die in Frage kommenden Gebiete *de iure* und *de facto* in Besitz genommen habe²⁹. Dem Ministerrat berichtete Beneš am 10. Januar 1944, daß Stalin keine Einwände gegen die Abtretung bestimmter Bezirke an Deutschland sowie die Annexion anderer deutscher Gebiete durch die Tschechoslowakei habe³⁰.

Beneš hielt wohl vor allem deshalb an der Abtretung kleinerer Gebiete an Deutschland fest, weil der britische Gesandte Philip Nichols ihm im März 1944 zur Vorsicht geraten hatte, da sich in der britischen Öffentlichkeit Stimmen gegen den Transfer mehrten³¹. Im Mai 1944 brachte der Europa-Dienst der BBC ein Interview mit Beneš, in dem dieser erklärte: „Im Prinzip werde ich auf den Vormüchener Grenzen bestehen, aber in der Praxis ...“ Nach dem Bericht des Interviewers schaute Beneš dabei auf die Landkarte, hielt inne und fuhr fort, daß er auf der Friedenskonferenz einen Gebietsaustausch zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland befürworten werde³².

Obwohl das Memorandum zum Transfer der Deutschen und Madjaren aus der Tschechoslowakei, das Ripka im November 1944 dem britischen Gesandten übergab, keinen Hinweis mehr auf die mögliche Abtretung des Eger-Dreiecks enthielt³³, bekräftigte Beneš wenige Tage später in einer Besprechung mit Eden nochmals seine Absicht, durch einen Gebietsaustausch rund 350–400 000 Deutsche „mit Land“ zu transferieren. Den Umfang der abzutretenden Gebiete hatte Beneš also weiter reduziert, und zwar vermutlich unter dem Eindruck der Konferenz von Teheran, auf der die Westverschiebung Polens auf deutsche Kosten und die Übergabe aller deutschen Gebiete bis zur Oder und ganz Oberschlesiens vereinbart worden waren. Auf einer kleinen Karte zeigte er dem britischen Außenminister, an welche Gebiete er dachte, nämlich wiederum Gebiete im „Westen (das Egerdreieck) und im Norden und Nordosten“. Ripka ergänzte, daß die Grenzberichtigungen im Nordosten zu einem gewissen Grad von der Festlegung der deutsch-polnischen Grenze abhingen. Eden bat Beneš, die vorgesehenen Grenzkorrekturen auf einer Karte mit einem größeren Maßstab einzuzeichnen und dem britischen Gesandten zu überreichen³⁴. Anfang Januar 1945 hatte das Foreign Office immer noch keine Landkarte erhalten, wie sie Eden von Beneš erbeten hatte. Gesandter Nichols scheute sich, Beneš zu mahnen, solange er diesem nicht als Gegenleistung den Entwurf der Formel übergeben könne, in der die britische Regierung das Recht der tschechoslowakischen Regierung

²⁹ Memorandum Beneš „Some of the Main Principles Affecting the Future Status of the Czechoslovak Republic“ (m. Anshr. Nichols vom 28. 1. 1944), in: PRO, FO 371/38 945, C1350/1347/12.

³⁰ Ladislav Feierabend, Beneš mezi Washingtonem a Moskvou. Vzpomínky z londýnské vlády od jara 1943 do jara 1944, Washington 1966, S. 98.

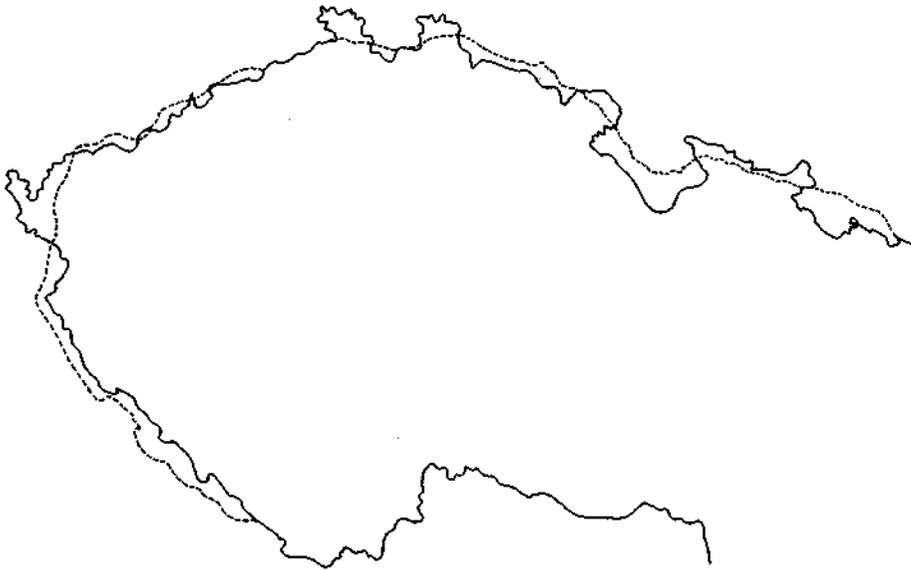
³¹ Ladislav Feierabend, Soumrak československé demokracie. Vzpomínky z londýnské vlády. Od jara 1944 po návrat do vlasti, Washington 1987, S. 45.

³² Monitoring Report vom 28. 5., Verm. Roberts über Bespr. mit Jaksch vom 9. 6. 1944, in: PRO, FO 371/38 945, C7825/1347/12.

³³ Memorandum vom 23. 11. 1944, in: Foreign Relations of the United States (FRUS) 1945/II, Washington 1967, S. 1228 ff.

³⁴ Eden an Nichols am 27. 12. 1944, in: PRO, FO 371/38 946, C16611/1347/12.

zur Verwaltung des Vormünchener Territoriums anerkenne³⁵. Am 8. Februar 1945 war es schließlich so weit: Die britische Regierung gestand der tschechoslowakischen Regierung das Recht zu, bis zur endgültigen Friedensregelung die „administrative Kontrolle“ in allen Gebieten zu übernehmen, die zur Zeit Münchens von Deutschland, Polen und Ungarn annektiert worden seien³⁶. Nichols versicherte Beneš, daß ihm diese Formel jede Maßnahme erlaube, die er bei einer endgültigen Anerkennung der Grenzen durchführen könne³⁷, wobei es Beneš um das Recht ging, den deutschen Bewohnern die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft entziehen zu können³⁸. Erst jetzt übergab der tschechoslowakische Präsident dem Gesandten die versprochene Landkarte mit einem Vorschlag für eine neue tschechoslowakisch-deutsche Grenzlinie. Diese griff gegenüber Sachsen und Bayern nur einige Kilometer, in Schlesien aber weit über die historischen Grenzen hinaus. Hier teilte sie das Glatzer Becken bei Habelschwerdt und führte südlich an Leobschütz und Ratibor vorbei. Als Gegenleistung sollten ein gegenüber früheren Vorschlägen sehr reduziertes Eger-Dreieck und die kleinen Landzipfel von Rumburg-Schluckenau, Friedland, Braunau und von Jauernig bis Hotzenplotz an Deutschland abgetreten werden. Durch den Gebietsaustausch gewinne die Tschechoslowakei Gebiete mit einer Einwohnerzahl von 181 000 Personen und verliere Landstriche mit 358 000 Menschen³⁹.



³⁵ Vermerk Allen vom 2. 1. 1945, in: Ebenda 371/47085, N484/207/12.

³⁶ War Cabinet Conclusions 7 (45) vom 22. 1. 1945 sowie Nichols an Eden am 13. 2. 1945, in: Ebenda, N778/207/12. Auf Beneš' Wunsch ersetzte die britische Regierung die Worte „administrative control“ durch „political authority“. W. P. (War Cabinet Paper) (45) 180, in: Ebenda, N3159.

³⁷ Diese Aussage Nichols wurde vom F. O. bestätigt. Warner an Nichols am 16. 2. 1945, in: Ebenda, N1407/207/12.

³⁸ Vermerk Warner vom 20. 2. 1945, in: Ebenda, C1407/207/12.

³⁹ Nichols an Eden am 13. 2. 1945, in: Ebenda, N1402/207/12.

Nun bewährte sich, daß Beneš den Briten vor dem Februar 1945 niemals eine Karte übergeben hatte und daß das Foreign Office auch nicht mehr auf Lockharts Zeichnung zurückgreifen konnte. Auch während der Pariser Friedenskonferenz im Jahre 1919 hatte Beneš für die Beibehaltung der historischen Grenzen gekämpft, doch unter dem Druck des damaligen Ministerpräsidenten Karel Kramář einen Gebietsaustausch mit Deutschland vorgeschlagen. Der damalige und Benešs Vorschlag vom Februar 1945 stimmen in vielen Punkten überein, wie ein Vergleich der beiden Grenzlinien zeigt. Beneš war allerdings bereit, an zwei Stellen weiter als 1919 zu gehen, nämlich erstens die Grenze nicht östlich von Asch, sondern von Eger zu ziehen und zweitens auf den Zipfel von Schluckenau-Rumburg zu verzichten⁴⁰. Die „Großen Vier“ hatten aber 1919 den vorgeschlagenen Gebietsaustausch angesichts der revolutionären Bewegungen in Bayern und Ungarn für zu kompliziert und langwierig gehalten, so daß sie sich nicht überraschend auf die historischen Grenzen einigten, eine Entscheidung, die Beneš im Jahre 1945 sicherlich noch gut in Erinnerung hatte⁴¹ (vgl. die Karte auf S. 233).

Vertreibung und Aussiedlung

Zur Abtretung von Gebieten sei er nur bereit, hatte Beneš vor dem Münchener Abkommen erklärt, wenn Deutschland zusätzlich rund eine Million Sudetendeutscher aufnehme⁴². Die deutschen Sprachinseln im Landesinnern, das Elbtal, die Gebiete um Teplitz und Dux sowie Nordostmähren mußten tschechisiert werden, erklärte er im März 1940 in Oxford⁴³. An die Widerstandsbewegung depeschierte er im November 1940: Die Einschnürung des tschechischen Lebensraums von Schlesien und Österreich aus müsse beendet werden durch die Aussiedlung der Deutschen aus den Sprachinseln bei Brünn und Iglau, aus Teilen Nordmährens und Schlesiens sowie aus Südmähren. Schon die Aussiedlung rund einer Million wäre „ein ungeheurer Erfolg“⁴⁴. In dem Gespräch mit Lockhart im Mai 1941 sprach Beneš, wie erwähnt, allerdings von der Ab-

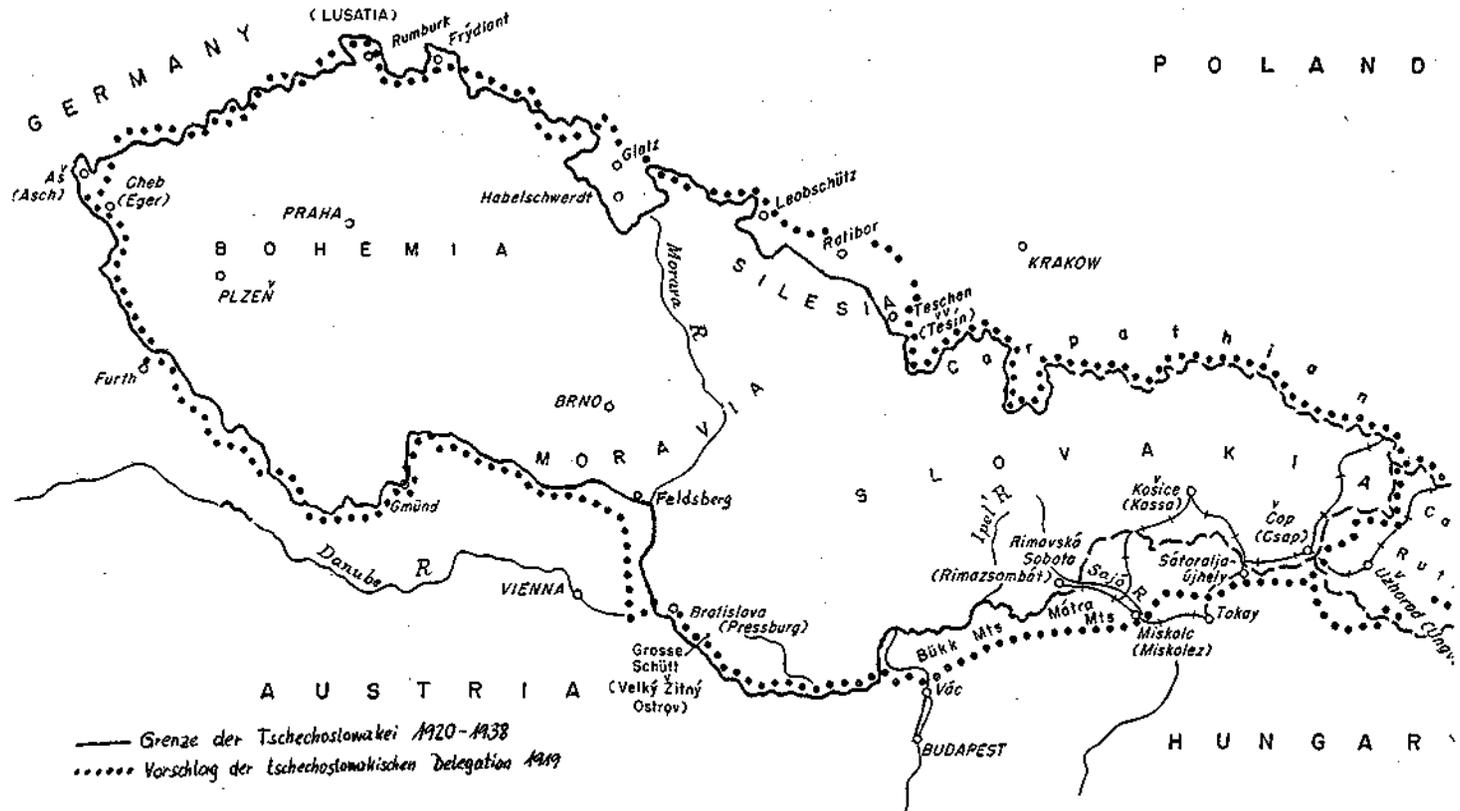
⁴⁰ Dagmar Perman, *The shaping of the Czechoslovak State. Diplomatic history of the boundaries of Czechoslovakia, 1914–1920*, Leiden 1962, S. 126–155.

⁴¹ Ebenda, S. 156–182.

⁴² Vgl. DDF, 2ème Série, t. XI, S. 273 ff., 288 f.

⁴³ Vermerk Smutný vom 9. 3. 1940, in: DHČSP 1, S. 61. Die Münchener Grenze „ist als Grenze eines künftigen Staates unannehmbar“, formulierte Beneš in seinem Memorandum vom 9. 3. 1940 für Sumner Welles, Staatssekretär im State Department, der damals Europa bereiste, um die Aussichten für einen Kompromißfrieden zu erkunden. Deshalb müsse man im wesentlichen zu den „alten historischen Grenzen“ auf den Gebirgszügen zwischen Böhmen und Mähren einerseits und Deutschland und Österreich andererseits zurückkehren. Dennoch halte er Grenzkorrekturen „auf der Grundlage gegenseitiger territorialer und wirtschaftlicher Kompensationen“ für möglich. In vielen Fällen werde man den Transfer der Bevölkerung und die Schaffung national möglichst homogener Bezirke erwägen müssen. Memorandum Beneš (vom 9. 3. 1940) mit Anschreiben Lockhart vom 20. 3. 1940, in: PRO, FO 371/24370, C4305/2949/62.

⁴⁴ Vgl. Anm. 18.



Edvard Beneš und die sudetendeutsche Frage 1938-1945

tretung von Gebieten mit 900 000, der Flucht von 300 000 und der Aussiedlung von 1,4 Millionen Deutschen⁴⁵. Dem polnischen Außenminister erklärte er im November 1941, daß 400 000 Deutsche fliehen und 800 000 vertrieben werden sollten⁴⁶. Sein Minimalprogramm enthielt damals den Punkt „Loswerden wenigstens 1 Million Deutscher um jeden Preis“, mit oder ohne die Abtretung von Gebieten⁴⁷. Von Wenzel Jaksch, dem emigrierten Vorsitzenden der sudetendeutschen Sozialdemokratie, forderte Beneš Zustimmung zu seinem Plan, 6–700 000 „Nazis“, nämlich „die gesamte Bourgeoisie, die pangermanische Intelligenz und die dem Faschismus verfallene Arbeiterschaft“ auszusiedeln⁴⁸. Mit jedem Deutschen, den er mit den Gebietsstreifen im Westen, Norden und Nordosten an Deutschland abtrete, wolle er das Recht bekommen, zwei Deutsche ohne Land zu vertreiben und dadurch die deutsche Minderheit um insgesamt rund zwei Millionen Personen zu reduzieren, erklärte Beneš dem britischen Außenminister⁴⁹, der seinen Kollegen berichtete, daß Beneš plane, 3–400 000 Deutsche als Kriegsverbrecher zu vertreiben und eine zusätzliche Million Deutscher auszusiedeln, um die sudetendeutsche Minderheit auf eine Million zu reduzieren⁵⁰. Er selbst trete für die Aussiedlung von 1 Mio. Deutscher ein, erklärte Beneš dem britischen Gesandten im September 1942⁵¹. Stalin legte Beneš im Dezember 1943 folgenden Plan vor: In den ersten Monaten nach der Befreiung werde die Tschechoslowakei bestimmte Gruppen von Deutschen vertreiben wie SS- und Polizei-Angehörige, SdP- und Turnvereins-Funktionäre ebenso wie Lehrer, Rechtsanwälte, Techniker und solche Personen, die sich an der wirtschaftlichen und finanziellen Ausplünderung der Tschechoslowakei beteiligt hätten. Die Hauptmasse der Sudetendeutschen werde man innerhalb von zwei Jahren, die übrigen innerhalb der nächsten drei Jahre aussiedeln. Die tschechoslowakische Regierung werde dafür sorgen, daß in keiner Gemeinde weniger als 67 % Tschechen, Slowaken oder Karpatenruthenen lebten⁵². Von diesen

⁴⁵ Vgl. Lockhart an Eden am 22.5. 1941, in: Archives of the Columbia-University, Nachlaß Smutný. Ripka bestätigte in einer Notiz vom 25. 5.: Nach Beneš sollten die Deutschen aus dem tschechischen „Lebensraum“ abgeschoben werden, doch werde zwischen diesem „Raum und den historischen Grenzen ein Gebiet entstehen, das autonom sein wird, und das aus wirtschaftlichen Gründen stets daran interessiert sein wird, zur Tschechoslowakei zu gehören“. Detlef Brandes, *Die Tschechen unter deutschem Protektorat. Teil I: Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren bis Heydrichs Tod (1939–1942)*, München/Wien 1969, S. 183.

⁴⁶ Vermerk Raczyński vom 29. 11. 1941, in: SI, PRM 64/3/1.

⁴⁷ „Svoboda“ (Beneš) an ÚVOD vom 10.–12. 9. 1941, in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ), MA 854 (T 77, R 1050), p. 128–133.

⁴⁸ *Menschen im Exil. Eine Dokumentation der sudetendeutschen sozialdemokratischen Emigration von 1938 bis 1945*, Stuttgart 1974, S. 319f.; Edvard Beneš, *Paměti. Od Mnichova k nové válce a k novému vítězství*, Prag 1947, S. 322ff.

⁴⁹ Eden gegenüber sagte Beneš, daß in diesen Gebieten 6–700 000 Deutsche lebten. Eden an Nichols am 21. 1. 1942, in: PRO, FO 371/30834, C845/326/12.

⁵⁰ Memorandum Eden für War Cabinet vom 2. 7. 1942, in: PRO, FO 371/30834, C6671/326/12; War Cabinet Conclusions vom 6. 7. 1942, in: Ebenda, CAB 65/27.

⁵¹ Nichols an Roberts am 21. 9. 1942, in: Ebenda, FO 371/30835, C9161/326/12.

⁵² Memorandum Beneš „Transfer of Population in Czechoslovakia“ (mit Anshr. Nichols vom 28. 1. 1944), in: Ebenda 371/38945, C1350/1347/12.

Zahlen ging die tschechoslowakische Regierung auch in ihrem Memorandum vom November 1944 aus⁵³.

Assimilation der Restminderheit

Rund 1–1,2 Millionen Deutsche könne die Tschechoslowakei verkraften. Die Hälfte von ihnen wären Demokraten, Sozialisten und Juden, die er nicht „dem gleichen Massaker überantworten könne, wie es in Österreich und anderwärts stattgefunden hat“, hieß es in Benešs Weisung für Nečas vom September 1938⁵⁴. In Jaksch sah Beneš den Hauptvertreter der Restminderheit. Im April 1939 akzeptierte Jaksch den Grundsatz des „organisierten Bevölkerungsaustauschs“⁵⁵, grenzte ihn allerdings im November 1939 auf „die wenigen Punkte ein, wo eine administrative Abgrenzung der Sprachgebiete vor allem aus verkehrstechnischen Gebieten nicht möglich ist“⁵⁶. Im Oktober 1940 stimmte Jaksch der „Preisgabe der Sprachinseldeutschen und kleineren Verschiebungen an der Sprachgrenze“ und der Vertreibung Hunderttausender sudetendeutscher Nazis zu⁵⁷. Noch im September 1941 gab er sich überzeugt, „daß bei Beneš zweifellos der beste Wille vorhanden ist, und daß er uns gegenüber mit offenen Karten spielt“⁵⁸. Als Beneš jedoch versuchte, Jakschs „Einverständnis oder zumindest Stillschweigen“ zur Reduktion der deutschen Minderheit um je eine Million durch Abtretung von Grenzstreifen sowie durch Aussiedlung zu gewinnen⁵⁹, lehnte der Sozialdemokrat ab⁶⁰. Die Restminderheit sollte nach Benešs Äußerungen im Januar 1942 rund 1 Mio.⁶¹, vom September 1942 rund 1,5 Mio.⁶², entsprechend dem Memorandum von November 1944 800 000⁶³ und nach Benešs Aussage im Februar 1945 knapp 900 000 Personen zählen⁶⁴. Er selbst bestehe darauf, daß den demokratischen und unschuldigen Deutschen nichts geschehen dürfe, könne aber „aus Rücksicht auf die Gefühle unserer Leute zu Hause“ keine Vereinbarungen mit ihren Vertretern im Exil abschließen⁶⁵. Nach dem Bruch mit Jaksch setzte Beneš auf einen von

⁵³ Nichols an Eden am 13. 2. 1945, in: Ebenda 371/47 085, N1402/207/12.

⁵⁴ Vgl. DDF, 2ème Série, t. XI, S. 288 f.

⁵⁵ Wenzel Jaksch, Was kommt nach Hitler?, in: Ústav dějin socialismu (künftig: ÚDS), Nachlaß Klecanda 12, S. 20ff.

⁵⁶ Richtlinien-Entwurf Jaksch vom 27. 11. 1939, in: Ebenda, BA IV/31, 114 ff.

⁵⁷ Vermerk Smutný vom 17. 10. 1940, in: DHČSP 1, Nr. 105.

⁵⁸ Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes vom 27. 9. 1941, in: SDA, Nachlaß Jaksch, ZZ 89–102.

⁵⁹ Detlef Brandes, Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 1939–1943. Die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens im Londoner Exil vom Kriegsausbruch bis zur Konferenz von Teheran, München/Wien 1988, S. 234 ff.

⁶⁰ Rundschreiben Jaksch/Reitzner vom 23. 1. 1942, in: ÚDS, Teil-Nachlaß Smutný 213, S. 75 ff.

⁶¹ Eden an Nichols am 21. 1. 1942, in: PRO, FO 371/30 834, C845/326/12.

⁶² Nichols an Roberts am 21. 9. 1942, in: Ebenda 371/30 835, C9161/326/12.

⁶³ Memorandum der tschechoslowakischen Regierung mit Anshr. Ripka vom 23. und Vermerk Nichols vom 28. 11. 1944, in: Ebenda 371/38 946, C16 563/1347/12.

⁶⁴ Nichols an Eden am 13. 2. 1945, in: Ebenda 371/47 085, N1402/207/12.

⁶⁵ Nichols an Roberts am 21. 9. 1942, in: Ebenda 371/30 835, C9161/326/12.

Kommunisten und sozialdemokratischen Renegaten beherrschten *Antifaschistischen Ausschuß der Demokratischen Deutschen aus der Tschechoslowakei*, der sich bewußt nicht mehr als Vertreter der Sudetendeutschen, sondern nur als Repräsentant derjenigen Deutschen betrachtete, die sowohl vor als auch nach 1939 auf der Seite der Tschechen gestanden hätten⁶⁶. Beneš behielt sich in seinem Memorandum, das er in Moskau der sowjetischen Regierung und nach seiner Rückkehr im Januar 1944 auch dem Foreign Office übergeben hatte, das Recht vor, alle Personen, die 1938 und 1939 die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten hatten, auszusiedeln und nach eigenem Ermessen bestimmten Kategorien von Sudetendeutschen die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft zurückzugeben⁶⁷. Zu der Restminderheit zählte das tschechoslowakische Memorandum vom November 1944 „Antifaschisten“, „nützliche Facharbeiter“ und „national indifferente“ Personen. Die Zahl der Deutschen, die bleiben dürften, hänge auch von ihrem Verhalten in der letzten Kriegsphase ab. Obwohl nur das frei gewählte Parlament über eventuelle Minderheitenrechte entscheiden könne, könne man davon ausgehen, daß ältere Menschen vor Gericht und Behörden ihre Muttersprache gebrauchen und ihre Kinder „zumindest in der ersten Generation“ muttersprachlichen Elementarschulunterricht erhalten dürften⁶⁸.

Behandlung der madjarischen Minderheit

In bezug auf die Madjaren entwickelte Beneš seinem Vertrauten Lockhart im Mai 1941 einen Plan, der eine Kombination von Gebietsabtretung, Bevölkerungsaustausch und Aussiedlung vorsah. Die durch den ersten Wiener Schiedsspruch vom November 1938 festgelegte Grenze zwischen der Slowakei und Ungarn müsse korrigiert werden, wenn möglich durch direkte Verhandlungen mit den Ungarn, schrieb Beneš in einem Memorandum für Sumner Welles⁶⁹. Vor allem müßten Kaschau und die Karpatenukraine an die Tschechoslowakei zurückfallen, präziserte er seine Vorstellungen im Oktober 1940⁷⁰. Beneš wolle jedoch nicht alle Gebiete mit madjarischer Bevölkerungsmehrheit zurückfordern. Er denke nicht daran, wegen der Slowaken das künftige Verhältnis zu Ungarn⁷¹ und die Chancen eines ungarischen Beitritts zu der damals anvisierten polnisch-tschechoslowakischen Konföderation zu vereiteln⁷². Gegen Benešs Absicht, von Ungarn nicht die völlige Restitution der früher slowaki-

⁶⁶ Ernst Paul bzw. Josef Ladig in der schwedischen Zeitung Morgon-Tidningen, Press Reading Bureau an Political Intelligence Department am 21. und 22. 8. 1944, in: PRO, FO 371/38 923, C11 304, 11381/63/12.

⁶⁷ Vgl. Memorandum Beneš, in: PRO, FO 371/38 945, C1350/1347/12.

⁶⁸ Vgl. Memorandum der tschechoslowakischen Regierung, in: Ebenda 371/38 946, C16 563/1347/12.

⁶⁹ Memorandum Beneš (vom 9. 3. 1940) mit Anschreiben Lockhart vom 20. 3. 1940, in: Ebenda 371/24 370, C4305/2949/62.

⁷⁰ Lockhart an Halifax am 7. 10. 1940, in: Ebenda 371/24 290, C10776/2/12.

⁷¹ Vermerk Smutný vom 5. 4. 1940, in: DHČSP 1, Nr. 80.

⁷² Lockhart an Halifax am 7. 10. 1940, in: PRO, FO 371/24 290, C10776/2/12.

schen Gebiete zu fordern⁷³, hatte die traditionell Ungarn-freundliche polnische Regierung nichts einzuwenden. Seiner Meinung nach werde Ungarn eine ethnisch gerechtere Grenze erhalten, als sie im Vertrag von Trianon festgelegt worden sei, meinte Beneš im September 1941. Im Gegensatz zu seinem Plan von Mai 1941 hielt er aber nun an der Donau als Grenzlinie bis Komorn fest⁷⁴. Er versuche die Slowaken von der Notwendigkeit zu überzeugen, auf einen Teil der madjarisch besiedelten Gebiete zu verzichten, sagte er Raczyński, dem polnischen Botschafter in London⁷⁵. Obwohl Beneš im November 1941 öffentlich von Ungarn die mit deutscher Hilfe gewonnenen Gebiete zurückverlangte⁷⁶, zeigte er sich dem polnischen Botschafter gegenüber immer noch zu kleineren Konzessionen an Ungarn bereit⁷⁷. Das Memorandum zum Transfer der Deutschen und Madjaren aus der Tschechoslowakei, das Ripka im November 1944 dem britischen Gesandten übergab, enthielt schließlich keinen Hinweis mehr auf eine mögliche Abtretung der Großen Schütt⁷⁸.

Abstimmung der Exilpläne mit der Widerstandsbewegung und den Alliierten

Schon kurz nach der Errichtung des *Protektorats Böhmen und Mähren* sprachen sich die meisten tschechischen Widerstandsgruppen für die Vertreibung aller Deutschen aus der Tschechoslowakei aus⁷⁹. Beneš bezeichnete diese Forderungen kurz nach Kriegsausbruch noch als nationalistische „Dummheiten“⁸⁰. Nach Zusammenstoßen zwischen tschechischen Demonstranten und der deutschen Polizei am 28. Oktober 1939 meldete die Widerstandsführung: „Unser Volk ... wird sich ungeheuerlich rächen und wer sich gegen die Abrechnung stellen und über Humanität, Demokratie oder außenpolitische Rücksichten sprechen würde, würde vom ergrimmtten Volk beiseite gefegt werden“. Ein Jahr darauf berichtete ein führendes Mitglied des Widerstandes: „Das Volk sieht seinen Lebensraum in den historischen Grenzen und hält die Deutschen für Einwanderer, die ausgesiedelt werden müssen.“ Beneš antwortete: Nach der Abrechnung „muß eine vernünftige Lösung kommen. Es wird jedoch an Euch liegen, daß möglichst viele Deutsche möglichst weit vertrieben werden.“ Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion forderte die Widerstandsführung wiederum die Erneuerung der Republik in den historischen Grenzen ohne Deutsche. Beneš akzeptierte dieses Verlangen zwar als „Maximalprogramm“⁸¹, hielt jedoch noch im September 1942

⁷³ Vermerk Stroński über Besprechung Sikorskis mit Beneš am 5. 6. 1941, in: Ebenda 371/26376, C6578/6/12.

⁷⁴ Vgl. „Svoboda“ (Beneš) an ÚVOD vom 10.–12. 9. 1941, in: IfZ, MA 854, p. 128–133.

⁷⁵ Vgl. Vermerk Raczyński vom 4. 9. 1941, in: SI, PRM 38 e/14.

⁷⁶ Vgl. Vermerk Roberts vom 3. 12. 1941, in: PRO, FO 371/26394, C13290/1320/12.

⁷⁷ Vermerk Raczyński vom 7. 1. 1942, in: SI, PRM 64/3/1.

⁷⁸ Vgl. Memorandum der tschechoslowakischen Regierung, in: PRO; FO 371/38946, C16563/1347/12.

⁷⁹ Brandes, *Die Tschechen*, S. 61–64.

⁸⁰ Gedächtnisprotokoll Kessler, Kögler, Wiener vom 2. 9. 1939, in: SDA, Nachlaß Jaksch, ZZ 368–370.

⁸¹ Brandes, *Die Tschechen*, S. 179.

jeden für „verrückt oder naiv“, der glaube, daß die Großmächte eine integrale Wiederherstellung der Republik bei gleichzeitigem Hinauswurf aller Sudetendeutschen hinnehmen würden⁸².

Nachdem die britische Regierung das Münchener Abkommen im Juli 1942 für ungültig erklärt hatte, glich Beneš seine Pläne schrittweise den radikalen Forderungen der Widerstandsbewegung an. Der Umfang der abzutretenden Gebiete wurde kleiner, die Zahl der Deutschen, die ausgesiedelt werden sollten, größer. Beim Gegensatz zwischen Beneš Vorstellungen und denjenigen der Widerstandsbewegung handelte es sich nur um einen Unterschied in den Methoden, nicht jedoch in der Zielsetzung. Beider Ziel war ein gemeinsamer Staat für drei slawische Völker, die Tschechen, Slowaken und Karpatenukrainer ohne nichtslawische Minderheiten.

Beneš Konzept war die Antwort auf den „Heim ins Reich“-Aufruf der Sudetendeutschen Partei und auf Hitlers Forderung nach der Abtretung der deutsch besiedelten Gebiete der böhmischen Länder in Berchtesgaden am 15. September 1938. Der tschechische Vertreibungsplan ist also eine direkte Reaktion auf „München“, auf die nationalsozialistische Lösung der „sudetendeutschen Frage“. Beneš wollte die deutsche Minderheit durch Abtretung von Gebieten und Aussiedlung auf weniger als ein Drittel ihrer Vorkriegsstärke reduzieren. Das im Smutný-Nachlaß gefundene Dokument zeigt, daß Beneš wohl niemals wirklich vorhatte, den Deutschen Autonomie in drei Kantonen zu gewähren. Diese Variante diente zur Täuschung der sudetendeutschen Sozialdemokraten, zur Beruhigung der tschechischen Widerstandsbewegung und als Auffangposition für den Fall eines Umsturzes in Deutschland mit anschließendem Kompromißfrieden und hat bisher auch die Historiker, mich eingeschlossen⁸³, getäuscht. Lockharts Gesprächsnotiz zeigt, daß Beneš an seinem Ziel, der endgültigen Regelung der „deutschen Frage“ in der Tschechoslowakei, unbeirrt festhielt. Es ging ihm nicht nur um die Reduzierung der Zahl der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei, sondern um ihre Beseitigung als Minderheit. Nur „Demokraten, Sozialisten und Juden“ und national indifferente Deutsche dürften zurückbleiben. Deren kleine Zahl sollte ihre Assimilation erleichtern.

Dieses Ziel fand Verständnis und Unterstützung bei den alliierten Großmächten. Im Juli 1942 erklärte die britische Regierung öffentlich das Münchener Abkommen für ungültig und geheim ihr Einverständnis mit dem „Grundsatz des Transfers deutscher Bevölkerungen aus Mittel- und Südosteuropa nach Deutschland, wo dies notwendig und wünschenswert erscheint“⁸⁴. Damit reagierte sie sowohl auf den deutschen Terror nach dem Attentat auf Heydrich als auch besonders auf Stalins Konzept einer Westausdehnung der Sowjetunion auf Kosten der baltischen Staaten, Ostpolens und Bessarabiens. Die Tschechoslowakei und Polen sollten gegenüber Rußland und Deutschland gestärkt werden, und zwar durch die Rückgabe der Sudetengebiete, die Annexion Ostpreußens und Oberschlesiens einschließlich der Aussiedlung ihrer deutschen Be-

⁸² Vermerk Smutný vom 21. 9. 1942, in: DHČSP 1, Nr. 246.

⁸³ Brandes, Großbritannien, S. 228–241.

⁸⁴ War Cabinet Conclusion vom 6. 7. 1942, in: PRO, CAB 65/27.

völkerung und möglichst auch durch die Vereinigung der Staaten Ostmittel- und Südosteuropas zu zwei Konföderationen. Die persönliche Zustimmung Roosevelts zur Aussiedlung holte sich Beneš bei seinem Staatsbesuch im Mai, die Zusage einer Unterstützung der Vertreibung durch die Rote Armee bei seinem Aufenthalt in Moskau im Dezember 1943⁸⁵.

Die britische und die amerikanische Regierung – über die internen Diskussionen innerhalb der sowjetischen Führung fehlen die Dokumente – teilten Benešs Meinung, daß das Vorkriegssystem der Plebiszite und Minderheitenschutzverträge versagt habe. Deshalb seien Grenzkorrekturen mit einem organisierten Bevölkerungstransfer zu verbinden⁸⁶. Blieben die Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei, argumentierte das tschechoslowakische Memorandum vom November 1944, dann könne die Republik weder außenpolitische Sicherheit noch innenpolitische Stabilität finden⁸⁷. Es liege auch im britischen Interesse, die „deutschen Außenposten“ zu liquidieren, hieß es im Foreign Office. Eine Wiederherstellung der Vormünchener Grenze ohne Bevölkerungstransfer halte er persönlich für ausgeschlossen, hörte Beneš vom britischen Gesandten. Die Sudetenfrage habe zu den Kriegsursachen gehört und müsse deshalb gelöst werden⁸⁸. Nach den Akten der Barbarei, die die Deutschen am tschechoslowakischen Volk begangen hätten, sei ihr friedliches Zusammenleben in einem Staat undenkbar, behauptete sowohl die tschechoslowakische Regierung⁸⁹ als auch das Beratergremium des Foreign Office: „Wo Heydrich und seinesgleichen geherrscht habe, dürfte kein deutsches Leben sicher sein.“⁹⁰ Der britische *Interministerielle Ausschuß für den Transfer deutscher Bevölkerungen* kam zu dem Schluß, daß die vollständige Aussiedlung der Deutschen einer Teilvertreibung vorzuziehen sei. Der Ausschuß warnte, daß die Garantie von Minderheitenrechten die Durchführung des Transfers erschweren würde. Dagegen werde er erleichtert, wenn den Zurückbleibenden Entgermanisierung und Assimilation drohten. Könnten deutsche Restminderheiten ihre nationale Identität bewahren, werde ein erneuertes Deutschland versucht sein, diese für eine neue Expansion auszunützen. Welche Entscheidung auch getroffen werde, halbe Maßnahmen seien abzulehnen. Der Ausschuß machte sich Benešs Vorschlag zu eigen, das Vermögen der Vertriebenen gegen die Reparationsforderungen der Tschechoslowakei zu verrechnen, aus denen die deutsche Regierung die Vertriebenen zu entschädigen habe⁹¹. Sowohl der Vorsitzende des Ausschusses als auch die

⁸⁵ Brandes, Großbritannien, S. 398 f., 505 f.

⁸⁶ Report of the Interdepartmental Committee on the Transfer of German Populations vom Nov. 1944, in: PRO, FO 371/39092, C6110/220/18; Ilse Dorothee Pautsch, Die territoriale Deutschlandplanung des amerikanischen Außenministeriums 1941–1943, Frankfurt a.M./Bern/New York u.a. 1990, S. 240.

⁸⁷ In: PRO, FO 371/38946, C16563/1347/12.

⁸⁸ Nichols an Roberts am 21. 9. 1942 mit Vermerken, in: Ebenda, 371/30835, C9161/326/12.

⁸⁹ Memorandum der tschechoslowakischen Regierung, in: Ebenda 371/38946, C16563/1347/12.

⁹⁰ Memorandum Foreign Research and Press Service vom 1. 9. 1942, in: Ebenda 371/35261, U1292/58/72.

⁹¹ Vgl. Report of the Interdepartmental Committee on the Transfer of German Populations vom Nov. 1944, in: Ebenda 371/39092, C6110/220/18.

Exilregierung sprachen die Erwartung aus, daß auf lange Sicht ein aus homogenen Nationalstaaten zusammengesetztes Europa harmonischer als vor dem Kriege zusammenarbeiten werde⁹².

In zwei Fragen dachten die britischen Planungsgremien und das Foreign Office jedoch anders als die tschechoslowakische Regierung. Sie lehnten erstens deren Absicht ab, zwischen „schuldigen“ Deutschen, die sofort vertrieben werden sollten, und der Masse der Deutschen, die auf organisierte Weise ausgesiedelt werden sollten, zu unterscheiden. Zweitens müsse der Zeitplan aus humanen und wirtschaftlichen Gründen mit den Großmächten abgestimmt werden; seine Festlegung könne nicht der tschechoslowakischen Regierung überlassen werden. „Schnelle und ungeordnete Austreibungen würden ein unkalkulierbares Maß menschlichen Leids verursachen, wie Hitlers Austreibungen gezeigt haben“, stellte der Ausschuß fest. Wegen der fehlenden Transportkapazitäten könne ein organisierter Transfer selbst in geringem Umfang erst ein Jahr nach Kriegsende beginnen und müsse über mindestens fünf Jahre gestreckt werden. Dem Ausschuß war allerdings bewußt, daß Großbritannien nur geringe Einwirkungsmöglichkeiten auf die Art der Durchführung der Vertreibung haben werde, da in allen betroffenen Gebieten der sowjetische Einfluß überwiegen werde⁹³.

Die tschechoslowakische Regierung hielt jedoch an ihrem Plan fest, die Vertreibung innerhalb von zwei Jahren abzuschließen. Auf britischen Wunsch verzichtete sie in ihrem Memorandum vom November 1944 auf die Unterscheidung zwischen der Vertreibung der Schuldigen und der Aussiedlung der übrigen Deutschen⁹⁴. Den Widerstandsgruppen in der besetzten Heimat hatte Beneš jedoch im Juli 1944 mitteilen lassen: Da die Tschechoslowakei aufgrund internationaler Regelungen vielleicht nur einen Teil der Deutschen, und zwar maximal zwei Millionen aussiedeln könne, müsse dafür gesorgt werden, daß in den ersten Tagen nach der Befreiung, d. h. noch vor einer internationalen Entscheidung, möglichst viele „schuldige Nazis“ aus Angst vor Rache möglichst weit fliehen. Schon bei der Besetzung der Sudetengebiete sollten jene Gegenden von Deutschen „gesäubert“ werden, in denen das tschechische Element traditionell stark vertreten sei⁹⁵. Dies war ein Aufruf zu Aktionen, die als „wilde Vertreibungen“ mit den umfangreichsten und härtesten Ausschreitungen gegen die deutsche Bevölkerung in die Geschichte eingingen.

Aus dem Gegensatz zwischen den im Exil formulierten Plänen und dem Umfang und der Art der Vertreibung haben sudetendeutsche Historiker den Schluß gezogen,

⁹² Vermerke C. O'Neill mit Marginalie Roberts, I. Troutbeck, E. A. Walker, D. Allen, F. Roberts, T. H. Marshall vom 28. 2.–9. 3. 1944, in: Ebenda; vgl. auch Memorandum der tschechoslowakischen Regierung, in: Ebenda 371/38946, C16563/1347/12.

⁹³ Vgl. Report of the Interdepartmental Committee on the Transfer of German Populations vom Nov. 1944, in: Ebenda 371/39092, C6110/220/18.

⁹⁴ Vgl. Memorandum der tschechoslowakischen Regierung, in: Ebenda 371/38946, C16563/1347/12.

⁹⁵ Bericht Drtina vom 16. 7. 1944, in: Slovenské národné povstanie. Dokumenty. Zostavil Vilém Prečan, Bratislava 1965, Nr. 99.

daß diese Pläne der „Irreführung der Alliierten“ dienten⁹⁶. Beneš habe „eine ‚Endlösung‘ nach faschistischem Muster, nämlich die totale Zwangsaussiedlung der Sudetendeutschen“ angestrebt: „Seine ganze Kriegsdiplomatie war auf dieses schlechtweg kriminell zu nennende Ziel abgestellt.“⁹⁷ Ein amerikanischer Historiker lud Beneš die „geschichtliche Verantwortung für die Entstehung des Vertreibungs-Syndroms auf, das dann nicht nur die Sudetendeutschen ... befiel“⁹⁸. Nach dem Krieg haben Beneš selbst und seine Anhänger das Verdienst für die fast totale Aussiedlung der Deutschen für sich reklamiert⁹⁹. Andere, tschechische wie auch deutsche Historiker, wiesen dagegen auf die allmähliche Verschärfung der Pläne infolge der Radikalisierung des Krieges und der Besatzungspolitik hin¹⁰⁰ oder kennzeichneten die Aussiedlungspläne als „variantenreiche Planspieler“¹⁰¹. Der New Yorker Aktenfund berechtigt nun zusammen mit den weiteren zitierten Belegen aus den Akten des Foreign Office zu der Aussage, daß Beneš trotz der erwähnten Radikalisierung und trotz des Drucks aus der Heimat erstaunlich lange an seiner Kompromißlösung – Teilabtretung, Teilvertreibung, Assimilation der Restminderheit – festgehalten hat.

⁹⁶ Vgl. z. B. Rudolf Hilf, *Deutsche und Tschechen. Bedeutung und Wandlung einer Nachbarschaft in Mitteleuropa*, Opladen 1973, S. 86.

⁹⁷ Friedrich Prinz, *Beneš, Jaksch und die Sudetendeutschen*, Stuttgart 1975, S. 9.

⁹⁸ Alfred M. de Zayas, *Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen*, München 1980, S. 56.

⁹⁹ Beneš, *Paměti*, S. 312–331; Radomír Luža, *The transfer of the Sudeten Germans. A study of Czech-German relations, 1933–1962*, London 1964; Elisabeth Wiskemann, *Germany's Eastern neighbours*, London 1956, S. 62.

¹⁰⁰ Ferdinand Seibt, *Deutschland und die Tschechen. Geschichte einer Nachbarschaft in der Mitte Europas*, München 1974, S. 277.

¹⁰¹ Klaus-Dietmar Henke, *Der Weg nach Potsdam – die Alliierten und die Vertreibung*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen*, Frankfurt a. M. 1985, S. 61.

MICHAEL GEHLER

KURZVERTRAG FÜR ÖSTERREICH?

Die westliche Staatsvertrags-Diplomatie und die Stalin-Noten von 1952

Am 13. März 1952 boten die Westmächte den Sowjets den sogenannten Kurzvertrag für Österreich an, der vorsah, daß die vier Besatzungsmächte sich verpflichten, das Land innerhalb von 90 Tagen nach Inkrafttreten zu räumen, vor allem aber die gesamten Vermögenswerte, die sie bisher als „deutsches Eigentum“ beansprucht hatten, Österreich entschädigungslos zu überlassen. Daß bei diesem Angebot auch wichtige Zusammenhänge mit der Deutschlandpolitik der Westmächte und ihren Reaktionen auf die Stalin-Noten vom Frühjahr 1952 bestanden, ist von der Forschung bisher kaum beachtet worden. Der vorliegende Aufsatz* untersucht die Rolle des diplomatischen Nebenkriegsschauplatzes Österreich während der „Notenschlacht“ (Rolf Steininger) und fragt vor diesem Hintergrund nach der Bedeutung des Kurzvertrages¹. Grundlage dafür sind die der Forschung bisher im Ganzen nicht zugänglichen Akten des österreichischen Bundeskanzleramtes/Auswärtige Angelegenheiten.

Die Vorgeschichte

Die bereits 1947 in London und Moskau sowie 1949 in Paris in eine „heiße Phase“ getretenen Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag² kamen Anfang

* Dieser Beitrag entstand im Rahmen eines vom Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung unterstützten Projekts „Zwischen Westintegration und Neutralität. Karl Gruber und die österreichische Politik 1945–1955“. Dank schulde ich auch Kollegen Mag. Angerer (Universität Wien) für kritische Lektüre.

¹ Vgl. dazu das Standardwerk von Gerald Stourzh, *Geschichte des Staatsvertrages 1945–1955. Österreichs Weg zur Neutralität*, Graz/Wien/Köln³ 1985, S. 76f.; die ausführlichste Analyse des Kurzvertrages vornehmlich aus angloamerikanischer Sicht stammt von Günter Bischof, *Lost momentum: The Militarization of the Cold War and the Demise of Austrian Treaty Negotiations, 1950–1952* (unveröff. Manuskript); vgl. auch ders., *Karl Gruber und die Anfänge des „Neuen Kurses“ in der österreichischen Außenpolitik 1952/53*, in: Lothar Höbelt/Othmar Huber (Hrsg.), *Für Österreichs Freiheit. Karl Gruber – Landeshauptmann und Außenminister 1945–1953*, Innsbruck 1991, S. 143–183, hier S. 147f., der zu dieser Thematik erste Anhaltspunkte liefert.

² Siehe zu diesem Zeitabschnitt auch Günter Bischof/Josef Leidenfrost (Hrsg.), *Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945–1949*, Innsbruck 1988 sowie Günter Bischof, *Between Responsibility and Rehabilitation: Austria in International Politics, 1940–1950*, ph. Th. Cambridge/Mass. 1989.

der fünfziger Jahre bekanntlich völlig zum Stillstand. Als am 5. März 1951 die Stellvertreter der vier Außenminister in Paris die Verhandlungen wiederaufnahmen und der sowjetische Delegierte die Triest-Frage aufwarf, wurde die Sitzung ohne greifbares Ergebnis geschlossen. Dasselbe ereignete sich bei weiteren Sessionen. Angesichts der Ergebnislosigkeit der Verhandlungen erwog Wien die Möglichkeit einer Befassung der UNO, wobei man Washington bei einem derartigen Schritt engste Fühlungnahme versicherte³. Die Konferenz der Außenminister Frankreichs, der USA und Großbritanniens in Washington vom 12. bis 14. September 1951 hielt im Schlußkommuniqué fest, daß für einen weiteren Verzug beim Abschluß des Staatsvertrages keine Rechtfertigung bestehe und von den Sonderbeauftragten entschiedene Anstrengungen unternommen werden sollten, um diesen längst fälligen Verpflichtungen nachzukommen.

Vor allem die Amerikaner beschäftigten sich mit neuen Vorschlägen. Wiens Botschafter Ludwig Kleinwächter berichtete am 24. September dem Außenamt vom Entwurf eines im State Department ausgearbeiteten gekürzten Vertrages, der die Grundlage für einen Gedankenaustausch mit der englischen, französischen und österreichischen Regierung bilden sollte. Schon bei „flüchtiger Betrachtung“ erkannte Kleinwächter, „daß der neue kurzgefaßte Vertragsentwurf zahlreiche, in den bisherigen Verhandlungen als wesentlich angesehene Fragen offen lasse und doch damit gerechnet werden müsse, daß zumindest die Sowjetunion auf deren Regelung auch weiterhin bestehen werde“. Gemeint waren unter anderem die Bestimmungen über künftiges Militär, Rüstungsbeschränkungen, Entnazifizierung und die Eliminierung des Artikels 35 („deutsches Eigentum“), der überdies durch einen neuen Artikel 6 ausdrücklich negiert wurde. Kleinwächter knüpfte daran die Frage, ob „unter solchen Voraussetzungen die Zustimmung der Sowjetunion zu dem neuen Vorschläge ernstlich erhofft werden dürfte“. Entgegnet wurde ihm, daß es für Moskau schwer sein werde, den neuen Vorschlag abzulehnen und „sich vor der Weltöffentlichkeit so sehr ins Unrecht zu setzen“. Kleinwächter, dem von amerikanischer militärischer Seite öfters der (nicht zutreffende) Vorwurf gemacht wurde, „Österreich wolle den Vertrag um jeden Preis und davor müsse es bewahrt werden“, entnahm einem weiteren Gespräch, „daß es in erster Linie die bevorstehende Neuregelung des Verhältnisses zu Westdeutschland ist, die die Bemühungen für eine endgültige Regelung des Status Österreichs ausgelöst hat“⁴. Damit war jener Konnex angesprochen, der zwischen beiden Fragen bestand und die Haltung der Westalliierten zum Staatsvertrag 1952 tangieren sollte.

Ähnlich realistisch hatte auch Außenminister Karl Gruber im Oktober 1951 die Dinge gesehen, wobei er vor allem einen Zusammenhang zwischen Staatsvertrag und Koreakrieg herstellte. Gruber hoffte auf bestimmtere Hinweise bezüglich der sowje-

³ Josef Leidenfrost, Die UNO als Forum für den österreichischen Staatsvertrag? Vom Wiener Appell 1946 bis zur Brasilien-Initiative 1952, in: Emil Brix u. a. (Hrsg.), Geschichte zwischen Freiheit und Ordnung. Gerald Stourzh zum 60. Geburtstag, Wien 1991, S. 261–275, hier S. 264.

⁴ Kleinwächter an Gruber, 24.9. 1951, streng vertraulich, in: ÖStA, Archiv der Republik (AdR), BKA/AA, II-pol 1951, Panzerakten Staatsvertrag 1, Zl. 114/pol/51 (GZL 131.065 pol/51).

tischen Intentionen, falls gegen Mitte November gute Aussichten auf Waffenstillstandsverhandlungen bestünden; andernfalls seien die Chancen für den Abschluß des Vertrages „trüb“. Solange irgendeine Hoffnung auf Fortschritt bestehe, sollten die russischen Vorschläge diskutiert werden. Wenn aber abzusehen sei, daß die Sowjets weiter Obstruktionspolitik betreiben, sei er bereit, den vorliegenden Entwurf zurückzuziehen und dafür den Kurzvertrag ins Auge zu fassen. Angesichts der öffentlichen Meinung glaubte Gruber, „daß es besser wäre, diesen überhaupt nicht als Vertrag zu bezeichnen“, sondern „als Instrument zur Sicherung des Rückzugs der Besatzung“⁵.

Gruber richtete nun am 31. Oktober auf Regierungsbeschluß eine Note an den amerikanischen Vorsitzenden der Konferenz der Sonderbeauftragten mit dem Ersuchen, die Verhandlungen wiederaufzunehmen. Er berief sich hierbei auf die Erklärung der drei westlichen Außenminister vom 14. September⁶. Der Schlußteil der Note konnte schon als vorsichtige Zustimmung zu dem amerikanischen Vertragsentwurf verstanden werden. Zu der ursprünglich in Aussicht genommenen Zusammenkunft der Sonderbeauftragten im Dezember kam es jedoch nicht, so daß die Stellvertreter der drei westlichen Außenminister am 18. Januar 1952 in London den 21. Januar für die nächste Sitzung bestimmten. Noch am 18. Januar übermittelten die Sowjets eine Note. Wieder rekurrierten sie auf ihre alte Forderung, daß in allen vier Zonen Österreichs eine Untersuchung über die Demilitarisierung und Entnazifizierung durch die Regierung in Wien zu veranlassen sei. Ferner sei der Staatsvertrag nicht losgelöst von der Triest-Frage zu behandeln. Eine Zustimmung zu diesen Verhandlungspunkten wurde als Voraussetzung für die Sitzung verlangt, der die Sowjets schließlich fernblieben. Am 24. Januar erhoben die Westmächte daraufhin den Vorwurf, der Abschluß des Staatsvertrages werde von Moskau absichtlich verhindert. Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Triest wurden als Verhandlungspunkte abgelehnt⁷. Konnte man über die ersten beiden Punkte noch diskutieren, so wirkte die Forderung, den Abschluß des Vertrages von einer Regelung der Triest-Frage abhängig zu machen, unlogisch und unbegründet. Für Gruber war damit der Beweis erbracht, daß das sowjetische Verhalten ein „energisches Auftreten der Westvertreter angezeigt erscheinen“ lasse. Wiens Botschafter in London erhielt den Auftrag, den dort verhandelnden stellvertretenden Außenministern „in entsprechender Form“ eine „öffentliche Brandmarkung“ der russischen Haltung zu suggerieren. Gruber fügte hinzu: „Wir sind nunmehr überzeugt, daß der

⁵ Streng vertraulicher Bericht des britischen Gesandten Gudenus über ein Gespräch mit dem US-Hochkommissar und Gruber an seine Regierung, 17.10.1951, in: Ebenda.

⁶ Vgl. Eva-Marie Csáky, *Der Weg zur Freiheit und Neutralität. Dokumentation zur österreichischen Außenpolitik 1945–1955*, Wien 1980, S.223 f.

⁷ Liste der Noten betreffend Staatsvertragsverhandlungen 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1952, Staatsvertrag 1 B; Antwortnote des Generalsekretärs der Stellvertreterkonferenz auf die Note des sowjetischen Geschäftsträgers vom 21.1., in: Ebenda, Staatsvertrag 1 C-2 (Art.42), Zl.147.031-pol/52 (GZl.146.099 pol/52); Acheson und Eden stimmten bereits vorher u. a. aus propagandistischen Gründen in der geplanten Kurzvertragsaktion überein; vgl. Memorandum of Conversation, 10.1.1952, in: National Archives, RG 59, Lot 53 D 444, Records of the Executive Secretariat (Dean Acheson), box 14.

abbreviated Text eine geeignete Antwort auf russische Verschleppungstaktik sein würde.“⁸

Die Verstimmung über die sowjetische Intransigenz war dazu angetan, den Kurzvertrag ins Spiel zu bringen. Grubers Politik war trotz tendenzieller Westorientierung vom Primat der Staatseinheit getragen und auf Balance zwischen den Mächten ausgerichtet, wenngleich dies, wie er in einer Rede am 2. Februar 1952 betonte, einem „Unikum in einer sich immer mehr spaltenden Welt“ gleichkomme. Eine Politik des Gleichgewichts bestehe nicht in „angemessenen Verbeugungen nach jeder beliebigen Richtung, sondern in einer solchen Berücksichtigung der jeweiligen Interessen, daß der Wille zur Erhaltung unserer Einheit auch bei den Besatzungsmächten dominierend ist“. Österreichs Pflicht sei es, „innerlich frei zu bleiben, bis die äußere Freiheit verwirklicht werden kann“. Die im Land völkerrechtswidrig unterhaltenen Truppen sollten „eh baldigst den Befehl zum Abmarsch erhalten“⁹.

Erste Kontakte zwischen Bonn und Wien

Österreichs Diplomaten beobachteten westdeutsche Presseberichte genau, wenn es um das Verhältnis beider Länder ging. Wie Josef Schöner, der Leiter der österreichischen Verbindungsstelle in Düsseldorf, am 14. März 1951 meldete, tauchten Überlegungen für eine „österreichische Regelung“ der deutschen Frage zwar von Zeit zu Zeit in deutschen Blättern auf, würden „jedoch durchwegs als undurchführbar abgelehnt“¹⁰. Tatsächlich war es für Adenauer eine Schreckensvision, die vier Siegermächte könnten sich wieder an einem Tisch zusammenfinden und unter Ausschluß Deutschlands entscheiden, was in der deutschen Frage zu geschehen habe. Konkreten Anlaß zu einer solchen Vermutung hatte er allerdings im November 1951 nicht. Folgt man einem Bericht Schöners, so galt neben Eigenwilligkeit und Hartnäckigkeit der Optimismus als dritte beherrschende Charaktereigenschaft Adenauers, denn „ohne diesen unbeirrbareren Optimismus, der sich so oft auch als verfrüht erwiesen hat, hätte es der Bundeskanzler wahrscheinlich kaum durchgestanden, die junge Bundesrepublik in den letzten zwei Jahren durch alle Fährnisse bis zur Konferenz von Paris zu steuern“. Dort hatte er laut Schöner den Eindruck empfangen, daß Bonn „wirklich als gleichberechtigter Partner der Westmächte angesehen und behandelt werde“. Die Einigung über die wesentlichen Punkte des Generalvertrages habe der Kanzler hervorgehoben, aber unterlassen zu berichten, inwiefern diese von seinem ursprünglichen Konzept abwich. Schöner ließ damit durchblicken, daß Zweifel am allzu großen Optimismus Adenauers

⁸ Außenamt an Botschaft London, 21. 1. 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1952, Zl. 146.727-Pol/52 (GZl. 146.099-pol/52).

⁹ Die Rede in der Sendereihe „Jeden geht es an“ ist abgedruckt in: Wiener Zeitung vom 3. 2. 1952 sowie vollständig im Niederösterreichischen Landesarchiv Wien, Nachlaß Leopold Figl, Ordner 130.

¹⁰ Schöner an BKA/AA, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1951, Deutschland 2, Schreiben Zl. 169/pol/51, Zl. 133.732-pol/51 (GZl. 133.720-pol/51).

angebracht seien. Die deutsche Presse habe angemerkt, es sei töricht, das Pariser Vertragswerk als ein Geschenk der Westmächte zu betrachten. Schöner ließ offen, „inwieweit durch diese Option nur Deutschland gebunden und möglicherweise in der weiteren Verfolgung seiner Bemühungen um die Wiedervereinigung von West- und Ostdeutschland beeinträchtigt sei“¹¹. Drei Tage später informierte Schöner das Außenamt über ein Gespräch mit Adenauer: Bezüglich des Verhältnisses zu Österreich hatte ihm der Kanzler erklärt, daß er in Paris durch die Ausführungen Grubers „endlich einen richtigen Begriff von der innenpolitischen Situation Österreichs“ erhalten habe. Besonders hätten ihn Grubers Äußerungen über das Verhältnis zu den Alliierten und die Technik ihrer Behandlung interessiert¹².

Gegen Jahresende 1951 wurde in Wien registriert, daß Adenauer die möglichen Auswirkungen der Österreichfrage auf Deutschland aufmerksam studierte. Trotz der aufklärenden Worte Grubers zur inneren Lage Österreichs und zu den Beziehungen zwischen Wien und den Besatzungsmächten auf der Pariser Konferenz war Adenauers Skepsis nicht gewichen. Schöner berichtete im Dezember 1951 über die Eindrücke, die der amerikanische Hohe Kommissar John McCloy bei seiner Reise nach Wien gesammelt und Adenauer mitgeteilt hatte. Darin kann ein Hinweis dafür gesehen werden, daß Adenauer nicht gesamtdeutsch dachte, als er Schöner gegenüber äußerte, er könne sich ein Bild von den Schwierigkeiten machen, die Österreich mit den vier Besatzungsmächten habe. Es gebe in Deutschland Stimmen, die seit einiger Zeit von den angeblichen Vorteilen einer „österreichischen Lösung“ des Problems der deutschen Einheit redeten. Er, Adenauer, „müsse eine derartige Lösung unbedingt ablehnen, da sie durch die Wiederherstellung einer auf jeden Fall nicht funktionsfähigen Viermächtekontrolle die Lage der Bundesrepublik entscheidend verschlechtern würde, ohne der sowjetischen Besatzungszone wesentliche Erleichterung zu bringen“. Es genüge nicht, daß „Vier in einem Jeep“ in Berlin herumführen. Die Viermächtekontrolle in Österreich beruhe „auf ganz anderen Gegebenheiten und könne für Deutschland kein Muster oder Beispiel darstellen“. Schöner gewann aus den Ausführungen des Kanzlers den Eindruck, daß sich McCloy wenig günstig über Österreich ausgesprochen hatte¹³.

Die Bemerkungen Adenauers signalisierten dessen tiefes Mißtrauen gegenüber den Sowjets und seine Sorge, daß sich in Westdeutschland die Dinge – wie in Österreich – zurückentwickeln könnten. Keinesfalls war er bereit, die Wiener Balancepolitik zwischen den Blöcken als ein Modell für Deutschland und die Verwirklichung seiner Einheit anzusehen. Allein schon der Versuch, eine Analogie herzustellen, schien ihm gefährlich. Adenauers weitgehender Verzicht auf eine aktive Deutschlandpolitik unter

¹¹ Schöner an Gruber, 26.11.1951, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1951, Deutschland 16, Schreiben Zahl (Zl.) 669/pol/51, Zl. 141.579-pol/51 (GZl. 133.245-pol/51).

¹² Schöner an Gruber, 29.11.1951, in: Ebenda, Schreiben Zahl 691-pol/51, Zl. 141.904-Pol/51 (GZl. 133.245-pol/51).

¹³ Schöner an Gruber, 20.12.1951, in: Ebenda, Bu-Deutschland 2, Schreiben Zl.700/Pol/51 (Zl. 146.064-pol/51); vgl. auch den Hinweis bezüglich Österreich in: Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, hrsg. von Hans-Peter Schwarz in Verbindung mit Reiner Pommerin, München 1989, S. 203.

Einsatz diplomatischer Mittel zur Sondierung neuer Verhandlungsmöglichkeiten sollte sich nicht erst im Zuge des Notenwechsels 1952 und Churchill's Verhandlungsbereitschaft mit den Sowjets nach Stalins Tod 1953 zeigen. Schon im Dezember 1951 vermochte Josef Schöner diese Tendenzen zu orten: Dem Kanzler liege es „gewiß am Herzen [...], sich darüber zu vergewissern, daß die Regierung Churchill nicht eines Tages mit Moskau zu einem Einvernehmen auf Kosten Deutschlands zu gelangen versuchen wird, was nach der Ankündigung des britischen Premiers über seine Absichten einer ‚endgültigen Bereinigung‘ des Ost-West-Konfliktes in Bonn für möglich gehalten werde“. Aus dem, was der österreichische Vertreter nach Wien berichtete, war klar zu entnehmen, daß Adenauer seine Grundsatzentscheidung für die Westintegration gefällt hatte und keine anderen Wege mehr zu beschreiten bereit war. Seine ablehnende Einstellung gegenüber jenen, die Österreich als Modell zur Lösung der deutschen Frage sahen, war bis dato nur zu begründet: In der Staatsvertragsfrage war seit 1949 nichts mehr vorangegangen, das Land war zwar weiterhin ungeteilt, aber vierfach besetzt, und die Sowjets hatten politische Obstruktion und eine rigorose wirtschaftliche Ausbeutungspolitik betrieben. Angesichts des sich weiter verschärfenden Ost-West-Konflikts bestanden nur geringe Aussichten auf eine Wende zum Positiven.

Adenauers kritisch-reservierte Haltung gegenüber Österreich¹⁴ hatte in der Regelung deutscher Eigentumsfragen durch Wien eine weitere Ursache. Hinzu kamen Forderungen nach österreichischem Eigentum in Deutschland. In einer Unterredung mit den Hohen Kommissaren am 4. April 1952 hielt Adenauer gegenüber Sir Ivone Kirkpatrick fest, „daß österreichische Ansprüche gegen Deutschland nicht gerechtfertigt seien“¹⁵.

Österreich als Spielball der westalliierten Deutschlandpolitik?

Die Initiative für den „abbreviated treaty“ war vom „Austrian desk“ des State Department unter Francis Williamson abgesegnet worden. London hatte darin von Beginn an eine unnötige Herausforderung Moskaus gesehen; den Verzicht auf das deutsche Eigentum würden die Russen nie erklären. Obwohl Eden dies zu verstehen gab, zogen die Briten dann doch mit den Amerikanern gleich¹⁶. Nachdem die letzten sowjetischen Reaktionen für Wien so unbefriedigend gewesen waren, wurde der „abbreviated treaty“ nach Absprache zwischen Bundeskanzler Leopold Figl, Vizekanzler Adolf Schärf, Außenminister Gruber und den drei westlichen Hohen Kommissaren Anfang Februar 1952 als neuer Verhandlungsvorschlag vereinbart, der zwischen 29. Februar

¹⁴ Vgl. hierzu auch Bruno Kreisky, *Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten*, Berlin 1986, S. 448–453.

¹⁵ Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, hrsg. von Hans-Peter Schwarz in Verbindung mit Reiner Pommerin, München 1990, S. 42; vgl. auch die Sitzung vom 24. 4. 1952, in: Ebenda, S. 114f.

¹⁶ Vgl. Bischof, Gruber, S. 146f.; vgl. auch Memorandum of Conversation, 14. 1. 1952, in: FRUS 1952–1954, Volume VII, Germany and Austria, Part 2, Washington 1986, S. 1724f.

und 15. März 1952 in Moskau übergeben und anschließend veröffentlicht werden sollte. In der Zwischenzeit sollte eine Diskussion im Parlament eingeleitet und die öffentliche Meinung entsprechend vorbereitet werden, ohne jedoch aufzudecken, daß es ursprünglich die Amerikaner waren, die den Entwurf in Moskau vorzulegen beabsichtigten. Die Vertreter Österreichs bestanden auf der Feststellung, daß erneute sowjetische Obstruktionen im Laufe des Jahres 1952 einen Gang vor die UNO notwendig machen würden¹⁷.

Bedenken gegen den Kurzvertrag gab es bei österreichischen Diplomaten von Anfang an¹⁸; maßgeblich für den Mißerfolg sollte der Zeitpunkt seiner Lancierung werden. Am 8. Februar berichtete Wiens neuer Gesandter in Washington, Max Löwenthal-Chlumecky, nach einer Unterredung mit dem Assistant Secretary George W. Perkins, dieser habe nicht die Hoffnung, „daß die in Aussicht genommenen Schritte im gegenwärtigen Zeitpunkte zum Abschluß eines abbreviated treaty führen werden“. Eine Einigung der Westmächte, den bisherigen durch den verkürzten Entwurf zu ersetzen, „wäre aber schon ein wesentlicher Fortschritt“. Die Erfahrung habe gezeigt, daß an sich nicht die Beschaffenheit des Vertrages, „sondern nur eine entsprechende weltpolitische Entwicklung die Russen zum Vertragsabschluß bringen könnte“. Im geeigneten Moment müsse ein möglichst günstiger Entwurf zur Diskussion stehen¹⁹. Ob jedoch dies durch den Kurzvertrag gewährleistet war, blieb offen. Vor allem Paris und London befürchteten negative sowjetische Reaktionen. Dies ergab sich aus einer Besprechung Grubers mit den drei westlichen Hochkommissaren. Gruber selbst sah eher die Gefahr einer Versteifung der russischen Haltung durch die verschiedenen militärischen Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte (Vorarbeiten für ein österreichisches Bundesheer, Planung strategisch wichtiger Straßen usw.). Traditionsgemäß reagierten die Sowjets auf Tatsachen, „nicht jedoch auf bloße diplomatische oder deklaratorische

¹⁷ Vgl. die Unterlagen betreffend Taktik für die Wiederaufnahme der Staatsvertragsverhandlungen, Secret Consultation with Figl, Schärf, Gruber and the three Western High Commissioners, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1951, Panzerakten Staatsvertrag 1; vgl. The United States High Commissioner for Austria (Donnelly) to the Department of State, Secret, Wien, 7. 2. 1952, in: FRUS 1952-1954, VII/2, S. 1738 ff. Gruber spricht davon, daß Washington mit diesem Kurzvertrag „an jene Gedankengänge“ anknüpfte, „wie sie Österreich ursprünglich als günstige Ausgangsbasis vorschwebten“; Karl Gruber, Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich, Wien 1952, S. 271 f.; FRUS, ebenda, S. 1732 ff.

¹⁸ Vgl. die richtige Einschätzung des Kurzvertrages bei Gerald Stourzh, Kleine Geschichte des österreichischen Staatsvertrages, Graz/Wien/Köln 1975, S. 220, als Initiative, die „mehr auf propagandistische Erfolge denn auf realistische Ergebnisse abgestellt gewesen sein dürfte“; Gruber, Befreiung, S. 272, der die Geschichte des Kurzvertrages äußerst knapp und verzerrt wiedergibt, überschreibt diesen bezeichnenderweise als „ein diplomatisches Zwischenspiel“. Mit einer Annahme der Bestimmung des Wegfalls deutschen Eigentums seitens der Sowjets war „vorerst natürlich nicht zu rechnen“; zutreffend wird daher der Kurzvertrag bei Manfred Rauchensteiner, Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955, Graz/Wien/Köln 1979, S. 314, als „Spielmaterial“ charakterisiert.

¹⁹ Löwenthal an Gruber, 8. 2. 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1952, Staatsvertrag 1, K 24/51, Zl. 19/pol/52 (GZl. 146.099-pol/52).

Schritte“, teilte Gruber dem Botschafter in London, Lothar Wimmer, zur Weitergabe an das Foreign Office mit²⁰.

Auf der neunten Tagung der NATO-Außenminister vom 20. bis 25. Februar in Lissabon, bei der die Westmächte bereits „neue Vorschläge“ in der Österreichfrage angekündigt hatten, wurde noch am Text der Vertragsformel gefeilt. Die Vertreter Frankreichs erreichten schließlich in Artikel 2 ein explizites Anschluß-Verbot. Der „abbreviated treaty“ sollte aber nicht das letzte Wort des Westens im Sinne eines „Entweder-Oder“ sein; die Langfassung des Staatsvertrages wurde lediglich zurückgestellt, weil die Sowjets hierzu nichts mehr Konstruktives beigetragen hatten²¹.

Am 7. März 1952 setzte der österreichische Vertreter in Belgrad, Karl Braunias, Außenminister Gruber von einer Besprechung mit dem dortigen britischen Botschafter Ivo Mallet in Kenntnis. Dieser hielt ebenfalls den Vorschlag eines verkürzten Staatsvertrages „nicht für einen praktischen Ausweg, denn die Gründe, die die Russen gegen den Abschluß des Staatsvertrages haben, werden sie auch gegenüber einem verkürzten Staatsvertrag haben“. Als Braunias einwarf, daß doch immer der Angreifer im Vorteil sei, entgegnete Mallet, „daß der Angriff nur dann ein Vorteil sei, wenn es ein guter Angriff ist; in diesem Falle zweifle er jedoch daran“²². Angesichts der sowjetischen Intransigenz sah Gruber jedoch keine andere Möglichkeit mehr, als den Kurzvertrag vorzuschlagen. Er betrachtete ihn als Versuch, aus der festgefahrenen Lage herauszukommen, ohne sich dabei allzu viele Hoffnungen auf Erfolg zu machen. Bei einer Nationalratsklub-Sitzung der ÖVP am 12. Februar 1952 hatte Gruber bereits betont, „daß der Staatsvertrag nicht von uns abhängt, sondern daß er eines Tages über Nacht kommen wird, wenn sich die weltpolitische Situation soweit entspannt hat, daß die Russen zum Einlenken bereit sind“. Unter diesen Umständen habe es gar keinen Sinn, „daß Österreich weiß Gott welche Opfer auf sich nimmt“. Gruber gab zu erkennen, daß das in Vorbereitung befindliche Kurzvertragsmanöver der Westmächte ganz in seinem Sinne war: „Ich glaube auch, daß, trotz aller Lasten, ein Staatsvertrag mit Räumung des Landes günstiger wäre, wie die fortdauernde Besetzung“. Auf keinen Fall könne man sich aber zum Abschluß von Sonderverträgen mit den einzelnen Mächten bereit erklären, „denn dies wäre das Ende Österreichs“. Eine einseitige Räumung Österreichs war für Gruber, der im Frühjahr 1952 auf westlicher Seite stand, einfach „undenkbar“²³.

²⁰ Außenamt am Botschaft London, 22.2. 1952, in: Ebenda, II-pol 1952, Zl.147.990-pol/52 (GZl.146.099-pol/52).

²¹ Vgl. Bischof, Gruber, S.147. Daß Frankreich auf einem Hinweis bestanden hatte, wonach „das Anschlußverbot in das Räumungsprotokoll aufgenommen werde“, wurde von französischen Diplomaten selbst im Herbst 1952 noch einmal ausdrücklich hervorgehoben; Wodak an Gruber, 15.10. 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol, STV 1 A, Schreiben Zl.41-Pol/52 Unterredung mit M.Sauvagnargues und M. Koenig vom 14.10. 1952, Zl.157.163-pol/52 (GZl.146.099-pol/52).

²² Belgrad an Gruber, 7.3. 1952, Geheim, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1952, Staatsvertrag 1 A, Zl.142-P/52, Zl.149.356 (GZl.146.009-pol/52).

²³ Protokoll über die 71. Sitzung des Nationalratsklubs der ÖVP am 12.2. 1952, Vertraulich, in: Karl Gruber Archiv am Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck (KGA), Karton 11.

Ein erstes auf Österreich Bezug nehmendes Echo auf Stalins Deutschland-Note vom 10. März, auf die Adenauer bekanntlich sofort ablehnend reagierte²⁴, kam aus amtlichen britischen Kreisen. Dort wurde die Auffassung vertreten, „daß die von der Sowjetunion vorgebrachten Argumente genau so für den österreichischen Staatsvertrag gelten“. Es wurde auf den Umstand verwiesen, daß Moskau die vor etwa sechs Wochen abgegebene Note der Westmächte, die eine weitere Sitzung der Sonderbeauftragten für den Staatsvertrag beantragt hatte, noch nicht beantwortet habe. Der Appell der Sowjets wurde zunächst offiziell als Ablenkungsmanöver interpretiert, während ein Sprecher des Foreign Office durchblicken ließ, daß man prüfen werde, „ob die für den baldigen Abschluß eines deutschen Friedensvertrages vorgebrachten Argumente die von Rußland gegen den Abschluß eines österreichischen Staatsvertrages erhobenen Einwände beseitigen könnten“²⁵.

Am 12. März sprach Wimmer bei Frank Roberts, Leiter der Deutschlandabteilung im Foreign Office, vor und erkundigte sich nach dem Zustellungstermin des Kurzvertrages. Wimmer interpretierte die sowjetische Note als Zeichen der Schwäche und als Defensivmaßnahme gegen die Erfolge von London und Lissabon. Österreich komme die Stalin-Note gelegen, weil die Russen offensichtlich bereit seien, ihre Deutschlandpolitik zu modifizieren. Roberts erklärte, der Kurzvertrag sei nun umso wichtiger, um die Ernsthaftigkeit der russischen Absichten zu prüfen, aber er könne nicht als Reaktion auf die Note Stalins begriffen werden, da die Initiative schon 14 Tage vorher angekündigt worden war²⁶. Seine Bemerkungen ließen erkennen, wie rasch man in London Kurzvertrag und Stalin-Note in eine Gesamtstrategie einzubinden verstand.

Schon am Tag der Überreichung des Kurzvertrages in Moskau, am 13. März, wurden die Bedingungen für eine Viermächte-Konferenz für Deutschland von britischer Seite formuliert. Hierzu gehörte auch die Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages auf der Basis des „Räumungsprotokolls“. Es schien keine Gewißheit darüber zu bestehen, ob die Sowjets dies ablehnen würden. Anthony Eden notierte aber am Rand einer Aufzeichnung von Frank Roberts vom 15. März, wonach es zu den russischen Vorschlägen kaum eine Alternative gebe: „Ist das wirklich so? Gibt es nicht noch andere Bedingungen, die wir stellen können? Z. B. Österreich? Ich schlage nicht vor, dies unseren Verbündeten jetzt schon mitzuteilen.“ Der Hinweis sei nur für den Fall bestimmt, daß Moskau wirklich eine andere Politik verfolge²⁷.

²⁴ Vgl. Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952, Stuttgart 1986, S. 909–913. André François-Poncet notierte am 12. 3. 1952, daß Adenauer und Regierungsvertreter u. a. in der Stalin-Note die sowjetische Absicht für die Bundesrepublik erblickten: „l'isoler dans l'illusoire sécurité d'une neutralité armée, faire d'elle une nouvelle Autriche“; Ministère des Affaires Etrangères (MAE), EU 4-5-5, Allemagne 1949–1955, Vol. 936, fol. 097 ff., hier fol. 097.

²⁵ Wiener Zeitung vom 12. 3. 1952.

²⁶ Vgl. Bischof, Gruber, S. 148.

²⁷ Vgl. hierzu Rolf Steininger, Eine Chance zur Wiedervereinigung? Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Darstellung und Dokumentation auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten, Bonn ²1986, S. 48 ff., hier S. 50.

Die neue Funktion des österreichischen Themas im Rahmen der anglo-amerikanischen Notendiplomatie kristallisierte sich nun mehr und mehr heraus. Hierbei sollte der Kurzvertrag eine gänzlich andere Rolle spielen, als ihm ursprünglich zgedacht war. Dieser Bedeutungswandel wurde in Wien zunächst nicht erkannt, ungeachtet dessen man sich dort über die Wirksamkeit des Manövers keine Illusionen machte. Dies zeigt die immer wieder betonte Auffassung, für den Fall weiterer sowjetischer Obstruktion müßten die Vereinten Nationen mit der Österreichfrage befaßt werden. Selbst dieser Schritt schien jedoch wenig erfolgsversprechend, war doch auch die westliche Zurückhaltung in dieser Frage bekannt. So bezeichnete der amerikanische Diplomat Williamson am Tage der Überreichung des Kurzvertrages in Moskau eine UN-Démarche als „ultima ratio“, „obgleich man sich von diesem Schritt kaum einen praktischen Erfolg erwarte“²⁸. Zur gleichen Zeit befand sich Vizekanzler Schärf zu einem Besuch in Washington. Er gab zu erkennen, daß er augenblicklich nicht mit einer Annahme des Kurzvertrages durch die Sowjets rechne und dieses diplomatische Manöver mehr als Art Beruhigungsspiel für die Bevölkerung Österreichs auffasse. Auch dem verkürzten Staatsvertrag würden die Russen nur im Falle einer allgemeinen weltpolitischen Entspannung zustimmen; sein positiver Wert liege hauptsächlich darin, „daß dem österreichischen Volke das Interesse der Westmächte an der Wiederherstellung der österreichischen Souveränität vor Augen geführt wird“²⁹.

Am 20. März berichtete Gesandter Norbert Bischoff aus Moskau von der Übergabe des Kurzvertrages am 13. März 1952 durch die dortigen Vertreter der Westmächte. Der stellvertretende Außenminister Gromyko war für einen Empfang „nicht disponibel“, auch Bogomolow war „unpäßlich“, so daß der Vertragstext durch Boten ins Außenministerium überbracht werden mußte. „Bis heute ist keinerlei Reaktion russischerseits zu konstatieren gewesen“, stellte Bischoff fest. Daß dies negativ zu werten sei, sei die einmütige Ansicht aller Kollegen, mit denen er bisher gesprochen habe. Lakonisch merkte der im Wiener Außenamt wegen seiner eigenwilligen Einstellung nicht sehr beliebte Bischoff an, daß der Zweck des Kurzvertrages, „abgesehen von seiner offenbaren Propagandabedeutung, erst in der weiteren Entwicklung der allgemeinen diplomatischen Aktion der Westmächte erkennbar werden wird“³⁰.

²⁸ Löwenthal an Gruber, 13. 3. 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1952, Staatsvertrag 1 C, Zl. 37/Pol/52, Zl. 149.423 (GZl. 146.099-pol/52); Löwenthal verwies auf einen „Streng vertraulich“ gehaltenen Brief seines Amtsvorgängers Kleinwächter an Gruber vom 17. 10. 1951, in: Ebenda, Zl. 122/pol/51, Zl. 140.293-pol/51 (GZl. 140.276-pol/51), in dem dieser berichtete, daß der Frage der Erörterung Österreichs vor der UNO stets ausgewichen werde. Die von Gruber dahingehenden öffentlichen Enunziationen würden im Staatsdepartment „jedesmal ein gewisses Mißbehagen auslösen“. Die gelegentliche Drohung Wiens, die Vertragsfrage vor die UNO zu bringen, würde „keine direkte Ablehnung“ hervorrufen, es wäre aber „hier für einen derartigen Schritt keine Unterstützung zu finden“.

²⁹ Löwenthal an Gruber, Vertraulich, 13. 3. 1952, in: Ebenda, Amerika 2, Schreiben Zl. 36/Pol/52, Zl. 149.169-pol/52 (GZl. 146.083-pol/52); vgl. Memorandum of Conversation, Secret, Washington, 7. 4. 1952, Subject: Vice Chancellor Schaerf Sums up, in: FRUS 1952-1954, VII/2, S. 1743 ff.

³⁰ In: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1952, Staatsvertrag 1 A, Bericht Zl. 23/P. Zur Überreichung des „Kurzvertrages“ durch die hiesigen Vertreter der westlichen Großmächte, vgl. Bischoff an Gruber,

Tatsächlich war nach Überreichung des „Räumungsprotokolls“ die Ausgangslage für den Staatsvertrag verfahrenener denn je. Die Westmächte hatten damit eine vorzeitige Antwort auf die sowjetische Note vom 10. März gegeben und ihre grundsätzlich ablehnende Position signalisiert. Der sensationelle Vorschlag Stalins für Deutschland hatte sie nicht an der Übergabe des Kurzvertrages gehindert. Nur wenige Diplomaten am Ballhausplatz erkannten, daß der Kurzvertrag bereits anderen als österreichischen Zwecken diene. Westliche Medien stellten allerdings rasch die Zusammenhänge her. Löwenthal meldete am 14. März aus Washington, der Pariser CBS-Korrespondent habe die Reaktion der Sowjetunion auf den Kurzvertrag als „Prüfstein für die russischen Absichten in der Frage Deutschlands“ bezeichnet und in der Presse lasse sich bereits unter Hinweis auf Punkt 6 des Kurzvertrages „eine gewisse Skepsis hinsichtlich der Erfolgchancen“ erkennen³¹.

Die weiteren Reaktionen zeigten, daß nun auch in Bonn eine Verbindung zwischen der österreichischen und der deutschen Frage gesehen wurde. Am 17. März 1952 erschien in der halbamtlichen *Diplomatischen Korrespondenz* ein Beitrag unter dem Titel „Österreich als Probefall“ mit dem Entwurf des abgekürzten Staatsvertrages. Wie Schöner nach Wien berichtete, wurde der Vertragsentwurf als ein Test für die Ernsthaftigkeit der Deutschland-Vorschläge Stalins vom 10. März bezeichnet³². Eine Woche nach Vorlage des Räumungsprotokolls an den Kreml war der Kurzvertrag aus offiziöser bundesdeutscher Sicht eine Probe aufs Exempel. Sollte dieser westliche Vorschlag unbeantwortet bleiben, so beweise das auch die mangelnde Ernsthaftigkeit der Deutschlandvorschläge Stalins – eine seltsame Logik.

Während die beiden Noten vor allem im Westen in einen Zusammenhang gebracht wurden, scheinen dies die Sowjets nicht so gesehen zu haben. Es ist denkbar, daß sie im Frühjahr 1952 die Österreich- und die Deutschlandfrage getrennt behandelt wissen wollten. Daß dabei die deutsche Frage Priorität genöÙ, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Am 20. März drahtete Schöner nach Wien, laut einem Bericht der *Frankfurter Rundschau* gebe es Befürchtungen, „daß westliche Antwort auf Sowjetnote auszugsweise den österreichischen Staatsvertrag als Bedingung für Aufnahme von Verhandlungen über deutschen Friedensvertrag erwähnen könnte. Das österreichische Problem müsse aus dem Spiel gelassen werden“. Die Meldung stamme aus dem Bonner Auswärtigen Amt, wo man sich auf eine Äußerung Dean Achesons berufe. Wie Schöner weiter schrieb, glaube man „aus russischer Reaktion auf Vorschlag eines gekürzten

20.3.1952, in: Ebenda, Zl. 149.995-pol/52 (GZl. 146.099-pol/52). Dieser Aspekt war auch François-Poncet aufgefallen. Im Unterschied zur *Diplomatischen Korrespondenz* war die bundesdeutsche Presse im Zusammenhang mit den Vorschlägen Stalins nicht auf den Kurzvertrag eingegangen. Vgl. MAE, EU 6-9-1, Autriche 1949-1955, Vol. 279, Bonn, 18.3. 1952, No. 2408, fol. 316 und 15.3. 1952, No. 2317, fol. 274.

³¹ Löwenthal an Gruber, 14.3. 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1952, Staatsvertrag 4, Bericht Zl. 42 Pol/52 Kurzfassung des Staatsvertrages; Pressemeldungen, Zl. 149.424-pol/52 (GZl. 146.205-pol/52); vgl. den Vertragstext bei Stourzh, Staatsvertrag, S. 220ff.

³² Schöner an BKA/AA, Bonn, 18.3. 1952, in: Ebenda, Staatsvertrag 4, Schreiben Zl. 157/Pol/52 betreff Österreichischer Staatsvertrag, Zl. 149.068-Pol/52 (GZl. 146.205-pol/52).

Staatsvertrages Schlüsse ziehen zu können, ob Rußland mit seiner Deutschland-Note nicht vielleicht eine größere Aktion in der Richtung einer Neutralisierung ganz Mitteleuropas einleiten will³³. Es war der letzte Satz dieses Telegramms, der aufhorchen ließ: Auch in der Bundesrepublik wurde dem Angebot Stalins nun eine gewisse Ernsthaftigkeit insofern zugesprochen, als die sowjetische Neutralisierungspolitik glaubhaft erschien. Von einer Täuschung oder „Falle“ war jedenfalls kaum mehr die Rede.

In Wien wuchs ebenfalls das Interesse an der Stalin-Note. Legationsrat Stephan Verosta glaubte Neutralisierungsbestrebungen der Sowjets auch gegenüber Österreich feststellen zu können³⁴. In amerikanischen Blättern wurde der Zusammenhang im Frühjahr 1952 rege diskutiert. Wilfried Platzer, Legationssekretär in Washington, teilte am 21. März mit, die Presse sei über die Neufassung des Staatsvertrages besonders gut informiert. Das öffentliche Interesse habe sich im Zusammenhang mit der sowjetischen Note „neuerlich dem österreichischen Staatsvertrag zugewendet“. So habe Anne O'Hare McCormick von der *New York Times* gemeint, daß die wachsende Stärke der Westmächte die Sowjets veranlaßt habe, ihren Standpunkt in der Deutschlandfrage „demjenigen der Westmächte anzunähern“. Auch sie vertrete die nun schon strapazierte Prüfsteinthese. Demgegenüber sehe Walter Lippmann in dem sowjetischen Schritt lediglich das Bestreben, „Deutschland dem westlichen Vertragsnetz fernzuhalten“; es sei naiv, daraus „irgendwelche Schlüsse auf eine sowjetische Bereitschaft in der Österreichfrage zu ziehen“. Platzer berichtete weiter, daß Lippmann davor warne, „die österreichische Frage mit der deutschen zu verbinden, da dies letzten Endes dazu führen könnte, daß die Sowjetunion einen neuen ‚Anschluß‘ sanktioniere“³⁵.

Am 18. März meldete Wimmer, die „zunächst unverbindlich eingenommene Haltung“ des Foreign Office gegenüber der sowjetischen Note habe sich nicht geändert: „So, wie es bereits auf besonderem Wege berichtet wurde, bleibt die Auffassung bestehen, daß die russische Note ernst genommen werden müsse, wenn schon aus keinem anderen Grunde als dem, daß sie einen praktischen Weg für die Vermeidung einer dauernden Teilung Deutschlands aufzeige.“ Der Diplomat verwies auch auf einen Artikel in der *Londoner Times* vom 18. März, „der nicht ohne Kenntnis der Stellung des Foreign Office verfaßt worden sein“ dürfte und recht weit von den Meinungen entfernt sei, „die den russischen Vorschlag von Anfang als Propaganda behandelt und abgetan wissen wollten“. Westlicherseits werde gefordert, daß im russischen Vorschlag Garantien gegen unklare Kompetenzen einer zukünftigen gesamtdeutschen Regierung

³³ Schöner an BKA/AA, 20.3. 1952, in: Ebenda, Staatsvertrag 4, Chiffretelegramm Zl. 20251, Zl. 149.091-pol/52 (GZl. 146.205-pol/52).

³⁴ Notiz auf dem Chiffretelegramm Schöners mit dem Verweis auf einen Bericht Verostas (Zl. 148.111-pol/52), der nicht eruiert werden konnte, in: Ebenda. Zur Frage des „Lernprozesses“ der österreichischen Diplomatie aus den Neutralisierungsvorschlägen Stalins vgl. Günter Bischof, Österreichische Neutralität, die deutsche Frage und europäische Sicherheit 1953–1955, in: Rolf Steininger u. a. (Hrsg.), Die Doppelte Eindämmung. Europäische Sicherheit und deutsche Frage in den Fünfzigern, Mainz 1993, S. 133–176, S. 147.

³⁵ Platzer an Gruber, 21. 3. 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, IIpol 1952, Staatsvertrag 4, Schreiben Zl. 46 Pol/52 Staatsvertrag; Pressestimmen, Zl. 149.503-pol/52 (GZl. 146.205-pol/52).

enthalten sein müßten. Wie Wimmer anfügte, sollte auf diese Weise „unter Berücksichtigung der in Österreich gemachten Erfahrungen vermieden werden, außenstehenden Mächten Vorwände und Möglichkeiten zu unerwünschten Eingriffen zu geben“³⁶. Sollten das schon Neutralitätserwägungen für Deutschland sein? Die Österreichfrage wurde jedenfalls als „Negativbeispiel“ sowjetischer Interventions- und Repressionsmöglichkeiten angesehen, um zu demonstrieren, wie unnachgiebig und kompromißlos der Kreml bisher in Europa vorgegangen war. Aufgrund dieser Zusammenhänge erfuhr Österreich dann bei der Beantwortung der sowjetischen Note jene scheinbare Aufwertung im taktischen Gerangel um Deutschland und diente als Karte des Westens. Hierzu war es aber nötig, ein Junktim zwischen beiden Problemen herzustellen.

Am gleichen Tag wie Wimmer aus London berichtete Legationsrat Walter Wodak aus Paris, die russische Initiative, „die für die französische Öffentlichkeit vollkommen überraschend gekommen ist“, gebe zu lebhaften Auseinandersetzungen Anlaß. Noch deutlicher als in der Debatte über den Pleven-Plan stünden nun auf der einen Seite die absoluten Gegner einer deutschen Wiederaufrüstung, „die in Wirklichkeit die Neutralisierung eines unbewaffneten Deutschland wünschen“, und auf der anderen Seite die „Europäer“, „die die mehr oder minder starke Integrierung Deutschlands in eine Europäische Union anstreben“. Wie in der Debatte um den Pleven-Plan gingen die Gegensätze durch alle Parteien „mit Ausnahme der Kommunisten, die folgsam die neue russische Politik ihren Anhängern schmackhaft zu machen versuchen“. Wodak hatte vertraulich am Quai d'Orsay erfahren, die in London geführten Besprechungen hätten vorläufig dazu geführt, daß die Westmächte den russischen Vorschlag keinesfalls direkt ablehnen würden. Zum Zwecke der Aufklärung verschiedener unklarer Punkte sei eine Viermächtekonferenz möglich. In diesem Zusammenhang sei auch das ominöse Wort „eine neue Konferenz im Palais Rose“ gefallen. Auch hatte er den Eindruck gewonnen, „daß das Hauptbestreben des Quai d'Orsay dahin gerichtet ist, Zeit zu gewinnen, um die im Zuge befindlichen Verhandlungen mit der Regierung der deutschen Bundesrepublik zu Ende zu führen und damit die Russen vor ein *fait accompli* zu stellen“. Zugleich gebe es viele Franzosen, auch in offiziellen Stellen, die hofften, daß eine Viermächte-Konferenz größere Klarheit über die „wirklichen“ Absichten der Sowjets bringen würde und zu einer Verständigung auf der Basis des Status quo führen könnte³⁷.

Für Walter Lippmann schien jene „größere Klarheit“, die die Franzosen von einer Viermächte-Konferenz noch erwarteten, schon gegeben. Er stellte in der *Washington Post* am 18. März 1952 fest, der Schwenk der westlichen kommunistischen Parteien hin

³⁶ Wimmer an Gruber, 18.3.1952, in: Ebenda, Deutschland 16, Schreiben Zl.40-Pol/52 Britische Stellungnahme zur russischen Deutschlandnote, Zl.149.224-pol/52 (GZl.148.813-pol/52). Der Artikel in der Times hatte den sowjetischen Vorschlag als „letzte Chance“ für die Wiedervereinigung bezeichnet, da die Sowjetregierung kein Interesse an einem derartigen Kompromiß mehr habe, wenn Westdeutschland einmal fest in die westliche Verteidigungsfront eingegliedert und aufgerüstet sei.

³⁷ Wodak an Gruber, 18.3.1952, in: Ebenda, Deutschland 16, Schreiben Zl.10-Pol/52 Russische Initiative in der Deutschland-Frage, Zl.149.454-pol/52 (GZl.148.813-pol/52).

zu den Vorschlägen der Stalin-Note sei offenkundig. Die KPF, bis dato gegen jegliche Form einer deutschen Wiederbewaffnung, trat nun plötzlich für nationale deutsche Streitkräfte ein³⁸. Einen Tag später meldete sich Wodak nochmals, nachdem er mit dem deutschen Botschafter Gebhardt von Walther eine Unterredung gehabt hatte. Walther, der nach fünf Jahren in Moskau in Anspruch nahm, die russische Mentalität zu kennen, erklärte, er glaube, daß Stalin, der immerhin ein beträchtliches Alter erreicht habe, „den Wunsch hege, vor seinem Tode eine Entspannung in Europa herbeizuführen und eine klare Scheidung zwischen germanischen und slawischen Völkern zu schaffen“. Die Russen befürchteten „nicht so sehr die teilweise Wiederaufrüstung Deutschlands, sondern die Integrierung eines wiederaufgerüsteten Deutschlands in den ‚Westen‘“. Dies gehe klar aus dem Vorschlag hervor, wonach Deutschland keine Allianzen abschließen dürfe. Nach Walthers Einschätzung würden die Russen „für die nächsten 20 Jahre die stärkste Militärmacht des eurasischen Kontinents bleiben und könnten, nach Abzug der US-Kräfte aus Europa, jederzeit die Einhaltung der Deutschland auferlegten Verpflichtungen durchsetzen“. Als Wodak fragte, welche Antwort auf die Démarche der Sowjets zu erwarten sei, scheute Walther vor einer klaren Aussage zurück und gab zu verstehen, daß „einer seiner Kollegen in Bonn vor kurzem wegen einer Indiskretion vom Dienste suspendiert worden“ sei. Eine Ablehnung à limine komme aber nicht in Frage. Adenauer sei von dem Argument, ein solcher Schritt bedeute eine Erhöhung der momentanen Kriegsgefahr, „stark beeindruckt worden“³⁹.

Am 20. März 1952 berichtete Wimmer aus London, von hoher Stelle im Foreign Office sei ihm bestätigt worden, daß im Entwurf der Antwortnote auch eine Erwähnung Österreichs enthalten sei. Anhaltspunkte dafür, daß der österreichische Standpunkt mit Nachdruck vertreten werde, seien jedoch nicht zu finden gewesen. Der Botschafter ließ damit durchblicken, daß Österreich weiterhin zwar ein Thema für die Westmächte sei, ohne jedoch großen Stellenwert einzunehmen. Immerhin habe die „Koinzidenz der russischen Deutschland-Note mit der Note der Westmächte“ die Prognose, die London bezüglich der Reaktion auf den Kurzvertrag „mit größter Vorsicht stellt, doch etwas verbessert“. Unterstaatssekretär Roberts sei der Meinung, die Erwähnung der siebenjährigen Wartezeit Deutschlands auf den Friedensvertrag lasse doch die Vermutung entstehen, „daß auch in Rußland nicht alle Aktionen derart genau aufeinander abgestimmt seien, wie man es, vielleicht in einer Überschätzung der russischen Planung, vielfach annehme, da sonst dieses Argument, dessen sich die Westmächte so oft für Österreich bedient hätten, in diesem Augenblick vermieden worden wäre“⁴⁰. Er glaubte demnach nicht an eine koordinierte sowjetische Deutschland- und Österreichpoli-

³⁸ Vgl. auch Michael Gehler, Ein wiedervereinigtes und blockfreies Deutschland mit Nationalarmee und die französischen Kommunisten 1952, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen Nr. 44, 1988, H. 2, S. 75–104.

³⁹ Wodak an Gruber, 19. 3. 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1952, Deutschland 16, Zl. 11-Pol/52 Gespräch mit dem deutschen Botschaftsrat in Paris, Zl. 149.419-pol/52 (GZl. 148.813-Pol/52).

⁴⁰ Wimmer an Gruber, 20. 3. 1952, in: Ebenda, Deutschland 16, Zl. 42-Pol/52 betreff Antwort der Westalliierten auf die russische Deutschlandnote, Zl. 149.417-pol/52 (GZl. 148.813-pol/52).

tik. Sir William Strang sehe der weiteren Entwicklung des Meinungsaustausches mit Rußland in der deutschen Frage „mit Ruhe und ohne alle Illusionen, wenn auch nicht mit demselben Maß von Besorgnis wie angeblich der Quai d'Orsay, entgegen“⁴¹. Die Unnachgiebigkeit Moskaus in der österreichischen Frage schien für diese Einschätzung Nahrung zu liefern.

Die Skepsis des französischen Außenministeriums gegenüber der sowjetischen Politik spiegelte sich ebenfalls in der Presse wider. Am 20. März berichtete die *Wiener Zeitung*, eine Viererkonferenz über Deutschland sei wahrscheinlich, aber ein Zusammenhang mit dem österreichischen Staatsvertrag bestehe nicht. Die Meldung stützte sich auf die Stellungnahme eines Sprechers des Quai d'Orsay: Zwischen dem Staatsvertrag für Österreich und der sowjetischen Note über Deutschland existiere keine Verbindung. Es ergäben sich jedoch Beziehungen „auf Grund von Tatsachen“. Die Vorbereitung des österreichischen Staatsvertrages sei „ein Beispiel an Langsamkeit“, das „nicht aus den Augen verloren werden“ dürfe. Es sei unmöglich, daß die Ausarbeitung eines Vertrages für Deutschland ebenfalls sechs Jahre daure⁴².

Mehr und mehr rückte auch die neutrale Schweiz als Informationsgeber für die Positionsbestimmung Wiens in den Vordergrund. In Bern nämlich verfolgte man die Deutschland-Offerte Moskaus mit großem Interesse und sah Zusammenhänge mit der Österreichfrage. Gesandter Karl Wildmann berichtete von einem Gespräch mit Bundesrat Max Petitpierre und Minister Alfred Zehnder, die vor allem die sicherheitspolitischen Implikationen im Auge hatten: Petitpierre betrachte das sowjetische Angebot für einen Friedensvertrag und den westlichen Vorschlag für einen Staatsvertrag mit Österreich „nicht ohne Besorgnis“. Er glaube zwar nicht an eine bevorstehende Kriegsgefahr; mit Nachdruck erkläre er aber, daß die sogenannte europäische Armee „in absehbarer Zeit“ nicht verwirklicht werde. Zehnder habe keinen Zweifel, daß sich Adenauer mit seiner Politik der Westintegration immer mehr von der öffentlichen Meinung seines Landes entferne, für die heute die Frage der Wiedervereinigung das einzige bestimmende Thema sei. Der russische Vorschlag für einen gesamtdeutschen Friedensvertrag habe in Ost- und Westdeutschland eine starke Wirkung hervorgerufen. Von entscheidender Bedeutung für die weitere internationale Entwicklung werde es sein, ob und in welcher Weise der Westen auf den russischen Vorschlag reagiere. Zehnder glaube nicht an eine Renaissance der „Rapallo-Politik“; gerade aus dem bisherigen Ostdeutschland würden dagegen die stärksten Widerstandskräfte kommen. Nach seiner Ansicht bestand „hier zweifellos eine gewisse psychologische Ähnlichkeit mit der Lage in Österreich, wo auch im russisch besetzten Teile der Widerstandswille und die Ablehnung gewisser Spekulationen stärker seien als im westlichen Teile Österreichs“. Die Frage des Staatsvertrages und damit die Räumung des Landes seien „für

⁴¹ Ebenda. In Paris sah man im sowjetischen Vorschlag eine Rückkehr zum „quadripartisme“ und im Zusammenhang mit Österreich war von „piège autrichien“ die Rede; vgl. Georges-Henri Soutou, *La France et les notes soviétiques de 1952 sur l'Allemagne*, in: *Revue d'Allemagne* 20 (1988), S. 261–273, hier S. 266 und 268.

⁴² *Wiener Zeitung* vom 20. 3. 1952.

die Russen unzertrennlich mit der Regelung der deutschen Frage verbunden“. Zehnder ließ Wildmann wissen, „daß Moskau Österreich bestimmt solange als Pfand halten werde, bis die deutsche Frage eine für Rußland akzeptable Lösung gefunden habe“⁴³.

Der Kurzvertrag in der österreichischen Innenpolitik

Die Staatsvertragspolitik mit dem gebilligten Vorschlag des „Räumungsprotokolls“ vollzog sich bis Mitte März 1952 vor allem hinter den Kulissen des Wiener Ballhausplatzes. Nur ein enger Kreis war von den Vorgängen informiert. Die von den Hohen Kommissaren in den Abmachungen von Anfang Februar vorgesehene Parlamentsdebatte hatte noch nicht stattgefunden. Am 19. März beklagten die Nationalratsabgeordneten Herbert Kraus und Viktor Reimann (VDU), die aus verschiedenen Veröffentlichungen entnommen hatten, daß über einen „Skelett-Vertrag für Österreich“ diskutiert werde, das Parlament sei, „wie dies in solchen Fällen leider zur Gewohnheit geworden ist, bis zur Stunde über keine Einzelheit der hier vorliegenden Verhältnisse in Kenntnis gesetzt worden“⁴⁴. Am gleichen Tag betonte Bundeskanzler Figl auf einer Rede vor dem erweiterten Tiroler Landesbauernrat, daß es für die Freiheit Österreichs „höchste Zeit“ und der österreichische Staatsvertrag „durch den Vorschlag des Westens neuerlich in den Mittelpunkt des Weltinteresses gerückt sei“⁴⁵ – eine Formulierung, die den Tatsachen so nicht entsprach. Allerdings war nicht zu verkennen, daß die Stalin-Note eine rege Tätigkeit westlicher Stellen in Gang gesetzt hatte.

Am 26. März registrierte der österreichische Botschafter in London, Wimmer, daß Österreich in der außenpolitischen Rede Anthony Edens vom 5. Februar erwähnt und auch im Konzept des Foreign Office vorgesehen, dann aber in der Schlußfassung der Antwort auf die sowjetische Note weggelassen worden war. Auch Strang hatte noch am 19. März angedeutet, daß sich dort ein Hinweis auf Österreich finden werde. Doch die am 26. März publizierte Fassung zeigte, daß bei der in Paris vorgenommenen Schlußredaktion der Note der Hinweis auf Österreich entfallen war⁴⁶. Auch im amerikanischen

⁴³ Wildmann an Gruber, 21. 3. 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1952, International 2 A, Schreiben Zl. 10/pol/52 Unterredung mit Bundesrat Petitpierre und Minister Zehnder, Zl. 149.136-pol/52 (GZl. 146.152-pol/52). Kreisky, Zwischen den Zeiten, S. 476, bezeichnet Zehnder als „großen Rußlandkenner“; vgl. neuerdings auch Christian Jenny, Bündnisfreiheit oder Neutralität? Die österreichische Neutralität und ihr Schweizer Muster – ein Verifikationsversuch, Bern (Lizentiatsarbeit) 1993, S. 36–51.

⁴⁴ Anfrage Zl. 395/N.R./52 vom 19. 3. 1952 Kraus, Reimann und Genossen an Minister Gruber, Notiz Gudenus, 24. 3. 1952, in: Ebenda, Staatsvertrag 1 A (GZl. 146.099-pol/52); vgl. den Artikel „Deutschland-Note betrifft auch uns: Jetzt müßte Gruber handeln! Parlamentarische VDU-Interpellation an den Außenminister“, in: Die Neue Front. Zeitung der Unabhängigen vom 22. 3. 1952.

⁴⁵ Wiener Zeitung vom 21. 3. 1952.

⁴⁶ Wimmer an Gruber, 26. 3. 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1952, Staatsvertrag 1 A, Zl. 47-Pol/52 Gegenstand: Österreich im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung über Deutschland; Erwähnung in der westlichen Antwortnote, Zl. 149.349-pol/52 (GZl. 146.099-pol/52). Vgl. zur Haltung Edens und zum britischen Entwurf für die westliche Antwortnote vom 15. 3. 1952 auch Steinin-

Entwurf der Antwortnote vom 14. März war unter Punkt 3 dezidiert auf Österreich eingegangen und auf die fruchtlosen Verhandlungen mit den Sowjets hingewiesen worden: „It would be an encouraging augury for future discussions about a German treaty if the Soviet Government were to respond favorably to the new proposals for an Austrian treaty contained in the note of US Government of March 13“⁴⁷. Umso erstaunlicher war das Fehlen jeden Hinweises in der westlichen Antwort vom 25. März 1952. Auf seine diesbezügliche Frage erhielt Wimmer am 2. April die Auskunft, die Erwähnung Österreichs sei auf Drängen des deutschen Bundeskanzlers gestrichen worden⁴⁸. Warum hatte der Kanzler die Streichung des Verhandlungsgegenstandes Österreich verlangt? War dies Ausdruck seines „Neutralisierungstraumas“⁴⁹? Oder befürchtete er einen Präzedenzfall für Deutschland? Tatsächlich war Adenauer am 21. März in Paris von den Westmächten konsultiert worden, hatte seine Ideen einbringen können und kehrte „tief befriedigt“ nach Bonn zurück⁵⁰. Konnte noch deutlicher zum Ausdruck kommen, wie sehr Österreich zu einem Instrument der westalliierten Deutschlandpolitik geworden war und wie stark offensichtlich Adenauer die Behandlung der Österreichfrage seitens der Westmächte mitbestimmte? In Wien wurde diese Entwicklung mit sichtlicher Sorge und zunehmender Verstimmung registriert.

Welchen Stellenwert Österreich für Moskau hatte, ließ Bischoff am 29. März wissen: Als die Vertreter der Westmächte am 25. März ihre Replik auf die sowjetische Deutschland-Note übergaben, seien sie – „zum Unterschied von ihrer Démarche betreffend den  sterreichischen Kurzvertrag“ – binnen weniger Stunden von Andrej Wyschinskij einzeln empfangen worden. Wie Bischoff von zwei der drei beteiligten Diplomaten erfuhr, zeigte sich der sowjetische Außenminister bei dieser Gelegenheit „in bester Form, Laune und Gesundheit“. Die westliche Note wurde im diplomatischen Korps als „höfliche Ablehnung direkter Verhandlungen im gegenwärtigen Zeitpunkt“ interpretiert. Dies entspräche durchaus der bisherigen Haltung der Westmächte, die seit Jahren wiederholt erklärt hätten, „daß sie vor Vollendung ihrer Aufrüstung und vor durchgeführter Integration Westdeutschlands in ihr System nicht bereit seien, mit den Russen zu verhandeln“. Soweit Bischoff sah, nehme „hier niemand an, daß die Russen ernstlich gehofft haben könnten, durch ihre Note vom 10. März zu Verhandlungen gelangen zu können, und die allgemeine Auffassung unter den Diplomaten geht dahin, daß die sowjetische Note ebenso wie die Antwortnote der westlichen Großmächte pri-

ger, Chance, S. 136, Anm. 4 bzw. S. 144 f. Die Memoiren von Lothar Wimmer, Zwischen Ballhausplatz und Downing Street, Wien/München 1958 sind diesbezüglich nicht ergiebig.

⁴⁷ Steining r, Chance, S. 139 und 156.

⁴⁸ Ebenda und Außenamt an Wimmer, 2.4. 1952, Schreiben zu Zi. 149.349-pol/52, in:  StA, AdR, BKA/AA, II-pol 1952, Staatsvertrag 1A. Vgl. auch Strang to Central Department, 23.4. 1952, in: Public Record Office (PRO), FO 371/98067, CA 1071/115.

⁴⁹ Vgl. hierzu Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 184, der dieses Trauma erwähnt, als das Land 1955 seine Neutralität frei wählte, für Adenauer „die ganze  sterreichische Schweinerei“!

⁵⁰ Vgl. Schwarz, Aufstieg, S. 913, der die Politik Adenauers im Frühjahr 1952 als „Abwehrkampf gegen die Moskauer Notenoffensive“  berschreibt.

mär als taktische Züge im Ringen um die öffentliche Meinung Deutschlands aufzufassen seien“⁵¹. Damit gab der österreichische Vertreter in Moskau zu erkennen, daß die bisherigen Noten als geschickte Manöver gewertet wurden.

Indessen mußte Außenminister Gruber vor dem Nationalrat Farbe bekennen und den Abgeordneten die Sachlage erläutern. Für ihn dürfte bereits zu diesem Zeitpunkt klar gewesen sein, daß der Erfolg dieser Aktion⁵² ausgeblieben, ja die Wirkung im Grunde sogar kontraproduktiv gewesen war. In seiner Rede⁵³ am 2. April 1952 skizzierte Gruber die Vorgeschichte der Staatsvertragsverhandlungen und ging auf die Forderungen der Sowjets nach Entnazifizierung und Remilitarisierung sowie auf die Triest-Frage ein. Ein Einlenken Österreichs in der Frage des deutschen Eigentums, so Gruber, hätte keine Konzessionen der Sowjets gebracht. Man sei bis zu einem gewissen Grad das Opfer des eigenen Vertrauens in die sowjetische Außenpolitik geworden. Die von den Kommunisten vertretene Neutralisierung – nach Gruber ein „trojanisches Pferd“ zur Installierung einer Volksdemokratie – komme nicht in Frage; eine begrifflich klar umrissene, völkerrechtlichen Normen unterworfenen Neutralität hingegen sei eine „Selbstverständlichkeit“. Gruber war sich völlig im klaren darüber, daß für die Räumung Österreichs eine Viermächte-Einigung erforderlich war und lehnte Separatverträge daher konsequent ab. Die Bundesregierung habe wiederholt erklärt, „daß sie nicht beabsichtige, sich irgendeinem aggressiven Mächteblock anzuschließen“. Der abgekürzte Entwurf des Staatsvertrages, den Gruber besser als „Räumungsprotokoll“ bezeichnet wissen wollte, sei kein Diktat, sondern stelle eine „Verhandlungsbasis dar, die das österreichische Problem von dem Wirrwarr ungelöster untergeordneter Fragen befreit“. Es sei „ein Verhandlungsinstrument, das geeignet erscheint, uns die Entscheidungsfreiheit wiederzugeben“. Das Verhalten der Sowjetunion, „einmal erreichte Konzessionen in den Eisschrank zu legen und sich den Zeitpunkt der Gegenleistung selbst vorzubehalten“, sei jedenfalls nicht zu akzeptieren. Je länger nämlich die Besetzung Österreichs andauere, desto größere Posten der „Ausbeutung unseres Landes“ müßten am Ende in Rechnung gestellt werden. Der alte Vertragsentwurf mit einseitig in Anspruch genommenen Konzessionen dürfe nicht zum Mühlstein werden, „der uns am Halse hängen bleibt“. Gruber bat um prinzipielle Kenntnisnahme der Absicht der Bundesregierung, „zum gegebenen Zeitpunkt die notwendigen vorbereitenden Schritte bei den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen einzuleiten“⁵⁴.

⁵¹ Bischoff an Gruber, BKA/AA, 29.3. 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1952, Deutschland 16, Schreiben Zl. 26/P Zum Notenaustausch UdSSR – Westmächte über die deutsche Frage, Zl. 149.996-pol/52 (GZl. 148.813-pol/52).

⁵² Vgl. Gruber, Befreiung, S. 273, der die Initiative mit dem Argument begründet, daß die Entscheidungsfreiheit des österreichischen Parlaments damit wiederhergestellt worden sei. Nachgerade hält er fest, daß die Bekanntgabe dem Eingeständnis gleichkam, „daß mit raschen Fortschritten in der Vertragsfrage nicht mehr zu rechnen sei“.

⁵³ In: ÖStA, AdR, BKA/AA, Kabinett des Ministers (KdM), Zl. 300.606-K/53, Karton 19; vgl. auch Stenographisches Protokoll des Nationalrates der Republik Österreich, 86. Sitzung, 2.4. 1952, S. 3256–3263.

⁵⁴ Alle Zitate Grubers in: Ebenda.

Grubers eindringliche Rede, flankiert von der Zustimmung der Sozialisten und Unabhängigen, ließ entscheidende Aspekte des „Räumungsprotokolls“ unerwähnt. Der Kurzvertrag konnte nach Lage der Dinge keine wirkliche Verhandlungsbasis für die Sowjets darstellen: In mühseliger Kleinarbeit waren bis 1949 Vereinbarungen erarbeitet worden, die sich auf das deutsche Eigentum in der sowjetischen Zone bezogen. Auf diese Ansprüche sollte die Sowjetunion, die im eigenen Land enorme Schäden zu beklagen hatte, nun Verzicht leisten.

Am 2. April 1952 richtete der österreichische Gesandte in Rio de Janeiro, Max Attems, ein „streng geheimes“ Schreiben nach Wien. Über London seien sehr ernste Meldungen eingelangt, wonach die UdSSR zu einem dritten Weltkrieg entschlossen sei! Die Westmächte hätten zunächst angenommen, daß die Stalin-Note nur als Propagandamanöver anzusehen sei, später eingetroffene Meldungen hätten jedoch gezeigt, „daß die UdSSR vielmehr mit ihrer Initiative sehr ernste Ziele verfolge“⁵⁵. Wiens Vertreter in Moskau, Bischoff, wurde umgehend angewiesen zu berichten, ob er konkrete Wahrnehmungen gemacht habe. Zwischenzeitlich traf ein Bericht Wimmers ein, aus dem einmal mehr hervorging, daß das Foreign Office in seiner Deutschlandpolitik immer noch die Österreich-Problematik im Blickfeld hatte und diese der Öffentlichkeit als Negativbeispiel sowjetischer Politik darzustellen suchte: So hatte Eden in einer längeren Rede vor Auslandskorrespondenten betont, „daß man sich davor hüten müsse, einen Zustand in Deutschland herbeizuführen, der der Sowjetunion die Möglichkeit geben würde, ebenso wie im Falle Österreichs den Abschluß eines Vertrages endlos hinauszuschieben“. Konkrete Hinweise zum Kurzvertrag waren nun nicht mehr zu erwarten, jedoch gab der britische Außenminister „noch seiner warmen Sympathie für das ‚leidende Österreich‘“ Ausdruck⁵⁶.

Einen Tag später berichtete Löwenthal aus Washington, Walter Lippmann habe in einer Artikelserie geschrieben, die Konsultationen unter den westlichen Regierungen hätten gezeigt, daß die sowjetische Note vom 10. März nicht als Propaganda abgetan werden könne und mit Ernsthaftigkeit behandelt werden müsse⁵⁷. Kurze Zeit später schloß der Publizist nicht mehr aus, daß die Sowjets freie Wahlen anbieten könnten⁵⁸. Anlässlich eines Dejeuners in der österreichischen Botschaft gab sich Lippmann überzeugt, „daß der 10. März ein historisches Datum ist, weil die russischen Vorschläge erstmalig ernst gemeint“ seien und die Verhandlungen über Deutschland an diesem Tage praktisch begonnen hätten. Lippmann ließ durchblicken, daß Adenauers Unterschrift unter die Westverträge „nur problematischen Wert haben würde, weil dieser, selbst wenn er noch ihre Ratifikation durchsetzt, wahrscheinlich nicht mehr lange

⁵⁵ Attems an Gruber, 2. 4. 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1952, Rußland 5, Zl. 32/P, Zl. 149.999-pol/52 (GZl. 1459.999-pol/52).

⁵⁶ Wimmer an Gruber, 3. 4. 1952, in: Ebenda, Staatsvertrag 5, Schreiben Zl. 49-Pol/52 Lunch der Foreign Press Association; Ansprache Mr. Edens, Zl. 150.164-pol/52 (GZl. 150.164-pol/52).

⁵⁷ Vgl. Lippmann, A serious Soviet Move, in: The Washington Post vom 18. 3. 1952.

⁵⁸ Vgl. Lippmann, The Western Reply, in: The Herald Tribune vom 27. 3. 1952; vgl. auch Politics and U. S. Foreign Policy, in: The Washington Post vom 1. 4. 1952.

Regierungschef sein wird“. Der Journalist vertrat die Ansicht, die Westmächte sollten der Wiederherstellung eines geeinten und unabhängigen Deutschlands, das außenpolitisch eine ähnliche Linie wie Schweden halten würde, zustimmen. Die Besatzungstruppen dürften jedoch erst abgezogen werden, wenn die neue gesamtdeutsche Regierung die Grenzfragen auf dem Verhandlungswege bereinigt habe. Der deutsche Geschäftsträger in Washington, Heinz Krekeler, hatte gegenüber Löwenthal die Artikelserie Lippmanns „spontan als geradezu naiv“ bezeichnet. Lippmann schein zu vergessen, „daß freie Wahlen in der deutschen Ostzone praktisch undurchführbar sind und daß auch die deutschen Sozialisten nicht gewillt wären, die Einheit Deutschlands um den Preis der demokratischen Freiheit zu erkaufen und auch nur das geringste Risiko nach dieser Richtung zu übernehmen“⁵⁹.

Am 4. April meldete sich Bischoff und legte genau abwägend dar, daß augenblicklich keine Kriegsgefahr bestehe. Die Feststellungen Stalins, daß die Kriegsgefahr nicht größer sei als vor zwei, drei Jahren, sei dafür ein indirektes Indiz. Die derzeitige Politik des Kremles basiere auf der Koexistenz der beiden Systeme⁶⁰.

*Zweite Stalin-Note und Österreichs Befreiungsversuch
aus dem Schlepptau der alliierten Deutschlandpolitik*

Am 9. April 1952 hatten die Sowjets in Reaktion auf die Note der Westmächte vom 25. März eine zweite Deutschland-Note überreicht, in der sie auch die Möglichkeit freier Wahlen andeuteten. Die auf Zeit spielenden Westmächte reagierten darauf erst am 13. Mai; ihre Antwort kam der Forderung eines „Räumungsprotokolls“ für Deutschland gleich.

Bereits am 11. April lag die Stellungnahme Adenauers zur zweiten sowjetischen Note vor. Aus einer Aufzeichnung seines Beraters Herbert Blankenhorn geht hervor, daß der Kanzler von seinen Maximalforderungen nicht abrücken wollte. Die Bereitschaft zu einer Viermächte-Konferenz machte er von mehreren Bedingungen abhängig. Hierbei sollte „man sich nach den Erfahrungen mit Österreich, Korea, Palais Rose über das Fundamentale wenigstens in einer gewissen Übereinstimmung“ befinden⁶¹. In den langwierigen Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag sah Adenauer zwar einen Beleg für die Obstruktion und Intransigenz der sowjetischen Politik, doch zu den Themen, die er den Westmächten aufzudrängen suchte, weil anzunehmen

⁵⁹ Löwenthal an Gruber, 4.4. 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1952, Deutschland 16, Schreiben Zl. 52-Pol/52 Walter Lippmann über die russische Initiative betreffend Deutschland, Zl. 150.001-pol/52 (GZl. 148.813, 149.996-pol/52).

⁶⁰ Vgl. Bischoff an Gruber, 4.4. 1952, in: Ebenda, Deutschland 16, Schreiben Zl. 29/P J. W. Stalin über einige aktuelle Fragen, Zl. 150.456-pol/52 (GZl. 148.813-pol/52).

⁶¹ Adenauer: Briefe 1951–1953, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1987, S. 200ff., 562; die von Adenauer ins Spiel gebrachten Gedanken wurden auch in einer Unterredung mit den Hohen Kommissaren am 16.4. 1952 von McCloy geteilt, vgl. Schwarz, Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, S. 76f.

war, daß Moskau sie ablehnen würde, gehörte die Österreichfrage nicht. Der Bundeskanzler hielt daran weiter lediglich im Sinne eines „Negativbeispiels“ fest.

Am 12. April meldete Bischoff aus Moskau, unter den dortigen Diplomaten sei der Eindruck verbreitet, wonach die sowjetische Politik mit der zweiten Note das deutsche Volk und den gesamten Westen „tatsächlich vor ein fast unentrinnbares ‚aut – auf‘ gestellt hat, daß die Welt nun an einem über ihre nächsten Geschicke entscheidenden Kreuzweg angelangt ist und daß sie beginnt, sich dieser Situation bewußt zu werden“. Allerdings gebe es auch die Ansicht, „daß die Dinge von Amerika schon zu weit getrieben wurden, als daß – insbesondere in einem Jahr der Präsidentenwahl – eine Neuorientierung im Sinne einer Rückkehr zur Potsdamer Lösung denkbar wäre“. Bischoff glaubte nach alledem weiterhin nicht, „daß die Russen vermeinen, die Amerikaner derzeit zur Potsdamer Lösung zurückzwingen zu können“. Er war sich aber sicher, „daß ihre Aktion immerhin damit rechnet, bei den Deutschen und in der gesamten Westwelt, inclusive Amerika selbst, das Unbehagen vor der amerikanischen Politik des Nichtverhandelns und der ‚im geeigneten Moment‘ zu stellenden ‚ultimativen Forderungen‘ an die Sowjetunion zu verstärken, was natürlich schließlich die Durchschlagskraft dieser Politik erheblich reduzieren muß“. Wie Bischoff süffisant anmerkte, müßte er – wenn er nach den Stimmungen „hiesiger bisher völlig amerikahöriger Kollegen“ urteilen wollte – annehmen, daß den Sowjets dies „in nicht ganz unbeträchtlichem Maße zu gelingen scheint“⁶².

Bischoffs Beobachtungen waren nicht von der Hand zu weisen. Die fehlende westliche Verhandlungsbereitschaft auf der Basis der Stalin-Noten wurde von ihm richtig erkannt. Schon kurz nach Übermittlung der zweiten Note gaben die Westmächte österreichischen Auslandsvertretern wiederum zu verstehen, daß die sowjetischen Neutralisierungsversuche für Deutschland wie für Österreich bei ihnen auf taube Ohren stoßen würden. Sie stellten Gegenforderungen auf, die mehr als ein „Räumungsprotokoll“ verlangten, das „do ut des“-Prinzip unterliefen und für den Kreml nicht annehmbar waren. Am 11. April berichtete Gesandter Heinrich Schmid von einer Unterredung des Legationsrates Wodak mit Frank Roberts, in der dieser die von Eden bereits des öfteren dargelegte Auffassung bekräftigte, daß man nicht mit einer „Generalbereinigung“, sondern einer schrittweisen Erledigung der zwischen Ost und West bestehenden Konflikte zu rechnen habe. Laut Roberts seien „die vollständige Räumung Deutschlands und Österreichs durch die Russen“ die „Minimalforderungen“ des Westens, „wobei es diesen Ländern freistehen müßte, ihnen genehme politische Verbindungen einzugehen“. Noch seien die Russen nicht bereit, wirklich nachzugeben, „obwohl das russische Angebot bezüglich des deutschen Friedensvertrages zweifellos einen großen Fortschritt darstelle. Vor einem Jahr hätte man wahrscheinlich dieses Angebot annehmen können. Heute sei es bereits zu gering, aber er glaube fest daran, daß die Russen eines Tages auf friedlichem Wege, ohne Krieg, zum Einlenken

⁶² Bischoff an Gruber, 12.4. 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1952, Deutschland 16, Schreiben Zl. 31/P Zur sowjetischen Note vom 9. April d.J. über den deutschen Friedensvertrag, Zl. 150.458-pol/52 (GZl. 148.813-pol/52).

gezwungen werden würden“. Roberts sei „absolut optimistisch, gerade, weil er die Russen kenne“. Der Westen müsse mit seinen Verteidigungsplänen weitergehen und „endlich die Integrierung Deutschlands vollziehen“. „Wirklich ernste Avancen Rußlands“ werde der Westen „nicht zurückstoßen“. George Kennan, der US-Botschafter in Moskau, zu dem er volles Vertrauen habe, werde feststellen können, ob die verschiedenen von den Russen zu erwartenden Avancen und Angebote wirklich ernst gemeint seien.

Der Bericht aus Paris machte deutlich, daß der Kurzvertrag nicht das letzte Wort des Westens war. Sollten sich die Sowjets etwa plötzlich bereiterklären, den alten Entwurf für den österreichischen Staatsvertrag zu unterschreiben – „wobei sie natürlich in den offenen Punkten entsprechende Konzessionen machen und vollkommen auf die im letzten Jahre gestellten Zusatzanträge verzichten müßten“ – , dann, so Roberts, werde der Westen, „trotz der Versteifung der amerikanischen Haltung im letzten Jahr, dies nicht ablehnen“. Wie ernst Roberts' Aussagen zu nehmen waren, ist schwer zu beurteilen; bemerkenswert ist allerdings, daß er mehrfach relativierte. Einmal mehr bestätigte sich das von den Briten vorgesehene Junktim zwischen Österreich- und Deutschlandfrage. Wie Roberts wissen ließ, „habe er immer die Ansicht vertreten, daß die Russen Österreich nicht freigeben werden, bevor nicht die deutsche Frage geregelt sein werde, und dies sei auch weiterhin seine Meinung“⁶³. So konnte es nicht Wunder nehmen, daß die Österreichfrage weiter auf der Strecke blieb.

Von den Westmächten waren es alleine die Amerikaner, die bei den Sowjets wegen des noch nicht beantworteten Kurzvertrags-Vorschlages urgieren wollten. In dem Entwurf dazu hieß es, der österreichische Staatsvertrag sei eine klassische Fallstudie für die Obstruktionspolitik der Sowjetunion, deren Vorschläge für Deutschland im Lichte dieser Erfahrungen betrachtet und behandelt werden sollten. Nun war London anderer Auffassung. Ein internes Memorandum vom 16. April wich von der ursprünglich erwogenen Vorgehensweise ab: Es könne gefährlich sein, einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der deutschen und der österreichischen Frage herzustellen. Die Westmächte sollten nicht den Eindruck entstehen lassen, daß sie die Lösung des einen als von der Lösung des anderen Problems abhängig betrachten würden. Es galt, den Eindruck zu vermeiden, bei einer Einwilligung der Sowjets in der Österreichfrage werde der Westen dies auch in der deutschen Frage tun. Der Grund für den Unwillen der Briten lag darin, daß sie nicht so „wedded to the abbreviated Treaty“ waren und die Russen zu einer baldigen Antwort zwingen wollten⁶⁴.

In der Zwischenzeit versuchte die österreichische Diplomatie das Scheitern des Kurzvertrages, der vollends in den Strudel der Auseinandersetzungen um die Deutschlandfrage geraten war, zu verhindern. Ein streng geheimes Schreiben Grubers an die Botschafter in den drei Metropolen sollte über die neue Lage informieren und zu neuen Schritten veranlassen. Im Entwurf dieses Schreibens ist einiges von der nicht ge-

⁶³ Schmid an Gruber, 11. 4. 1952, in: Ebenda, International 2 A, Bericht Zl. 14-Pol/52 Unterredung mit Mr. Frank Roberts (F.O.), Zl. 150.168-pol/52 (GZl. 148.398-pol/52).

⁶⁴ Bischof, Gruber, S. 148 f., 174.

ringen Irritation und Enttäuschung in Wien nach der ersten Note der Sowjets und dem Verhalten der Westmächte zu lesen⁶⁵. Klarheit herrschte vorerst nur darüber, daß die Stalin-Note vom 10. März „sehr zu unserem Schaden die Bedeutung des unmittelbar darauf von den Westmächten in Moskau übermittelten österreichischen Kurzvertrages überschattet“ hatte. Zunächst war man in Wien von der Annahme ausgegangen, daß die Reaktion der Westmächte selbstverständlich auch auf Österreich Bezug nehmen werde, so daß die Staatsvertragsfrage von der „Tagesordnung der öffentlichen Meinung“ nicht abgesetzt würde. Die Tatsache, daß dieser Hinweis auf „besonderes Ersuchen des deutschen Bundeskanzlers in der Beantwortungsnote der westlichen Alliierten eliminiert“ worden war, hatte laut Gruber schon „zu gewissen Bedenken“ Anlaß gegeben. Die kürzliche Äußerung Achesons, wonach die USA nicht beabsichtigten, in der Angelegenheit des österreichischen Staatsvertrages eine neue Initiative zu ergreifen, reihte sich „in die Kette beunruhigender Symptome“ und entspreche „der britischen Tendenz, die österr. Frage dilatorisch zu behandeln“ oder doch „zumindest einer ernsteren Initiative auszuweichen“ und „uns zu Geduld zu raten“. Die von der Londoner *Times* erwähnte Möglichkeit einer Viermächtekonferenz über die deutsche Frage wurde am Ballhausplatz nicht mehr ausgeschlossen. Für die weitere Entwicklung sei es von „eminenter Bedeutung“, daß im Fall einer solchen Konferenz nicht nur der deutsche Friedensvertrag, „sondern auch der österreichische Staatsvertrag auf das Verhandlungsprogramm gesetzt und zumindest aequiter mit dem deutschen Problem erörtert wird“. Man erwarte sich, „daß unabhängig von der deutschen Frage den österreichischen Belangen in der internationalen Diskussion die notwendige, diplomatische aber auch propagandistische Förderung gewährt wird, denn es wäre für uns innen- und außenpolitisch untragbar, wenn nun durch westliche Initiative das österreichische Problem seinen bisherigen Platz in der Rangordnung der internationalen Probleme zu Gunsten des deutschen Friedens einbüßen und sich das politische Weltinteresse wenn auch nur zeitweise von uns abwenden würde“. Eine solche Vernachlässigung würde einer „Brüskierung Österreichs“ gleichkommen, welches „als ein zu befreiender Staat, heute, sieben Jahre nach der ‚Befreiung‘, noch immer ohne Staatsvertrag unter alliierter Besetzung“ stehe sowie schweren wirtschaftlichen und finanziellen Belastungen ausgesetzt sei. Gruber drohte, wie schon so oft in der Vergangenheit, mit Rückwirkungen auf die öffentliche Meinung: Eine Erschütterung des Vertrauens in die Richtigkeit der Politik der Bundesregierung würde jenen noch unbedeutenden Gruppen in die Hände arbeiten, welche einem politischen Entgegenkommen und der Verständigung mit dem Osten das Wort redeten. Auch die Einstellung vieler Österreicher gegenüber den Deutschen könne nicht unbeeinflusst bleiben. Die Bemühungen der zu eingehender

⁶⁵ Verschlusssache: Schreiben „Streng geheim!“ 18.4. 1952; Zl.149.988-pol/52 und Entwurf dieser Schreiben und eines Runderlasses für London, Washington, Paris betreffend die Aufnahme des Staatsvertrags in die Tagesordnung einer allfälligen Viermächtekonferenz 17.4. 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1952, Staatsvertrag I A, Zl.149.988-pol/52 (GZl.146.009-pol/52). Gruber stimmte dann einer Abkoppelung der Österreich- von der deutschen Frage zu; vgl. Roberts to Minister of State, 25.4. 1952, in: PRO, FO 371/98067, CA 1071/120.

Berichterstattung aufgeforderten Diplomaten sollten sich darauf konzentrieren, Österreich „unter allen Umständen auf die Tagesordnung einer allfälligen Viermächtekonferenz“ zu setzen. Dies müsse auch dann angestrebt werden, „wenn die Aussichten, daß eine derartige Diskussion zu einer Lösung des österr. Problems führt, nur gering eingeschätzt werden“. Eine Nichtberücksichtigung Österreichs würde, so Gruber, „als eine sehr schwere und ungerechte Benachteiligung“ und als „Desavouierung der bisherigen österreichischen Politik“ empfunden werden – die freilich schon eingetreten war.

Am 18. April berichtete Löwenthal aus Washington, das State Department beharre weiter auf dem Standpunkt, „daß die Sowjetunion ihre Bereitschaft zu friedlichen Lösungen durch Unterzeichnung des Staatsvertrages mit Österreich beweisen könnte“. In diesem Sinne hatte sich auch Präsident Truman auf einer Pressekonferenz am 17. März geäußert. George W. Perkins, Assistant Secretary of State for European Affairs, hatte im Zusammenhang mit diesen Äußerungen des Präsidenten bemerkt, „daß gegenüber der gegenwärtigen ‚Friedensoffensive‘ der Sowjetunion dieses Argument in noch weit stärkerem Maße verwendet werden sollte“⁶⁶. Gruber glaubte nicht zuletzt deshalb, Washington könne Moskau noch am ehesten zu einer Stellungnahme zum Kurzvertrags-Entwurf bewegen.

Der britische Vertreter in Wien, Harold Caccia, registrierte die Unruhe im Wiener Außenamt und gab dem Foreign Office am 23. April zu verstehen, daß Gruber auf ein Zeichen des Westens warte, daß Österreich nicht der Vergessenheit anheimfalle⁶⁷. Auch die strikten Anweisungen des Außenministers an die Botschaften zeitigten bald Reaktionen: Am 24. April telegraphierte Schmid aus Paris, er sei soeben von Robert Schuman empfangen worden. Der französische Außenminister habe gesagt, am Vortag sei in London die Absendung einer von der deutschen Sache getrennten Note über Österreich an Moskau beschlossen worden, „so daß ihm unsere Besorgnisse bezüglich Zurückstellung der österreichischen Frage hinter die deutsche nicht begründet erscheinen“. Schuman versuche in London durchzusetzen, daß in der Antwort auf die zweite Stalin-Note ein auf Österreich zielender Passus aufgenommen werde, „sei aber des Erfolges nicht sicher“. Die Möglichkeit einer Viermächtekonferenz bestehe, konkrete Pläne hierfür gebe es aber keine. Schmid verbarg nicht seine Enttäuschung und ließ Gruber wissen, „daß man uns wieder einmal mit einer optischen Geste beschwichtigen will“⁶⁸. Ein parallel dazu eintreffendes Telegramm der Botschaft in Washington besagte, die Meldung der Londoner *Times* über eine beabsichtigte Viererkonferenz sei vorläufig reine Spekulation und das State Department bemüht, „die Österreichfrage im Mittelpunkt der internationalen Erörterung zu halten“. Noch vor einem neuen Schritt

⁶⁶ Löwenthal an Gruber, 18.4. 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1952, Schreiben Zl.58 pol/52 Österreichischer Staatsvertrag als Prüfstein des Friedenswillens der Sowjetunion, Zl. 150.276-pol/52 (GZl. 146.205-pol/52).

⁶⁷ Vgl. Bischof, Gruber, S. 149.

⁶⁸ Schmid an BKA/AA, 24.4. 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1952, Staatsvertrag 1, Telegr.-Nr. 29029, Eing.-J. Zl. 20341, Zl. 150.293-pol/52 (GZl. 146.099-pol/52).

in der Deutschlandfrage planten die USA eine neuerliche Note der drei Westmächte an die Sowjetunion betreffend den Österreichvertrag; mit London und Paris sei bereits Fühlung aufgenommen worden⁶⁹.

Wimmer berichtete aus London, Strang bringe dem österreichischen Standpunkt „volles Verständnis“ entgegen und werde sich mit Eden beraten, wie den Wünschen Österreichs Rechnung getragen werden könne⁷⁰. Tags darauf telegraphierte er, das Foreign Office betone nun, die österreichische Frage werde „dringend behandelt“ und eine Viermächtekonferenz stehe nicht unmittelbar bevor. Da eine Antwort auf die Österreich-Note von den Westmächten nunmehr urgirt werden müsse, habe sich das Problem ergeben, ob dies in der Antwortnote auf die deutsche Frage oder separat geschehen solle. Ursprünglich sei Frankreich für die Behandlung in der gleichen Note eingetreten, doch habe London dagegen Bedenken. Für die Gleichzeitigkeit spreche, daß die Presse beide separate Noten gleichzeitig kommentieren könne. London schien diesen Modus für praktischer zu halten, obwohl zugegeben wurde, „daß bei Gleichzeitigkeit der deutschen Antwort mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden würde“⁷¹. Gruber ließ Wimmer umgehend wissen, daß er „sofort und nachdrücklichst“ darauf bestehen solle, „daß separate Urgenznote betreffend Österreichvertrag noch vor Übergabe der Deutschland-Note in Moskau überreicht wird“. Der Außenminister fügte hinzu: „Wir müssen verlangen, daß unserem Problem gebührende Beachtung geschenkt und es nicht wieder in seiner Rangordnung gegenüber dem deutschen zurückgestellt wird.“⁷²

Löwenthal telegraphierte am 25. April, daß seitens des US-Botschafters eine gemeinsame Österreich-Note in London und Paris erwirkt werde, „damit diese noch vor weiteren Schritten wegen Deutschland überreicht werden kann“⁷³. Am 28. April drahtete Schmid, daß er einem Gespräch mit François Seydoux entnehmen konnte, daß die ursprüngliche Absicht der Westmächte, zuerst die deutsche und ganz kurz darauf die österreichische Note zu überreichen, auf die Befürchtung zurückzuführen war, die Sowjets könnten im umgekehrten Fall ein Verschleppungsmanöver des Westens sehen⁷⁴. Am 29. April war dann endgültig gesichert, daß Foreign Office und Quai d'Orsay mit der Expedierung der Österreich-Note vor der Deutschland betreffenden Antwort einverstanden waren. Die Briten bestanden aber darauf, daß diese Urgenznote nur Österreich behandle⁷⁵.

⁶⁹ Löwenthal an BKA/AA, 24. 4. 1952, in: Ebenda, Telegr.-Nr. 29055, Eing.-J. Zl. 20340, Zl. 150.294-pol/52 (GZl. 146.099-pol/52).

⁷⁰ Wimmer an BKA/AA, 24. 4. 1952, in: Ebenda, Telegr.-Nr. 29048, Eing.-J. Zl. 20338, Zl. 150.295-pol/52 (GZl. 146.099-pol/52).

⁷¹ Wimmer an BKA/AA, 25. 4. 1952, in: Ebenda, Telegr.-Nr. 29049, Eing.-J. Zl. 20343, Zl. 150.336-pol/52 (GZl. 146.099-pol/52).

⁷² Außenamt an Botschaft London, 26. 4. 1952, in: Ebenda, Staatsvertrag 1, Abt. 9, Zl. 50314, Zl. 150.336-pol/52 (GZl. 146.099-pol/52).

⁷³ Löwenthal an BKA/AA, 25. 4. 1952, in: Ebenda, Staatsvertrag 1, Telegr.-Nr. 29057, Eing.-J. Zl. 20344, Zl. 150.370-pol/52 (GZl. 146.099-pol/52).

⁷⁴ Schmid an BKA/AA, 28. 4. 1952, in: Ebenda, Telegr.-Nr. 29030, Eing.-J. Zl. 20352, Zl. 150.447-pol/52 (GZl. 146.099-pol/52).

⁷⁵ Wimmer an BKA/AA, 29. bzw. 30. 4. 1952, in: Ebenda, Telegr.-Nr. 29052 und 29053 Eing.-J. Zl. 20353, 20359, Zl. 150.448-pol/52, Zl. 150.497-pol/52 (GZl. 146.099-pol/52).

Nach interalliierten Abstimmungsschwierigkeiten und vehementem Insistieren der Regierung Figl⁷⁶ wurde die Urgenznote am 9. Mai um 13 Uhr Moskauer Zeit im sowjetischen Außenministerium übergeben⁷⁷.

Am 13. Mai erfolgte in Moskau die Übergabe der Deutschland-Note, die einer Ablehnung der Vorschläge Stalins gleichkam. Adenauer war sowohl mit dem Inhalt der Replik als auch mit der Art seiner Beteiligung an der Redaktion „rundum zufrieden“⁷⁸. Zur gleichen Zeit weilte Figl zu einem Staatsbesuch in den USA. Acheson versicherte dem Bundeskanzler, „daß die amerikanische Regierung sich der vordringlichen Bedeutung der österreichischen Frage als eines selbständigen, von der deutschen Frage unabhängigen Problems vollkommen bewußt sei“. Für die weitere Zukunft versprach er, die Diskussion über den Staatsvertrag nicht zum Stillstand kommen zu lassen. Trotz der prinzipiellen Trennung der österreichischen von der deutschen Frage schloß Acheson eine aus taktischen Gründen notwendige Junktimierung beider Komplexe nicht aus: „Sollte die Sowjetregierung, wie er annehme, in den nächsten Monaten versuchen, die deutsche Frage zu forcieren, besonders im Hinblick auf den bevorstehenden Abschluß des Generalvertrags mit Deutschland, so werde das State Department die Taktik verfolgen, seinerseits immer wieder auf eine Bereinigung der österreichischen Frage zu drängen“. Figl schien darüber nicht erfreut und verwies in seiner Antwort auf die Bedeutung Wiens als Mittelpunkt des Donauraumes. Den unter kommunistischer Herrschaft stehenden Nachbarländern sei dies bewußt, wie auch die Sowjetunion selbst genau wisse, daß Europas Freiheit von der Österreichs abhängt. Es sei daher gar nicht ausgeschlossen, „daß Moskau die deutsche Frage u. a. auch deshalb immer wieder zu forcieren suche, um in Österreich ein leichteres Spiel zu haben“. Wenn Österreich befreit sei, werde eine „allgemeine Konsolidierung im mitteleuropäischen Raum“ in die Wege geleitet und dann sei „der Traum der kommunistischen Expansion in Europa geträumt“. Figl bat Acheson ausdrücklich, „diese Zusammenhänge bei der Behandlung der deutschen Frage niemals aus den Augen zu verlieren“, und wies auf die Gefahr hin, „daß nach Abschluß des japanischen Friedensvertrages und des deutschen Generalvertrages Österreich als einziges noch besetztes Land übrigbleibe“⁷⁹. Das Gespräch erweckte erneut den durch die Urgenznote nur vorübergehend geschwundenen Eindruck, daß die Österreichfrage im Falle einer anhaltenden offensiven sowjetischen Deutschlandpolitik weiter als Instrument zu deren Torpedierung bereitgehalten wurde. Dies hieß aus österreichischer Sicht: Der Staatsvertrag blieb weiter kaltgestellt.

⁷⁶ Vgl. Bischof, Gruber, S. 150.

⁷⁷ Vgl. die Notiz Gudenus, 9.5. 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1952, Staatsvertrag 1, Zl. 150.824-pol/52 (GZl. 146.099-pol/52).

⁷⁸ Schwarz, Aufstieg, S. 924.

⁷⁹ Gedächtnisvermerk über die vom Bundeskanzler mit Acheson am 13.5. 1952 im Department of State geführte Unterredung, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1952, Ab-Amerika 5, Zl. 151.869-Pol/52 (GZl. 146.083-pol/52). Acheson to Embassy in Austria, Washington, 14.5. 1952, in: FRUS 1952–1954, VII/2, S. 4749 ff.

Die Stalin-Noten im Urteil der österreichischen Diplomatie

Am 14. Mai traf in Wien ein Schreiben des österreichischen Beobachters bei den Vereinten Nationen ein, in dem Franz Matsch die Frage aufwarf, was die UdSSR bewegen haben könnte, in den Noten vom 10. März und 9. April nationale Streitkräfte für Deutschland vorzuschlagen. Mit der Befürwortung einer deutschen Armee schein die Sowjetunion „eine Politik auf lange Sicht“ zu verfolgen. Die angestrebte Aufrüstung solle Deutschland nicht in die Lage versetzen, „etwa einen Angriffskrieg führen zu können“, vielmehr werde eine Neutralisierung Deutschlands als Pufferstaat nur zum Schein angestrebt, „um leichter das Endziel zu erreichen“. Die beiden Noten seien als Wink an Kreise „aktivistischer deutscher Offiziere“ zu verstehen, bei denen eine Neigung zu einem Zusammenwirken mit der UdSSR bestehe. Moskau rechne bei gesamtdeutschen Wahlen nicht auf einen Erfolg der Kommunisten. Selbst die Europaarmee mit den zu integrierenden westdeutschen Streitkräften bedeute kein absolutes Hindernis, sondern lediglich eine Erschwerung der russischen Deutschlandpolitik. Die bundesdeutschen Politiker würden in Moskau „als eher schwache Persönlichkeiten angesehen, die im entscheidenden Moment kein Hindernis bilden“⁸⁰.

Ein Bericht Wimmers vom 20. Mai machte dem Ballhausplatz einmal mehr deutlich, daß die internationale Diskussion weiterhin von der deutschen Frage dominiert wurde⁸¹. Auch der Umstand, daß die Österreich betreffende Urgenznote vorher expediert worden war, änderte daran nichts. Die westliche Antwort auf die zweite Stalin-Note vom 9. April mußte den Sowjets signalisieren, daß die Westintegration der Bundesrepublik fortgesetzt würde. Es war klar, daß dies zur Festschreibung der deutschen Teilung führen würde, die somit als eine auch vom Westen zumindest vorläufig akzeptierte Tatsache erschien.

Die Unterzeichnung des Generalvertrages stand kurz bevor, als der Schweizer Minister Zehnder den österreichischen Gesandten Wildmann in Bern wissen ließ, „daß es seiner persönlichen Meinung nach die beste Lösung wäre, auf Gesamtdeutschland den seit Kriegsende in Österreich bewährten Modus anzuwenden und durch Schaffung bzw. Reaktivierung eines Alliierten Vierer-Rates vorläufig denselben Zustand wie in Österreich zu etablieren“. Auf die Bemerkung Wildmanns, daß seines Erachtens das Problem in Deutschland doch anders liege und „die von ihm so genannte ‚österreichische Lösung‘ nicht zuletzt die elastische österreichische Mentalität und Politik zur Voraussetzung habe“, erblickte Zehnder „in der unbestreitbaren Angst Moskaus vor einem westlichen Angriff“ das „wesentlichste Gefahrenmoment der heutigen internationalen Situation“. Der Schweizer Politiker vergaß jedoch nicht, auf die getrübbten Be-

⁸⁰ Matsch an Gruber, New York, 25. 4. 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1952, UNO 2, Bericht No. 1940 Angebliche Absichten der UdSSR gegenüber Deutschland, „Geheim!“, Panzerschrank, Zl. 150.991-pol/52 (GZl. 146.011-pol/52).

⁸¹ Vgl. Wimmer an Gruber, 20. 5. 1952, in: Ebenda, Deutschland 16, Bericht Zl. 71-Pol/52, Walter Lippmann und englische Pressestimmen über Deutschland, Zl. 151.458-pol/52 (GZl. 148.813-pol/52).

ziehungen zwischen seinem Land und der Sowjetunion hinzuweisen. Immer wieder müsse er feststellen, „wie unmöglich es sei, Moskau auch nur das geringste Verständnis für die Schweizer Neutralitätspolitik beizubringen und wie er bei diesen Bemühungen in den Augen der Russen immer wieder durch die selbstverständlich unabhängige Schweizer Presse unvermeidlich kompromittiert werde“⁸².

Wien war der Gedanke an ein neutrales Österreich noch ungewohnt, auch wenn sich erste Anzeichen einer Entwicklung in diese Richtung ergaben. Die Ausführungen Zehnders machten jedenfalls deutlich, daß der sowjetische Vorstoß in der Deutschlandfrage durchaus als ernsthaft eingeschätzt wurde. Ähnliche Gedanken erwog nun auch Bischoff, der am 23. Mai 1952 aus Moskau berichtete, daß Valerian Zorin auf die Frage eines Kollegen, wie die Lage zu beurteilen sei, wenn demnächst der Generalvertrag unterzeichnet werde, geantwortet habe, „daß dadurch der Prozeß der Wiedervereinigung Deutschlands und die daraufhin zielenden Verhandlungen sehr wesentlich erschwert werden würden“. Bischoff schloß aus dieser Antwort, „daß die Russen sich auch durch den Abschluß des Generalvertrages nicht davon abhalten lassen werden, die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands auf der diplomatischen wie auf der propagandistischen Ebene weiter zu verfolgen“. Eine solche Politik könne allerdings aufgrund der westlichen Haltung auf keinen Erfolg in absehbarer Zeit rechnen⁸³. Damit kam Bischoff auf seine frühere These zurück, die Sowjets seien sich über die unumstößliche Haltung des Westens in der deutschen Frage im klaren gewesen. Als sie am 24. Mai ihre Antwort auf die westliche Note vom 13. Mai übermittelten, war das Ende der „Notenschlacht“ eingeläutet. Nun fiel es manchen Beobachtern schon leichter, die propagandistischen Absichten zu erkennen. Bischoff gab zu verstehen, daß die neue Note nichts an der Situation ändere. Am Vorabend der Eingliederung Westdeutschlands in das westeuropäische und atlantische Militärsystem und „nach manchen vehementen Ausfällen“ einzelner ostdeutscher Politiker hätten sich einige seiner Kollegen in Moskau „eine kräftigere Sprache erwartet und zeigten sich über die relative Verbindlichkeit des Tones der Note erstaunt“. Diese sahen in der „Mäßigung“ ein Indiz, daß die Sowjets „in der nächsten Zeit ihre diplomatische Aktion in der deutschen Frage hinter der hauptsächlich innerdeutschen Propaganda mit der Ausrichtung auf die deutsche Einheit zurücktreten lassen wollen“. Bischoff war sich darin nicht so sicher. Moskau werde die noch ausstehende Ratifizierung des Generalvertrages nach Möglichkeit erschweren und jene, die sich für ihn einsetzen, „vor den breiten Massen ihrer Völker zu diskreditieren“ versuchen⁸⁴.

Bischoff sah in der sowjetischen Notenpolitik „eine Politik auf Zeitgewinn“, die für die Grundlegung des Kommunismus benötigt werde. Die Ernsthaftigkeit des An-

⁸² Wildmann an Gruber, 23. 5. 1952, in: Ebenda, Bericht Zl. 22/pol/52 Minister Zehnder zum Bonner Generalvertrag, Zl. 151.551-pol/52 (GZl. 148.813-pol/52).

⁸³ Bischoff an Gruber, 23. 5. 1952, in: Ebenda, Bericht Zl. 41/P Zum gegenwärtigen Stand der deutschen Frage, Zl. 152.916-pol/52 (GZl. 148.813-pol/52).

⁸⁴ Bischoff an Gruber, 28. 5. 1952, in: Ebenda, Bericht Zl. 43/P Zur deutschen Frage, Zl. 152.918-pol/52 (GZl. 148.813-pol/52).

gebots war für ihn damit nicht ausgeschlossen: Die Bildung „eines geeinten, demokratischen, durch internationale Abmachung entwaffneten Deutschlands“ im Sinne des Potsdamer Abkommens sei vom russischen Standpunkt aus die „ideale Lösung“. Diese sei aber derzeit nicht realisierbar, wofür „zweifelloso manche schwere Kalkulationsfehler des Kreml ihr gerütteltes Maß an Mitverantwortung tragen“. Es müsse also nach Ersatzlösungen gesucht werden. Die durch die westliche Deutschlandpolitik de facto geschaffenen Ergebnisse seien aus Moskauer Sicht „zweifelloso extrem unbefriedigend, da sie an sich und durch ihre unausbleiblichen Rückwirkungen auf Ostdeutschland und Berlin einen Dauerzustand von so intensivem Spannungs- und Gefahrengelalt heraufführen muß, daß die Aufrechterhaltung des Friedens über eine längere Reihe von Jahren hinaus als höchst unwahrscheinlich zu werten ist“. Die zweite Variante sei „die eines der amerikanischen Patronanz ledigen, geeinten, durch Einvernehmen der Hauptmächte begrenzt defensiv aufgerüsteten, demokratischen Deutschland“. Dies käme den Potsdamer Abmachungen sehr nahe und wäre vom russischen Standpunkt der nun vom Westen verwirklichten vorzuziehen. Gewiß seien dies alles Spekulationen, aber wenn eine dieser „denkbaren Varianten“ eines Tages in Erscheinung träte, wäre „dies weder erstaunlich noch unlogisch“⁸⁵. Trotz dieser einleuchtenden Analyse betonte Bischoff wieder das spekulative Element der sowjetischen Noten, was mit der fast zur Gewohnheit gewordenen Manier des Berufsdiplomaten erklärt werden kann, bei aller Klarheit sich doch noch ein Hintertürchen offen zu halten.

In einem geheimen Schreiben vom 9. Juni 1952 bestätigte Schöner den Bericht von Matsch vom 25. April, wonach sich die Behörden der DDR bei der Einstellung von Berufsmilitärs der ehemaligen Wehrmacht in den Dienst der Volkspolizei besonders großzügig zeigten. Es sei auch richtig, daß in gewissen Kreisen ehemaliger Offiziere in der Bundesrepublik eine Tendenz bestehe, mit der DDR Fühlung aufzunehmen. Von einer verbreiteten Neigung zur getarnten Zusammenarbeit zwischen einer künftigen deutschen und der Roten Armee im Sinne einer Neuauflage von Rapallo könne jedoch nicht gesprochen werden. Die Führung der großen Soldatenbünde sei klar antikommunistisch eingestellt, wozu die Frage der Oder-Neiße-Linie entscheidend beitrage. Der Gesandte schätzte die Gesamtlage realistisch ein, als er feststellte, daß eine einheitliche Armee in einem vereinten neutralen Deutschland „augenblicklich in weite Ferne gerückt ist“. Das Atmosphärische jener Zeit, die Furcht vor der russischen Gefahr, sprach gegen die Glaubwürdigkeit der Stalin-Noten. Man müsse sich im klaren sein, daß in der breiten Masse der westdeutschen Bevölkerung eine aus Gefühlen der Angst, Kriegserinnerungen, Besatzererfahrungen und Scheu vor einer neuen Diktatur genährte ablehnende Stimmung gegen die Sowjetunion vorherrsche, die von der Kommunistischen Partei nicht einmal in ihren eigenen Reihen abgestellt werden könne. Die Amerikaner seien zwar nicht beliebt, aber man fürchte sie nicht. Gegenüber den Russen bestehe im Volk hingegen Angst, „gemischt mit dem durch die Ostflüchtlinge

⁸⁵ Bischoff an Gruber, Moskau 6.6. 1952, in: Ebenda, Rußland 2, Bericht Zl.45/P Sowjetunion-Deutschland, Zl.152.920-pol/52 (GZl.152.265-pol/52).

genährten Haß“. Die Vorstellung, wonach die Sowjetunion im theoretischen Falle eines neutralen Gesamtdeutschlands ihren Einfluß nicht so sehr über eine schwache Kommunistische Partei, sondern wie in den zwanziger Jahren über die Berufssoldaten einer deutschen Armee suchen werde, bezeichnete Schöner als eine „retrospektive Kombination [...], der derzeit psychologische Voraussetzungen fehlen“⁸⁶.

Zwar hatten die österreichischen Diplomaten ausgiebig berichtet und kommentiert, aber die wirklichen Absichten des Kreml blieben unklar. In einem internen Bericht zur internationalen Lage 1951/52 hieß es, gegenüber Westdeutschland habe „eine der geschicktesten politischen Offensiven, die die Sowjetunion je gestartet hat“, eingesetzt; die sowjetische Deutschlandpolitik arbeite mit zwei psychologischen Faktoren, nämlich der immer noch bestehenden realen Furcht der Deutschen, Kriegsschauplatz zu werden, und der Hoffnung auf Einheit. Beide würden wechselseitig ausgespielt und aufgrund der uneinheitlichen westlichen Politik in bezug auf die Frage des militärischen Beitrags der Deutschen sei es möglich, „daß sie eines Tages Früchte tragen werden“. Durch das Aufgreifen der Elemente Furcht und Hoffnung habe sich die Sowjetunion „zu einem gefährlichen Anwalt der deutschen Sache gemacht“. Weiter hieß es in dem Papier: „Die Spekulation auf das kurze Gedächtnis der Deutschen und ihre Angst, (aus Furcht) eine Chance zu verpassen, machen es dem Osten leicht, die ganze Skrupellosigkeit ihrer [sic] neuen Methode im alten Plan zur Gewinnung ganz Deutschlands und damit ganz Europas zu vernebeln. Es geht nun um nicht mehr und nicht weniger als den groß angelegten Versuch, die Deutschen zu veranlassen, sich selbst aus Europa zu lösen und den ersten Schritt auf dem Wege in die Arme des sowjetischen Empire selbst zu tun.“ Die Russen hätten eine alte Frage neu formuliert: „Soll Deutschland seine nationale Einheit als fragwürdiges Geschenk des Ostens bald erhalten oder soll es sie später als Verbündeter des Westens *schrittweise verdienen* [Hervorh. i. Orig.] oder sich erkämpfen?“ Das Gesetz, unter dem die Deutschen zur Realisierung ihrer Einheit antreten, werde ihren politischen Weg bestimmen. Entweder werde es ein östliches oder ein westliches sein. Daher sei es auch „als große Schuld den politischen Parteien in Deutschland anzurechnen, die aus parteipolitischen Ansprüchen diese Tatsache vernebeln und im gleichen Maße auf die unrealistische und gefühlsmäßige Haltung der Massen spekulieren wie der Osten“. Die Möglichkeit der Preisgabe der DDR werde von den Sowjets so herausgestellt, „daß sie bereits ernsthaft diskutiert wird“. Wenn dieses Vorhaben auch ernsthaft erwogen werde, könne es sich nur um „eine zeitbegrenzte Phase“ der sowjetischen Politik handeln. Vielleicht könne es „aber auch nur ein letztes propagandistisches Manöver sein, um der endgültigen Einordnung Ostdeutschlands in den Sowjetstaat die notwendige ‚moralische‘ Grundlage zu geben“. Ein neutralisiertes Deutschland wirke aber nur entspannend in einer abgerüsteten Welt. Der militärpolitische Druck der Sowjetunion gegenüber Europa würde sich aus dem polnischen Raum auch durch ein neutralisiertes Deutschland durchsetzen. Westeuropa bedürfe daher grundsätzlich des deutschen Militärpotentials. Im Bericht fand

⁸⁶ Schöner an Gruber, 9. 6. 1952, Geheim, in: Ebenda, Geheimer Bericht Zl. 320/Pol/52 über die politischen Pläne Rußlands gegenüber Deutschland, Zl. 152.265-pol/52 (GZl. 152.265-pol/52).

sich kein Grund zur Annahme, daß sich Wesen und Ziele der sowjetischen Politik ändern würden, solange die UdSSR von der „sowjetischen Hierarchie“ regiert werde. Er machte jedoch deutlich, daß die sowjetischen Vorschläge durchaus als ernstgemeint angesehen werden konnten, aber beträchtliche Risiken und Gefahren bargen⁸⁷. Das Mißtrauen des Westens und Adenauers war demnach nicht unbegründet. Freilich konnte es bei der Lösung staatlicher wie nationaler Existenzfragen – wie im Falle Deutschlands nach 1945 – keine risikolose Politik geben.

Der Sieg der Westmächte und die Zweitrangigkeit der Österreichfrage

Mit der Unterzeichnung des Generalvertrages hatten die Westmächte die „Notenschlacht“ um Deutschland für sich entschieden, der Notenwechsel ging jedoch weiter. Auf die dritte Note der Sowjets vom 24. Mai reagierten die Westmächte erst am 10. Juli⁸⁸. Wie schon in der ersten Jahreshälfte 1952 blockierte die Behandlung der deutschen Frage weiterhin die Wiederaufnahme der Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag. Die Verhärtung der Fronten zwischen Ost und West bewirkte eine anhaltende Stagnation der internationalen Lage. Wie Wimmer am 9. Juni aus London berichtete, wurde der augenblickliche Stillstand im Foreign Office als unvermeidlich empfunden. Eine davon losgelöste Behandlung der Österreichfrage schien ihm wenig wahrscheinlich, „da es sicher ist, daß sie von keinem der Weststaaten in Aussicht genommen wird und auch im Foreign Office als derzeit aussichtslos gilt“⁸⁹. Ausschlaggebend dafür war die Haltung des Kreml, der hierin zu keinen ernsthaften Verhandlungen bereit schien, solange bezüglich Deutschland keine gemeinsame Basis mit den Westmächten gefunden war⁹⁰. Eine Woche später konstatierte Wimmer, es seien die Unstimmigkeiten wegen der Ratifizierung des Generalvertrages und die schwebenden Verhandlungen über die Zweckmäßigkeit einer Viermächtekonferenz über Deutschland, die zwischen den Westmächten selbst „retardierend wirken“. Die Briten stünden wie die Franzosen auf dem Standpunkt, „daß eine derartige Konferenz nicht abgelehnt werden dürfte“, wobei im Foreign Office der Eindruck vorherrsche, daß die Sowjetunion „derzeit gar nicht mehr so sehr an dem Zustandekommen einer Viermächte-

⁸⁷ 31seitiger Bericht „Zur Orientierung“, Lageüberblick Jahreswende 1951/52 (Januar 1952), eingelangt am 11. 7. 1952, in: KGA, Karton 11, BKA/AA, Bestand M „V“, Zl. 130.443 (GZl. 130.067-K/52). Darin wird die These bestätigt, wonach die sowjetischen Vorschläge primär hinter dem Schirm einer Schuldzuweisung (für die Teilung Deutschlands) an den Westen und zur Stabilisierung der DDR gedient hätten, die bereits Hermann Graml, Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Zur sowjetischen Notenkampagne des Jahres 1952, in: VfZ 29 (1981), S. 307–341, hier S. 328 und 340f., vertreten hat, wobei nach wie vor offen bleiben muß, inwieweit diese nicht zu kurz greift.

⁸⁸ Vgl. Steininger, Chance, S. 262–265, 280 ff.

⁸⁹ Wimmer an Gruber, 9. 6. 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1952, International 2A, Zl. 83-Pol/52 Stagnation in der internationalen Lage, Zl. 152.295-pol/52 (GZl. 152.295-pol/52).

⁹⁰ Ähnlich sah es auch George F. Kennan im Juli 1952; vgl. The Ambassador in the Soviet Union to Department of State, 18. 7. 1952, in: FRUS 1952–1954, VII/2, S. 1770f.

konferenz interessiert sei“⁹¹. Österreichs Vertreter in London verschloß sich jedoch nicht der Einsicht, „daß, derzeit wenigstens, die russische Politik in Ostasien aggressiv, in Europa aber defensiv eingestellt ist“⁹².

Diese Einschätzung schien auch ein Bericht Wildmanns aus Bern zu bestätigen. Aus verschiedenen Äußerungen kristallisierte sich die nahezu einheitliche Meinung heraus, „daß Moskau wohl noch auf lange Sicht hinaus bestrebt sein werde, einen kriegerischen Konflikt mit dem Westen zu vermeiden“. Der Begründer der Paneuropa-Bewegung Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi⁹³ meinte gegenüber Wildmann, „daß es derzeit das Hauptziel Moskaus sei, die Einigung Deutschlands zu erzwingen, wobei es sich im gegebenen Augenblick zu überraschenden Konzessionen bereit finden und selbst einer internationalen Überwachung gesamtdeutscher Wahlen unter Preisgabe des derzeitigen ostdeutschen kommunistischen Regimes zustimmen werde“. Die Sowjets rechneten für den Fall der Wiedervereinigung „bestimmt mit dem Sturz Adenauers, mit einer sozialdemokratischen Mehrheit im Reiche und in der Folge mit einem Aufblühen des deutschen Nationalismus, der sich sowohl gegen die amerikanisch-westliche Bevormundung wenden, als auch fanatisch auf die Wiedergewinnung der verlorenen östlichen Gebiete richten werde“. An diesem Punkt würde die zweite Phase sowjetischer Deutschlandpolitik ansetzen, die es dann in der Hand habe, „ob Deutschland diese Gebiete ohne die Risiken und Opfer eines neuen Krieges wiederbekomme“. Ziel der Sowjets sei es, „Deutschland vom Westen loszureißen und zu seinem Verbündeten zu machen“. Der erste Schritt zur Verwirklichung dieses Konzeptes solle „die Errichtung eines Kontrollregimes nach österreichischem Muster in dem wiedervereinigten Deutschland sein, wofür bereits heute in Deutschland eifrig Stimmung gemacht werde“. Wildmann fügte seinem Bericht mit Süffisanz hinzu: „Unter dieser Perspektive würde allerdings das demonstrative Entgegenkommen der russischen Besatzungsmacht in Österreich, das hier viel beachtet wird, eine recht interessante Deutung finden!“⁹⁴

Beim Besuch Achesons in Wien am 29. und 30. Juni wurde die politische Stagnation einmal mehr manifest, als das Festhalten Washingtons an den Prämissen des für einen

⁹¹ Wimmer an Gruber, 16.6. 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1952, Deutschland 16, Zl. 88-Pol/52 Ratifizierung des deutschen Generalvertrages und Viermächtebesprechungen, Zl. 152.721 (GZl. 148.813-pol/52). Auf den britischen Wunsch nach Abhaltung einer Viermächte-Konferenz im Sommer 1952 verweist auch Steininger, *Chance*, S. 70. Im Genfer Kreis wurde das Angebot Stalins von den deutschen Vertretern als Obstruktionspolitik abgetan, eine Neutralisierung Deutschlands abgelehnt; vgl. Michael Gehler, „Politisch unabhängig“, aber „ideologisch eindeutig europäisch“. Die ÖVP, die Nouvelles Equipes Internationales (NEI) und die Anfänge der europäischen Integration, in: Ders./Rolf Steininger (Hrsg.), *Österreich und die europäische Integration 1945–1993. Aspekte einer wechselvollen Entwicklung*, Wien/Köln/Weimar 1993, S. 293–328, hier S. 310 f.

⁹² Wimmer an Gruber, 25.6. 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1952, Rußland 2, Bericht Zl. 96-Pol/52 Kommentar zum revirement in der sowjetischen Diplomatie, Zl. 153.114-pol/52 (GZl. 152.265-pol/52).

⁹³ Vgl. hierzu auch Martin Posselt, *Richard Coudenhove-Kalergi und die Europäische Parlamentarier-Union*, Diss. Graz 1987.

⁹⁴ Gesandtschaft Bern an Gruber, 5.7. 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1952, Rußland 2, Bericht Zl. 25/pol/52 Stimmen zur Politik Moskaus, Zl. 153.298-pol/52 (GZl. 153.114-pol/52).

Fortschritt in der Österreichfrage wenig tauglichen Kurzvertrages deutlich zum Ausdruck kam. Lediglich in der Frage der Befassung der UNO schienen die amerikanischen Bedenken zurückgetreten zu sein; als günstigen Termin nannte Acheson den Herbst 1952⁹⁵.

In der Zwischenzeit stand die deutsche Frage weiter im Vordergrund des westalliierten Interesses: Es ging um die Formulierung der Antwort auf die sowjetische Note vom 24. Mai. Obwohl General- und EVG-Vertrag noch nicht ratifiziert waren, trat Adenauer wie ein gleichberechtigter Partner auf und stellte Forderungen⁹⁶. Am 11. Juli wußte Wimmer aus sicherer Quelle zu berichten, daß bezüglich der Abänderungsvorschläge Adenauers zur jüngsten Note der Westmächte die auch in französischen Kreisen geteilte Auffassung bestehe, daß es „dem deutschen Kanzler nie sehr um meritorische Änderungen des Textes“ gegangen sei. Es sei vielmehr seine Absicht gewesen, „seinen eigenen Landsleuten und der Welt darzutun, daß die deutsche Regierung an den Verhandlungen über eine deutsche Frage nunmehr als Partner teilnehme und es ablehne, als Objekt behandelt zu werden“⁹⁷.

Im Sommer 1952 wurde klar, daß die halbsouveräne Bundesrepublik eine bedeutende Wegstrecke in Richtung Selbständigkeit zurückgelegt hatte, während Österreich nach wie vor keine Veränderung seines Status in Aussicht gestellt wurde. Mit der Unterzeichnung der Westverträge hatte die Ost-West-Spannung nicht nachgelassen, womit eine weitere Verschleppung des Staatsvertrages zu befürchten stand. Andererseits reagierte Wien auf die Ereignisse in Bonn am 26. und 27. Mai offiziell nicht negativ. Schöner berichtete am 1. August, in den politischen Kreisen Bonns sei „sehr bemerkt“ worden, daß aus Österreich kommende Stimmen zum Abschluß des Generalvertrages und zum Eintritt der Bundesrepublik in die EVG „fast durchwegs günstig und freundlich“ gewesen seien. Schöner wurde wiederholt von Politikern der Regierungskoalition darauf angesprochen, daß anscheinend auch die SPÖ die „starre Ablehnung der SPD und insbesondere Dr. Schumachers an den Vertragswerken nicht zu teilen scheine“. Allerdings habe ein in zahlreichen deutschen Zeitungen erschiener Artikel („Frischer Wind am Wiener Ballhausplatz. Österreichs letzte Chance – Generalvertrag könnte Staatsvertrag torpedieren“) wegen einer darin zitierten Äußerung Grubers für „einiges Aufsehen“ gesorgt. Diesem Artikel zufolge hatte der österreichische Außenminister gesagt: „Gibt es erst in Westdeutschland ein provisorisches Definitivum, dann richtet sich die sowjetische Besatzung bei uns automatisch auf lange Dauer ein.“ Da diese Äußerung Grubers „in gewissen Kreisen als eine Art Ablehnung der Bonner Vertragswerke interpretiert wird“, erkundigte sich Schöner über die Richtigkeit der Angaben. Der Artikel mit der inkriminierten Feststellung Grubers war am 28. Juni 1952 in der *Braunschweiger Zeitung* und darüber hinaus „noch in etwa einem

⁹⁵ Vgl. Leidenfrost, UNO, S. 270; vgl. auch Wiener Zeitung vom 1. 7. 1952.

⁹⁶ Vgl. hierzu Steininger, Chance, S. 70f.

⁹⁷ Wimmer an Gruber, 11. 7. 1952, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1952, Deutschland 16, Zl. 104-Pol/52 Abänderungsvorschläge Dr. Adenauer's zum Text der Note der Westmächte, Zl. 153.479-Pol/52 (GZl. 148.813-pol/52).

Dutzend anderer Blätter sowohl sozialdemokratischer als auch nationalistischer Richtung erschienen“ und mit „Pollux“ gezeichnet. Für Aufregung dürfte der Beitrag auch gesorgt haben, weil er eine „Österreich-Lösung“ für Deutschland zu suggerieren schien: Hinter den diplomatischen Aktivitäten Wiens (die Besuche Bundeskanzler Figls in London, Washington, New York und Paris im Mai 1952, die Reise Grubers nach Belgrad im Juni und die angekündigten Besuche Achesons für Ende Juni und des UN-Generalsekretärs Trygve Lie für Juli in Wien waren in dieser Dichte tatsächlich auffällig) sei die Eile der Regierung erkennbar, die Zeit bis zur Ratifizierung der Bonner Verträge zu nutzen, „weil nur in dieser verbleibenden Frist noch eine Chance für den Abschluß des Staatsvertrages für Österreich erkannt“ werde. Aus dem angeblichen Zitat Grubers wurde geschlossen, daß es „im Negativen noch immer so etwas wie ein großdeutsches Schicksal“ gebe, „jedenfalls ist man sich infolge der Koppelung der deutschen Frage mit dem Schicksal des österreichischen Staatsvertrages in Wien dessen bewußt“. Figls Erklärungen in Washington ließen keinen Zweifel, „daß es für Österreich eine westdeutsche Lösung nicht gibt und daß eine Neutralität, wie sie die Schweiz vertritt, bei aller ideeller Verbundenheit mit der westlichen Welt, auch nach Abschluß des Staatsvertrages die Linie der Wiener Politik sein“ werde. Österreichs Kleinheit und Schwäche, welche diese Politik bedingten, seien seine Größe und Stärke. Die Chance Österreichs liege in der Einsicht des Kreml, daß ein Beweis des guten Willens durch den Abschluß des Staatsvertrages das gesamte amerikanische Konzept in Europa durchkreuzen würde. Die Aussichten auf eine Durchsetzung der deutschen Wiederbewaffnung und des Generalvertrages würden sich „erheblich verschlechtern“, wenn ein gutes Beispiel der Alliierten in Österreich und eine sowjetische Politik, die sich an internationale Abmachungen halte, den Beweis erbrächten, daß es noch eine Plattform gebe, auf der eine Entspannung des Ost-West-Konfliktes gefunden werden könne. Nachdem die Befreiung durch die Alliierten bereits länger andauere als die Okkupation durch Hitler, seien die Verhältnisse auf den Kopf gestellt⁹⁸.

Gruber war zwar gerade auf Staatsbesuch in Brasilien zur Fühlungnahme wegen der geplanten UNO-Aktion für Österreich, doch Schöner wurde verständigt, „daß sich der Herr Außenminister niemals in der von einigen deutschen Blättern berichteten ablehnenden Form zum Bonner Vertragswerk geäußert hat“⁹⁹. Die umgehende Berichtigung und Klarstellung im Zusammenhang mit der angeblichen Äußerung Grubers¹⁰⁰ zeigte, daß Wien – trotz aller für den Fortgang des Staatsvertrages belastenden Verknüpfungen mit der deutschen Frage – an einem geregelten und guten Verhältnis zu

⁹⁸ Schöner an Vollgruber, 1.8. 1952 mit dem transkribierten Artikel der Braunschweiger Zeitung vom 28.6. 1952, in: Ebenda, Deutschland 16, Schreiben Zl.515-Pol/52 Österreichische Stimmen zum Abschluß des Generalvertrages, Zl. 154.613-pol/52 (GZl. 148.813-pol/52).

⁹⁹ BKA/AA an Schöner, 14.8. 1952, in: Ebenda, Deutschland 16, Zl. 154.613-Pol/52 (GZl. 148.813-pol/52).

¹⁰⁰ Der Umstand, daß die Aussage Grubers aufgrund der bisherigen Entwicklung einen derartigen Schluß bzw. auch diese Prognose zum weiteren Verlauf der Dinge zulassen konnte – weil sie mit den Tatsachen durchaus im Einklang zu stehen schien –, ist kaum von der Hand zu weisen. Im allgemeinen hat Gruber bei Reden und Stellungnahmen kein Blatt vor den Mund genommen.

Bonn interessiert war. Dies konnte auch aus dem Bemühen deutlich werden, die österreichische von der deutschen Frage getrennt behandelt wissen zu wollen.

Am 17. Dezember 1952 hatte Gruber vor der UNO Gelegenheit, Ablauf und Stand der österreichischen Staatsvertrags-Verhandlungen zu erläutern. Er bezeichnete den Vorgang „als Symbol typischer Verschleppungstaktik“. Nach Überreichung des Kurzvertrages in Moskau – 14 Jahre nach dem Einmarsch Hitlers in Wien – habe die Sowjetunion sechs Monate für eine Antwort benötigt; dreimal sei an eine Erledigung erinnert worden¹⁰¹. Am 20. Dezember stimmten 48 Staaten (ohne Gegenstimme; Pakistan und Afghanistan enthielten sich, die Sowjets und vier Ostblockländer betrieben eine „Politik des leeren Stuhls“) für die Verabschiedung eines Appells durch die Generalversammlung an die vier Besatzungsmächte zur Beendigung der Besetzung und für die Übergabe der vollen Souveränitätsrechte an Österreich¹⁰². Mehr als dieser moralische Erfolg war für die österreichische Politik, die sich im Schatten der sich vollziehenden Westintegration der Bundesrepublik bewegte, wohl nicht zu erreichen.

Gruber hatte in New York vor allem die sowjetische Österreichpolitik kritisiert. Wenn für das Jahr 1952 von verpaßten Gelegenheiten gesprochen wird, darf daher nicht übersehen werden, daß die Sowjets sowohl vor wie auch während dieser Zeit keine erkennbaren Zeichen des Entgegenkommens in Österreich setzten, obwohl sich hier eine Demonstrationmöglichkeit für die Glaubwürdigkeit der sowjetischen Deutschlandpolitik geboten hätte. Dieser Umstand wiegt umso schwerer, als die Opfer einer solchen Politik für Moskau wohl nicht sehr groß gewesen wären. Wenn den Angeboten Stalins nicht nur propagandistische Absichten innewohnten, dann sind hinsichtlich des „Testfalls“ Österreichs auch sowjetischerseits Chancen vertan worden. Eine andere Österreich-Politik des Kremls wurde aber auch durch das Beharren des Westens auf dem Kurzvertrag erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht.

Zwischen Österreich- und Deutschlandfrage bestanden im Frühjahr 1952 vielfältige Zusammenhänge. Österreichs Außenminister Gruber wurde, möglicherweise unbewußt, zum kongenialen Partner der Politik Adenauers, weil seine Haltung dessen Interessen entgegenkam. Die zunächst erfolgte Propagierung des Kurzvertrages förderte das Spiel der Westmächte in der „Notenschlacht“, und auch die spätere Forderung nach einer Trennung beider Fragen war im Sinne Adenauers. Auf die Tagesordnung gesetzt, erwies sich das „Räumungsprotokoll“ als ein untauglicher Versuch zur Erreichung des Staatsvertrages. Erst am 17. August 1953 zogen die Westmächte auf mehrfaches Insistieren der Sowjets und auf Drängen der österreichischen Bundesregierung

¹⁰¹ BKA/AA, Originalentwurf der Intervention, November 1952, redigiert 29.12. 1952, Gudenus, in: ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1952, Staatsvertrag 1 B, Intervention des österreichischen Regierungsvertreterers in der politischen Kommission der Vereinten Nationen, Zl. 157.890-pol/52 (GZl. 146.099-pol/52). Vgl. auch Csáky, Weg, S. 280–284.

¹⁰² Leidenfrost, UNO, S. 272. Die Frage nach der Effizienz der UNO-Aktion mag berechtigt sein, angesichts des Fehlens konkreter Alternativen blieb aber kaum mehr eine andere Wahl, als ein Zeichen zu setzen oder die Hände in den Schoß zu legen. Wie der Autor am Ende selbst schreibt, kehrten die Sowjets bereits am 6. 2. 1953 zur 259. Sitzung der Deputies für den Staatsvertrag zu den Verhandlungen zurück, was in Österreich auch als eine Folge der Brasilien-Initiative interpretiert wurde.

den Kurzvertrags-Vorschlag zurück. Damit war ein Schlußstrich unter dieses Kapitel gezogen und gleichzeitig ein Neuanfang für eine konstruktivere Verhandlungsführung gemacht.

Nicht nur seitens der Westmächte, sondern auch seitens des Kremls war der deutschen Frage klar Priorität vor dem Staatsvertrag eingeräumt worden. Über Österreich sollte erst verhandelt werden, wenn über das Schicksal seines nördlichen Nachbarn die Würfel gefallen waren. Hatte der unbedingte Westkurs Bonns den Abschluß des österreichischen Staatsvertrages lange mitverzögert, wie 1952 deutlich sichtbar wurde, so zeigte die weitere Entwicklung, daß Österreichs 1955 erlangte Integrität und Souveränität mit der sich vollziehenden Westbindung der Bundesrepublik und der Teilung Deutschlands aufs engste verwoben, ja von ihr abhängig war. Eine Lösung des Österreichproblems konnte sich demnach erst nach einer definitiven Entscheidung in der Deutschlandfrage ergeben. Die österreichischen Staatsmänner hatten dafür die nötige Geduld.

Dokumentation

BERND BONWETSCH UND GENNADIJ BORDJUGOV

STALIN UND DIE SBZ

Ein Besuch der SED-Führung in Moskau vom 30. Januar–7. Februar 1947

Trotz der Erleichterungen im Zugang zu russischen bzw. ehemals sowjetischen Archiven seit der Perestrojka und vor allem seit dem Ende der Sowjetunion liegt vieles, wenn nicht das meiste von dem, was den Historiker an der Stalin-Zeit interessiert, immer noch völlig im Dunkeln. Daran wird sich auch so bald nichts ändern. Selbst eine radikale Öffnung aller Archive würde vieles ungeklärt lassen, weil zentrale politische Entscheidungsprozesse in der Ära Stalin nicht formalisiert waren und nur dürftig dokumentiert wurden. Es ist mithin nicht sicher, daß Stalin zu wichtigen Entscheidungen das formell dafür zuständige Gremium, das Politbüro, einberief. Vieles entschied er allein oder zusammen mit einem der wichtigeren Politbüromitglieder, etwa Molotov. Aber selbst wenn das Politbüro eine Frage beriet, so sind nur die Beschlüsse dokumentarisch festgehalten, nicht aber der Gang der Erörterungen, die zu den Beschlüssen führten¹. Ähnliches galt für Begegnungen mit Führern der kommunistischen Parteien: Über die Gespräche Stalins mit Mao Zedong 1949/1950 wurden z. B. in der Regel keine Aufzeichnungen angefertigt, so daß man günstigstenfalls durch den oder die Übersetzer einiges über die Treffen erfahren kann². Über diese grundsätzlichen Probleme hinaus hat man es in Moskau jedoch auch mit den Unwägbarkeiten fortbestehender Geheimhaltung gerade hinsichtlich der zentralen, im Präsidentenarchiv liegenden Dokumente zu tun und nicht zuletzt auch mit den „besonderen“ Verhältnissen, die gegenwärtig im Hinblick auf die Archivbenutzung in Rußland herrschen³.

All dies gilt auch hinsichtlich der Entscheidungen und Entscheidungsprozesse, die die sowjetische Deutschlandpolitik nach 1945 betreffen, zumal da die Akten der

¹ Rossijskij centr chranenija i izučenija dokumentov novejšej istorii (RCChIDNI), fond 17, opis' 3: Protokoly zasedanij politbjuro CK VKP (b). Vgl. zu den Quellenproblemen am Beispiel des 2. Weltkrieges Bernd Bonwetsch, *Der „Große Vaterländische Krieg“ und seine Geschichte*, in: Dietrich Geyer (Hrsg.), *Die Umwertung der sowjetischen Geschichte*, Göttingen 1991, S.167–187, hier S.176 f. Für die Hilfe bei der Dokumentensuche sei den Archivarinnen Larisa Rogovaja und Ljudmila Košeleva gedankt.

² Vgl. Dimitrij Volkogonov, *Triumph i tragedija. Poliitičeskij portret I. V. Stalina*, Moskau 1989, Bd. II, 2, S. 105 (dt. unter dem Titel: *Stalin. Triumph und Tragödie. Ein politisches Porträt*, Düsseldorf 1989).

³ Stefan Kreuzberger/Ruud Veltmeijer, *Forschungsarbeit in Moskauer Archiven. Ein Erfahrungsbericht*, in: *Osteuropa* 43 (1993), S. 271–279.

Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) aufgrund einer Entscheidung Präsident Jelzins vom August 1992 vorläufig nur bedingt zugänglich sind. Insofern ist Authentisches zur Deutschlandpolitik Moskaus kaum bekannt geworden, denn auch die Öffnung der SED-Archive hat in dieser Hinsicht wenig zutage gefördert⁴.

Eine Ausnahme bilden persönliche Aufzeichnungen Wilhelm Piecks über Gespräche mit SMAD-Vertretern in Berlin und vor allem über Besuche der KPD- bzw. SED-Führung 1945–1952 in Moskau, deren kommentierte Edition durch Rolf Badstübner und Wilfried Loth eine wichtige Ergänzung der insgesamt dürftigen Quellenbasis darstellt⁵. Anscheinend hat es acht derartige Treffen auf höchster Ebene in Moskau gegeben. An sieben von ihnen hat Pieck selbst teilgenommen, über das achte von Anfang Februar 1946, das der Vereinigung von KPD und SPD unmittelbar vorausging, ist er durch den Bericht Ulbrichts, der allein mit Oelßner in Moskau gewesen war, informiert worden⁶. Außer Pieck haben andere deutsche Beteiligte an den Gesprächen mit der Sowjetführung offenbar keine Aufzeichnungen verfaßt. Während der Begegnungen mit Stalin hat ohnehin niemand, der dazu nicht autorisiert war, Notizen angefertigt. Das verbot sich von selbst⁷.

Die Aufzeichnungen Piecks lassen vor allem die Abhängigkeit der SED von Moskau erkennen, die auch durch einige weitere inzwischen publizierte Dokumente bestätigt wird⁸. Das Ausmaß dieser Abhängigkeit wurde bislang etwas unter-

⁴ Auch die neuesten sowjetischen bzw. russischen Arbeiten zur Deutschlandpolitik der UdSSR verwenden kein neues Archivmaterial; vgl. Sergej I. Viskov/Vasilij D. Kul'bakin, *Sojuzniki i „germanskij vopros“ 1945–1949 gg.*, Moskau 1990 sowie Aleksej M. Filitov, *Germanskij vopros: ot raskola k obedineniju*, Moskau 1993. Eine Edition interner SMAD-Dokumente erscheint demnächst: Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov/Norman Naimark (Hrsg.), *Političeskaja dejatel'nost' Sovetskij Voenoj Administracii v Germanii, 1945–1949 gg.*, Moskau 1994.

⁵ Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hrsg.), *Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953*, Berlin 1994. Diese Edition konnte erst nach Drucklegung der vorliegenden Dokumentation eingesehen werden. Teileditionen bereits bei: Rolf Badstübner, „Beratungen“ bei J. W. Stalin. Neue Dokumente, in: *Utopie kreativ* 7 (1991), S. 99–116; Dietrich Staritz, Die SED, Stalin und der „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR. Aus den Akten des Zentralen Parteiarchivs, in: *Deutschland-Archiv* 24 (1991), S. 686–700; ders., Die SED, Stalin und die Gründung der DDR. Aus den Akten des Zentralen Parteiarchivs des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung (ehemals Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED), in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 5/1991, S. 3–16; Wilfriede Otto, Sowjetische Deutschlandnote 1952. Stalin und die DDR. Bisher unveröffentlichte handschriftliche Notizen Wilhelm Piecks, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 33 (1991), S. 374–389.

⁶ Zu diesem Besuch, über den Pieck aufgrund des Berichts von Walter Ulbricht ebenfalls Notizen angefertigt hat, siehe auch die Bemerkungen von Generalleutnant Bokov, 1945–1946 Mitglied des Militärrats der SMAD, der durch einen als Dolmetscher beteiligten Offizier, Major Nikolaj N. Volkov, darüber informiert wurde: Fjodor J. Bokov, *Frühjahr des Sieges und der Befreiung*, Berlin 1979, S. 445 ff. Volkov hat mehrfach bei derartigen Begegnungen als Dolmetscher fungiert.

⁷ Siehe dazu die Bemerkungen von Konstantin Simonov, *Glazami čeloveka moego pokolenija. Razmyšlenija o L. V. Staline*, Moskau 1988, S. 123. Simonov urteilt auf der Basis zahlreicher Gespräche bei Stalin, insbesondere aus Anlaß der Auswahl der Stalin-Preisträger.

⁸ Thomas Friedrich, Antworten der SED-Führung auf Fragen Stalins 1948, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 33 (1991), S. 364–373; Rolf Stöckigt, Ein Dokument von großer historischer Bedeutung vom Mai 1953, in: *Ebenda* 32 (1990), S. 648–654; ders., *Direktiven aus Moskau. Sowjeti-*

schätzt⁹, weil man völlig zu Recht davon ausging, daß die Interessen von KPD bzw. SED und KPdSU – bis zum 19. Parteitag 1952 eigentlich Kommunistische All-Unionspartei [VKP (b)] – in der Deutschlandpolitik keineswegs immer identisch waren, und weil das Fehlen von internen Dokumenten den Eindruck entstehen lassen konnte, daß die SED selbständiger gehandelt hat, als es der Fall war. So wurde z. B. die These vertreten, daß die SED mit dem Beschluß zum „Aufbau des Sozialismus“ auf der II. Parteikonferenz vom Juli 1952 im Alleingang, wenn nicht gar gegen ausdrückliche Moskauer Weisungen vollendete Tatsachen zu schaffen suchte¹⁰. Inzwischen ist bekannt, daß das Politbüro der KPdSU das Vorhaben der SED formell gebilligt hat¹¹. Allerdings ist nach aller Kenntnis des Verhältnisses von SED und KPdSU davon auszugehen, daß es dabei nicht nur um die unverbindliche Moskauer Antwort auf eine Bitte um „Stellungnahme“ zu einer Absicht der SED ging, sondern daß dieser Bitte auch andere entsprechende Kontakte vorausgegangen waren. Die Moskauer Parteiführung wurde zweifellos nicht plötzlich mit einer einseitigen, weitreichenden Entscheidung der SED konfrontiert. Um der SED derartige Entscheidungsbefugnisse zu lassen, war der Stellenwert Deutschlands für die sowjetische Politik viel zu hoch; außerdem waren die Erfahrungen der deutschen Kommunisten im Moskauer Exil seit den Säuberungen der dreißiger Jahre zu frisch und die Abhängigkeit von der sowjetischen Schutzmacht nach 1945 zu groß, als daß die SED-Führer Alleingänge dieser Tragweite riskiert hätten.

Im Konflikt mit Moskau (oder hinter dem Rücken Moskaus) hat die SED-Führung zweifellos nicht gehandelt. Nichtsdestoweniger war sie auch keine reine Marionette. Aber wenn sie bis zum Tode Stalins einen Spielraum gehabt und genutzt hat, dann im wesentlichen nur aufgrund unklarer Moskauer Weisungen oder Meinungsäußerungen, die auf Unschlüssigkeit und möglicherweise auch Meinungsverschiedenheiten im Kreml selbst zurückzuführen waren. Das war wohl häufiger der Fall, als man dem Stalinismus gemeinhin unterstellt. Aber der Wunsch der SED-Führung, in Übereinstimmung mit Moskau zu handeln, ist dabei doch immer eindeutig gewesen¹². Gren-

sche Einflußnahme auf die DDR-Politik 1952/53, in: Jochen Černý (Hrsg.), *Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte*, Leipzig/Jena/Berlin 1990, S. 81–88.

⁹ Vgl. auch Arnold Sywottek, „Stalinismus und Totalitarismus“ in der DDR-Geschichte, in: *Deutsche Studien* 30 (1993), S. 25–38, hier S. 32.

¹⁰ Dietrich Staritz, *Das ganze oder das halbe Deutschland? Zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der KPD/SED (1945–1955)*, in: Jürgen Weber (Hrsg.), *Die Republik der fünfziger Jahre. Adenauers Deutschlandpolitik auf dem Prüfstand*, München 1989, S. 112–129, hier S. 122 ff.; ders., *Sozialismus in einem halben Lande. Zur Programmatik und Politik der KPD/SED in der Phase der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der DDR*, Berlin 1976, S. 184–189. Vgl. jetzt aber ders., *SED, Stalin und der „Aufbau des Sozialismus“*, S. 698 ff.

¹¹ Stöckigt, *Dokument*, S. 652; Staritz, *SED, Stalin und der „Aufbau des Sozialismus“*, S. 698 ff.

¹² Staritz, *ebenda*, sieht die Position der SED wohl zu selbständig. Das mag mit den „Spielregeln“ des Verhältnisses zwischen SED und KPdSU zu tun haben, denn es ging formell nie um Anweisungen aus Moskau, sondern um „Ratschläge“, deren Verbindlichkeit aber auf beiden Seiten nicht im geringsten bezweifelt wurde. Die Fiktion, daß die SED eigene Entscheidungen traf und auch selbst dafür verantwortlich war, gehörte allerdings ebenso zu diesen „Spielregeln“ wie das Recht Moskaus, derartige Entscheidungen nachträglich jederzeit zu kritisieren.

zen der Bereitschaft, den Moskauer Entscheidungen zu folgen, sind zumindest nicht bekanntgeworden.

Über die Dokumentation dieser grundsätzlichen Abhängigkeit hinaus liefern die Aufzeichnungen Piecks jedoch wenig Konkretes zur sowjetischen Deutschlandpolitik. In der Regel stichwortartig und karg abgefaßt, geben sie zu unterschiedlicher Interpretation Anlaß, auch wenn sie bisweilen Eindeutigkeit suggerieren. Dabei besteht hier eine zweifache Unsicherheit: Zum einen waren Stalins „endgültige“ Entscheidungen ähnlich revisionsanfällig und in gewissem Sinne sogar unverbindlich wie die Entscheidungen Hitlers, und zum anderen sind definitive Aussagen aufgrund der bisweilen äußerst kargen Notizen Piecks durchaus fragwürdig. Darauf hat Dietrich Staritz im Zusammenhang mit Stalins angeblich bereits im Juni 1945 bestehender Entschlossenheit hingewiesen, auf die Zweiteilung Deutschlands zuzusteuern¹³. Ob die Aufzeichnungen allerdings das Gegenteil beweisen, nämlich daß „Stalin tatsächlich eine Demokratisierung Deutschlands unter der Obhut der vier Siegermächte betrieb und nur infolge der Unfähigkeit der Kommunisten, sich an demokratische Spielregeln zu halten, bei dem sozialistischen Teilstaat landete“, wie Wilfried Loth meint, ist ebenfalls fraglich¹⁴. Schließlich haben auch die westlichen Alliierten deutschlandpolitische Ziele verfolgt, auf die die sowjetische Politik zu reagieren hatte, und die Unfähigkeit der deutschen Kommunisten, sich an demokratische Spielregeln zu halten, hing wohl ebenfalls mit sowjetischen Vorgaben zusammen, die den Machtverzicht in der SBZ nicht vorsahen.

So ist es wohl weiterhin plausibel, der sowjetischen Politik zu unterstellen, daß sie sich Optionen für den Fall offenhielt, daß ihre deutschlandpolitischen Interessen in einer gemeinsamen Politik mit den Kriegverbündeten nicht durchzusetzen waren, daß diese Interessen bzw. der Weg zu ihrer Realisierung nicht immer gleich definiert wurden und daß insofern für die sowjetische Deutschlandpolitik außer den Ostgrenzen nichts endgültig gewesen ist, auch wenn die eine oder andere Bemerkung Stalins andere Annahmen nahegelegt haben mag. Dies zumindest geht aus nachstehend wiedergegebenen Dokumenten hervor, die erstmals etwas mehr Licht auf eine der Begegnungen zwischen der Berliner und der Moskauer Parteiführung werfen und vor allem die sowjetische Sicht des Treffens bzw. der Erörterungen wiedergeben. Die Dokumente liegen im ehemaligen Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, dem heutigen Russischen Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte¹⁵. Sie entstammen der ZK- Abteilung für Außenpolitik (Otdel vnešnej politiki), die auch für den Kontakt mit kommunistischen Parteien anderer Länder zuständig war und in gewisser Weise die Arbeit der Komintern fortsetzte. Nicht zufällig war Georgij Dimitrov nach der Auflösung der Komintern bis zu seiner Rückkehr nach Bulgarien im November 1945

¹³ Ebenda, S. 688 f.

¹⁴ Wilfried Loth, Ziele sowjetischer Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Klaus Schönhoven/Dietrich Staritz (Hrsg.), Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag, Köln 1993, S. 303–323, hier S. 304.

¹⁵ RCChIDNI, fond 17, opis' 128, delo 1091.

Leiter dieser formal erst im Juli 1944 gegründeten ZK-Abteilung, die zunächst, bis zum 29. Dezember 1945, Abteilung für internationale Information (Otdel meždunarodnoj informacii), dann Abteilung für Außenpolitik und später, seit dem 10. Juli 1948, Abteilung für auswärtige Beziehungen (Otdel vnešnich snošenij) hieß.

Die Überlieferung dieser ZK-Abteilung enthält Dokumente zu mehreren Besuchen der SED-Führung in Moskau, z. B. auch zur geheimgehaltenen Reise Piecks, Grotewohls und Oelßners vom 25. 3.–1. 4. 1948¹⁶. Vollständig dokumentiert ist allerdings nur der Besuch der SED-Führung von Anfang Februar 1947. Die Dokumente vermitteln einen anschaulichen Eindruck vom Zeremoniell, von der Atmosphäre und vom sachlichen Gehalt einer solchen Visite. Die Dokumentation soll deshalb insgesamt kurz skizziert und erläutert und, soweit sie sowjetischen Ursprungs ist, nachstehend in deutscher Übersetzung wiedergegeben werden¹⁷. Zur Vorbereitung des Besuchs stellte die ZK-Abteilung für Außenpolitik, damals geleitet von Michail Suslov, Lebensläufe der vier eigentlichen Delegationsmitglieder zusammen und versah sie mit knappen politischen Bewertungen (Dok. 1). Diese Unterlagen wurden Stalin, Molotov und Andrej Ždanov, der damals als präsumtiver Nachfolger Stalins galt, zur Kenntnisnahme zugeleitet. Ferner erhielten die drei Parteiführer am 25. Januar einen Auszug aus der Rede Grotewohls vor dem 6. Plenum des Parteivorstandes der SED vom 24.–25. 10. 1946, der die Haltung der SED zur deutschen Frage dokumentieren sollte¹⁸. Im Hinblick auf den spezifischen Inhalt der bevorstehenden Gespräche fertigte die Abteilung außerdem eine „Auskunft“ (spravka) über die SPD an und stellte sie der Parteispitze am 29. Januar zu (Dok. 2). Die Auskunft ist insofern interessant, als sie die nicht geringe Popularität der SPD und deren Entschlossenheit unterstrich, die Einheit Deutschlands in einem Zentralstaat zu bewahren. Das kam der sowjetischen Deutschlandpolitik offensichtlich in höchstem Maße entgegen und mag die von Stalin gegenüber den SED-Führern bekundete Bereitschaft erklären, die SPD in der sowjetischen Besatzungszone wieder als selbständige Partei zuzulassen (Dok. 3).

Des Weiteren enthält die Dokumentation Memoranden der SED-Führung zu einzelnen Fragen, die Gegenstand der Gespräche sein sollten: „Über den Friedensvertrag und die Regierung für ganz Deutschland“, „Unsere Haltung zum Bi-Zonen-Abkommen“, „Unsere Beurteilung der Lage“, „Die Situation in der SED“. Die SED-Delegation brachte diese Memoranden offenbar selbst nach Moskau mit. Sie wurden ihren Gesprächspartnern erst am Tage der Begegnung mit der deutschen Delegation in russischer Übersetzung zugestellt¹⁹. Grotewohl trug den Inhalt der Memoranden in

¹⁶ Vgl. Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov, Die SED und die guten Erfahrungen der Sowjetunion. Pieck und Grotewohl informieren sich in Moskau, in: Deutsche Studien 31 (1994) (im Druck).

¹⁷ Von der SED stammende Dokumente müßten in den SED-Archiven zugänglich sein und hätten hier auch nur in rückübersetzter Form wiedergegeben werden können. Es war vor allem das Ziel, die eigentlich sowjetische Dokumentation des Besuchs wiederzugeben. Vgl. auch Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen, S. 110–126.

¹⁸ Der in der russischen Übersetzung zehn Seiten umfassende Text wird hier nicht wiedergegeben; vgl. RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 1091, listy (ll). 10–19, Kopie.

¹⁹ Die in russischer Übersetzung 15 Seiten umfassenden Memoranden werden nachstehend nicht wiedergegeben; vgl. ebenda, ll. 27–41, Kopie. Bei der Übersetzung sind offenbar aus drei Schrift-

seinem Vortrag vor der sowjetischen Parteiführung am Abend des 31. Januar 1947 fast wörtlich vor, wie Suslov in seinen einleitenden Bemerkungen zur Aufzeichnung des Gesprächs bei Stalin betonte (Dok. 3).

Der Gang der Erörterungen während dieses Treffens ist von Suslov protokolliert worden. Dabei sind die Zwischenbemerkungen Stalins und Molotovs während des Referats von Grotewohl, der für die SED-Delegation sprach, als wörtliche Rede gekennzeichnet, alle anderen Äußerungen nicht. Der ganze Charakter der „Aufzeichnung“ sowie der Vergleich mit den SED-Memoranden und den Aufzeichnungen Piecks geben Anlaß zu der Vermutung, daß auch die Zwischenbemerkungen Stalins und Molotovs leicht gekürzt oder redigiert worden sind, daß die Äußerungen Stalins und Molotovs aber weitgehend vollständig wiedergegeben wurden. Von großer Bedeutung sind dabei vor allem die Bemerkungen Stalins zur Bildung einer Zentralverwaltung in der sowjetischen Besatzungszone, falls es nicht zur Bildung einer Zentralregierung oder -verwaltung für ganz Deutschland kommen sollte (sie wurde tatsächlich im Juni 1947 in Gestalt der Deutschen Wirtschaftskommission gebildet), ferner Stalins Bereitschaft, die SPD in der Sowjetzone zuzulassen, eine Aussicht, die den Ansichten und Interessen der SED ganz offenkundig widersprach und ihre Führer in nicht geringen Schrecken versetzte (siehe dazu auch Dok. 4). Die Weigerung der Westmächte, im Gegenzug in den Westzonen die SED zuzulassen, hat der SED in der SBZ zweifellos mehr Probleme erspart, als ihr die Zulassung im Westen an Gewinn gebracht hätte. Stalin jedenfalls war trotz der Bedenken, die die SED-Führer äußerten, nicht bereit, von der Zulassung der SPD in der SBZ Abstand zu nehmen, und zwar offenbar weniger deshalb, weil er die Attraktivität der SED im Westen für groß hielt, sondern weil er sich von der SPD die Unterstützung des deutschlandpolitischen Kurses der Sowjetunion erhoffte.

Bemerkenswert sind auch die von Stalin eher beiläufig gemachten und wohl auch nicht so ernst gemeinten Äußerungen zur Beendigung der Demontagen, zur Reduzierung der Besatzungstruppen und zur zeitlichen Streckung der Reparationslieferungen. Mit diesen Maßnahmen sollte die wirtschaftliche Lage der sowjetischen Besatzungszone verbessert und zugleich von der SED der Makel genommen werden, als Erfüllungsgehilfe der Besatzungsmacht zum Schaden der Deutschen auftreten zu müssen. Ähnliches galt auch für die in der Sowjetunion zurückgehaltenen Kriegsgefangenen und die deutschen Ostgrenzen. Diese Probleme brannten der SED-Führung unter den Nägeln, weil ihr Kredit in der Bevölkerung erheblich dadurch beeinträchtigt war, daß sie diese Elemente der sowjetischen Politik rechtfertigen mußte. Doch in diesen Fragen machte Stalin nicht einmal unverbindliche Versprechungen. Gerade hinsichtlich dieser Passagen der Gesprächsaufzeichnung ist aber auch unklar, wieweit die Antworten Stalins bzw. Molotovs auf die Fragen der SED-Führer vollständig wiedergegeben wurden. Abweichend vom übrigen Text sind sie nämlich nicht durch Anführungszeichen als wörtliche Rede gekennzeichnet²⁰.

stücken vier geworden; sowohl Suslov als auch Pieck sprechen von drei Dokumenten, in der Akte liegen die vier o. a. Memoranden.

²⁰ So notiert Pieck etwa, daß die Ostgrenze Deutschlands in Frage zu stellen Krieg bedeuten würde. In der Aufzeichnung Suslows findet sich eine derartige Wendung nicht. Siehe Dok. 3, Punkt V, sowie Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen, S. 112; Badstübner, „Beratungen“, S. 107f.

Sieht man einmal davon ab, daß einige Antworten auf Fragen der SED-Führung möglicherweise etwas ausführlicher waren, als durch Suslov wiedergegeben, so ist dennoch insgesamt die inhaltliche Dürftigkeit des Meinungsaustauschs zwischen beiden Parteiführungen erstaunlich. Zu keiner Frage hat die SED-Spitze wirklich klare Antworten erhalten. Statt dessen wurde sie mit allgemeinen Phrasen abgespeist. Nicht zuletzt deshalb hat sie wohl nach dem Gespräch bei Stalin, an dem im übrigen auch der Politische Berater des Chefs der SMAD, Vladimir Semenov, teilnahm, ihre im voraus zu einzelnen Fragen verfaßten Memoranden noch in Moskau überarbeitet. Daraus entstanden „Thesen über die Lage und die Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)“, die der Moskauer Führung mit der Bitte um Stellungnahme zugeleitet wurden²¹.

Diese „Thesen“ enthielten im Grunde nichts Neues, sieht man einmal von der offen ausgesprochenen Absicht ab, mit Hilfe einer Volksabstimmung über den deutschen Einheitsstaat „viele ehemalige Anhänger Hitlers aus bäuerlichen und mittelständischen Schichten für das neue Deutschland zu gewinnen“²². Hier zeichnete sich bereits eine Wendung in der Haltung gegenüber ehemaligen Nazis ab, die 1948 zur Gründung der NDPD führte. Es versteht sich nahezu von selbst, daß damit Bemerkungen, die Stalin während des Vortrages von Grotewohl machte, aufgegriffen wurden²³. Auch anderen Anregungen Stalins und Molotovs wurde in den „Thesen“ z. T. sinngemäß, z. T. auch wörtlich gefolgt. Andererseits wurden im Unterschied zu den vorab verfaßten Memoranden Stellungnahmen zu Fragen vermieden, die nach den Äußerungen der beiden Sowjetführer nicht mehr opportun erschienen, insbesondere zur Zulassung der SPD in der sowjetischen Besatzungszone und zur Bildung einer deutschen Zentralregierung²⁴.

Die Dokumentation dieses Besuchs wird durch einen zusammenfassenden Bericht des Leiters der ZK-Abteilung für Außenpolitik Suslov und seines Referenten Korotkevič abgeschlossen (Dok. 4). Er macht deutlich, was wohl für alle derartigen Besuche in der Nachkriegszeit typisch ist: Statt mit politischen Gesprächen verbrachten die SED-Genossen ihre Zeit mit der Absolvierung touristischer Programme für hohen politischen Besuch. Während ihres siebentägigen Aufenthalts in Moskau sprach die SED-Delegation nur gut drei Stunden mit Stalin und den übrigen Kreml-Führern. Außer einem weiteren, zweistündigen Gespräch mit Suslov, der damals lediglich Leiter einer Abteilung im ZK-Apparat war, gab es keine weiteren Treffen mit hohen Parteiführern. Kein Wunder, daß auf diese Weise nicht nur Zeit für Besuche in Betrieben und die Besichtigung von Ausstellungen blieb, sondern auch für eine obligatorische Beson-

²¹ Nachstehend werden die mit einem erläuternden Begleitschreiben Suslovs versehenen „Thesen“ nicht wiedergegeben. Sie umfassen in russischer Übersetzung acht Seiten; vgl. RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 1091, ll. 56–63, Original.

²² Ebenda, l. 57.

²³ In den Notizen Piecks, wo die Möglichkeit der Bildung einer neuen Blockpartei erwähnt wird, kommt das noch deutlicher zum Ausdruck als in der Aufzeichnung Suslovs. Siehe Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen, S. 111; Badstübner, „Beratungen“, S. 107.

²⁴ Begleitschreiben Suslovs vom 7. 2. 1947 zu den „Thesen“ der SED-Führer, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 1091, list (l.) 55, Kopie.

derheit, die den persönlichen Vorlieben Stalins entsprang: das Anschauen zahlreicher – in diesem Falle acht – sowjetischer Filme²⁵.

Bei der Absolvierung dieses Beiprogramms für Polittouristen kam es immer wieder vor, daß sich der eine oder andere Besucher – freiwillig oder unfreiwillig – über die Errungenschaften der Sowjetunion einschließlich ihres „Führers“ äußerte. Der Abschlußbericht Suslovs zeigt, daß diese Bemerkungen bzw. ihre Vermeidung als Ausdruck politischer Loyalität oder Illoyalität sorgfältig registriert wurden. Suslov schreckte in dem Bericht nicht einmal davor zurück, dem gesamten Politbüro eine in den späten Nachtstunden nach einem Wannenbad geäußerte Bemerkung Fechners, die offensichtlich abgehört worden war, wörtlich mitzuteilen und dabei auch noch Zweifel an der Ehrlichkeit Fechners zu äußern, d. h. zu unterstellen, daß dieser für unsichtbare Zuhörer gesprochen habe. Der Charakter eines solchen Abschlußberichts gemahnt insofern eher an das Resultat einer Observation als an eine sachliche, dem Zweck der Reise angemessene Information²⁶. Bisweilen ist sogar die Grenze zur Denunziation überschritten. Aber das gehörte in Stalins Sowjetunion wohl zur Normalität des Umgangs mit politischen „Freunden“.

Dokument 1

Auskunft über die Führer der SED²⁷

Pieck, Wilhelm²⁸ Vorsitzender der Sozialistischen
Einheitspartei Deutschlands (SED)

Geboren 1876 in der Stadt Guben, in einer Arbeiterfamilie. Deutscher. Hat die Volksschule besucht. Von Beruf Tischler.

Ist der bedeutendste Führer der Arbeiterbewegung und der Kommunistischen Partei Deutschlands. Spielte eine hervorragende Rolle bei der Gründung des „Spartakus-Bundes“ und der Kommunistischen Partei. Arbeitete einige Jahre mit K. Liebknecht und R. Luxemburg zusammen, danach mit E. Thälmann. Über zehn Jahre war er Mitglied des Präsidiums und Sekretär des Exekutivkomitees der Komintern.

²⁵ Beim nächsten Besuch Ende März 1948 mußten die Besucher in fünf Tagen Aufenthalt täglich einen Film über sich ergehen lassen; vgl. ebenda, d. 1166, l. 156. Als Pieck, Grotewohl und Ulbricht im April 1952, während die zweite „Stalin-Note“ ohne ihr Wissen vorbereitet wurde, neun Tage in Moskau waren, sprachen sie insgesamt zwar nur etwa drei Stunden mit den Sowjetführern, sahen sich in dieser Zeit aber immerhin sechs Filme an, darunter zwei Teile „Tarzan“. Vgl. Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen, S. 382 f.; Otto, Deutschlandnote, S. 381 f.

²⁶ In ähnlicher Weise aufschlußreich ist der Abschlußbericht des Referenten in der Abteilung für Außenpolitik, Georgij Korotkevič, vom 10. 4. 1948 über den Besuch Piecks, Grotewohls und Oelßners vom 25. 3.–1. 4. 1948, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 1166, ll. 153–157.

²⁷ Der Titel stammt von den Herausgebern. Die Dokumente wurden mit Anschreiben Suslovs am 25. 1. 1947 Stalin, Molotov und Ždanov zugesandt.

²⁸ In: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 1091, ll. 2–3, Kopie.

Nach der Zerschlagung Hitler-Deutschlands nahm er an führender Stelle am Wiederaufbau der KPD und ihrer Vereinigung mit der SPD teil. Als alter Führer der Arbeiterbewegung genießt er Popularität im Lande.

Allerdings entspricht die Rolle, die er heute in der Führung der SED spielt, nicht seiner Popularität und auch nicht seiner Stellung als Vorsitzender der Partei. Bei der Ausarbeitung und Durchführung der politischen Linie der SED spielt er nicht immer eine führende Rolle, sondern überläßt sie Grotewohl und Ulbricht.

Seine politische Tätigkeit begann in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, wo er eine Reihe führender Ämter bekleidete. War 1895–1916 Mitglied der Soz.-Dem. Partei, danach 1916–1918 des „Spartakus-Bundes“ und 1918–1946 der Kommunistischen Partei Deutschlands.

1890–1905 arbeitete er als Tischler in verschiedenen Betrieben, gleichzeitig nahm er aktiv an der Arbeit der lokalen Organisation der Soz.-Dem. Partei in Bremen teil. War Abgeordneter der Bremer Bürgerschaft.

1906–1910 Sekretär der Berliner Organisation der Soz.-Dem. Partei.

1910–1915 stvtr. Leiter der Propagandazentrale der Soz.-Dem. Partei Deutschlands. 1915 wegen revolutionärer Tätigkeit verhaftet und an die Front geschickt.

1916–1917 nahm er an der Gründung und Führung des „Spartakus-Bundes“ teil. 1917 wegen revolutionärer Tätigkeit zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt. Aus der Haft entflohen.

1917–1918 befand er sich in der Emigration in Holland. Gab für Deserteure des deutschen Heeres die Zeitung „Der Kampf“ heraus.

1918–1919 Führungsmitglied des „Spartakus-Bundes“. Im Januar 1919 zusammen mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Berlin verhaftet. Aus der Haft entflohen. Wurde wieder verhaftet und ist nach sechs Monaten erneut entflohen.

1920–1929 Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands, Abgeordneter im Preußischen Landtag.

1929–1935 Mitglied des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands. Reichstagsabgeordneter. 1935 Delegierter des VII. Kominternkongresses und der Brüsseler Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands. Seit 1935 Mitglied des Politbüros und Vorsitzender des ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands.

1935–1943 Mitglied des Sekretariats des EKKI in Moskau.

1943–1945 Vorsitzender des Auslandsbüros des ZK der Kommunistischen Partei und Mitglied des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ in Moskau.

1945–1946 Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands in Berlin.

Im April 1946 Delegierter des XV. Parteitages der Kommunistischen Partei und des Gründungsparteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, wo er zum Mitglied des Vorstandes und zum Vorsitzenden der SED gewählt wurde.

Ulbricht, Walter²⁹ Mitglied des Zentralsekretariats
der Sozialistischen Einheitspartei
Deutschlands (SED)

Geboren 1893 in der Stadt Leipzig, in einer Arbeiterfamilie. Deutscher. Hat Mittelschulbildung.

Führender Kopf der SED. Leitet de facto die gesamte organisatorische und administrative Arbeit des Apparats des Zentralsekretariats der SED. Stellt die Verbindung mit der sowjetischen Besatzungsmacht her. Fähiger Organisator, kann sich in schwierigen politischen Fragen zurechtfinden und sie lösen.

In der Vergangenheit unterlief ihm eine Reihe politischer Fehler. 1927–1928 gehörte er zur Versöhnlergruppe, 1930 äußerte er sich in sektiererischem Geiste zur Gewerkschaftsfrage. Später beging er bei der Auswahl und Verteilung der Kader Fehler, die an Abstumpfung der politischen Wachsamkeit grenzten. Die Führung der KPD wie auch der Komintern kritisierte ihn wegen seiner administrativ-bürokratischen Führungsmethoden. Zeigte die Neigung, praktische Fragen allein zu entscheiden und die anderen Führer zu übergehen. Das hat er bis heute nicht überwunden, was sich als beträchtliches Hindernis für die Kollegialität in der Parteiführung erweist.

Ist das Ziel scharfer Angriffe von seiten der rechten Sozialdemokraten.

War 1919–1946 Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands, 1908–1912 des Bundes der Sozialistischen Jugend, 1912–1916 der Soz.-Dem. Partei und 1916–1919 der Unabhängigen Soz.-Dem. Partei.

Delegierter des IV., VI. und VII. Kongresses der Komintern.

1907–1915 Tischler in verschiedenen Betrieben. Nahm aktiv an der Arbeit des Bundes der Soz. Jugend und der Soz.-Dem. Partei teil.

1915–1919 Feldwebel im deutschen Heer. Nahm an der Anti-Kriegs-Bewegung teil.

1919–1923 Redakteur kommunistischer Parteizeitungen, Sekretär einer Reihe von Bezirksleitungen der Kommunistischen Partei Deutschlands.

1923–1924 Org.-Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands.

1924–1925 Instrukteur der Org.-Abteilung des EKKI in Österreich und in der Tschechoslowakei.

1925–1929 Mitarbeiter der Org.-Abteilung des EKKI und Vertreter des ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands beim EKKI in Moskau.

1929–1933 Politleiter der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der Kommunistischen Partei Deutschlands.

1933–1938 Leiter des ZK-Sekretariats der Kommunistischen Partei Deutschlands in Paris.

1938–1943 Vertreter des ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands beim EKKI in Moskau.

1943–1945 Mitglied des Auslandsbüros des ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands. Mitglied des Nationalkomitees „Freies Deutschland“. Für die Leistungen bei der Zersetzung der Hitler-Truppen durch Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjet mit dem Orden des „Vaterländischen Krieges“ 1. Klasse ausgezeichnet.

²⁹ In: Ebenda, II. 4–5, Kopie.

1945–1946 Mitglied des Sekretariats des ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands in Berlin.

War im April 1946 Delegierter des XV. Parteitages der Kommunistischen Partei und des Gründungsparteitages der Sozialistischen Einheitspartei, auf dem er zum Mitglied des Vorstandes und des Zentralsekretariats der SED gewählt wurde.

Grotewohl, Otto³⁰ Vorsitzender der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)

Geboren 1894 in der Provinz Braunschweig, in einer Arbeiterfamilie. Deutscher. Hat die Leibnitz-Akademie, eine Wirtschaftshochschule und die Universität besucht. Maler.

Einer der einflussreichsten Führer der SED. Guter Redner und erfahrener Journalist. Genießt Popularität im Lande, besonders unter ehemaligen Sozialdemokraten, die der SED beigetreten sind. Unter dem Druck der Massen, wenn auch nicht ohne Schwanken, hat er sich für die Einheit der Arbeiterklasse und für die Vereinigung der Sozialdemokraten mit den Kommunisten in einer Partei eingesetzt.

Zeigt in der praktischen Arbeit oft Wankelmütigkeit und Inkonsequenz. So erklärte er z. B. im November 1945 unter dem Druck rechter Elemente die Bewahrung der Selbständigkeit der Soz.-Dem. Partei für notwendig. Wies die Verantwortung des deutschen Volkes für den Krieg zurück, hält die Entscheidung über die Ostgrenzen Deutschlands bis heute noch nicht für endgültig.

In seinen Reden und Aufsätzen erlaubte er sich verworrene und zweifelhafte Ansichten, die den Marxismus verzerren.

1912–1946 Mitglied der Soz.-Dem. Partei. Ungefähr zehn Jahre war er Leiter einer Provinzorganisation der Soz.-Dem. Partei, gehörte dem linken Flügel der Partei an. War Reichstagsabgeordneter.

1914–1918 diente er in der deutschen Armee.

1918–1921 Angestellter einer Krankenkasse, danach Vorstandsvorsitzender einer Versicherung, Mitarbeiter von Zeitungen und Zeitschriften der Gewerkschaften und der Sozialdemokraten in Braunschweig.

1921–1925 Innenminister, Minister für Volksbildung und Justizminister der Provinzregierung von Braunschweig, zugleich Vorsitzender der soz.-dem. Parteiorganisation, Abgeordneter der Stadtverordnetenversammlung, später des Landtages von Braunschweig.

1925–1933 Reichstagsabgeordneter.

1933–1938 hielt er sich in verschiedenen Funktionen in Hamburg und Berlin auf. 1938 saß er unter der Anschuldigung, die soz.-dem. Partei wiedererrichten zu wollen, 7 Monate im Gefängnis.

1939–1945 arbeitete er in Hamburg und Berlin.

Im Juni 1945 in das ZK [eigentlich: Zentralkomitee] kooptiert. Wurde erster Vorsitzender der Soz.-Dem. Partei in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands.

Im Juli 1945 unterschrieb er die Vereinbarung über die Bildung eines gemeinsamen Aktionskomitees der SPD und KPD und des Blocks der antifaschistischen Parteien.

³⁰ In: Ebenda, II. 6–7, Kopie.

Im Dezember 1945 nahm er an der vereinigten erweiterten Konferenz der Mitglieder der Zentralkomitees der soz.-demokratischen und der Kommunistischen Partei teil. Dabei trat er anfangs gegen die Vereinigung der Parteien auf, änderte dann seine Meinung und trat der Kommission bei, die die Grundsätze und Aufgaben des Parteistatus ausarbeiten sollte.

Im Februar und März 1946 trat er erneut als entschiedener Befürworter einer sozialistischen Einheitspartei auf und ergriff einige organisatorische Maßnahmen gegen rechte Sozialdemokraten.

Im April 1946 war er Delegierter des 40. Parteitages der Soz.-Dem. Partei und des Gründungsparteitages der Sozialistischen Einheitspartei, auf dem er zum Mitglied des Vorstandes und zum Vorsitzenden der SED gewählt wurde.

Fechner, Max³¹ Mitglied des Zentralsekretariats der
Sozialistischen Einheitspartei
Deutschlands (SED)

Geboren 1892 in der Stadt Rixdorf, Deutschland, in einer Arbeiterfamilie. Deutscher. Hat die Volksschule besucht.

Bedeutender Führer der Sozialistischen Einheitspartei. Befürworter der Einheit der Arbeiterklasse. Tritt gegen die reaktionäre Tätigkeit Schumachers und anderer Spalter der Arbeiterbewegung auf. Ist unter den Berliner Arbeitern bekannt.

In der Vergangenheit einer der Führer der Berliner Sozialdemokratie. Während des Hitler-Regimes gehörte er der illegalen zentralen Leitung der Soz.-Dem. Partei in Deutschland an. Nach dem Zweiten Weltkrieg beteiligte er sich am Wiederaufbau der Soz.-Dem. Partei, ihrer Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei und der Vereinigung der SPD und der KPD in einer einheitlichen Partei.

Allerdings hat er als Parteiführer einige Mängel. Ehrgeizig, theoretisch unzureichend ausgebildet, politisch nicht standhaft genug. Bisweilen zeigt er sich unzufrieden mit seiner Position in der Partei.

1920 wegen seiner Ablehnung des Betriebsrätegesetzes aus dem Betriebsrat der Firma D. P. Graetz entfernt worden. Im selben Jahr wurde er Mitarbeiter im Büro des Zentralkomitees der Unabhängigen Soz.-Dem. Partei Deutschlands. Nach der Vereinigung der Unabhängigen Soz.-Dem. Partei mit der Soz.-Dem. Partei blieb er einige Zeit Mitarbeiter im Vorstand der Partei.

1922 war er Abgeordneter und stellvertretender Vorsitzender der Bezirksversammlung von Neukölln (einem Bezirk Berlins).

1924–1933 Mitglied des Zentralvorstandes der Soz.-Dem. Partei und Herausgeber der sozialdemokratischen Zeitung „Die Gemeinde“.

1927–1933 Erster Vorsitzender des Vorstandes der Berliner Soz.-Dem. Partei, Abgeordneter des Preußischen Landtages.

Im Juli 1933 unter der Anschuldigung des Hochverrats und der Zugehörigkeit zur Soz.-Dem. Partei von der Gestapo verhaftet und ins Gefängnis geworfen worden. Wurde 1934 ins Konzentrationslager Oranienburg übergeführt und im April desselben Jahres auf freien Fuß gesetzt.

1935–1945 Mitglied der illegalen Leitung der Soz.-Dem. Partei in Deutschland.

³¹ In: Ebenda, II. 8–9, Kopie.

Im Juni 1945 gründete er den Zentralvorstand der Soz.-Dem. Partei in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands wieder und unterschrieb die Vereinbarung über die Bildung eines gemeinsamen Aktionskomitees der SPD und der KPD.

1945–1946 Zweiter Vorsitzender der Soz.-Dem. Partei Deutschlands.

Im August 1945 setzte er sich auf der geschlossenen Sitzung des Zentralvorstandes für eine Entscheidung zugunsten einer Ostorientierung in der Politik der Soz.-Dem. Partei ein und stimmte auch für diese Entscheidung.

War Mitglied des Organisationskomitees zur Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei. Auf seinen Vorschlag hin wurden die Vertreter des rechten Flügels der Soz.-Dem. Partei Germer und Neubecker aus dem Zentralvorstand der SPD ausgeschlossen.

War im April 1946 Delegierter des 40. Parteitages der Soz.-Dem. Partei und des Gründungsparteitages der Sozialistischen Einheitspartei, auf dem er zum Mitglied des Vorstandes und des Zentralsekretariats der SED gewählt wurde.

Dokument 2

Auskunft über die Sozialdemokratische Partei Deutschlands³²

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) nahm ihre Tätigkeit in den Westzonen Deutschlands 1945, einige Monate später als in der sowjetischen Besatzungszone auf. Als in der englischen Zone die Sozialdemokratische Partei zugelassen wurde, war in Berlin schon der Zentralvorstand der SPD tätig, in dem der Einfluß der Sozialdemokraten aus der sowjetischen Besatzungszone dominierte. Die Labouristen, die damals zur Macht kamen, leisteten den Sozialdemokraten der englischen Besatzungszone energische Hilfe und versuchten sofort, sie in einen Gegensatz zur Führung der Partei in Berlin zu bringen. Die Führung der Hannoverschen Organisation der SPD, die von Schumacher geleitet wird, ist entschlossen, die Sozialdemokraten aller Westzonen um sich zu vereinen.

Nach dem Zusammenschluß der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei der sowjetischen Zone hat die Schumacher-Gruppe ihre Weigerung erklärt, sich dem Zentralvorstand der SPD zu unterstellen. Kurz danach (im Mai 1946) gelang es Schumacher, in Hannover einen Kongreß der Sozialdemokraten aus den Westzonen zusammenzurufen, auf dem ein Zentralvorstand und ein Zentralkomitee gebildet wurden. Sie stellen die faktische Leitung der Partei dar (sie besteht im wesentlichen aus Sozialdemokraten der englischen Zone, den engsten Mitarbeitern Schumachers, die aus der Londoner Emigration zurückgekehrt sind).

Soziale Basis der Partei ist im wesentlichen die Arbeiterklasse der Industriezentren Westdeutschlands, wo die Partei sehr populär ist, wie die Wahlen zu den Organen der Selbstverwaltung auf Gemeinde- und Kreisebene gezeigt haben. Allerdings kopiert die Führung der Partei die Labouristen und versucht, die breitesten Schichten der Bevölkerung für sich zu gewinnen: das Kleinbürgertum, die Beamten, die Intelligenz. Die Tore der Partei sind weit geöffnet für ehemalige Nazis, besonders aus den Reihen der Jugend, die Schumacher für unschuldig an den Verbrechen des Hitler-Regimes erklärt hat. Infolgedessen wächst die Partei relativ schnell. Am 30. September 1946 zählte die Partei 7500 lokale Organisationen mit 633 000 Mitgliedern.

³² Das Dokument ist undatiert. Es wurde mit Anschreiben Suslovs am 29. 1. 1947 Stalin, Molotov und Ždanov zugesandt und findet sich in: Ebenda, ll. 21–25 Kopie.

Bei den letzten Wahlen zu den Organen der Selbstverwaltung auf Gemeinde- und Kreisebene in der britischen Zone wurden für die Sozialdemokraten 36,7% der Stimmen abgegeben. In der französischen Zone erhielten die Sozialdemokraten 27,7% der Stimmen. Bei den Landtagswahlen in der amerikanischen Zone erhielten die Sozialdemokraten 33% der Stimmen.

Bei den Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung erhielten die Sozialdemokraten 48,6% der Stimmen und belegten den ersten Platz.

Die Sozialdemokratische Partei hat sich feste Positionen in den Landtagen der einzelnen Länder und Provinzen gesichert. Von 380 Abgeordneten in den Landtagen von Württemberg-Baden, Hessen und Bayern sind 124 Sozialdemokraten. In den Landtagen der englischen Zone, wo sie im übrigen bei den Wahlen zu den Kreistagen (den Selbstverwaltungsorganen auf Kreisebene) der Stimmenzahl nach auf den ersten Platz kamen, lagen die Sozialdemokraten hinter den Christlichen Demokraten.

Über ein Viertel der Abgeordnetenmandate in den verfassungsgebenden Versammlungen (Südbaden, Württemberg und die Provinz Rheinland-Pfalz) entfällt auf die Sozialdemokratische Partei.

Die Sozialdemokratische Partei hat die Führung oder nimmt eine führende Rolle ein in den Regierungen der Länder Hessen, Württemberg-Baden, Bayern, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen u. a. m. Im Hamburger Senat sind 8 von 12 Mitgliedern Sozialdemokraten.

Die SPD betrachtet die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland seit 1914 nach den Worten ihres Wirtschaftsexperten Agartz als „Prozess des Übergangs von der kapitalistischen Wirtschaft zu einer neuen sozialen Wirtschaft“. Ein anderer ihrer Theoretiker, Fritz Tarnow, behauptet, daß „die Zeit gekommen ist, für einen konstruktiven Sozialismus mit umfassender Planung“. Nach der Formulierung Fritz Tarnows sieht sie [die Sozialdemokratie] ihre historische Aufgabe darin, dem „Prozeß der Umwandlung (des Kapitalismus zum Sozialismus) eine zielgerichtete Führung und Beschleunigung“ zu verleihen. Auf dieser Basis nimmt die Forderung nach Sozialisierung der führenden deutschen Industriezweige (Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie) und der „Enteignung der Verderber des deutschen Volkes durch die Überführung ihrer gigantischen Unternehmen in gesellschaftliches Eigentum“ in den Programmrichtlinien und in der Propaganda und Agitation der SPD die erste Stelle ein.

In der Resolution der SPD vom 26. September 1946, die durch den Beschluß des Vorstands der SPD in München vom 9.–11. Januar 1947 bestätigt wurde, wird die Forderung nach Sozialisierung der Industrie als Minimalprogramm vorgetragen. Auf dieser Basis sind die Sozialdemokraten bereit, sich an der Arbeit der deutschen Selbstverwaltungsorgane zu beteiligen und Verantwortung zu übernehmen.

In der Praxis hat die SPD in dieser Richtung sehr wenig getan. Die Sozialdemokratische Organisation des Landes Hessen (amerikanische Zone) hat zusammen mit den anderen Parteien, außer der LDPD, den Artikel 41 der Verfassung, der die Sozialisierung einer Reihe von Industriezweigen in Hessen vorsieht, verteidigt und verwirklicht. Die sozialdemokratische Organisation Berlins hat in der Berliner Stadtverordnetenversammlung ihr Programm der Sozialisierung eingebracht. Es sieht die „Enteignung von Unternehmen zum Nutzen des Deutschen Volkes“ vor, und zwar „besonders der Konzerne und Unternehmen, die zu Konzernen gehören, die sich zur Vergesellschaftung eignen“.

Letztliches Ziel der sozialdemokratischen Forderungen nach Sozialisierung der Industrie ist die Rettung des deutschen rüstungswirtschaftlichen Potentials vor der Liquidierung. Außer dem direkten wirtschaftlichen Nutzen hilft diese Forderung der Sozialdemokratie,

politisch zu profitieren. In den Augen der breiten Massen tritt sie als Verteidiger der Interessen des deutschen Volkes auf.

Auf landwirtschaftlichem Gebiet treten die Sozialdemokraten mit der Forderung nach Landreform hervor. Die Reform soll Güter mit mehr als 100 ha erfassen. Doch die Großgrundbesitzer werden faktisch weiterbestehen, weil ihnen nur ein Teil ihres Landes genommen werden soll. Das ihnen genommene Land soll nicht verteilt, sondern verpachtet werden.

In der Partei gab es ernste Differenzen in der Frage des zukünftigen Aufbaus Deutschlands. Die Sozialdemokraten der englischen Zone treten für die politische und staatsrechtliche Einheit Deutschlands ein. Der Hannoversche Parteitag (Mai 1946), auf dem sie den Ton angaben, forderte, „daß die deutsche Republik ihre Zukunft auf der Basis der Länder aufbaut, die sich für die Grundlage ihrer nationalen Organisation halten“.

Auf demselben Parteitag der SPD hat Kurt Schumacher eingeräumt, daß es „auch jetzt noch Anhänger des reaktionären Föderalismus in den Reihen der Sozialdemokratie gibt“. Bekannt ist, daß die sozialdemokratische Organisation der Saar sich für den Anschluß dieses Gebiets an Frankreich ausgesprochen hat. Die Führung der sozialdemokratischen Organisation Bayerns (Högner) hat Gespräche mit dem österreichischen Sozialisten Deutsch über die Schaffung einer Föderation aus Bayern, Österreich, Ungarn und Württemberg-Baden geführt. Sie unterstützt die bayerische Verfassung, die Deutschland als Bundesstaat betrachtet, der auf freiwilliger Basis die deutschen Länder und Provinzen vereinigt.

Auch auf außenpolitischem Gebiet gibt es keine Einigkeit in der SPD. Die Sozialdemokraten der französischen Zone haben sich mit dem De facto-Anschluß der Saar an Frankreich einverstanden erklärt, während die Sozialdemokraten der englischen und amerikanischen Zone sich entschieden gegen jegliche territorialen Veränderungen wenden.

„Die SPD“, erklärte Schumacher, „wird einen Kampf um jeden Meter deutschen Bodens führen“.

Dementsprechend widersetzt sich die SPD der „Abtrennung des Rhein- und des Ruhrgebiets von Deutschland“, wenngleich sie sich nicht gegen die internationale wirtschaftliche Kontrolle des Ruhrgebiets als „Garantie gegen eine neue wirtschaftliche Bewaffnung Deutschlands“ wendet. Diese Kontrolle muß allerdings, wie es in der Resolution des Hannoverschen Kongresses der Partei heißt, „die Beteiligung deutscher demokratischer Kräfte einschließen“.

Im Dezember 1946 sprach sich die Führung der SPD gegen die Wirtschaftsmaßnahmen der französischen Regierung im Saargebiet aus.

Die Bezirkskonferenz der SPD von Ostwestfalen und Lippe (englische Zone) hat sich am 27. November 1946 gegen die territorialen Ansprüche Hollands gegenüber Deutschland ausgesprochen.

Hinsichtlich der Gebiete, die an Polen gegangen sind, hält die SPD die Entscheidung der Potsdamer Konferenz für vorübergehend und besteht auf der Rückgabe dieser Gebiete an Deutschland. Die Sozialdemokraten weisen darauf hin, daß Polen nicht in der Lage ist, sich die Gebiete östlich von Oder und Neiße anzupassen.

Bis heute hat die SPD die Idee der Vereinigten Staaten von Europa propagiert, wobei sie offen die Argumentation Churchills benutzt. In der letzten Zeit wird diese Idee mit Phrasen über die Schaffung eines sozialistischen Europa unter Führung Labour-Englands maskiert.

Die SPD bemüht sich, die Sozialistische Einheitspartei von den breiten Massen der Werktätigen zu isolieren. Während sie in Worten die Zusammenarbeit mit Kommunisten nicht ablehnen, verhindern die Führer der Sozialdemokratischen Partei in Wirklichkeit die Bildung einer einheitlichen Arbeiterpartei entschieden.

Sozialdemokratische Funktionäre, die für die Einheit mit den Kommunisten eintraten, wurden von ihren Posten abgelöst, aus der Partei ausgeschlossen und durch Rechte ersetzt.

Der Einheitsfront mit den Kommunisten oder der SED zieht die Sozialdemokratische Partei die Koalition mit der Christlich-Demokratischen Union (CDU) vor. Die SPD bildet in den Landtagen Nordrhein-Westfalens, Bayerns, Hessens und in der Berliner Stadtverordnetenversammlung mit der CDU einen Block.

Durch die Labouristen inspiriert, hat die SPD eine antisowjetische Position eingenommen. In der Presse der Sozialdemokratischen Partei und in den Reden ihrer Funktionäre und Führer wurde eine offen antisowjetische Propaganda geführt. Das Sowjetsystem wurde als totalitär bezeichnet, die Methoden der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland bezeichnete man als nazistisch usw. In seinen programmatischen Reden wandte sich Schumacher gegen den Teil der Beschlüsse der Berliner Konferenz, die vor allem die Interessen der Sowjetunion betrafen: die Ostgrenzen Deutschlands, die Reparationen und die Demontagen. Indem er das deutsche Volk von der Schuld an der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges entlastete, hat der Vorsitzende der Berliner Organisation der SPD Neumann direkt erklärt, daß der Vertrag vom 23. August 1939 Hitler in den Krieg gegen Polen gestoßen habe.

Besonders nach der Reise Schumachers und seiner Mitarbeiter nach London hat die SPD die antisowjetische Propaganda verstärkt. Allerdings ist die antisowjetische Propaganda der SPD in der allerletzten Zeit etwas leiser geworden. In seiner Rede in München vom 12. Januar 1947 erklärte Schumacher, daß die Sowjetunion nicht nur politisch, sondern auch kulturell ein Teil Europas ist. Nach der ausgedehnten Propagierung der Idee von den Vereinigten Staaten Europas unter Ausschluß der Sowjetunion ist eine solche Erklärung etwas Neues. Diese Änderung in der Propaganda ist offenbar diktiert durch das Näherrücken der Beratung über die deutsche Frage in Moskau.

Dokument 3³³

Aufzeichnung des Gesprächs zwischen I. V. Stalin und der SED-Delegation unter Beteiligung von V. M. Molotov, W. Pieck, O. Grotewohl, W. Ulbricht, M. Fechner, F. Oelfner, M. A. Suslov und V. S. Semenov. 31. Januar 1947, 21–24 Uhr³⁴

Allgemeiner Verlauf des Gesprächs:

- a) Gen. Pieck begrüßte den Genossen Stalin äußerst warm und drückte ihm seine Dankbarkeit für die große Hilfe für die Werktätigen Deutschlands aus³⁵.
- b) Vortrag des Gen. Grotewohl über die Lage in Deutschland und die Aufgaben der SED. Er verlas fast wörtlich die 3 Dokumente, die ich gestern verschickt hatte.

³³ In: Ebenda, ll. 43–54, Kopie.

³⁴ Die nicht unterschriebene Aufzeichnung, möglicherweise nur ein Arbeitsdokument, stammt von Suslov. Bei Pieck ist als Teilnehmer „Marschall Suslov“ notiert, und zwar mit handschriftlichem Zusatz des Titels. Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen, S. 124, Anm 4, vermuten dahinter Marschall Sokolovskij. Das trifft jedoch kaum zu. Vermutlich sind die Initialen oder der Vorname Suslovs irrtümlich zu „Marschall“ ausgeschrieben worden.

³⁵ Die Rede von Pieck wird nicht wiedergegeben.

- c) Zwischenrufe und Bemerkungen im Verlaufe des Vortrages (während der Übersetzung) von seiten des Genossen Stalin und einige Bemerkungen des Gen. Molotov.
- d) Rede des Genossen Stalin mit einer Beurteilung der Lage in Deutschland, unserer diplomatischen Haltung zur deutschen Frage im Zusammenhang mit der bevorstehenden Moskauer Außenministerkonferenz und einiger Aufgaben der SED.
- e) Einzelne Fragen der SED-Führung und die Antworten darauf.

II. Der wesentliche Inhalt des Vortrages

Während des Vaterländischen Krieges haben Sie, Genosse Stalin, gesagt: „Die Hitlers kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“ Ihre Worte haben im deutschen Volk große Hoffnung hervorgerufen.

Die Lage in Deutschland ist gegenwärtig ernst, und es bestehen Fragen, insbesondere angesichts der Moskauer Außenministerkonferenz, zu denen wir gerne Ihren Rat einholen würden.

1. Friedensvertrag oder -statut

Die SED tritt für den Abschluß eines Friedensvertrages ein, weil ein Friedensvertrag

a) die Möglichkeit zur Bildung einer demokratischen deutschen Zentralregierung schafft, die die Erfüllung des Friedensvertrages und die Entwicklung Deutschlands als eines friedlichen und demokratischen Staates sicherzustellen hat,

b) alle Parteien verpflichtet, die Verantwortung für den Friedensvertrag auf sich zu nehmen, was die Demagogie der CDU und der SPD einschränken würde.

Die SED spricht sich gegen den Plan Murphys (amerikanischer Berater) aus, in einem einseitigen Akt der Verbündeten ein Friedensstatut für Deutschland statt eines Friedensvertrages zu verkünden. Denn dies würde die Entwicklung des Chauvinismus fördern, die Demokratisierung beeinträchtigen und einigen deutschen Parteien die Möglichkeit geben, sich der Verantwortung für die Erfüllung der Friedensbedingungen zu entziehen.

2. Ist es notwendig, eine Volksabstimmung über den Frieden durchzuführen?

Von amerikanischer Seite haben wir die Überlegung vernommen, daß es nötig sei, in Deutschland eine Volksabstimmung über den Friedensvertrag durchzuführen. Die SED spricht sich gegen eine Volksabstimmung aus, weil sie insbesondere im Hinblick auf die Ostgrenzen eine starke chauvinistische Kampagne und Demagogie hervorrufen, die Demokratisierung Deutschlands beeinträchtigen und seine außenpolitische Lage komplizieren würde.

3. Wer unterschreibt deutscherseits den Friedensvertrag?

Die SED setzt sich dafür ein, daß der Friedensvertrag von einer deutschen Zentralregierung unterschrieben wird.

4. Die Haltung der deutschen Parteien zur Frage des Einheitsstaates.

Die SPD verteidigt in der Praxis den Föderalismus.

Die CDU ebenfalls.

Die LDP tritt für die Einheit Deutschlands ein.

Die SED ist die einzige Partei, die sich für einen deutschen Einheitsstaat mit einer dezentralisierten Verwaltung einsetzt.

5. Ist es notwendig, zur Frage des Einheitsstaates eine Volksabstimmung durchzuführen?

Die SED tritt für die Durchführung einer solchen Volksabstimmung ein. Sie ist der Ansicht, daß eine Volksabstimmung zur Schwächung der reaktionären Kräfte führen und die Möglichkeit zur Entfaltung einer breiten demokratischen Bewegung geben würde,

wobei die SED als aktivster Verteidiger der nationalen Einheit des deutschen Volkes aufträte.

Wir rechnen mit einem Erfolg in einer solchen Volksabstimmung und würden für den Einheitsstaat mindestens 30 Millionen von 50 Millionen Stimmen gewinnen.

Die Alliierten werden gegen die Volksabstimmung sein.

Zwischenruf [Stalins]³⁶ „und gegen die deutsche Zentralregierung, gegen die Demokratisierung und gegen den Aufstieg Deutschlands. Um von seiner Seite keine Konkurrenz zuzulassen, streben sie danach, Deutschland sich nicht erheben zu lassen. So ist ihre Politik.“

6. Über die Zentralverwaltung für ganz Deutschland.

Wir halten es für sinnvoll, daß, in Fortsetzung der Entwicklung der Entscheidungen der Berliner Konferenz, nicht „einige wichtige, zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen“ gebildet werden, die nebeneinander arbeiten, sondern eine deutsche Zentralverwaltung. (Und ich [Suslov] füge hinzu: auch diese Verwaltungsabteilungen sind nicht geschaffen worden).

Die in den Berliner Beschlüssen vorgesehenen fünf deutschen Verwaltungen (für Finanzen, Transport, Post- und Fernmeldewesen, Außenhandel und Industrie) müssen wie Abteilungen einer deutschen Verwaltung arbeiten und um eine Abteilung für Wirtschaftsplanung und Abteilungen für Außenhandel und Landwirtschaft ergänzt werden.

Das wäre das erste Stadium der Bildung einer deutschen Zentralregierung.

In der sowjetischen Zone gibt es ein solches koordinierendes Verwaltungsorgan noch nicht. In den anglo-amerikanischen Zonen gibt es derartige Organe.

Würde es nicht zur Verfestigung des Auseinanderfalls Deutschlands führen, falls man solche Zonenorgane schafft? Nein, falls die Schaffung einer Zentralregierung sich nicht hinauszieht.

Zwischenruf [Stalins] „Wir werden darauf zugehen, falls die Partner der Bildung einer Zentralregierung oder Zentralverwaltung für Deutschland nicht zustimmen.“

7. Wie soll die Deutsche Zentralregierung gebildet werden?

Die SED tritt dafür ein, daß die Deutsche Zentralregierung aus Vertretern aller Parteien unter Hinzuziehung der Gewerkschaften gebildet wird, damit keine der Parteien sich der Verantwortung entzieht. Die SED ist gegen den Föderalismus und gegen die Bildung der Zentralregierung aus Vertretern der Bundesländer und der Zonenverwaltungen.

Zwischenruf [Stalins] „Ihre Position für ein einheitliches Deutschland, gegen den Föderalismus ist richtig.“

Welche Argumente führen Sie in Ihrer Agitation gegen den Föderalismus an? [“] Da er keine erschöpfende Antwort auf seine Frage erhielt, bemerkte [Stalin]: „Der Föderalismus in Deutschland ist gegenwärtig ein Mittel, mit dessen Hilfe die reaktionären Klassen ihre Privilegien zu bewahren und sich vor dem Sozialismus zu retten suchen.“

Nachdem er die Argumente der Gen. zur Begründung der Bildung der Zentralregierung aus Vertretern aller Parteien und antifaschistischen Organisationen statt aus Vertretern der Bundesländer usw. angehört hatte, bemerkte Gen. [Molotov]³⁷:

„Die föderalen Organe entstanden nicht auf der Basis eines Votums des ganzen Volkes. Aber hier geht es um die Bildung einer Gesamtdeutschen Regierung. Außerdem sind die föderalen Organe nicht demokratisch, sondern im Grunde durch die Besatzungsmächte gebildet worden.“

³⁶ Im Text ist für den Namen Stalins jeweils eine Lücke gelassen.

³⁷ Statt des Namens von Molotov ist im Text eine Lücke.

8. Über das Zonenabkommen zwischen den Engländern und Amerikanern.

Die SED ist gegen das Zonenabkommen zwischen den Engländern und Amerikanern, weil sie der Ansicht ist, daß das Abkommen das Ziel verfolgt, Märkte für das englische und amerikanische Kapital zu gewinnen und den Ausverkauf Deutschlands und die Versklavung des deutschen Volkes herbeizuführen.

Zwischenruf [Stalins] „Die Vereinigung der Zonen, über die Amerikaner und Engländer ein solches Geschrei erheben, ist eine Vereinigung der Besatzungsmächte, aber nicht des deutschen Volkes. Was hat das deutsche Volk damit zu tun?“

Über die politische Lage im Lande.

Welche Voraussetzungen für die Demokratisierung sind geschaffen worden?

Sie sind in den einzelnen Zonen völlig unterschiedlich.

Der Kampf um die Liquidierung des Faschismus verläuft in den einzelnen Besatzungszonen völlig unterschiedlich.

Zwischenruf [Stalins] „Über welche Stärke verfügen die faschistischen Kräfte in Westdeutschland? Ihr möglicher Stimmenanteil bei einer Volksabstimmung?“

Man muß die aktiven Reaktionäre, die sich den Nazis verkauft haben, von den patriotischen Elementen unterscheiden, die bei den Nazis waren. Gegen die reaktionären Elemente der ehemaligen Nazis muß man kämpfen. Die patriotischen, ehrenhaften Elemente muß man von ihnen losreißen. [“]

In der sowjetischen Zone sind die Konzerne, die großen Banken und faschistischen Wirtschaftsbetriebe liquidiert worden, wie auch die Ländereien der Großgrundbesitzer konfisziert wurden.

In den Westzonen dagegen versucht man die Liquidierung der Konzerne zu verhindern. Die großen Banken bestehen weiter, die Großgrundbesitzer, die Stütze der Militaristen, bleiben unangetastet.

Der Kampf gegen die nazistische und militaristische Ideologie ist in den einzelnen Zonen ebenfalls völlig unterschiedlich entfaltet worden.

9. Das Kräfteverhältnis der politischen Parteien.

Das Stimmenverhältnis zwischen den Arbeiterparteien und den bürgerlichen Parteien hat sich im Vergleich zu 1932 um 10 % zugunsten der Arbeiterparteien verändert.

	1932	1946
Stimmen der Sozialisten	36,7	46,6
Stimmen der bürgerlichen Parteien	63,3	53,4

Die Stimmen der 49,7 Mio. Wähler (die bei den Landtagswahlen vom 20. Oktober 1946 in der sowjetischen Zone, bei den Wahlen in Berlin am 20. Oktober 1946, in der englischen und französischen Zone am 13. Oktober und am 24. November und 1. Dezember 1945 in der amerikanischen Zone abgestimmt haben) verteilen sich folgendermaßen auf die politischen Parteien (in Tausend Stimmen):

Arbeiterparteien		bürgerliche Parteien	
SED	5071	LDP	5400
KPD	3059	CDU	17634
SPD	14681	Zentrum	1138
Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe	283	NLP	1405
andere Gruppen	36	andere Gruppen	965
zus.	23131	zus.	26543

Die Organisationsstärke der Parteien ist nach den uns vorliegenden Angaben die folgende:

SED	1663 Tsd.
SPD (einschl. Berlins)	663 "
KPD	273 "
CDU (nur sowjetische Zone)	180 "
Amerikanische Zone ca.	400 "
Englische Zone ca.	300 "
Französische Zone ca.	150 "
zusammen	1030 Tsd.
LDP (nur sowjetische Zone)	150 "

Des weiteren geben die Genossen eine Charakteristik der einzelnen Parteien CDU, LDP und SPD.

Bei der Charakterisierung der SPD weist der Vortragende auf die Widersprüche innerhalb der Partei hin:

- a) Einheitsstaat – Föderalisierung, Separatismus – Vereinigte Staaten von Europa,
- b) Nationalisierung – Sozialisierung – Beteiligung der Arbeiter durch Aktien,
- c) Einheit der Arbeiterklasse – Vertiefung der Spaltung, Anerkennung des Marxismus – Revisionismus.

Aus diesen Widersprüchen entwickeln sich immer tiefere Meinungsverschiedenheiten in der SPD, die durch gespannte persönliche Beziehungen noch vergrößert werden. Das eröffnet die Perspektive auf einen deutlichen Bruch in der Sozialdemokratie und auf die Gewinnung eines großen Teils der sozialdemokratischen Arbeiter.

Zwischenruf [Stalins] „Vielleicht stimmt man auch wegen dieser Widersprüche für die Sozialdemokratie? D. h. es gefällt der Bevölkerung?“

Das Gefährlichste im Westen wäre es, wenn die Sozialdemokraten den Weg einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien einschlägen. Unsere Hauptaufgabe ist es, die demokratische Entwicklung Deutschlands sicherzustellen und eine Koalitionspolitik wie in der Weimarer Zeit zu verhindern. Deshalb ist die Hauptsache der Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse, für die Schaffung von Aktionseinheit in unserem Vorgehen, in den Betrieben, in den Gewerkschaften usw.

10. Die Situation in der SED

Die Vereinigung der beiden Parteien hat sich bewährt. Die Partei befindet sich in ständiger Entwicklung. Sie ist seit der Vereinigung um hunderttausend Mitglieder gewachsen und zählt jetzt 1663 Tsd. Mitglieder. Eine Ausnahme in dieser guten Entwicklung bildet Berlin.

Unsere Aufgabe besteht darin, aus diesen 1,6 Mio. Menschen wirkliche Sozialisten zu machen. Uns fehlt es noch an erfahrenen Kadern. Die Parteiarbeiterkader aus den ehemaligen Sozialdemokraten und den ehemaligen Kommunisten sind noch nicht zusammengewachsen.

Zur Ausbildung von Kadern sind 130 politische Schulen im Bezirksmaßstab und in Berlin die Zentrale Parteihochschule gegründet worden.

Die KPD in der Westzone verfügt über 273 000 Mitglieder und hat bei den Wahlen Ende 1945 3 058 000 Stimmen erhalten. Im Vergleich mit der Lage vor 1933 bedeutet eine derartige Zahl von Mitgliedern einen beträchtlichen Zuwachs. Damals zählte die KPD in ganz Deutschland 350 000 Mitglieder.

Die Besatzungsmächte machen der Tätigkeit der KPD jede Art von Schwierigkeiten.

Die KPD führt keinen konsequenten Kampf für die Einheitsfront.

Viele Organisationen verhalten sich ablehnend zur Gewerkschaftsarbeit in den großen Bezirken und bekämpfen das Sektierertum nicht genügend.

Zwischenruf [Stalins] „Gibt es bedeutende linke Führer in den sozialdemokratischen Parteien der Westzonen?“

Die Schumacherleute lassen es nicht zu, daß linke Elemente aktiv innerhalb der Sozialdemokratischen Partei arbeiten.

Zwischenruf [Stalins] „Soll man in den Westzonen die Bildung einer linken Sozialdemokratischen Partei fördern oder läßt Schumacher diese Linken nicht leben?“

Früher haben wir geglaubt, daß wir im Westen die Vereinigung der SPD und KPD in einer Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands durchführen sollten. Das ist nicht gelungen. Nach einem gewissen Prozeß der Aufklärungsarbeit würden wir es für sinnvoll halten, die SED in den Westzonen zu gründen, falls die Besatzungsmächte die SED zuließen.

Zwischenruf [Stalins] „Es wäre sehr gut, die Sozialistische Einheitspartei im Westen zu haben. Sie werden dort nur durch die KPD vertreten. Die Bevölkerung liest das Programm der KPD, in dem das demokratische Proletariat ständig etwas vernichtet. Das schreckt viele Teile der Arbeiter ab. Für Sozialisten und Kommunisten wäre es besser, wenn es dort die Sozialistische Einheitspartei gäbe. Das erleichterte es vielen Elementen der Werktätigen, sich dem Sozialismus anzuschließen. Der Menge sollen Sie nicht hinterherlaufen.“

Eine Stimme [aus den Anwesenden]: Die richtige politische Linie muß man haben (Beispiel: die Partei der Bolschewiki in der Zeit zwischen April und Oktober 1917).

Wir glauben, daß unsere Forderung, die SED in der Westzone zuzulassen, das Problem der Zulassung der SPD [im Text irrtümlich SED] in der sowjetischen Zone aufwirft. Unsere Position ist, daß keine Notwendigkeit besteht, die SPD in der sowjetischen Zone zuzulassen.

Zwischenruf [Stalins] „Man muß sie zulassen.“

„Was ist zu befürchten? Und Kritik soll man ihr in bestimmten Grenzen gestatten.“

„Davor braucht man keine Angst zu haben.“

„Machen Sie Gegenpropaganda.“

„Mit Hilfe eines Verbots durch die Besatzungsmacht erreicht man nichts.“

„Wenn Sie ohne die Besatzungsmacht gegen Schumacher nicht bestehen können, dann sind Sie schwach.“

Der Partei würde es schwerfallen, unter den Bedingungen der Demontagedurchführung, der ersten Frage der Reparationen und der schwierigen wirtschaftlichen Lage zu arbeiten.

Zwischenruf [Stalins] „Ja, das würde schwer für die Partei werden.“

III. Bemerkungen des Genossen V. M. [Molotov]

Die Frage des Friedensvertrages mit Deutschland ist ein schwieriges Problem, und sie zögert sich, so scheint es, hinaus. Infolgedessen zögert sich auch die Bildung einer Zentralregierung hinaus.

Deshalb ist es sinnvoll, auf der Basis der Potsdamer Beschlüsse die Frage der Bildung von Departements aufzuwerfen, und zwar nicht nur der fünf, die in den Potsdamer Beschlüssen vorgesehen sind (obwohl auch sie nicht gebildet worden sind), sondern auch andere Departements außer für Militärwesen und Sicherheit, und dies nicht bis zur Bildung der Zentralregierung hinauszuzögern.

Zusammen mit der Bildung der Departements muß man die Bildung eines Zentralen Koalitionsorgans zu erreichen suchen.

Wahrscheinlich werden die Partner dagegen sein. Aber auf die Tagesordnung bringen muß man das bereits auf der Konferenz im März.

Das würde eine Etappe auf dem Weg zur Bildung einer Deutschen Zentralverwaltung sein. Einige Chancen dafür bestehen, denn es gibt die Potsdamer Beschlüsse.

IV. [Rede Stalins]

England und Amerika fürchten den Aufstieg Deutschlands zum Konkurrenten auf den internationalen Märkten außerordentlich. Und daraus folgt, daß sie den internationalen Markt unter ihrer Kontrolle halten möchten, um sich Monopolpreise für ihre Waren zu sichern.

Sie sind der Meinung, daß man Deutschland, da es nun besiegt ist, nicht erlauben soll, [wieder] aufzustehen und auf den Weltmarkt hinauszutreten. Von diesen Erwägungen gehen sie aus.

Deshalb lehnen die Alliierten alles ab, was die Entwicklung Deutschlands beschleunigen könnte.

An Stelle eines einheitlichen Deutschland – Föderalismus und Separatismus, denn das bedeutet Schwäche. Ein schwaches Deutschland aber wird keinen Zugang zum Weltmarkt haben.

Damit Deutschland schwach bleibt, darf es keine Zentralregierung haben.

Unsere Konzeption ist dem entgegengesetzt. Die Menschheit ist daran interessiert, daß sowohl Deutschland als auch Japan Zugang zum Weltmarkt haben. Dann werden die Warenpreise niedrig sein und die Menschheit, und die Werkkräftigen in erster Linie, werden davon profitieren.

Die ungeteilte Herrschaft der amerikanischen Monopole würde hohe Preise und schlechte Ware bedeuten. Und das liegt nicht im Interesse der Menschheit.

Deutschland muß auf die Beine kommen und auf die internationalen Märkte hinausgehen.

Deutschland mit seiner 70-Millionen-Bevölkerung darf man nicht aus der Geschichte austreichen.

Man muß bedenken, daß Deutschland schwach und seine Bevölkerung arm sein wird, falls man ihm nicht gestattet, auf den Weltmarkt zu gehen.

Der Aufstieg Deutschlands ist auch deshalb notwendig, weil es die Basis für mancherlei Abenteuer und revanchistische Tendenzen bilden wird, falls es nicht auf die Beine kommt und in die Weltarena hinaustritt. Außerdem haben wir als Marxisten und Kommunisten Mitgefühl mit dem deutschen Proletariat, weil es so leidet. Wir wünschen, daß das deutsche Proletariat besser lebt.

Die wirtschaftliche Einheit ist ohne eine einheitliche Regierung, ohne die volle Vereinigung nicht möglich. Eine nur wirtschaftliche Vereinigung, das wäre nur eine Vereinigung der Besatzungsmächte.

Je früher eine Zentralregierung gebildet wird, desto schneller wird Deutschland wiederhergestellt werden.

Die Losung der Vereinigung Deutschlands muß in ihren Händen liegen.

Falls wir nicht demnächst die Schaffung einer Zentralregierung erreichen, dann muß die Vereinigung (das wäre der ungünstigere Fall) in der sowjetischen Zone vor sich gehen.

Die Partner wollen tatsächlich 4 Deutschlands haben, verbergen dies aber auf jede Weise.

Unsere Linie ist die folgende: Es soll eine Zentralregierung gebildet werden, und sie kann den Friedensvertrag unterzeichnen.

Weitere Ansprüche auf Demontage haben wir nicht. Die Armee wird reduziert. Mit Nahrungsmitteln müssen weniger versorgt werden. Die Reparationen werden wir nicht

forcieren, man kann sie strecken. Auf diese Weise werden Voraussetzungen für eine bessere materielle Lage der Werktätigen geschaffen.

V. Verschiedene Fragen und Bemerkungen³⁸

Kann man mit kleinen Korrekturen hinsichtlich der Ostgrenzen rechnen?

Ich fürchte, daß daraus nichts wird.

Meinungsaustausch über den westlichen Teil der Insel Usedom.

Was denken Sie über die Möglichkeit der Einberufung einer Konferenz von Vertretern aller Parteien zur Frage der Einheit Deutschlands?

Man muß den Boden sondieren, damit Ihre Partei dabei nicht in der Einzahl bleibt. Die Partner werden den Friedensschluß hinauszögern und uns der Verzögerung beschuldigen. Ihre Position ist richtig, daß der Friedensschluß zur Notwendigkeit der Schaffung einer Zentralregierung führt.

Wann soll man die Kampagne für eine Volksabstimmung beginnen?

Dafür muß man einen Vorwand finden.

Über die Kriegsgefangenen.

Wir haben 120 000 zurückerhalten. Die Frauen verlangen weitere Entlassungen.

Wir wünschten, daß die demokratische Erziehung der Kriegsgefangenen verstärkt würde.

„Lassen Sie Deutsche die politische Arbeit durchführen.“

Im Lager befinden sich demokratische Elemente, aber sie werden nicht in gebührendem Maße genutzt.

Wir möchten, daß das ZK der VKP(B) sich mit dieser Frage befaßt.

„Das ZK der VKP(B) ist zu sehr überlastet.“

Wir bitten darum, daß geschulte antifaschistische Kriegsgefangene die Propaganda unter den Kriegsgefangenen durchführen. Wir bitten ebenfalls darum, daß einige Hundert Antifaschisten laut Liste nach Deutschland geschickt werden.

„Wir werden sie schicken.“

Dokument 4³⁹

Memorandum des Leiters der ZK-Abteilung für Außenpolitik Suslov und des Referenten G. Korotkevič über den Besuch der SED-Delegation 30. 1.–7. 2. 1947, 12. 2. 1947⁴⁰

Die Führer der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die Gen. W. Pieck, O. Grotewohl, W. Ulbricht und M. Fechner, sowie der Mitarbeiter im Apparat des Zentralvorstandes [-sekretariats] der Partei F. Oelßner kamen am 30. Januar in Moskau an und flogen am 7. Februar nach Berlin ab.

Am 31. Januar wurde die Delegation durch den Genossen Stalin empfangen. Das Gespräch dauerte über drei Stunden und hinterließ bei den Gästen einen starken Eindruck. Sie äußerten sich alle mit Begeisterung über den Empfang und über den Genossen Stalin. Aus

³⁸ Aus der Aufzeichnung geht nicht hervor, wer die Fragen gestellt und wer – Stalin oder Molotov – die Antworten gegeben hat.

³⁹ In: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 1091, ll. 65–68, Kopie.

⁴⁰ Der Titel stammt von den Herausgebern. Das Memorandum wurde übermittelt an: Stalin, Molotov, Ždanov, Berija, Malenkov, Mikojan, Voznesenskij, Kuznecov, Patoličev, Popov.

dem Kreml zurückgekehrt, sagte O. Grotewohl unter dem allgemeinen Eindruck des Gesprächs: „Genosse Stalin ist der größte Sozialist der Welt, Genosse Stalin ist der Vater der Welt.“ M. Fechner erklärte: „Die Genossen Stalin und Molotov tragen auf ihren Schultern das Schicksal der Welt.“

Grotewohl sagte am selben Abend: „Nun, kehren wir nach Berlin zurück, machen wir uns energisch an die Arbeit.“

Während ihres einwöchigen Aufenthalts in Moskau haben die Führer der SED den Kreml, den Großen Kremmpalast und die Rüstkammer besichtigt, die Staatliche Tret'jakov-Galerie, das Stalin-Werk, den Kulturpalast des Stalin-Werkes und das dort gelegene Wahllokal, das Lenin-Museum, das Revolutionsmuseum, die Ausstellung der Geschenke an I. V. Stalin, die Staatliche Öffentliche Lenin-Bibliothek besucht und die Metro besichtigt.

Zweimal waren sie im Theater – im Bolschoi-Theater zur Aufführung des „Nußknackers“ und in der Filiale des Bolschoi-Theaters bei der Oper „Mainacht“. Außerdem wurden den Gästen (auf der Datscha, wo sie untergebracht waren) sowjetische Filme vorgeführt: „Der Schwur“, „Lenin im Jahre 1918“, „Čapaev“, „Admiral Nachimov“, „Die Steinernerne Blume“, „Das sowjetische Estland“, „Bulgarien“, „Der Kolchos ‚Roter Oktober‘“.

Während ihres Besuches im Stalin-Werk am 3. Februar haben die Führer der SED ca. anderthalb Stunden mit dem Sekretär des Parteikomitees Gen. Levykin über Fragen der Partei- und der Gewerkschaftsarbeit im Unternehmen gesprochen. Am 4. Februar berichtete ihnen auf Wunsch der Gen. Pieck und Grotewohl der Gen. Suslov über die Organisationsprinzipien der VKP(B), über die Struktur des Apparats des ZK der VKP(B) und der Gebiets- und Bezirkskomitees der Partei sowie über die Praxis der Tätigkeit der Parteiorgane. Das Gespräch dauerte ungefähr zwei Stunden. Im Verlaufe der genannten Gespräche stellten die Gen. Pieck und Grotewohl viele Fragen zur Praxis der Parteiarbeit, und alle Mitglieder der Delegation machten Notizen.

Es muß bemerkt werden, daß W. Pieck während des Besuchs der Museen, des Stalin-Werks, der Lenin-Bibliothek, der Besichtigung der Metro sowie während der Theateraufführungen und der Betrachtung der Kinofilme ziemlich lebhaft auf alles reagierte. Er sprach mehrfach darüber, daß er ungeachtet der Tatsache, daß er lange in Moskau gelebt habe, heute alles mit dem früheren Interesse betrachte und es nicht verloren habe. Im Gegensatz zu W. Pieck zeigte W. Ulbricht sehr wenig Interesse.

Großes Interesse an allem zeigte O. Grotewohl. Während des Besuchs der Museen, der Besichtigung der Metro, der Lenin-Bibliothek usw. interessierte er sich lebhaft für alles, stellte oft Fragen und drückte mehrfach seine Begeisterung aus. Es war zu merken, daß er das aufrecht tat. Nach der Besichtigung der Metro sagte er gedankenversunken: „Ja! Das ist wirkliche Zivilisation. Und dies alles ist nur hier möglich, in einem sozialistischen Staat.“ Nach der Besichtigung des Kreml-Palastes und der Rüstkammer bemerkte Grotewohl in scherzhaftem Ton: „Jetzt haben wir uns davon überzeugt, wie die Bolschewiki die Kulturgüter zerstören.“

Großes Interesse zeigte Grotewohl für das sowjetische Wahlsystem und den sozialistischen Wettbewerb. Er machte sich sehr aufmerksam mit dem Wahllokal bekannt und sah sich aufmerksam die Plakate an. Er bat um die Übersetzung des Plakattextes mit der Biographie des Kandidaten für die Wahl zum Obersten Sowjet der RSFSR und der Resolution des Wahlausschusses. Grotewohl äußerte sich mit Begeisterung über unser Wahlsystem und die Wahlagitation. „Das ist wirkliche, konkrete Agitation“, sagte er, „sogar die Biographie des Kandidaten wird dargestellt. Bei uns steht es leider ganz anders um die Sache. Bei uns rufen sie einfach zur Wahl dieser oder jener Partei auf, aber der Frage, wer der Kandidat ist, dem wird oft keine Bedeutung beigemessen.“

Als ein weibliches Mitglied der Wahlkommission auf die Frage nach der Aktivität der Wähler antwortete, daß die Wähler von allein zur Wahl gehen und sie sich deshalb keine Sorgen machte, sagte Grotewohl verwundert: „Das ist bemerkenswert, denn bei uns muß man die Wähler heranschleppen.“

Während der Besichtigung einer der Abteilungen des Stalin-Werks blieb Grotewohl an der Tafel stehen, auf der die Verpflichtungen für den sozialistischen Wettbewerb ausgehängt waren und bat, ihm alle Punkte zu übersetzen. Die Übersetzung hat er sehr aufmerksam angehört.

Äußerst große Aufmerksamkeit zeigte Grotewohl für die Menschen, die er in den Museen, im Werk und im Theater sah. Bei der Besichtigung der Tret'jakov-Galerie betrachtete er sehr eindringlich die Menschen, die sich in den Sälen aufhielten. Mit großem Erstaunen bemerkte er, daß die unterschiedlichsten Menschen die Tret'jakov-Galerie besuchten – Arbeiter, Offiziere, die studierende Jugend u. a. m. Er bemerkte, wie junge Mädchen die Titel der Bilder und die Namen der Maler in Hefte eintrugen. Grotewohl, der selbst Maler von Beruf ist, gefiel das besonders. Er drückte seine Begeisterung darüber aus, daß bei uns die breiten Massen die Kunst so lieben und schätzen und daß sie ihnen zugänglich ist.

Während er durch die Säle der Lenin-Bibliothek ging, richtete Grotewohl die Aufmerksamkeit auf die große Zahl der Leser und ihre unterschiedliche Zusammensetzung. Beim Hinausgehen aus der Bibliothek sagte er: „Es ist bemerkenswert, wie ganz Rußland lernt, ganz Rußland arbeitet und schafft.“

Im ganzen Verhalten Grotewohls wurde spürbar, daß er alles Gesehene und Gehörte tief durchdenkt. Die Filme „Der Schwur“, „Lenin im Jahre 1918“, und „Čapaev“, die er erstmals sah, machten auf ihn einen starken Eindruck. Grotewohl und Pieck sagten, als sie ihre Ansichten über die Filme mitteilten: „Wir haben gesehen, wie Kommunisten die Massen führen und um sich scharen können. Daran fehlt es uns Deutschen bisher noch.“

M. Fechner führte sich im Unterschied zu Grotewohl sehr zurückhaltend und vorsichtig auf. Seine Meinung über das Gesehene und Gehörte drückte er selten und häufig nur mit allgemeinen Worten aus: „Ja, das ist interessant“, „gut“, „hat mir gefallen“. Auf ein Gespräch ließ er sich nur ein, wenn es um deutsche Angelegenheiten ging. Während des Essens, wo Pieck und Grotewohl nicht selten Toasts auf die Sowjetunion, auf das sowjetische Volk und auf die Gesundheit des Genossen Stalin vorschlugen, hat Fechner kein einziges Mal einen Toast ausgebracht.

Interessant ist folgende Tatsache: Nach dem Gespräch im Kreml sagte Fechner spät in der Nacht, nachdem er ein Wannenbad genommen hatte: „Ich habe heute die alte reformistische Wäsche gewechselt.“ Es ist schwer zu sagen, ob er das aufrichtig meinte oder ob das lediglich eine zur Schau vorgetragene Geste war.

In den Gesprächen zwischen Pieck, Grotewohl, Ulbricht und Fechner kam die Rede häufig auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und ihren Führer Schumacher. In diesen Gesprächen konnte man merken, daß Pieck, Grotewohl, Ulbricht und Fechner alle Schumacher äußerst hassen, wobei sie ihn nicht nur als politischen Feind, sondern auch als Menschen hassen. Fechner sprach über seine persönliche Feindschaft zu Schumacher, den er als einen Menschen mit krankhaften Neigungen charakterisierte (Morphinist u. a.). Allerdings zeigten sie offenkundig Unruhe im Zusammenhang mit der möglichen Zulassung der SPD-Tätigkeit in der sowjetischen Zone. Ulbricht unterstrich in diesem Zusammenhang, daß „es von Anfang an nötig ist, unsere Reihen zu festigen“. Mit einem deutlichen Anzeichen von Besorgnis sprach er davon, daß Schumacher im Falle der Zulassung der SPD-Tätigkeit in der sowjetischen Zone wahrscheinlich nach Berlin übersiedeln und von dort aus den Kampf gegen die SED führen wird.

Abstracts

Ellen Gibbels, Hitler's Nervous Disease. A neurological-psychiatric Study.

Whether Hitler suffered from Parkinson's disease during the final years of his life has been a topic of controversy in medical literature. A systematic neurological analysis of Hitler's motor functions in documentary films from 1933 to 1945 reveals the gradual development of a classic Parkinson syndrome since mid-1941. This finding corresponds to various statements by Hitler's doctors and other contemporaries based on archive material, memoirs and personal interviews. According to systematic differential diagnosis, Hitler suffered from an obviously idiopathic variant of Parkinson's disease. Detailed analysis of Hitler's basic psychic functions based on written and oral sources show there were no distinct psychic disorders caused by the disease. Different views held by other authors are discussed.

Detlev Brandes, "A Belated Czech Alternative to the Munich Dictate." Beneš and the Question of the German Minority in Czechoslovakia 1939–1945.

A Foreign Office document found in a private collection sheds new light on the development of the transfer plans of the Czechoslovak government-in-exile. The article argues that there was less change and more stability in Edvard Beneš's plans than hitherto supposed. Based on the so-called Nečas plan from September 1938 to February 1945, Beneš hoped to solve the problem of the German minority in Czechoslovakia with a combination of three elements: cession of territory, partial transfer and assimilation. However, as the war progressed, the emphasis he placed on respective elements changed towards transfer. The newly discovered document can be viewed as a link between former and later designs. Beneš tried to hide his real intentions by another plan, namely home rule for three German countries, from his followers both in-exile and at home, and from his Sudeten German counterpart Jaksch.

Michael Gehler, Abbreviated Treaty for Austria? West Allied Policy in the Light of the Stalin Notes in 1952.

Proposed by Western powers, the "Abbreviated Treaty", which meant the forfeit of German assets by the Soviet Union, proved to be an ineffectual means to re-activate the stalled negotiations on the "Staatsvertrag". Vienna, at least, was able to use the "Räumungsprotokoll" for its own propaganda purposes. However, both Austrian and Western diplomatic circles recognized the consequential and potentially dangerous nature of the Stalin Notes. The "Kurzvertrag", therefore, became crucial to Western Allies' "Deutschlandpolitik" as a counteractant to the Stalin Notes. Although a Western attempt to link Austria with the German question was intercepted by Adenauer, relations between Vienna and Bonn remained stable. Indeed, Germany's integration process to the West was regarded favorably. Foreign Minister Gruber, who became a strong supporter of Adenauer's "Deutschlandpolitik", pushed the "Kurzvertrag" but later, also felt the two problems – Germany and Austria – should be addressed separately. If reference is made to missed chances during the spring of 1952, then the fact that the Soviet Union gave no indication of a willingness to compromise with regard to Austria, cannot be ignored. However, had the Soviet Union adopted a more conciliatory policy toward Austria, the heavy propaganda surrounding Germany, as well as the West's insistence upon the "Kurzvertrag" would have made compromise equally difficult, if

not impossible. Thus, the question of Austria's unity and sovereignty was closely tied to, if not dependent upon, the binding of the Federal Republic of Germany to the West.

Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov, Stalin and the Soviet Zone. Visit by SED Leadership to Moscow in 1947.

For the first time a visit by SED government leadership to Moscow can be documented by Soviet files. The records, collected and put together by the Central Committee of the Foreign Office, give a general account of the seven day visit. Details pertaining to the course of the three hour meeting between Stalin and Molotov on the one side, and Pieck, Grotewohl, Ulbricht and Fechner on the other side, are given. It becomes clear how vaguely SED leadership was informed about Soviet motives and how oppressive the ambience was in which these meetings took place.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Ellen Gibbels, Professorin für Neurologie und Psychiatrie an der Klinik und Poliklinik für Neurologie und Psychiatrie der Universität zu Köln (Joseph-Stelzmann-Str. 9, 50924 Köln); zahlreiche Veröffentlichungen in in- und ausländischen medizinischen Fachzeitschriften sowie in Buchform zu Themen des eigentlichen Fachgebietes, hier vor allem der neuromuskulären Krankheiten. Seit 1988 mehrere Veröffentlichungen zu Hitlers Nervenkrankheit, u. a. „Hitlers Parkinson-Krankheit. Zur Frage eines hirnganischen Psychosyndroms“ (Heidelberg/New York 1990), sowie Vorbereitung eines entsprechenden wissenschaftlichen Films.

Dr. Detlef Brandes, Professor für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (Universitätsstr. 1, 40225 Düsseldorf); veröffentlichte u. a. „Die Tschechen unter deutschem Protektorat 1939–1945“ (2 Bde. München/Wien 1969, 1975), „Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 1939–1943. Die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens im Londoner Exil“ (München/Wien 1989) und „Von den Zaren adoptiert: Die deutschen Kolonisten und die Balkansiedler in Neußland und Bessarabien 1751–1914“ (München/Wien 1993).

Dr. Michael Gebler, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter des Instituts für Zeitgeschichte an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck (Innrain 52/Neubau 6. Stock, A-6020 Innsbruck); veröffentlichte neben zahlreichen Beiträgen zur österreichischen und deutschen Zeitgeschichte: „Studenten und Politik. Der Kampf um die Vorherrschaft an der Universität Innsbruck 1918–1938“ (Innsbruck 1990) sowie als Hrsg. gem. m. Rolf Steininger, „Österreich und die europäische Integration 1945–1993“ (Wien/Köln/Weimar 1993); arbeitet derzeit an zwei Forschungsprojekten „Zwischen Westintegration und Neutralität. Analyse der Politik Karl Grubers 1945–1955“ und „Österreichische Südtirolpolitik 1945–1956“.

Dr. Bernd Bonwetsch, Professor für osteuropäische Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum (Universitätsstr. 150, 44780 Bochum); veröffentlichte u. a. „Die russische Revolution 1917. Eine Sozialgeschichte von der Bauernbefreiung 1861 bis zum Oktoberumsturz“ (Darmstadt 1991), Hrsg. (zus. mit M. Grieger), „Was früher hinter dem Eisernen Vorhang lag. Kleine Osteuropakunde vom Baltikum bis Bessarabien“ (Dortmund 1991), „Stalinismus in der Sowjetunion der 30er Jahre. Zur Deformation einer Gesellschaft“, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1 (1993).

Gennadij Bordjugov, Kandidat der Historischen Wissenschaften, z. Zt. Mitarbeiter des Dokumentationszentrums „Volksarchiv“ in Moskau, 1988–1991 Mitarbeiter des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, davor Institut für Geschichte der UdSSR der Akademie der Wissenschaften der UdSSR; Mitautor (zus. mit V. A. Kozlov) von „Geschichte und Konjunktur. Subjektive Bemerkungen zur Geschichte der Sowjetgesellschaft (russ.)“ (Moskau 1992). Autor zahlreicher Aufsätze zur Sowjetgesellschaft und zur Perestroika.